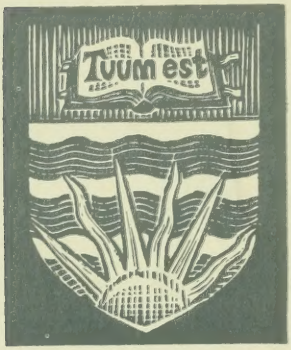
STORAGE-ITEM
MAIN LIBRARY

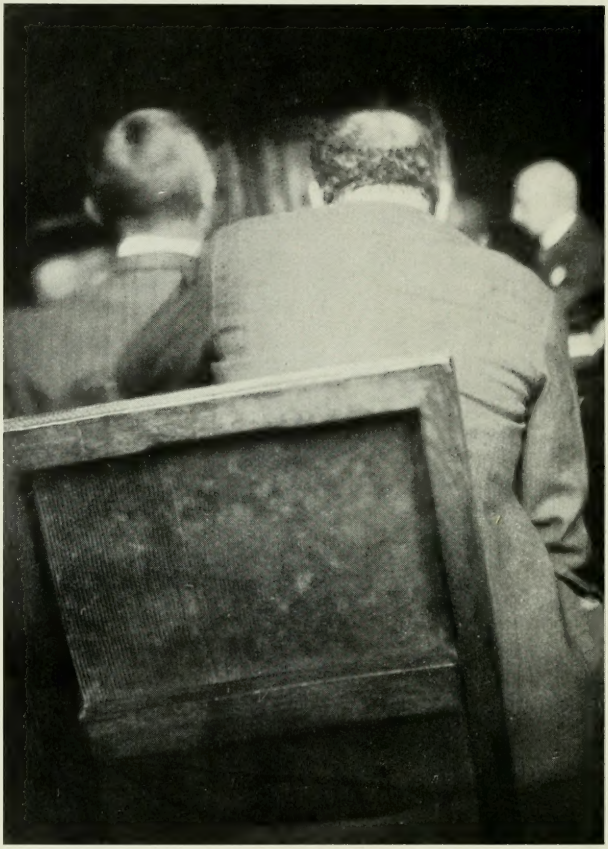
LP9-R30A
U.B.C. LIBRARY

W10261

THE LIBRARY



THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA



Im Ausschuß

Die Herrschaft der Fünfhundert

Ein Bild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland

Von Walther Lambach

Mit über 50 Momentaufnahmen zahlreichen Faksimiles und Uebersichtskarten

Hanseatische Verlagsanstalt A.-G.
Hamburg und Berlin 1926

Druck von J. J. Auguſtin in Glückſtadt und Hamburg.

Vorwort

Dieſes Buch will der Verſachlichung einer Aufgabe dienen, die ihrer bedarf: Der Verſachlichung des deutſchen parlamentariſchen Arbeitens. Deshalb beſchreibt es dieſes Arbeiten. Es beſchreibt es an Hand der Erfahrungen und Erlebniſſe eines Mannes, den es nie gegeben hat, den man anſtatt „Müller", wie ich ihn genannt habe, auch „Roter Faden" oder „Fremdenführer", meinethalben auch „Meyer" nennen könnte. Aber, wenn dieſer bemerkenswerte Herr auch nie gelebt hat, ſo ſtellen ſeine Erlebniſſe doch ſamt und ſonders Blitzlichtaufnahmen aus dem Leben bekannter Abgeordneter dar. Dieſe Blitzlichtaufnahmen ſind oft ebenſo unerwartet mit der Feder aufgenommen worden, wie die beigefügten Bilder mit der Linſe. Sie ſind ſo ausgewählt, geordnet und miteinander verknüpft, daß ein möglichſt porträtähnliches Bild, nicht des Abgeordneten Müller, wohl aber des deutſchen Parlamentarismus daraus entſtanden iſt.

Sollte dieſem Bilde von ſeinen ſachverſtändigen Beſchauern die angeſtrebte Porträtähnlichkeit tatſächlich zugeſprochen werden — oder ſollte ſie ihm trotz etwaiger Ablehnung doch innewohnen, dann wäre das Ziel des Buches erreicht.

Das Ziel iſt, Kritikern wie Freunden des deutſchen Parlamentarismus die Möglichkeit zu geben, ihn mit ſeinen Eigentümlichkeiten wirklich kennen zu lernen. Dieſe Gelegenheit wurde bisher merkwürdigerweiſe überhaupt noch nicht geboten.

Die dem Buche beigefügten Bilder entſtammen einer Sammlung von über 600 photographiſchen Momentaufnahmen, die mein Reichstagskollege v. Dewitz in der erſten Hälfte des Jahres 1925 im Reichstage gemacht hat. Sie dürften als Zeitdokumente aus dieſer Periode des deutſchen Parlamentarismus von dauerndem kulturgeſchichtlichem Wert ſein.

Walther Lambach,
Mitglied des Reichstags

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of British Columbia Library

http://www.archive.org/details/dieherrschaftder00lamb

Reichstagswahl

Um sechs Uhr abends griff der fünfte Mann auf der Wahlvorschlagsliste der stärksten Partei des Ortes zur Reichsverfassung. Die letzte Stimme war abgegeben, sein Schicksal entschieden. Alles andere hieß: warten. Sechs Jahre Arbeit, zwei Niederlagen bei Reichstagswahlen, ein Sieg bei der Wahl zum Parteivorstand, dreiundsechzig Wahlreden in den letzten achtundzwanzig Tagen lagen auf dem Wege zu dieser Minute. Alle Nerven zuckten! Nur jetzt nicht die Haltung verlieren!

Er hatte sich das Reichstagshandbuch der letzten Wahlperiode angeschafft und wollte darin die Verfassungsbestimmungen über den Reichstag nachlesen. Aber beim Blättern blieb sein Auge auf der Reichsstimmordnung haften und, während in achtundsechzigtausend Wahllokalen die fantastische Wirklichkeit eines Wahlabends ihr Leben lebte, vertiefte er sich in die Vorschriften über die Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlbezirken.

Jetzt werden in 68297 Stimmbezirken von Tilsit bis Lörrach genau nach Vorschrift „alle nicht benutzten Umschläge und Stimmzettel" vom Vorstandstische entfernt. Alsdann „werden die Umschläge aus der Stimmurne genommen und ungeöffnet gezählt." Ihre Gesamtzahl wird mit der der Abstimmungsvermerke in den Wählerlisten verglichen und, in wievielen Wahllokalen wird in der nächsten Viertelstunde noch einmal und wieder einmal gezählt und verglichen werden, bis man sich endlich entschließt, die unerklärliche Differenz von ein paar Stimmen, die sich herausstellt, in der Abstimmungsniederschrift anzugeben und soweit möglich, zu erläutern.

„Nach der Zählung der Umschläge und Abstimmungsvermerke" öffnet ein Beisitzer die Umschläge, nimmt die Stimmzettel heraus und übergibt sie nebst den Umschlägen dem Wahlvorsteher. Der Wahlvorsteher liest aus dem Stimmzettel den Kreiswahlvorschlag vor, dem die Stimme gegeben worden ist. Bei jeder Verlesung verzeichnet der Schriftführer in der Zählliste jede Stimme bei dem aufgerufenen Kreiswahlvorschlag.

Herr Müller-Neustadt hat oft genug im Wahlvorstand gesessen, um sich ausmalen zu können, wie das alles zwei Straßenecken weiter in dem Wahllokal, zu dem seine Wohnung gehört, vor sich gehen werde. Nur über eines muß er immer wieder nachdenken. In der Reichstagsstimmordnung heißt es „Bei Reichstagswahlen müssen die Stimmzettel alle zugelassenen Kreiswahlvor-

schläge mit Angabe der Partei und Hinzufügung der ersten vier Bewerber jedes Vorschlages enthalten." Sein Name stand an fünfter Stelle. Die vier ersten Kandidaten seiner Partei würden sicher gewählt werden. Er, der fünfte, wahrscheinlich auch. Aber wußte denn einer der neuen Wähler überhaupt, wen er eigentlich wählt? Wollte er gerade Müller-Neustadt wählen? Und wußte die Frau, die ihn, den begeisternden Redner Müller-Neustadt wählen wollte, in welchem Wahlvorschlag er ungenannt verborgen wäre?

Es ist doch eine merkwürdige Sache, solch eine Reichstagswahl. Man redet in rauchigen Sälen zu Leuten, die man nicht kennt, und es geben einem Menschen ihre Stimme, die nicht einmal wissen, wer man ist.

„Sobald das Abstimmungsergebnis festgestellt ist, hat es der Abstimmungsvorsteher der Gemeindebehörde mitzuteilen, die es für ihre Stimmbezirke sammelt und an die untere Verwaltungsbehörde auf schnellstem Wege durch Fernsprecher, Telegramm, Eilboten oder sonstwie weiterreicht. Die untere Verwaltungsbehörde gibt die Ergebnisse gesammelt dem Kreiswahlleiter. Der Kreiswahlleiter wiederum sammelt die Ergebnisse seines Wahlkreises und teilt dem Reichswahlleiter drahtlich mit, wieviel Stimmen insgesamt den einzelnen Kreiswahlvorschlägen zufallen."

So wird telegraphiert, daß die Drähte glühen. Aus den 68000 Wahllokalen fließen die Stimmen zu den Gemeindevorstehern zusammen. Von den Gemeindevorstehern zu den 1082 Landräten und Bürgermeistern. Von diesen zu den 35 Wahlkreisvorstehern. Von den fünfunddreißig Wahlkreisvorstehern zum Reichswahlleiter. Von dort aus wird das zusammengestellte Gesamtergebnis in jedem Stadium seiner Ausrechnung wieder auf die Welle gegegeben, und noch in derselben Nacht flüstert dem Wähler in Neustadt hinterm Walde seine Radiomuschel in's Ohr, was er und seine dreißig Millionen wählender Volksgenossen diesmal wieder angerichtet haben.

Man mag zum Parlamentarismus und zum allgemeinen gleichen, geheimen Verhältniswahlrecht stehen, wie man will, die Technik eines solchen Reichswahlvorganges muß man bewundern.

Nachts um ein Uhr und dreiundzwanzig Minuten erfährt Müller-Neustadt die Tatsache seiner Wahl. Die ganze Familie reißt die Kopfhörer herunter: „Vater, jetzt bist du Reichstagsabgeordneter!" Da geht auch schon das Telefon. Gratuliere! Kommen gleich! Die Haustürklingel schellt hinein. Plakatträger und Trägerinnen wünschen Glück. Vom Wahlvorstand kommen Bekannte. Aus dem Lautsprecher erschallt sein Name: Müller-Neustadt gewählt!

Die Nacht grüßt den Tag und legt eine bleierne Müdigkeit auf den Mann, der die dreiundsechzig Wahlreden und einunddreißig abgekürzte Nächte hinter sich hat. Das Ziel ist erreicht. Jetzt möchte er schlafen. Lange und tief.

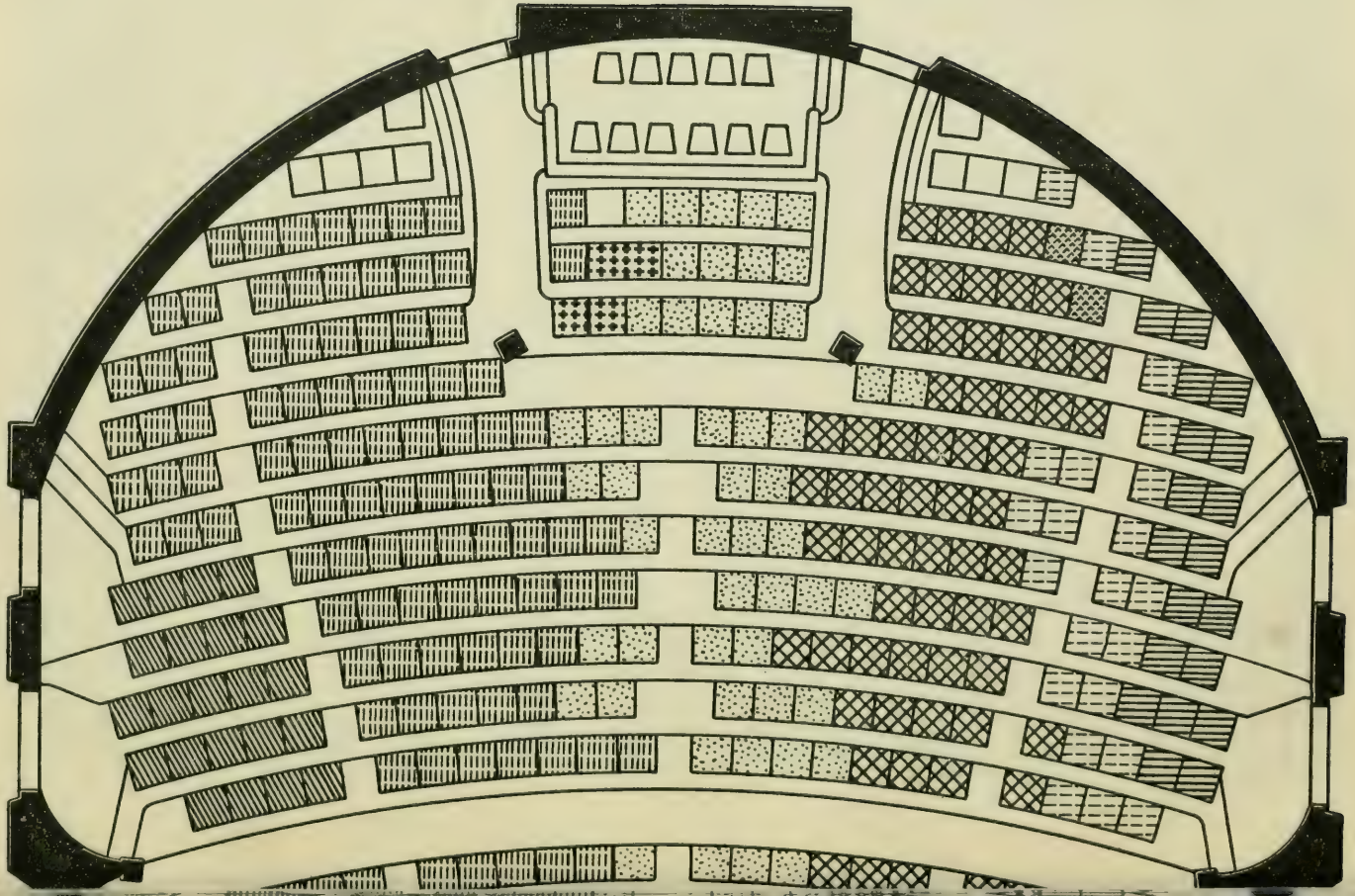
Die siegesfrohen Wähler lassen ihn nicht zur Ruhe kommen, und schon am Tage nach der Wahl lädt ihn ein Telegramm seiner Partei zur ersten Fraktionssitzung nach Berlin. Ein Brief des Reichstagsbüros fordert eine Niederschrift seines Lebenslaufs und das Paßbild für den Ausweis für freie Fahrt auf der Reichsbahn. Diesmal muß alles mit seiner sicheren Wahl gerechnet haben, sonst könnten die Einladungen und Aufforderungen unmöglich so prompt erfolgen. —

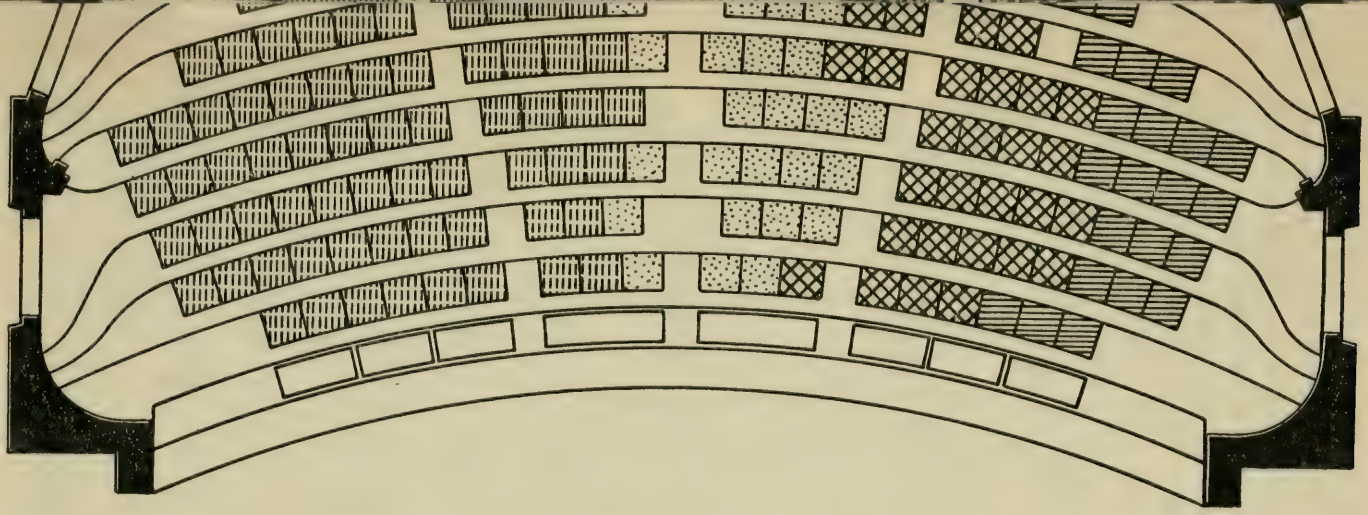
Nach zwei weiteren Tagen ist er im Besitz der schönen in Leder gebundenen Ausweiskarte. Sie trägt in Goldpressung den Aufdruck „Deutscher Reichstag", die Bezeichnung der Wahlperiode, den Reichsadler und eine Fahrkartennummer. Auf der Innenseite heißt es neben dem Paßbild und der Unterschrift: „Die Fahrkarte gilt zur Fahrt in beliebiger Wagenklasse auf den Eisenbahnstrecken der deutschen Reichsbahngesellschaft und der Fahrstrecke Stralsund-Hafen-Altefähr mit allen dem öffentlichen Personenverkehr dienenden Zügen". Sie ist ausgestellt von der deutschen Reichsbahngesellschaft. Auf zwei weiteren engbedruckten Seiten des Heftchens werden die Einzelbestimmungen mitgeteilt. Die Fahrkarte gilt bis zum achten Tage nach dem Ausscheiden des Inhabers aus dem Reichstage. „Endet die Zugehörigkeit zum Reichstage durch Auflösung des Reichstages, so wird die Karte mit Ablauf des Tages nach der Wahl des neuen Reichstages ungültig." — Für die Benutzung von Luxuszügen und Schlafwagen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen. — Der Inhaber der Fahrkarte kann Gegenstände, deren er zur Reise bedarf, zur frachtfreien Beförderung als Reisegepäck bis zum Gewicht von 50 kg aufgeben.

Es müßte eigentlich ein schönes Gefühl sein, mit solch einer Karte durch die Bahnsperre zu gehen — wenn man nur nicht so müde wäre von dem tollen Wahlkampf und endlich einmal einen langen ungestörten Schlaf tun möchte. Herr Müller-Neustadt wird noch mehr als eine Neuwahl durchmachen müssen, bevor er die Technik der richtigen Erholung nach einer Wahl erkennt. Vorläufig packt ihn der Strudel des parlamentarischen Betriebes und läßt ihn kaum zur Besinnung kommen.

Auf der Fahrt nach Berlin greift er nochmals zur Reichsverfassung. Er will wissen, welchen Aufgaben er entgegengeht. Er hat noch nie eine neue Arbeit unvorbereitet angefangen. In der Reichsverfassung findet er den Abschnitt „Der Reichstag" an zweiter Stelle vom zwanzigsten Artikel an. Vorläufig prägen sich ihm nur einige Sätze aus den zwanzig Artikeln ein. „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden." Nur deinem Gewissen bist du verpflichtet! Das werde ich nie vergessen.

„Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. Er tritt in jedem Jahre am





Sitzungssaal der Nationalversammlung zu Weimar 1919

Sozialdemokraten

Bayrischer Bauernbund

Zentrum

Deutsche Volkspartei

Unabhängige Sozialdemokraten

Deutsche Demokratische Partei

Deutsch-Hannoversche Partei

Deutschnationale Volkspartei

ersten Mittwoch des November am Sitze der Reichsregierung zusammen. Der Reichstag bestimmt den Schluß der Tagung und den Tag des Wiederzusammentritts." Auch dieser Passus veranlaßt zu einigem Nachdenken. Die Zeit vor dem ersten Mittwoch im November wird also immer frei sein, sagt sich Herr Müller Neustadt. „Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen; die Neuwahl findet spätestens am sechzigsten Tage nach der Auflösung statt."

Der soeben siegreich bestandene Wahlkampf läßt ihn diesen Artikel mit ziemlicher Gelassenheit lesen. Auflösung — leeres Gerede der extremen Presse! Warum Auflösung, wo doch erst eben gewählt ist?

Den Artikel über die Immunität überfliegt er nur: „Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes getanen Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden." Das ist also die berühmte Immunität. Und weiter: „Kein Mitglied des Reichstags kann ohne Genehmigung desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß das Mitglied bei Ausübung der Tat oder spätestens im Laufe des folgenden Tags festgenommen ist. — Die gleiche Genehmigung ist bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit erforderlich, die die Ausübung des Abgeordnetenberufs beeinträchtigt. Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstags und jede Haft oder sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit wird auf Verlangen des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben. — Die Mitglieder des Reichstags erhalten Entschädigung nach Maßgabe eines Reichsgesetzes." „Aha, die Diäten!"

Wie hoch die Diäten eigentlich sind, steht nicht in der Verfassung. Aber die Zeitungen haben ja so oft über ihre Höhe geschimpft. Man wird also damit auskommen können. —

Das ist die Meinung des neugewählten Abgeordneten der im Abteil erster Klasse mit dem Entschlusse der Reichshauptstadt entgegenfährt, seine ganze Kraft für das Wohl des deutschen Volkes einzusetzen. Die deutsche Reichsbahn befördert nicht immer so viel heilig-ernsten Willen, unserm geplagten deutschen Volke zu helfen, als an dem Tage, an dem die neugewählten Abgeordneten nach Berlin fahren.

Sicher gehört auch viel Ehrgeiz, Machtwille, Eitelkeit, gehören auch scheinbar und wirklich erfüllte persönliche Wünsche aller Art zu der Fracht. Aber ich wage zu behaupten: Grundstimmung bei den Neugewählten aller Fraktionen ist an diesem Tage die tiefernste sittliche Verpflichtung gegen Volk und Reich, oder Volk und Menschheit, oder Volk und Kirche, oder Volk und Partei, oder Volk und Stand, je nachdem, um welchen Erwählten es sich handelt.

Fraktion

Das übersteigerte Leben der Wahlzeit mit seinen Gefühlserregungen in großen Versammlungen, die Spannung am Wahltage und die Fahrt in's unbekannte Land des Parlamentarismus haben die Sensibilität des neugewählten Abgeordneten aufs Höchste gesteigert. Nun bringt der Eintritt in die Reichstagsarbeit derart kraß das Gegenteil von dem, was er erwartet haben mag, daß ihm zumute wird, wie unter einer unfreiwilligen Dauerdusche. Die Enttäuschungen beginnen schon bei der Wohnungssuche. Obwohl der Abgeordnete im allgemeinen ein gern gesehener Mieter ist, muß er Preise zahlen, die höher sind, als er erwartet hatte, und die Berliner Entfernungen kürzt ihm auch niemand ab. Will er nur eine halbe Stunde auf dem Wege von der Wohnung zum Reichstage verlieren, so findet er seine Wohnung nur in Lärm und Gestank der großen Stadt. Will er in erträglicher Gegend und Luft wohnen, so verfährt er täglich an die zwei Stunden auf der Straßenbahn, dem Omnibus, der Untergrundbahn oder anderen Verkehrsgelegenheiten. Dabei gibt es für einen Menschen in reiferen Jahren kaum etwas Niederdrückenderes, als solch eine Wohnungssuche.

Der erste Schritt durch das Abgeordnetenportal des Reichstags, das sich in der Richtung nach dem Brandenburger Tor öffnet, führt gleich in den Ernst und die verzwickte Technik des parlamentarischen Getriebes. Die großen Bronzegestalten der alten römisch-deutschen Kaiser, die in der dämmrigen Eingangshalle stehen, gucken zwar gleichgültig über den Ankömmling hinweg. Aber der Pförtner prüft die Papiere und besieht sich den neuen Erwählten des Volkes, dieses fünfhundertstel Stückchen Volksmajestät recht genau und prägt sich seine Züge ein. Der Pförtner muß seine Abgeordneten kennen, sonst stockt der Betrieb schon an der Eingangstür. Beim Durchschreiten der Abgeordnetengarderobe wirft der Garderobendiener einen kleinen roten Hebel herum, der die Aufschrift Müller-Hinterwalden trägt. Der Herr Abgeordnete ist jetzt der Zentrale gemeldet, erläutert er. Dann trägt ihn der Fahrstuhl nach dem ersten Obergeschoß. Und dort findet er bald die Nummer seines Fraktionszimmers.

Auch hier erkundigt sich ein betreßter Diener vor der Tür nochmals nach Nam' und Art. Dann steht er „in der Fraktion." Ein paar bekannte und eine Masse unbekannter Gesichter. Alte und junge, selbstsichere und Neulinge in bunter Mischung.

Bis zu diesem Augenblick war Herr Müller-Neustadt Einzelwesen, von allen Bindungen losgelöste Persönlichkeit. „Nur seinem Gewissen" bleibt er auch jetzt verantwortlich. So will es die Verfassung. Und doch wird ihm im Augen-

blick seines Eintritts in die Fraktion ein Teil dieser Selbstherrlichkeit genommen. Nur, wenn er „Wilder", d. h. fraktionslos bleibt, behält er seine volle Freiheit, dafür verliert er dann aber so ziemlich alle Auswirkungsmöglichkeiten im Parlament und durch das Parlament.

Ein ungegliederter Haufe von fünfhundert „Wilden" würde natürlich ebenso arbeits- und kampfunfähig sein, wie ein Haufe von fünfhundert Bewaffneten, die nicht an Zusammenarbeiten und Disziplin gewöhnt sind, aktionsunfähig ist. Die Weimarer Verfassung übersieht geflissentlich, daß unser Volk auch außerhalb des Parlamentes längst gruppenweise durchgegliedert ist. Sie greift auf den garnicht vorhandenen freien Einzelmenschen zurück, schaltet alle Zwischenstufen zwischen ihm und dem Staat aus und läßt ihn den Reichstag wählen. Die Gemeinschaften, als deren Mitglied zu leben er sich längst gewöhnt hat, verschwinden im Wahlakt. Da gibt es keine Gewerkschaften, keine Industrieverbände, keine Landbünde oder Handwerkerorganisationen, nicht einmal Frauen und Männer, keine Kirchen und Sekten, nach der Verfassung gibt es auch keine Parteien. Da gibt es nur Wähler.

Weil aber alle anderen Gemeinschaften, die meistens ihre Mitglieder viel fester zusammenfassen, als die Parteien, als Luft behandelt sind und nicht offiziell in die Erscheinung treten können, herrscht bei der Wahl die Partei (oder die parteimäßig benutzte Berufsorganisation, wie z. B. bei den Landbundlisten).

Die Partei hat die Wahlagitation betrieben. Die Partei hat den Kandidaten empfohlen. Nun er gewählt ist, tritt er naturnotwendig in die Fraktion ein, die die Mitglieder seiner Partei im Reichstage umfaßt. Das ist der Kreis, mit dem er von nun ab vier Jahre lang Freud' und Leid teilen soll. Er hat keinen Einfluß auf die Auswahl der Mitglieder dieser Fraktion gehabt. Ob er sich mit diesen Leuten überhaupt verstehen wird? Ob er ihre Reihen nicht stört? — Ob da nicht vielleicht irgend ein Unbekannter dazwischen ist, der eines Tages Schmach und Schande auf die gesamte Fraktion bringt? — Ob der große Führer in diesem Zimmer steht, der Meister der neuen Zeit, noch unerkannt, aber dereinst der Retter des Vaterlandes? — —

Niemand kann es wissen. Ein alter erfahrener, aber lebendig gebliebener Abgeordneter, der schon mehr als fünfzehn Jahre dem Hause angehört, meint: Unseres Herrgotts Zorn und der Wähler unergründliche Weisheit stellen allemal die Fraktionen zusammen.

Müller-Neustadt kommt sich vor, wie damals als er Soldat wurde. Genau so wie damals werden hier fremde Menschen durch einen fremden Willen zur Gemeinschaft gezwungen. Und genau wie damals bemerkt er auch jetzt bald, daß es in dieser Gemeinschaft sogenannte „alte Leute" gibt, die den Betrieb

schon kennen und deshalb etwas zu sagen haben und junge Rekruten (— oder Füchse, wie man's nimmt —), die einige Zeit brauchen werden, bis sie ernsthaft mitzureden vermögen.

Es gibt erstaunlich hohe Semester, sowohl an Mandatsjahren, als auch an Lebensjahren im deutschen Reichstage. Nach Mandatsjahren waren beim Zusammentritt des dritten Reichstags der Republik im Dezember 1924 nicht weniger als 25 Abgeordnete vorhanden, die schon vor 1907 zum ersten Male gewählt waren. Darunter der Sozialdemokrat Bock, der 1884 seinen ersten Wahlsieg erlebte, und Spahn vom Zentrum, der im selben Jahre gewählt wurde († im August 1925). Solche Fraktions-Kollegen verkörpern in sich Geschichte und Tradition, die die Zukunft mit der Vergangenheit verknüpfen. Je größer der Prozentsatz der Alterfahrenen in einer Fraktion ist, je organischer sich bei ihr Jahrgang an Jahrgang anschließt, desto selbstverständlicher wird der neue Jahresring zum organischen Gliede der alten Fraktionsgemeinschaft. Desto größer natürlich auch die Gefahr der Verkalkung, des Nichtverstehens der neuen Zeit. Je brausender dagegen der Zustrom der Jugend, desto schwieriger ist die Formierung solch einer Fraktion, desto offener aber sind die Blicke für die Aufgaben des Heute. Im Reichstage vom Dezember 1924 hatten die Sozialdemokraten vierzehn Abgeordnete, deren Mandatsalter hinter 1907 zurückreicht, die Deutschnationalen hatten drei, das Zentrum vier, die Kommunisten einen, die Demokraten zwei, die Bayern einen Abgeordneten mit solch hohem Mandatsalter. Bei der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Völkischen fehlen diese reifen Jahrgänge überhaupt.

Aus der vornovemberlichen Zeit saßen bei den Sozialdemokraten 37 Abgeordnete, bei den Deutschnationalen 12, beim Zentrum 10, bei der Deutschen Volkspartei 4, den Kommunisten 1, Demokraten 5, Wirtschaftlichen Vereinigung 1, den Bayern 5, den Völkischen 1.

Die Herausarbeitung der Grundsätze des republikanischen Systems haben als Mitglieder der Nationalversammlung unter den Abgeordneten des dritten Reichstags vom Dezember 1924 mit erlebt: 61 Sozialdemokraten, d. h. fast die Hälfte der Fraktion vom Dezember 1924; 17 Deutschnationale, d. h. etwa der sechste Teil der entsprechenden Reichstagsfraktion; 32 Zentrumsabgeordnete, d. h. fast die Hälfte dieser Reichstagsfraktion. In der Deutschen Volkspartei verfügt ein Viertel der Mitglieder über Nationalversammlungserfahrungen, bei den Kommunisten nur ein Zweiundzwanzigstel. Bei den Demokraten verfügen 18 von 32 Mitgliedern, d. h. mehr als die Hälfte über diese Erfahrung. Die Bayerische Volkspartei hat ein Drittel, die Völkischen ein Vierzehntel, die Wirtschaftliche Vereinigung ein Fünftel Veteranen aus der Nationalversammlung.

Je nach dieser historisch gewordenen Zusammensetzung der Fraktionen gestalten sich Aufnahme und Eintritt des neugewählten Abgeordneten sehr verschieden. In der einen Fraktion wird er gleichsam „aufgesogen". Eine feste Ordnung umfängt ihn, gegen die es kein Aufbäumen gibt. In der anderen, schnell gewachsenen umbrodelt ihn frisch-frohes, aber in seinen Wirkungen noch nicht vorauszuberechnendes Wollen der Stürmer. Die Stimme des reifen Alters verhallt und die neue Zeit hat das Wort — bis auch sie sich an den Widerständen des Hauses die Ecken und Kanten abgeschliffen haben wird.

Der Neuling sieht sich hier wie dort zwischen einer Menge von Menschen, deren Wesen, Herkunft, Bildung, Arbeitsart er nicht kennt. Selbst scheinbar so gleichartige Fraktionen, wie die der Sozialdemokraten umschließen Gegensätze stärkster Art. Da steht neben dem 75jährigen Eduard Bernstein, der aussieht wie einer der Schriftgelehrten, die den 12jährigen Jesus im Tempel ausgefragt haben, der rotblonde Kieler Bäckergeselle Eggers, der noch nicht in's Schwabenalter hineingewachsen ist. Neben dem ehemaligen Handwerksburschen Löbe, der mit dem Ränzel auf dem Rücken die blaue Adria gegrüßt hat, das Fräulein Toni Sender, das mit höherer Töchterschulbildung vier Jahre in Paris tätig gewesen ist. Zwischen ihnen der elegante Doktor Breitscheid, der viele Parteien und Länder, künstlerische und politische Klubs aus eigenem Aufenthalt kennt, wie z. B. die Freisinnige Vereinigung und die demokratische Vereinigung, bis er Mehrheitssozialist wurde, dann Unabhängiger Sozialist und schließlich wieder Vereinigter Sozialist. Die verschiedenen Lebenswege, das verschiedene Alter, die verschiedenen Methoden und Ziele der Fraktionskollegen lassen den Neuling nur langsam ein Bild vom wahren Gesichte seiner Fraktion gewinnen.

Noch viel bunter als bei der aus Grundsatz gleichartig sein wollenden Sozialdemokratie ist das Bild einer bürgerlichen Fraktion. Wenn man die Namen, Bildnisse und Lebensbeschreibungen der Deutschnationalen durchgeht, stößt man auf alle Lebensalter vom jungen Fürsten Bismarck, der bei seiner Wahl 27 Jahre alt war, bis zum 76 jährigen Großadmiral v. Tirpitz, vom kleinen Landwirt bis zum Großgrundbesitzer, vom Gewerkschafter bis zum Großindustriellen. Evangelische und katholische Geistliche sitzen in derselben Fraktion zwischen kaiserlichen Ministern, Zeitungsredakteuren, Handwerkern und Generälen aus dem großen Krieg. Der Wegfall aller Titel im persönlichen Umgang erleichtert das Näherkommen von Mensch zu Mensch, erschwert andererseits wieder die Bildung einer klaren Vorstellung von der Bedeutung der einzelnen Fraktionskollegen. Zu Anfang treten die landsmannschaftlichen Unterschiede — schon durch die Sprache erkennbar — mehr hervor, als alle anderen.

Der Abgeordnete Müller-Neustadt hat uns nie verraten, zu welcher Fraktion er eigentlich gehört. Er meint, weil er Müller heiße, könne er in jeder Fraktion unauffällig vorhanden sein. Und als Müller-Neustadt stehe er doch in keinem Reichstagshandbuch und in keinem politischen Almanach. Er ist nicht deutschnational, denn dann müßte er Mueller-Otfried heißen und kein Mann, sondern eine Frau sein. Er ist nicht nationalsozialistisch, denn da gibt es gar keinen Müller, nicht Zentrum, nicht Demokrat, nicht Sozialdemokrat (sonst hieße er Müller-Franken und wäre längst kein Neuling mehr). Er ist der strebsame Urwähler, dessen Sehnen erfüllt worden ist. Vorläufig nur Herr Müller und vorläufig in jeder Partei der neue Herr Müller.

Aber er selbst hält sich durchaus nicht für irgendjemand.

Er hat als Persönlichkeit gelitten, gestritten und gesiegt. Er hat auch den eisernen Willen seinen Namen Müller-Neustadt mindestens so bekannt zu machen, wie „Müller-Meiningen“, „Müller-Franken“, „Müller-Rastatt“, „Müller-Emden“, „Müller-Cannero“ und andere große Weltmüllers. Er hat den Willen — und schon trifft ihn der Schlag! Beim Namensaufruf in der Fraktion ertönt es auf einmal: „Müller-Hinterwalden“. Das kann nur er sein, denn Hinterwalden ist sein Wahlkreis. Er meldet sich und bemerkt: Ich heiße allerdings „Müller-Neustadt“. „So hießen Sie bis heute“, bemerkt der gütige alte Herr, der einstweilen den Vorsitz inne hat. Hier im Reichstage heißen Sie nach ihrem Wahlkreis: „Müller-Hinterwalden“. —

„Und wenn ich später einen anderen Wahlkreis bekäme?“ —

„Dann bekommen Sie auch einen anderen Namen.“ —

So ist es in der Tat. Der demokratische Abgeordnete Schneider hieß in der Nationalversammlung „Schneider-Sachsen“, jetzt heißter „Schneider-Berlin“, weil er nicht auf der sächsischen, sondern auf der Reichsliste gewählt ist. Der Deutschnationale Abgeordnete Dr. h. c. Koch aus Elberfeld heißt nach seinem Wahlkreise „Koch-Düsseldorf“. Der ebenfalls deutschnationale Berliner Lehrer Schulze 99 hieß als Abgeordneter zuerst „Schulze-Berlin“, dann „Schulze-Frankfurt“. Nur Schultz-Bromberg hat seinen alten Namen behalten. Ein Protest gegen den polnischen Länderraub!

Herr Müller entschließt sich privatim den Namen Müller-Neustadt-Hinterwalden zu führen. Im Reichstage wird er Müller-Hinterwalden heißen. Das begreift er und fügt sich darein.

Nach dem Namensaufruf nimmt die Fraktion eine Rede des bisherigen Fraktionsvorsitzenden über die politische Lage entgegen und vertagt sich dann bis zum nächsten Vormittage: Thema Vorstandswahlen. Am Abend ist „Fraktionskneipe“, d. h. gründliche Aussprache von Mund zu Mund über die morgigen Vorstandswahlen.

Bei solchen Gelegenheiten wird oft mehr praktische Politik gemacht, als am Tage im Reichstagshause. Die Stätten, an denen man sich trifft, haben für den Eingeweihten ihre bestimmte politische Bedeutung. Eines der bekanntesten Lokale mit Abgeordnetenverkehr ist das Kochelbräu in der Linkstraße. Da sitzen abends beim Münchner Bier an gescheuerten Tischen die Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und des südwestlichen Zentrums.

Bei Krzinsanek in der Friedrichstraße trifft man Dauergäste aus allen Fraktionen. Da sitzt an dem einen Tisch der Exreichskanzler Josef Wirth mit seinen Freunden, am Nebentisch Senator Petersen mit anderen Demokraten. Von den Deutschnationalen ist in diesem Lokal der Abgeordnete Bruhn mit seinen engeren Freunden anzutreffen. In den Weinstuben von Mitscher und Gerold trifft man Volksparteiler, bei Siechen Nationalsozialisten.

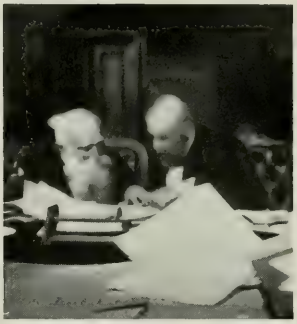
Als Müller-Hinterwalden die Fraktionskneipe verläßt, haben ihm ältere Abgeordnete aller Schattierungen durch ihre Erzählungen einen ersten Einblick in das personelle Leben der Fraktion gegeben. Er wird bei den morgigen Vorstandswahlen schon eine eigene Meinung betätigen. Es scheint ihm allerdings so, als ständen sich in der Fraktion doch einige Gruppen recht feindlich gegenüber.

In der Sitzung aber erweist sich alles als eitel Freundlichkeit und Verständigungsbereitschaft. Er hat zwar gestern abend nicht einen einzigen Kollegen gesprochen, der mit dem bisherigem Vorsitzenden zufrieden wäre. Heute morgen aber geht die Wiederwahl dieses Herrn glatt über die Bühne. Für die Besetzung der übrigen Vorstandsposten zirkulieren zwei Listen, deren Namen sich zum Teil decken. Auch das geht glatt. Die Namen, die von beiden Seiten vorgeschlagen werden, sind gewählt. Um den Rest gibt es eine längere Debatte. Dann wird eine Pause eingelegt, während deren man kleine und größere Gruppen heftig miteinander verhandeln sieht.

Müller-Hinterwalden kommt sich dabei vor, wie das fünfte Rad am Wagen. Er hat in diesen Fragen noch kein klares Ziel. Er kennt die Menschen noch zu wenig. Was er gestern abend gelernt hat, reicht nicht aus, das merkt er bald. Das Einzige, was er tun kann, ist sich für eine der beiden Gruppen zu entscheiden, die hier um die Vorhand ringen. Bei der Wahl gibt er dementsprechend seine Stimme ab. Das Ergebnis zeigt, daß er zu der siegenden Partei gehört. Seine Kandidaten ziehen in den Vorstand ein.

Die Funktionen des Fraktionsvorstandes sind bei den verschiedenen Fraktionen verschieden. Überall leitet der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter die Fraktionssitzungen. Der Vorsitzende und ein oder zwei ihm beigegebene Abgeordnete führen die Verhandlungen mit fremden Fraktionen. Sie vertreten die Fraktion in Besprechungen beim Reichskanzler und anderen Mi-

Der Fraktionschef des Zentrums
Abg. und ehem. Reichskanzler Fehrenbach



Patriarchen bei der Arbeit
links Abg. Herold (Zentr.) geb. 1848, im Reichstag seit 1898; im Steuerausschuß

Fraktionschef der Nationalsozialisten
v. Graefe-Goldebee

Patriarchen bei der Arbeit
Abg. Ed. Bernstein (Soz.) im Schreibzimmer

Links: Der Fraktionschef der Sozialdemokraten Hermann Müller-Franken.

Rechts: Exzellenz Spahn (Zentrumsabgeordn.) geb. 1846, im Reichstag seit 1884, im Lesesaal. † 1. Sept. 1925

Der Kommunistenführer Koenen

nistern. Sie treten auch in den Plenarsitzungen des Reichstags bei besonders wichtigen Gelegenheiten als die Sprecher ihrer Fraktion in die Erscheinung.

Neben dem Vorsitzenden wählt sich die Fraktion ihren Geschäftsführer und unterstellt ihm das mit berufsamtlichen Kräften besetzte Fraktionsbüro. Ein weiteres Vorstandsmitglied wird mit der Ausschußkontrolle betraut, ein anderer mit der Pflege des Verkehrs mit der Presse.

Müller-Hinterwalden läßt sich erzählen, daß alle diese Herren sozusagen das ganze Jahr vom Morgen bis zum Abend im Reichstage anwesend und anstrengend für die Fraktion tätig sein müssen. Wo nehmen sie denn die Zeit dazu her? — Was für eine Entschädigung bekommen sie dafür? Ist die wirklich so hoch, wie man sich im Lande erzählt? — —

Daß er auf diese Frage die Auskunft erhält, alle diese Posten seien nur unbesoldete Ehrenämter, für deren Ausfüllung nicht ein Pfennig Vergütung gezahlt wird, macht ihn sehr nachdenklich. Wie machen das denn die Leute nur, sie können doch unmöglich alle so reich sein, daß sie sich dieses völlige Aufgehen im parlamentarischen Betriebe so einfach leisten können, fragt es in ihm weiter.

Nach vollzogener Vorstandswahl verkündet der Vorsitzende, daß die Diätenabzüge für Fraktion und Partei noch drei Monate genau so hoch bleiben sollen, wie bisher. Er teilt mit, daß die Höhe dieser Abzüge bei den verschiedenen Fraktionen zwischen 5% und 20% des Fraktionsbeitrags schwankt. Bei der einen werden die Berliner, bei der andern die wohlhabenden Fraktionsmitglieder stärker herangezogen. Aber im Durchschnitt werden von jedem Abgeordneten 75 bis 100 M. monatlich eingezogen. Die Höhe dieser Summen gefällt unserem Freunde durchaus nicht. Als er sich aber dazu äußern will, erklärt der Vorsitzende: es haben sich zu diesem Punkte bereits sieben Redner zum Wort gemeldet. Ich schlage vor, wir setzen diese ganze Debatte drei Monate aus. Erst dann werden wir übersehen können, welche Beträge wir tatsächlich brauchen. — Widerspruch erhebt sich nicht. — Es ist so beschlossen. —

Ganz verdutzt bemerkt Herr Müller-Hinterwalden, daß seine erste Wortmeldung in der Fraktion ergebnislos gewesen ist.

Die nunmehr einsetzende Aussprache über die politische Lage, die in dem Auftrage an den Vorsitzenden gipfelt mit den anderen Parteien über die Neubildung der Regierung zu verhandeln, zeitigt einige zwanzig Wortmeldungen. Müller-Hinterwalden steht an fünfzehnter Stelle. Da aber schon nach dem zwölften Redner „Schluß der Aussprache" beschlossen wird, kommt er abermals nicht zum Wort. „So einfach ist es offenbar nicht" denkt er, als er abends mit dem D-Zuge nach seinem geliebten Neustadt hinterm Walde zurückreist. „Nicht einmal zu Worte bin ich in der Fraktion gekommen." — Wird das

überhaupt sobald möglich werden? Hundertdreißig Fraktionsmitglieder der sozialdemokratischen Fraktion brauchen ja bei einer Redezeit von nur je 5 Minuten mehr als 12 Stunden, um sämtlich zu Wort zu kommen. Solch lange Sitzungen sind aber doch nicht zum Aushalten!

Und von den 618,75 Mark Diäten soll ich 100 Mark an Fraktion und Partei abgeben?! Bleiben 500 Mark. Das ist bei den Berliner Preisen recht knapp. Jeder Fehltag kostet außerdem einen Abzug von 20,65 Mark. Bei mehr als 5 aufeinanderfolgenden Fehltagen werden sogar 41,30 Mark für den Tag abgezogen. Wie sich das alles mit den Erfordernissen des Lebens vereinen lassen wird, kann nur die Erfahrung lehren. Für die beiden Berliner Tage, die hinter ihm liegen, werden überhaupt keine Unkosten erstattet, denn die Diäten beginnen erst mit dem offiziellen Zusammentritt des Reichstags, also inacht Tagen, zu laufen. Doch in Neustadt erwarten ihn seine Getreuen an der Bahn. Die Erregungen der Wahlzeit zittern noch in ihnen nach. Und ihr Abgeordneter hält ihnen noch am späten Abend im engsten Vorstandskreise einen Vortrag über die politische Lage. Von seinen übrigen Eindrücken in Berlin schweigt er. Er ist selber noch nicht fertig damit.

Reichstagseröffnung

Genau am dreißigsten Tage nach der Wahl, dem spätesten Tage, den die Verfassung zuläßt, tritt Herrn Müllers neuer Reichstag zum ersten Male zusammen. Die gedruckte Einladung ist acht Tage vorher in Neustadt angekommen. Darauf heißt es zum Schluß: Evangelischer Gottesdienst im Dom vormittags $^1/_2$ 11 Uhr, katholischer Gottesdienst in der Hedwigskirche 10 Uhr vormittags. Auf neun Uhr wird außerdem zu einer Fraktionssitzung eingeladen.

Als Herr Müller pünktlich um $^3/_4$ 9 Uhr morgens vom Potsdamer Bahnhof her zum Brandenburger Tor kommt, sieht er auf allen vier Türmen des Reichstagsgebäudes kleine schwarz-rot-goldene Fähnchen flattern. „Sitzungstag!" — spricht er halblaut vor sich hin, denn er hat erfahren, daß der Reichstag wie andere republikanische Parlamente, seine Flagge aufzieht, sobald er versammelt ist.

Vor dem Abgeordnetenportal drängen sich ein paar hundert Menschen, die die neuen Abgeordneten sehen wollen. Fotografen stehen schußbereit und, wenn Ruth Fischer, Hermann Müller, Oernburg, Stegerwald, Rießer, von Gräfe oder Tirpitz kommen, dann knattern die Kameras wie Maschinengewehrfeuer. Die kirchlich gesinnten Abgeordneten erscheinen im Zylinder und geben dadurch diesem Morgen etwas Feierliches.

Desto unfeierlicher geht es in den Fraktionen zu. Kurze Aussprache über

die Wahl des Reichstagspräsidiums. Die stärkste Partei stellt gewöhnlich den Präsidenten des Reichstags. Die drei nächstgrößten Fraktionen je einen Vizepräsidenten. Auch ein bis drei Schriftführer hat jede Partei vorzuschlagen. Man einigt sich auf ihre Namen. Dabei merkt Herr Müller-Hinterwalden etwas verwundert, daß manche Abgeordneten in der Zwischenzeit, in der er in Neustadt auf die Einberufung des Reichstags wartete, offenbar dauernd in Berlin gewesen sind und bereits allerhand Entscheidungen vorbereitet haben. Irgendjemand hat die Verteilung der Plätze im Sitzungssaal vorgenommen. Müller-Hinterwalden ist garnicht zufrieden mit seinem Platz. Er hat etwas lange Beine und sitzt nun weit hinten mitten in einer langen engen Reihe. Auch die Arbeitszimmer und die Schrankabteile sind verteilt. Müllers Arbeitszimmer enthält zwei Tischplätze und zwei Stühle. Es sollen sich aber sechs Abgeordnete in dieses Zimmer teilen. Ziemlich betreten erkundigt er sich, warum nun gerade er den schlechten Platz und das überfüllte Zimmer erhalten habe? „Der Vorstand hat es beschlossen" ist die lakonische Antort. Im Protokollbuch findet er die Berichte über eine ganze Reihe von Vorstandssitzungen, die inzwischen stattgefunden haben. Wahrhaftig, täglich sind Sitzungen gewesen. Sie haben nach den Protokollen sich immer wieder mit der Regierungsbildung befaßt. Zwischendurch heißt es einmal so nebenbei: Den Vorschlägen des Büros für die Platz- und Raumverteilung wird zugestimmt.

Zur rechten Minute erinnert ein bekannter Pfarrer, den die Wähler seit Jahrzehnten immer wieder in den Reichstag schicken, daran, daß es Zeit ist, zur Kirche zu gehen. Draußen hat nunmehr die Schupo schon Mühe, die Straße frei zu halten. Unter den Linden wogen die Menschen dem Dom und der Hedwigskirche zu. „Das war nicht immer so", erzählt Herrn Müllers Nachbar. „Als wir 1920 zur Eröffnung des ersten Reichstags der Republik gingen, interessierte sich kein Mensch für diesen Kirchgang. Da waren wir in einer Seitenkapelle keine drei Dutzend Abgeordnete und außer uns saßen nur noch ein paar alte Mütterchen da." —

Der Dom ist voll besetzt. Seine weiten Flächen, die im Ausmaß bekanntlich sogar die des Kölner Domes übertreffen, tragen tausende von Menschen. Der Prediger geht an die unerhörte Aufgabe heran, dem fünfhundertköpfigen neuen Souverän des deutschen Volkes ebenso in's Gewissen zu reden, wie es ein tüchtiger Hofprediger gegenüber seinem Fürsten tat. Das ist schwer, und der Erfolg kann nicht sehr nachhaltig sein.

Eine so zusammengewürfelte Vielheit hat zwar hundert Einzelgewissen, aber hat kein Gemeinschaftsgewissen, wie organisch gewordene Gemeinschaften es haben, sie kann keines haben, denn sie ist ja „gemacht" und nicht „geworden".

Die Einzelnen allerdings werden von diesem gewaltigen Prediger gepackt. Sie treten umwogt von Orgelklängen wieder in's Tageslicht hinaus und sehen vor sich im Lustgarten eine unabsehbare Menge: Berlin, das seinen Tag hat! Herr Müller hört wie sie Namen nennen: „Der große junge Mann dort mit der schwarzen Brille ist der Fürst Bismarck" — „Da ist Muttel Behm." — „Da Ludendorff". — „Da Thiel von der Volkspartei". — Mich kennt noch keiner, sagt sich Herr Müller-Hinterwalden. Man braucht etwas Zeit dazu, im Volke bekannt zu werden.

Die Menschenmauern vor dem Reichstage öffnen sich und der Wallotbau nimmt seine neuen Herren zu einer ersten Sitzung auf.

In der weißen Wandelhalle mit ihren Marmorsäulen und dem roten Teppich auf den weißen Fliesen hängt als einziges Zeichen der neuen Zeit die schwarzrotgoldene Fahne, die einzige vielleicht, die nicht gelb, sondern wirklich Gold aufweist, von der Kuppel herab. Das weiße Marmorstandbild des greisen Kaisers mit der Verfassungsurkunde der Reichsgründung in der Rechten, steht so schlicht und edel da, als ob niemals Revolution gewesen wäre. Es gehört zum Bau und wird stehen bleiben, als ein Gruß aus der Zeit des ersten Reichstages des neugeeinten deutschen Volkes, den dieser Fürst nach einem für damalige Zeiten geradezu revolutionär freien Wahlrecht einberufen hat.

Unter der Tricolore der Republik schreiten die Abgeordneten hindurch zum Sitzungssaal, nicht ohne auf dem Wege dorthin ihre Anwesenheit in bereit liegenden Listen zu bescheinigen.

Schnell füllt sich der Sitzungssaal mit Menschen. Er senkt sich, wie alle derartigen Verhandlungsräume, amphitheaterartig wie ein Trichter nach der Mitte zu. Im Halbkreis sitzen die Abgeordneten und ihnen gegenüber in gerader Linie estradenartig aufgebaut die Regierung, die Ländervertreter und in der Mitte dreistufig und feierlich übereinandergetürmt die Stenographen, der Redner und das Präsidium des Reichstages. Hoch oben von den Emporen und den Logen schauen die Gäste des Hauses: Presse, Besucher und fremde Gesandte auf das Schauspiel herab, das sich unten im Saale entrollt.

Der Halbkreis der Sitzreihen der Abgeordneten wird durch Gänge unterbrochen, die strahlenförmig auf die Mitte des Saales, das Rednerpult, zulaufen. Dadurch entsteht für die dazwischen liegenden Abschnitte die Form eines spitzen Keiles, in dem die vorderste Reihe je zwei nebeneinanderliegende Sitze aufweist, die dahinter liegende Reihe deren drei. Die letzte, zwölfte Reihe enthält in jedem Keil schon neun Sitzplätze. In den Ecken des Saales schließen sich dann noch kürzere dreizehnte, vierzehnte und fünfzehnte Reihen an.

Müller-Hinterwalden findet seinen Platz in der Mitte der zwölften Reihe.

Dieser Platz trägt bereits das weiße Kärtchen mit seinem Namen, das er auch unten in der Garderobe an seinem Haken gefunden hat. Die kleine Schublade in seinem Tischchen enthält einen Kasten mit weißen, blauen und roten Stimmkarten, die seinen Namen tragen und mit „ja", „ich enthalte mich" und „nein" bezeichnet sind. Außerdem Briefpapier und Postkarten mit dem Aufdruck „Reichstag", Siegelmarken mit dem Aufdruck „Reichstagsabgeordneter", Löschblatt, Bleistift und Feder. Für alles ist gesorgt.

Während er sich nun die Menschen im Sitzungssaal besieht, wird ihm klar, daß er sich bisher die Verteilung von Rechts und Links im Reichstag völlig verkehrt vorgestellt hat. Zu seiner Rechten sitzen ja die Sozialdemokraten und Kommunisten und zu seiner Linken die Deutschnationalen. Man bezeichnet also „Rechte" und „Linke" nach rechter und linker Seite des Präsidenten und nicht, wie sie der Abgeordnete neben sich hat.

Vorne auf den ersten Plätzen erkennt er einige bekannte Größen. Bei den Deutschnationalen: Schultz-Bromberg, Behrens, Tirpitz, Wallraf. Bei der Deutschen Volkspartei: Dr. Becker-Hessen und Dr. Scholz. Bei der Bayrischen Volkspartei den Domkapitular Leicht, beim Zentrum: Becker-Arnsberg und Fehrenbach, bei den Demokraten: Koch-Weser und die Sozialdemokraten Dr. Hertz und Sollmann. Die Nationalsozialisten, die Wirtschaftspartei und die Kommunisten haben keine Spitzenplätze. Die Verteilung der Fraktionen und die Zahl ihrer Mitglieder war im dritten Reichstage im Jahre 1925 von rechts nach links die folgende: Deutschnationale 110, Nationalsozialistische Freiheitspartei 15, Deutsche Volkspartei 51, Bayerische Volkspartei 19, Wirtschaftliche Vereinigung 21, Zentrum 69, Demokraten 32, Sozialdemokraten 131, Kommunisten 44.

Zu Vorsitzenden dieser Fraktionen hatten sich nach dem Stande vom August 1925 gewählt: Die Deutschnationalen den Grafen Westarp, die Nationalsozialisten Herrn von Gräfe-Goldebee, die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz, die Bayerische Volkspartei den Domkapitular Leicht, die Wirtschaftliche Vereinigung Herrn Fehr, das Zentrum Herrn Fehrenbach, die Demokraten Dr. Koch-Weser, die Sozialdemokraten Hermann-Müller-Franken und die Kommunisten als geschäftsführenden Vorsitzenden Herrn Stöcker.

Als ordentlicher Mann, der planmäßig zu arbeiten gewöhnt ist, hat sich unser Freund Müller-Hinterwalden diese Dinge an Ort und Stelle klargemacht. Personen kennen lernen und sie veranlassen, zu tun, was man will, das ist die eigentliche Aufgabe des Abgeordneten, wie ihm ein erfahrener Kollege soeben gesagt hat. Der Mann hat Recht. Wenn man hier seinen

Willen durchsetzen will, dann muß man erreichen, daß bei der Abstimmung mindestens 247 Abgeordnete diesen Willen durch ihre Stimmabgabe unterstützen.

Da geht die Glocke. Die Uhr zeigt genau zwanzig Minuten mehr, als die angesagte Zeit. Oben auf dem Präsidentenstuhl erhebt sich ein alter Mann und redet mit kaum verständlicher Stimme. Es ist der Alterspräsident. Er sagt ungefähr dasselbe, was am 24. Juni 1920 der damalige Alterspräsident Rieke gesagt hat. Nämlich:

„Meine geehrten Damen und Herrren! Ich bin am 10. Juni 1843 geboren, also 77 Jahre alt. Sollte ein höheres Lebensalter in diesem Hause vertreten sein, dann möchte ich ersuchen, sich hier zu melden und meinen Platz einzunehmen. — Wie ich sehe, ist das nicht der Fall

Damit eröffne ich hiermit den ersten republikanischen Reichstag und zugleich auch die Sitzung. Ich schlage Ihnen vor, die Geschäftsordnung der Nationalversammlung hier ebenfalls anzunehmen. — Ein Widerspruch erhebt sich nicht, dann wäre damit mein Vorschlag angenommen.

Nach § 1 ernenne ich zu provisorischen Schriftführern die Abgeordneten Fischer-Berlin, Frau Agnes, Dr. Pfeiffer und Malkewitz. Ich bitte die Genannten, sich hier oben nach dem Präsidium zu bemühen. — Herr Fischer-Berlin ist nicht anwesend. Dann ersuche ich Frau Bohm-Schuch als Schriftführerin hier einzutreten. (Geschieht).

Nach § 9 der Geschäftsordnung haben wir nunmehr den Namensaufruf vorzunehmen, um festzustellen, ob die zur Beschlußfähigkeit des Hauses nötige Zahl von Abgeordneten anwesend ist.

Entschuldigt sind die Herren Abgeordneten Dr. Graf zu Dohna, Joos, Dr. Oberfohren und Wels. Ich ersuche nun die Herren Schriftführer den Namensaufruf vorzunehmen. "— — — —

Nachdem der Namensaufruf erfolgt ist, stellt der Alterspräsident die Beschlußfähigkeit fest und beruft die zweite Sitzung auf den nächsten Tag mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und der Schriftführer. — — —

Im Mai 1924, als der Wille der Wähler 62 Kommunisten und 32 Nationalsozialisten als grundsätzliche Gegner des Parlamentarismus in den Reichstag entsandt hatte, ging die Eröffnungssitzung nicht so ruhig vorüber. Da dröhnte der Plafond des Saales von wilden Rufen nach Amnestie, und als Ludendorffs Name aufgerufen wurde, schienen alle Schranken zu fallen, so machten sich Abneigung und Zuneigung in endlosen Zurufen Luft. Der damalige Alterspräsident konnte erst nach Tagen die Wahl des Präsidenten Wallraf durchsetzen. Und man fragte sich, ob in unseren verwilderten Zeiten die Einrichtung des Alterspräsidenten noch zweckmäßig sei, ob man nicht besser den

Präsidenten des verflossenen Reichstags, der ja auch den neuen Reichstag erstmalig einberuft, mit der Leitung der konstituierenden Sitzungen betrauen solle. Im Dezember-Reichstag 1924, der auf den sogenannten kurzen Reichstag folgte, ging es dann wieder ohne so erhebliche Störungen. Das hatte seinen Grund nicht zum wenigsten in der Tatsache, daß diesmal eine viel kleinere Schar parlamentarischer Neulinge in das Haus einzog, als im Mai desselben Jahres. Im Mai 1924 bestand die kommunistische Fraktion aus 10 alten und 52 völlig unerfahrenen Parlamentariern, die das Parlament einfach wie eine wilde Wahlversammlung behandelten. Bei den Nationalsozialisten saßen neben drei Älteren 29 Neulinge. Aber auch bei den Deutschnationalen waren 49 Jungparlamentarier eingezogen, denen allerdings 59 Abgeordnete mit jahrelanger Erfahrung zur Seite standen.

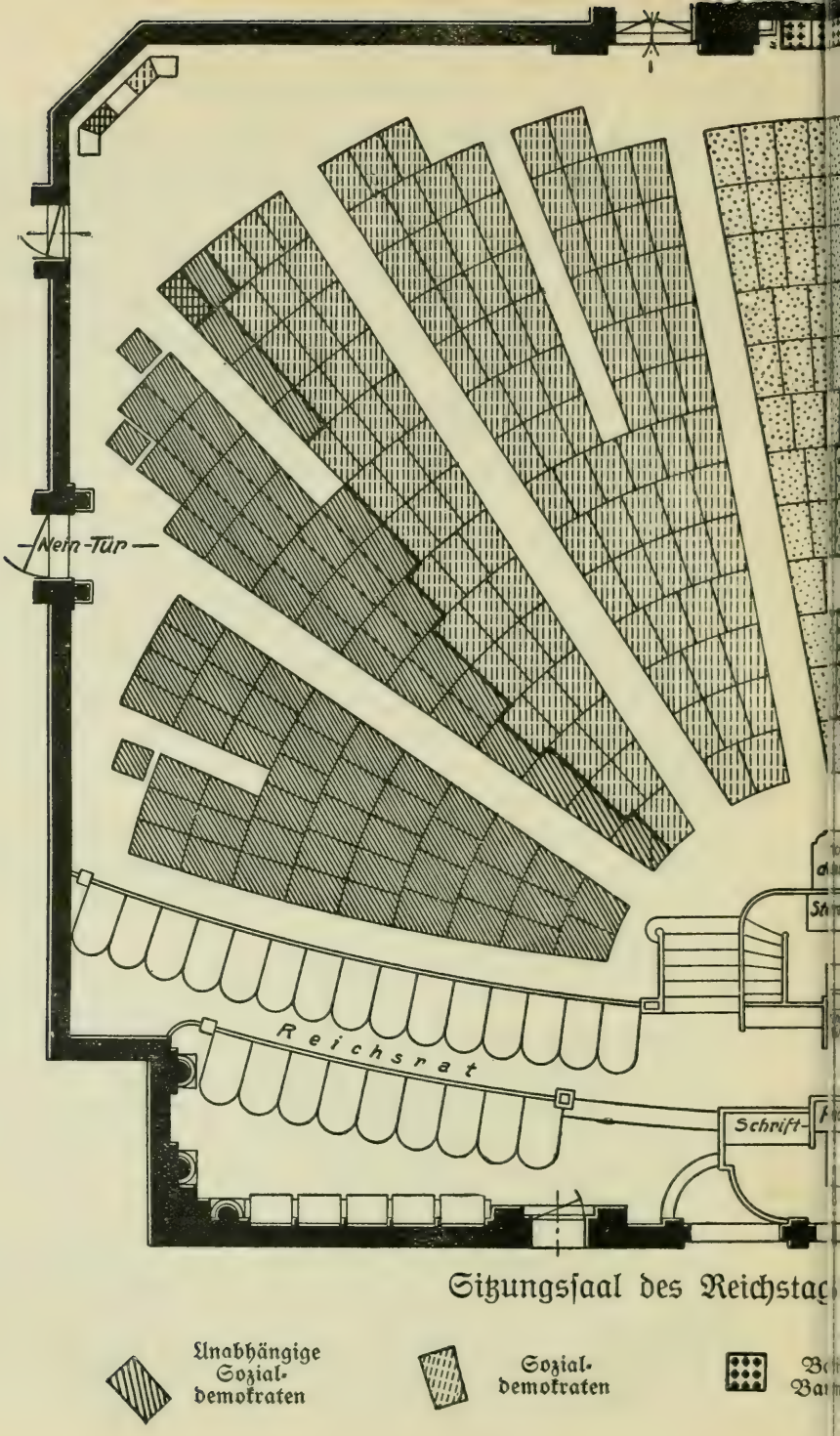
Im Dezemberreichstag gab es nur noch 11 Kommunisten und nur zwei Nationalsozialisten, die zum ersten Male eine Reichstagseröffnung mitmachten. Die übrigen hatten durch den Wahlausfall gelernt, daß das Volk vom Parlament vor allen Dingen Ruhe und Würde verlangt, und daß es lautes und undisziplinierte Gebaren in öffentlicher Reichstagssitzung als einen Mangel empfindet, den es bei seinen Abgeordneten nicht zu ertragen gewillt ist und durch Entziehung der Stimme gutzumachen versucht. Das trifft selbst auf solche Wähler zu, denen es in den Versammlungen vor der Wahl nicht laut genug hergehen kann.

Herr Müller kommt sich am Schlusse dieses Tages vor, wie ein junger Kriegsfreiwilliger, der zur Kaserne gestürmt ist, um gegen den Feind geschickt zu werden und der am Abend des zweiten Tages feststellt, daß er bisher nichts anderes als „warten" gelernt hat.

Am nächsten Tage finden die Wahlen zum Vorstande des Reichstags statt. Und zwar werden gewählt: (1925) ein sozialdemokratischer Präsident und je ein Vizepräsident aus den Reihen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen. Es sind die Herren Löbe, Dr. Bell, Dr. Rießer und Graef-Thüringen. Zu Schriftführern werden drei Frauen und neun Männer gewählt. Drei Sozialdemokraten, drei Deutschnationale, ein Volksparteiler, einer von der Wirtschaftlichen Vereinigung, ein Bayrischer Volksparteiler, zwei Zentrumsleute und ein Demokrat.

Nachdem die Konstituierung des Reichstages vollzogen ist, kommt der übliche Antrag, Mitglieder des Hauses, die sich im Gefängnis befinden, zu befreien. Der Reichstag hat das Recht, die Haftentlassung seiner Mitglieder zu beschließen.

Der Antrag wird an den neuzubildenden Geschäftsordnungsausschuß ver-



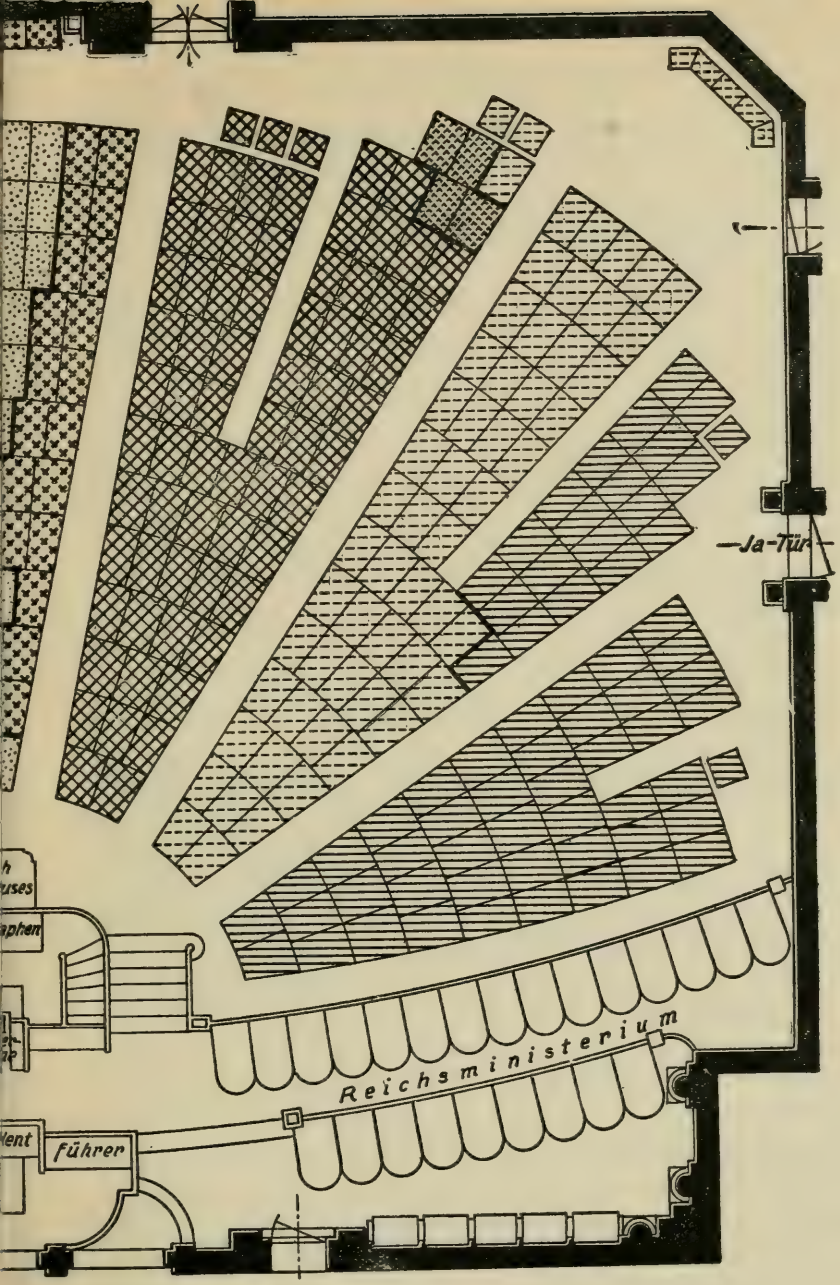
Sitzungssaal des Reichstag

Unabhängige Sozialdemokraten

Sozialdemokraten

Kommunisten

Deutsche Demokratische Partei



der I. Wahlperiode 1920

scher
bund

Zentrum

Deutsche
Volkspartei

sche
artei

Deutsch-Hanno-
versche Partei

Deutschnationale
Volkspartei

wiesen und gleichzeitig die Bildung der in der Geschäftsordnung vorgesehenen 15 ständigen Ausschüsse beschlossen. Es sind die folgenden:

1. Für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung;
2. für auswärtige Angelegenheiten;
3. für die Geschäftsordnung;
4. für Petitionen;
5. für den Reichshaushalt;
6. für Steuerfragen;
7. für die Rechnungen;
8. für Volkswirtschaft;
9. für soziale Angelegenheiten;
10. für Bevölkerungspolitik;
11. für Wohnungswesen;
12. für Bildungswesen;
13. für Rechtspflege;
14. für Beamtenangelegenheiten;
15. für Verkehrsangelegenheiten.

Der Reichstag kann noch weitere ständige und nichtständige Ausschüsse einsetzen.

Die Arbeit beginnt: Müller-Hinterwalden stellt es mit Genugtuung fest und begibt sich, bevor er das Haus verläßt, noch schleunigst zum Platz der Stenographen, direkt unter dem Rednerpult, um sich die Technik ihres Arbeitens erklären zu lassen. Es soll in diesem Hause keinen Winkel und keine Arbeit geben, die er nicht persönlich untersuchen wird. Er hat beobachtet, daß sich im Stenographenraum immer drei Stenographen auf einmal aufhalten, von denen jeweils zwei schreiben und der dritte in Reserve steht. Jetzt erfährt er, daß jeder der beiden schreibenden Stenographen zehn Minuten schreibt. Davon sind 5 Minuten verantwortliche Erstaufnahme und die zweiten 5 Minuten Kontrollmitschreiben, während der Zweite Hauptstenograph ist. Auch dieser wechselt nach 5 Minuten Erstaufnahme seine Funktion und geht zum Kontrollschreiben über. Zugleich tritt der Dritte in Tätigkeit und der Erste begibt sich die im Saale sichtbare Treppe hinab zum Stenographenbüro, um sein Stenogramm in die Maschine zu diktieren. Nur bei Stellen, wo er sich seiner Sache nicht sicher fühlt, wird die Kontrollniederschrift zur Hilfe herangezogen.

So entsteht, während oben der Redner noch weiterspricht, unten schon die Niederschrift seiner Rede als saubere Schreibmaschinenarbeit.

Dreiviertel Stunde nachdem er das Rednerpult verlassen, erhält selbst der größte Dauerredner die Niederschrift seiner Worte zur Korrektur. Bis zum

nächsten Mittag 1 Uhr soll er sie korrigiert zurückgeben. Dann geht sie zur Druckerei und nach einigen Tagen findet er in den amtlichen Reichstagsdrucksachen, die ihm jeden Morgen mit der Post zugehen, den vollständigen Sitzungsbericht mit der genauen Wiedergabe jedes Wortes, das er gesprochen hat.

Das Stenographenbüro des Reichstags beschäftigt elf Stenographen. Sie schreiben nach den verschiedensten Systemen. Es sind Herren im reifen Alter.

Der planmäßigen Anstellung als Reichstagsstenograph geht eine Ausbildungszeit als Anwärter und eine Tätigkeit als Hilfsstenograph voraus.

Die Annahme als Anwärter erfolgt auf Grund einer Prüfung, in der die technische Fertigkeit zur wörtlichen Aufnahme von Reden nachzuweisen ist. Zur Prüfung wird zugelassen, wer das Reifezeugnis einer neunklassigen höheren Lehranstalt besitzt und mindestens vier Semester an einer Hochschule studiert hat. Die Abnahme der Prüfung liegt einem Ausschuß ob, dem der Direktor des Stenographenbüros, sein Stellvertreter und zwei planmäßige Reichstagsstenographen angehören.

Für die Anstellung als Hilfsstenograph ist eine dreijährige Bewährung als Anwärter erforderlich, wobei eine frühere gleichartige Tätigkeit in einem Landtage oder in der parlamentarischen Berichterstattung für die Presse ganz oder teilweise angerechnet werden kann; außerdem das Studium an einer Hochschule, in der Regel mit Abschlußprüfung und Nachweis der für den Beruf erforderlichen besonderen Sprachkenntnisse.

Ein Reichstagsstenograph darf auch gegenüber einer Redegeschwindigkeit von 300 Silben in der Minute nicht versagen. Für dieses hohe Können und die an Dauersitzungstagen geradezu übermenschliche Arbeitsleistung wird er übrigens nicht besonders hoch besoldet.

Regierungsbildung

In diesen Tagen der Reichstagseröffnung behandelten Presse und Fraktion ständig das Thema: Regierungsumbildung. Die alte Regierung hatte keine Mehrheit mehr im Reichstage. Die Wahl hatte eine fühlbare Verschiebung der parteipolitischen Machtverhältnisse gebracht, aber es sah noch nicht so aus, als ob die derzeitigen Machthaber so ohne weiteres bereit seien, abzutreten. Müller-Hinterwalden tat daher alles, um sich für seine mitbestimmende Teilnahme an der Regierungsumbildung vorzubereiten. Bis in den späten Abend finden wir ihn in der eichengetäfelten Bibliothek des Reichstags sitzen und lesen und schreiben.

Zuerst studiert er in der Reichsverfassung die gesetzlichen Grundlagen für

die Regierungsumbildung im Reiche. Er findet vom 52. Artikel der Weimarer Verfassung ab die einschlägigen Bestimmungen „Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Reichsministern", „Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen", „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht."

Das sind drei kurze Artikel, die aber ein ganzes und kompliziertes System in sich bergen.

Der Reichspräsident ernennt Kanzler und Minister, aber wenn der Reichstag den Ernannten das Vertrauen versagt, müssen sie zurücktreten. Der Reichspräsident wird also vor der Ernennung mit dem Reichstage Fühlung nehmen, um festzustellen, ob sein Kandidat Aussicht hat, das Vertrauen zu erhalten. Und die Parteien werden untereinander Fühlung nehmen, um ihrerseits festzustellen, auf welches Kabinett sich eine Mehrheit des Reichstagsplenums vereinigen läßt.

Auf diese Mehrheit kommt es schließlich in erster Linie an. Müller-Hinterwalden ist gewöhnt, aus der Geschichte zu lernen, deshalb sucht er sich die Zahlen der vier bisherigen Parlamente der deutschen Republik sorgsam heraus und stellt sie für seine Betrachtungen zu einer übersichtlichen Tafel zusammen.

Verteilung der Parteien in den vier ersten Reichsparlamenten der deutschen Republik.

Partei	Nationalversammlung	I. Reichstag Juni 1920	II. Reichstag Mai 1924	III. Reichstag Dez. 1924
Deutschnationale	42	66	106	111
Nationalsozialisten, Völkische, Deutschsoziale	—	—	36	14
Deutsche Volkspartei	22	62	44	51
Bayrische Volkspartei	—	20	16	19
Wirtschaftliche Vereinigung und ihre Vorgänger	7	8	15	21
Zentrum	90	69	65	69
Demokraten	75	45	28	32
Sozialdemokraten	165	113	100	131
Unabhängige	22	81	—	—
Kommunisten	—	2	62	45
	423	466	472	493

Noch mühsamer war der zweite Akt seiner Studien, nämlich die Untersuchung über das Werden und Vergehen der republikanischen Kabinette. Er wollte wissen, wer bisher Kanzler gewesen war, welches jeweils der Tag des Antritts und der Tag des Rücktritts war. Er wollte weiter wissen, welche Mehrheit jeden der Kanzler in den Sattel gehoben hatte und welche andere Mehrheit ihn gestürzt hatte. Über entsprechende Vorgänge im alten Rom kann man die Daten in jeder Weltgeschichte nachschlagen. Für unsere jüngste Vergangenheit sind sie aber noch nicht so sauber geordnet und jedermann erreichbar gedruckt. Doch Müller-Hinterwalden ist zähe. Deshalb erreicht er sein Ziel.

Die Kanzler, die jenseits der Nationalversammlung gekommen und gegangen sind, interessieren ihn weniger. Er registriert nur: Ebert-Haase vom 16. Nov. 18 bis 28. Dez. 18, Ebert-Noske vom 29. Dezember 18 bis zum 13. Februar 1919. Inzwischen erfolgt die Wahl zur Nationalversammlung, und am 13. Febr. 19 tritt die erste parlamentarische Regierung ins Leben. Sie besteht aus Herrn Scheidemann als Ministerpräsidenten und erhält das Vertrauen folgender Parteien: Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. Das sind zusammen 330 Stimmen gegenüber einer Opposition von 193 Stimmen. Von der Opposition sitzen links 22 und rechts von der Regierungsmehrheit 175. Diese Regierung stellt sich deshalb als eine ausgesprochene Linksregierung dar, die von der Mitte her eine gewisse Unterstützung erhält, ohne sie aber nötig zu haben, denn Sozialdemokraten und Demokraten zusammen verfügen über 240 von den 423 Stimmen der Nationalversammlung.

Als aber gelegentlich der Unterzeichnung des Friedensvertrags die Demokraten aus der Regierung austreten und das erste Kabinett Bauer am 21. Juni 1919 ins Leben tritt, erweist sich, daß die Sozialdemokraten auch mit dem Zentrum zusammen eine Mehrheit haben.

Müller-Hinterwalden notiert sich:

In der Nationalversammlung war nur die „Weimarer Koalition" möglich, d. h. Sozialdemokraten und Demokraten und Zentrum. Eine Rechtskoalition bestehend aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei, Bayrischer Volkspartei, Zentrum und den Vorläufern der späteren Wirtschaftlichen Vereinigung war schon zahlenmäßig unmöglich, weil sie nur 161 von 423 Stimmen gehabt hätte. Sie war aber auch geistig unmöglich, weil das Zentrum damals unter Erzberger nur für eine Linkspolitik zu haben war.

Deshalb stützen sich auch das zweite Kabinett Bauer und das Kabinett Hermann Müller, das am 27. März 1920 nach Bauers Sturz durch den Kapp-Putsch ins Leben tritt, auf die „Weimarer Koalition."

Das erste Kabinett nach dem Ende der Nationalversammlung Fehrenbach von 21. Juni 1920 bis 10. Mai 1921 stützt sich auf Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei. Diese haben im ersten Reichstage der Republik zusammen mit den Vorläufern der Wirtschaftlichen Vereinigung 176 von insgesamt 466 Stimmen. Das Kabinett Fehrenbach war also eine Minderheitsregierung, die durch Stimmenthaltung oder sonstwie von rechts oder links wohlwollende Unterstützung brauchte, wenn sie sich halten wollte. Sie fand diese Unterstützung dadurch, daß bei der Abstimmung gelegentlich ihrer Amtsübernahme die Sozialdemokraten mit „ja" stimmten und die Deutschnationalen sich der Stimme enthielten. Sie mußte zurücktreten, als ihr Volkspartei und Deutschnationale den Kampf ansagten.

Am 10. Mai 1921 folgte auf Fehrenbach der Kanzler Josef Wirth gestützt auf die sogenannte „Wirth-Koalition". Zu ihr gehörten die Sozialdemokraten, Demokraten, das Zentrum mit 227 von 466 Stimmen. Also hatte auch diese Koalition keine Mehrheit, doch genügte schon die Unterstützung durch die acht Welfen und bayrischen Bauernbündler (später zur Wirtschaftlichen Vereinigung gehörend), um ihr die kleine Mehrheit von 4 Stimmen zu schaffen, die im Notfalle natürlich genügt, aber die Regierung ständig in der Gefahr läßt, infolge von Krankheit oder anderweitig begründetem Fehlen von nur 4—5 Abgeordneten gestürzt zu werden.

Auf Wirth folgt Cuno, der das Vertrauen einer breiten Front von Demokraten bis zu den Deutschnationalen fand, aber zurücktrat, als ihm die Sozialdemokraten den Kampf ansagten.

Am 13. August 1923 löste ihn Stresemann mit der „Großen Koalition" ab, der stärksten Mehrheit, die eine Koalitionsregierung bisher im deutschen Reichstage gehabt hat. Sie reichte von Breitscheid bis Scholz und hatte 396 von 466 Stimmen. Sie umfaßte also fast den ganzen Reichstag. Das war ihr Verderb. An ungenügender innerer Geschlossenheit brach sie wieder auseinander. Deutschnationale, Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten, d. h. 259 von 466 Stimmen stimmten gegen Stresemann und stürzten ihn, weil ihm von 395 anwesenden Abgeordneten nur 156 das Vertrauen aussprachen.

Marx, der am 30. November 1923 auf ihn folgte, hatte im 1. Reichstag 280 von 360 anwesenden Stimmen. Als ihn die Opposition zu stürzen suchte, löste er am 13. März 1924 den Reichstag auf. Im „kurzen Reichstag" stand er mit 156 Stimmen innerhalb einer Gesamtzahl von 472 noch unsicherer da und war auf Hilfe von links und rechts angewiesen. Die Auflösung dieses Reichstags im Oktober 1924 und die Neuwahl vom 7. Dezember 1924 verschlechterten das Bild noch weiter zu seinen Ungunsten. Ihm blieben mit

seiner Koalition nur 171 von 493 Stimmen. So trat er zurück, und das Kabinett Luther, das sich auf Zentrum, Wirtschaftspartei, Bayrische Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale stützt, trat im Januar 1925 mit einer Mehrheit von 270 innerhalb einer Gesamtzahl von 493 an seine Stelle.

Herr Müller-Hinterwalden, über dessen Parteizugehörigkeit wir ebensowenig wissen, wie über den Tag seiner Wahl oder über den Namen des Kabinetts, dem er seine Vertrauen zu schenken bereit ist, prägt sich diesen Werdegang der deutschen Regierungsbildungen genau ein. Er rechnet mit Stimmenzahlen hin und her, wie ein alter erfahrener Klüngler in den Wandelgängen des Reichstags. Im III. Reichstage, so stellt er fest, wäre übrigens außer der Lutherkoalition zahlenmäßig noch die „Große Koalition" möglich, doch für sie fehlen bei der Volkspartei jetzt alle geistigen Voraussetzungen. Es wäre zahlenmäßig sogar eine „Wirth-Koalition" möglich, falls Bayrische Volkspartei oder Wirtschaftliche Vereinigung mitmachten. Aber auch hier fehlen jetzt die geistigen Voraussetzungen nicht nur bei diesen beiden Parteien, sondern auch beim Zentrum.

In den Fraktionssitzungen gibt ihm sein Notizbuch mit den sauber eingetragenen Tabellen über zahlenmäßige Koalitionsmöglichkeiten und die Zifferngrundlagen der bisherigen Regierungen die Möglichkeit, den Betrachtungen über die Voraussetzungen einer neuen Regierung verständnisvoll zu folgen. Es gelingt ihm auch einmal zu Worte zu kommen und durch sein vorgetragenes Ziffernmaterial einen Achtungserfolg in der Fraktion zu erringen. Aber bald verliert sich die Aussprache in Gebiete, in die ihr nur alte erfahrene Praktiker folgen können. Es wird über Strömungen in den Nachbarfraktionen gesprochen. Das nachzuprüfen, dazu gehört eine langjährige Personalkenntnis.

Wer dieses Stadium der Berichte und Verhandlungen miterlebt, der weiß bald, daß es in jeder Fraktion sogenannte „Flügel" gibt. Keine einzige Fraktion scheint eine Einheit zu sein. Überall wollen die einen die „Rechtslösung", d. h. den Schwerpunkt der Regierung etwas nach Rechts verschieben und die anderen suchen ihn etwas mehr links. Unter denen aber, die rechts neu hinzugezogen werden sollen, gibt es Persönlichkeiten, die lieber in der Opposition bleiben, als sich mit einzelnen Angehörigen anderer Parteien zusammen in die Regierung zu setzen. Auf dem linken Flügel der angestrebten Regierungskoalition wiederum sitzen so heftige Feinde der „Schlotbarone" und „Krautjunker", daß sie lieber allen Einfluß preisgeben, als daß sie dieses Bündnis mitmachen wollen.

Müller-Hinterwalden weiß nicht, daß das, was er hier erlebt, im Reichstage eine alltägliche Erscheinung ist: Der Kampf des Gewünschten mit dem

Möglichen. Dem Neuling geht dieser Kampf an die letzten Fasern seines Wesens. Beim älteren Parlamentarier ist der innerliche Kampf als solcher nicht leichter, aber seine Konstitution hat sich an die Strapazen seelischer, geistiger und selbst körperlicher Art, die er mit sich bringt, gewöhnt.

Der Herr Müller vom linken Zentrum rechnet sich aus, daß jetzt die Deutschnationalen, die bisher in Opposition standen, in die Regierung hineinkönnen — es geht nicht gut anders bei dem Zahlenverhältnis. Gut, sagt er sich, wir können aber immerhin auch noch die „Große Koalition" wieder aufleben lassen. Also sind die Deutschnationalen in einer Zwangslage, — sie wollen ja hinein! Also sollen sie meine, Linksmüllers, Bedingungen schlucken. „Aber so, daß ich jedem Wähler schwarz auf weiß zeigen kann, daß diese verantwortungslosen Burschen zu Kreuze gekrochen sind und jetzt meine Politik als die allein richtige anerkennen".

Rechtsmüller bei den Deutschnationalen aber hat seinen Wählern gesagt, er gehe nur in eine Koalitionsregierung, wenn alsdann er allein den Kurs bestimme. Ein Kurswechsel müsse das werden, gegen den der Übergang vom Kaiserreich zur Republik ein Kinderspiel sei.

Nun wissen sie beide, Linksmüller und Rechtsmüller, daß innerhalb der Koalition schließlich doch der Tüchtigste mit den stärksten Nerven den Kurs bestimmen wird. Jeder hält sich für diesen Tüchtigsten. Jeder von beiden sieht auch bald ein, daß rein sachlich weder eine öffentliche Proklamation der geradlinien Fortsetzung noch eine solche der rechtwinkligen Umbiegung der bisherigen Politik notwendig wäre, daß es allein auf die Taten ankommen wird, wenn — ja, wenn — — wie sage ich's aber meinem Urwähler? Das ist ein einfacher Mann, der mich für einen Lügner und Verräter hält, wenn ich jetzt etwas anderes zu tun scheine, als was ich ihm mündlich und schriftlich versprochen habe!

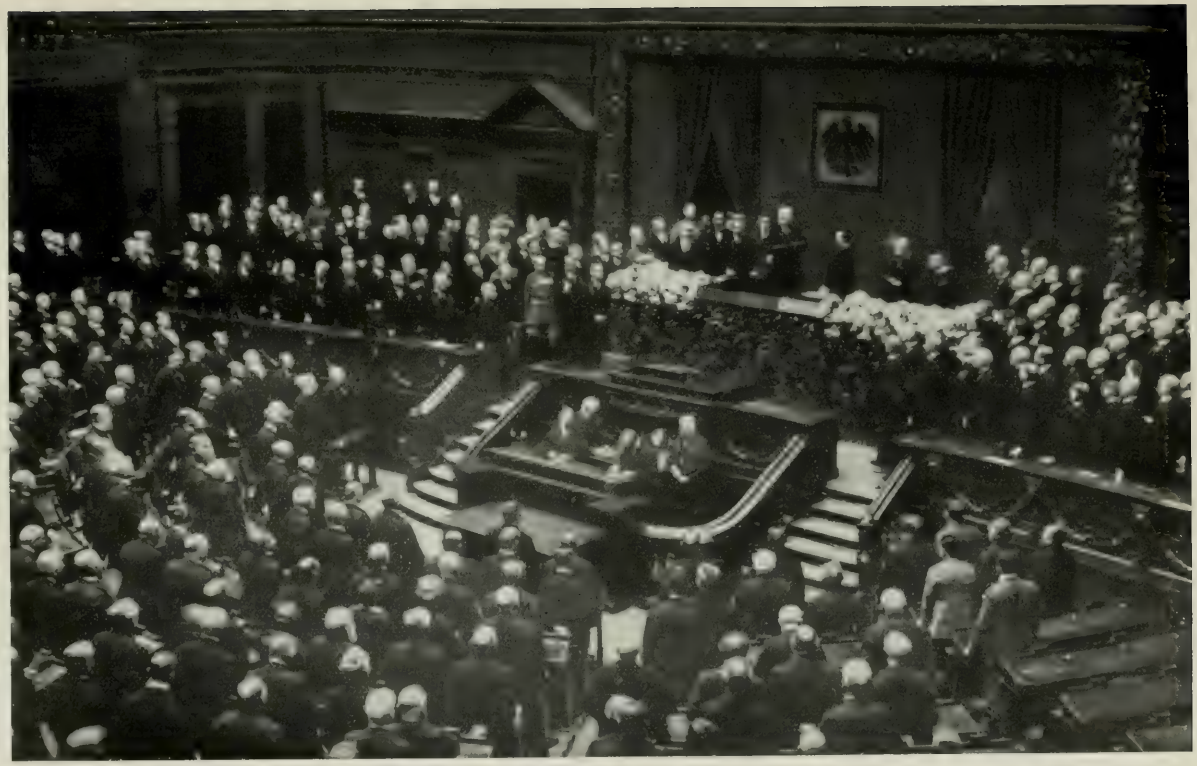
Linksmüller und Rechtsmüller sind nicht zu beneiden.

Sie sind noch weniger zu beneiden, wenn sie in ihren eigenen Überlegungen und Erkenntnissen von der Meinung des übrigen Teiles ihrer Fraktionen sachlich abweichen. Dann müssen sie schließlich ihr Mandat niederlegen oder zu einer anderen Partei übertreten oder geschehen lassen oder gar mitmachen, was sie sachlich für falsch halten.

Politik ist die Kunst des Möglichen. Das Mögliche aber läßt sich im Parlament nur mit geschlossenen Fraktionen erreichen. Der Vereinzelte wird zur Null, die Fraktion, die ihre Geschlossenheit aufgibt, schließlich zum Gespött.

Die Kunst des für die Fraktionen Möglichen ist daher für den Einzelnen oft eine sehr schwer zu ertragende Kunst.

Täglich verhandeln die Parteiführer. Jedes Wort, was sie zueinander



Vollbesetztes Haus
Vereidigung des Reichspräsidenten v. Hindenburg
Die Bänke der Kommunisten sind leer

Der Fraktionschef der Deutschnationalen
Graf v. Westarp im Gespräch mit dem Großadmiral v. Tirpitz (deutschnational)

Patriarchen und neue Generation
Die Deutschnationalen v. Tirpitz, geb. 1849, und v. Keudell in einer Sitzungspause

sprechen, legen sie auf die Goldwage. Wehe dem, der das vergißt! Im Wahlkampf erschlagen wird er demnächst am Wege liegen. Schließlich nähern sich die Ansichten. Man kommt zu einem für alle Teile tragbaren Schlüssel der Sitzeverteilung im Kabinett. Auch dort wird ja abgestimmt. Wer Einfluß haben will, muß auch dort Mehrheiten für sich schaffen können. Man einigt sich auf Personen. Jede Mitteilung über das Erreichte ruft dabei in jeder Fraktion Enttäuschung hervor, weil es stets weniger ist, als was man haben möchte. Jedesmal erklärt ein Skeptiker: nun ist es aber genug! Mehr gebe ich nicht nach. Sonst bekommt diese Regierung niemals meine Stimme. Man einigt sich über das Programm — wenn man Zeit hat. Programme sind im Ernstfalle doch nur Worte. Es kommt ja auf die Personen und ihren Willen, ihre Macht an. Und man einigt sich auf die dem Reichstage vorzutragende Regierungserklärung.

Der neue Kollege Müller aus Hinterwalden kommt dabei garnicht zur Besinnung. Jedesmal, wenn er meinte, sich eingeschaltet zu haben, erweist es sich, daß er auf ein Nebengleis geraten ist und der Zug der Verhandlungen auf dem anderen Strang weiterschnauft.

Es geht ihm auch alles zu schnell, trotzdem sich's so furchtbar langsam hinquält. Er weiß jetzt, er soll schon bald einer neuen Regierung sein Vertrauen aussprechen. Aber die Personen, die ihm genannt werden, stehen garnicht eindeutig vor seinem Geiste. Zum Teil hört er ihre Namen jetzt zum erstenmale. Das Programm dieser Regierung ist ihm gerade in den Punkten, die ihm wichtig sind, viel zu unklar und die Erklärung, die der neue Kanzler dann abgeben soll, ja, daran möchte er mitarbeiten, aber nur der Fraktionsvorsitzende bekommt sie rechtzeitig genug zu sehen. Nachher ist sicher alles zu spät.

In der Fraktion reden so viele andere Leute, daß er meistens garnicht mehr zu Worte kommt. Dann ist auf einmal die Ernennung des Kanzlers durch den Reichspräsidenten da. Die Ernennung der Minister folgt. Auf den nächsten Tag mittags zwei Uhr ist eine Reichstagssitzung zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung einberufen. Um 1 Uhr wird die Sitzung auf 6 Uhr verschoben. Um 4 Uhr wird sie abgesagt und zum nächsten Tage auf 3 Uhr neu einberufen. Die ersten Kabinettssitzungen haben offenbar Schwierigkeiten ergeben. Enttäuscht ziehen die Tribünenbesucher, die mühsam eine Karte erhascht hatten, von dannen. Die Presse schimpft. Aber am anderen Tage tritt pünktlich der neue Kanzler vor das in solchen Fällen vollbesetzte Haus. Er stellt sein Ministerium vor und teilt die Ernennungen, die durch den Reichspräsidenten vollzogen sind, mit. Dann liest er eine längere Wort für Wort überlegte Darstellung der politischen Lage und die Stellungnahme des neuen Kabinetts zu derselben vor.

Nachdem er geschlossen hat, vertagt sich das Haus bis zum nächsten Tage, wo die Aussprache über die Regierungserklärung auf der Tagesordnung stehen wird.

Die Pause, die auf diese kurze Sitzung folgt, ist für die Abgeordneten keine Pause. Sie versammeln sich zu Fraktionssitzungen, bestimmen ihre Redner für die große politische Aussprache am nächsten Tag, lassen sich von ihren Rednern vortragen, was sie zu sagen beabsichtigen, geben Ratschläge zur Verbesserung der Redeentwürfe und einigen sich auf Annahme oder Ablehnung eines Vertrauensvotums für die neue Regierung.

Es gehören eiserne Nerven für einen Fraktionsvorsitzenden dazu, die ganzen Strapazen vom Wahlkampf bis zum Insattelsetzen der neuen Regierung zu überstehen. Ganz gleich, welcher Partei er angehört, mit dem Achtstundentag kommt er nicht aus. Er wird täglich mindestens seine sechzehn und mehr Stunden in nervenverzehrender Arbeit stehen und mag nun in der letzten Nacht sehen, wie er die Formeln findet, mit denen er morgen dem Auslande gegenüber die Politik des deutschen Reiches stützt, seine Fraktionsfreunde aller Schattierungen zufriedenstellt, und, ist er Opposition, die Regierung erschüttert, oder ist er an der Regierung beteiligt, das Verhältnis zu den übrigen Regierungsparteien stärkt. Es sind meistens etwas zu viel Hasen, die bei solch einer Gelegenheit auf einmal gejagt werden müssen. Das merkt man den Reden an und den Rednern auch.

Nach der Ochsentour, d. h. in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen, kommen die Redner der Parteien zu Wort. Im dritten Reichstag begann es mit den Sozialdemokraten, dann folgten Deutschnationale, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Kommunisten, Demokraten, Wirtschaftliche Vereinigung, Bayern und zuletzt die Nationalsozialisten. Jeder redet nach der neuesten Geschäftsordnung vom 12. Dezember 1922 eine Stunde. Nicht immer, aber doch gelegentlich folgt auf diese erste Garnitur noch eine zweite Garnitur Redner, denen man eine halbe Stunde Redezeit zubilligt. Nach solchen neun bis vierzehn Redestunden kommen die Vertrauens- und Mißtrauensvoten zur Abstimmung. „Die Regierung hat das Vertrauen des Reichstags“ oder „Die Regierung hat nicht das Vertrauen des Reichstags“ oder, „Der Reichstag billigt die von der Regierung abgegebene Erklärung“ oder „Der Reichstag billigt die von der Regierung abgesandte Antwortnote und die darin zum Ausdruck kommende Politik. Er geht infolgedessen über alle anderen Anträge zur Tagesordnung über“.

Das sind Formeln, die im deutschen Reichstage gebräuchlich sind.

Müller-Hinterwalden erhält Gelegenheit, sich zum erstenmale an einer namentlichen Abstimmung zu beteiligen. Als der Präsident zur Kartenabgabe auffordert, schwenkt der vorne an der Spitze der Fraktion sitzende Fraktions-

vorsitzende seine weiße Karte in der Luft, damit jeder seiner Getreuen hinter ihm nochmals sieht, das diesmal mit „ja" gestimmt wird. Die Schriftführer eilen durch die Reihen und sammeln die Karten ein. Diener tragen rotweiße Urnen hinter ihnen her, in die die Schriftführer die Karten persönlich hineinlegen. Währenddessen vollführen in allen Räumen des großen Hauses die Sirenen einen ohrenbetäubenden Lärm. Abstimmung! Abstimmung! ruft es aus allen Lautsprechern. Und mit Fahrstühlen und auf Treppen eilen die Säumigen im Dauerlauf herbei. Denn erstens ist gewöhnlich jede einzelne Stimme nötig, zweitens wird die Namensliste der Abstimmenden veröffentlicht. Alle Urwähler stürzen sich wütend auf den „Faulpelz", der nicht mitgestimmt hat und drittens werden ihm M. 20,65 Diäten abgezogen, wenn er nicht an der namentlichen Abstimmung teilnimmt. Das sind Mittel genug, den Langsamsten eilig zu machen.

Die Abstimmung ist beendet. Die neue Regierung geht mit einer stattlichen Mehrheit aus der Abstimmung hervor. Das Regieren und die Gesetzgebung können beginnen. Der Abgeordnete Müller-Neustadt-Hinterwalden wird verantwortungsvolle Arbeit in Fülle vorfinden, wenn er das Geschick hat, sie richtig anzupacken.

Ein Tag im Leben des Abgeordneten

In der Frühzeit des deutschen Parlamentarismus, zur Zeit der 48er Revolution, suchten sich die Bauern in meiner bergischen Heimat denjenigen zum Abgeordneten aus, von dem sie annahmen, daß er „es denen da oben in Berlin gehörig sagen werde". Diese Auffassung von den Aufgaben des Abgeordneten entsprach in ihrer naiven Form durchaus den Verhältnissen jener Zeit. Das Parlament war ein Organ zur Kontrolle der Regierung. Dieser Regierung einmal gehörig die Meinung zu sagen, konnte also durchaus eine ernsthafte Aufgabe des Abgeordneten sein. Auch nach 1870 und später unter Bismarck, Caprivi, Hohenlohe, Bülow, Bethmann und Michaelis blieb das deutsche Reichsparlament lediglich ein Kontrollorgan gegenüber der Regierung. Die Episode der Reichskanzler Hertling und Prinz Max von Baden hob den Reichstag einige Stufen höher; aber die junge Herrlichkeit parlamentarischen Kaisertums starb zu früh und unter zu aufsehenerregenden Umständen, als daß sie im Volke eine geänderte innere Stellungnahme gegenüber „seinen Abgeordneten", die plötzlich etwas ganz anderes waren, als bis dahin, hätte herbeiführen können.

Roter November — Volksbeauftragte — Nationalversammlung — Reichstag der Deutschen Republik: jetzt meint der Mann aus dem Volke, wenn er

Reichstag
III. Wahlperiode
1924/25

Tagesordnung

für die

114. Sitzung

des

Reichstags

Freitag, den 7. August 1925,

vormittags 10 Uhr.

1. Beratung des Antrags der Abgeordneten Dittmann und Genossen, betreffend **Einstellung eines Strafverfahrens** gegen den Abgeordneten Schumann (Stettin) — Nr. 1376 der Drucksachen —

2. Dritte Beratung des Entwurfs eines **Einkommensteuergesetzes** — Nr. 795, 1229 der Drucksachen —
   Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung — Nr. 1315 der Drucksachen —
   [I. Beratung 50., 52., 53., 54. Sitzung]
   [II. Beratung 103., 104., 105., 106. Sitzung.]
   Anträge Nr. 1318, 1379, 1384

   in Verbindung mit

   a) der dritten Beratung des Entwurfs eines **Körperschaftsteuergesetzes** — Nr. 796, 1230, 1265 der Drucksachen —
      [I. Beratung 50., 52., 53., 54. Sitzung]
      [II. Beratung 103., 107., 112. Sitzung]
      Anträge Nr. 1380, 1385

   b) der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über **Vermögen- und Erbschaftsteuer** — Nr. 798, 1236, 1265 der Drucksachen —
      Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung — Nr. 1373 der Drucksachen —
      [I. Beratung 50., 52., 53., 54. Sitzung]
      [II. Beratung 103., 107., 108., 112. Sitzung]
      Anträge Nr. 1386, 1391

   c) der dritten Beratung des Entwurfs eines **Reichsbewertungsgesetzes** — Nr. 797, 1237 der Drucksachen —
      Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung — Nr. 1340 der Drucksachen —
      [I. Beratung 50., 52., 53., 54. Sitzung]
      [II. Beratung 103., 108., 109. Sitzung]

d) der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung der Verkehrsteuern und des Verfahrens** — Nr. 799, 1238, 1265 der Drucksachen —

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung — Nr. 1365 der Drucksachen —

[I. Beratung 50., 52., 53., 54. Sitzung]
[II. Beratung 103., 109., 110. Sitzung]

Anträge Nr. 1382, 1387, 1392

e) der dritten Beratung des von den Abgeordneten Dr. Beusch und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über **Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer** — Nr. 1063, 1261 der Drucksachen —

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung — Nr. 1369 der Drucksachen —

[I. Beratung 90. Sitzung]
[II. Beratung 103., 110., 111 Sitzung]

Anträge Nr. 1383, 1388, 1393

f) der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung von Verbrauchssteuern** — Nr. 968, Zu Nr. 968, 1260 der Drucksachen —

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung — Nr. 1372 der Drucksachen —

[I. Beratung 80. Sitzung]
[II. Beratung 103., 111. Sitzung]

Anträge Nr. 1389, 1394

und der Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Beusch, Diez und Genossen, betreffend Einsetzung eines Ausschusses zur **Kontrolle der Branntweinmonopolverwaltung** — Nr. 1341 der Drucksachen —

g) der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die **gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und der Gemeinden** — Nr. 801, 1259 der Drucksachen —

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung — Nr. 1374 der Drucksachen —

[I. Beratung 50., 52., 53., 54. Sitzung]
[II. Beratung 103., 111., 112. Sitzung.]

h) der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über **Änderungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden** — Nr. 802, 1269 der Drucksachen —

Zusammenstellung der Beschlüsse zweiter Beratung — Nr. 1378 der Drucksachen —

[I. Beratung 50., 52., 53., 54. Sitzung]
[II. Beratung 103., 112. Sitzung.]

Anträge Nr. 1390, 1396.

3. Zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Zolländerungen — Nr. 1036, Zu Nr. 1036, 1136 der Drucksachen

Bericht des 21. Ausschusses (Handelsverträge) — Nr. 1336 der Drucksachen —

Berichterstatter:

Abgeordneter Dr. Breitscheid (Allgemeines),

Abgeordneter Dr. Lejeune-Jung (Industriezölle),

Abgeordneter Hamkens (Agrarzölle)

[1. Beratung 82., 83. Sitzung.]

Berlin, den 6. August 1925.

Vizepräsident Dr. Rießer.

Zur Verteilung sind gelangt:

Am 5. August 1925:

Amtliche Drucksachen Nr. 1367, 1368, 1369, 1370, 1371, 1372, 1373, 1374, 1375.

Ausschußdrucksachen des 15 Ausschusses für Verkehrsangelegenheiten Nr 24 und 25.

Nichtamtliche Drucksachen.

Am 4. August 1925:

1. Druckschrift des Reichsbundes der höheren Beamten: »Die falschen Grundlagen und die unberechtigten Folgerungen der Denkschrift der Reichsregierung zur Beamtenbesoldung vom 20. Mai 1925«.
2. »Das Kapital«. Nr. 28.
3. Einladung des Reichsverbandes der Zahnärzte Deutschlands E. V. zur Ausstellung für Schulzahnpflege und soziale Hygiene in Karlsruhe vom 31. Juli bis 8. August 1925.
4. Druckschrift »Fern im Süd das schöne Spanien«. Ein Kulturfilm des Instituts für Kulturforschung.
5. »Das Rheinland«. Nr. 14.
6. Druckschrift »Materialien zur Zollvorlage«. Von Dr. U. Gerber.
7. »Junkers-Luftverkehr-Nachrichtenblatt« Nr. 11.
8. »Bodenreform«. Nr. 28 und 29.
9. Eingabe des Bayerischen Brauerbundes e. V. zur Biersteuererhöhung.
10. Eingabe des Bundes Deutscher Mietervereine e. V., Dresden, betreffend Aufhebung der Zwangswirtschaft usw.
11. Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft, betreffend vorbereitende Schritte für einen Europäischen Zollverein.
12. Eingabe des Bundes der Saal- und Konzertlokal-Inhaber Deutschlands E V., betreffend die außerordentliche Tätigkeit der Militärmusiker.
13. Eingabe des Bundes der Saal- und Konzertlokal-Inhaber Deutschlands, betreffend das Notgesetz vom 24. Februar 1923.
14. Eingabe der Büchsenmilch-Importeure und Großhändler zur Zollvorlage.
15. Eingabe des Rud. Kunth in Hann.-Münden, betreffend Befreiung der über 60 Jahre alten erwerbslosen Rentner von der Hauszinssteuer.
16. Eingabe der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der deutschen Klein- und Mittelbrauereien zur beabsichtigten Aufhebung der Kontingentierung im Braugewerbe.
17. Eingabe des Magistrats der Hauptstadt Breslau gegen den neuen Reichssteuergesetzentwurf, betreffend die Besteuerung der öffentlichen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke und der Straßenbahn.
18. Eingabe des Vereins Dresdner Handelsvertreter E. V., betreffend Umsatzsteuer.

Ausschußsitzung

Freitag, den 7. August 1925

21. Ausschuß (Handelsverträge) — vormittags 9 Uhr — Saal Nr. 25 im Obergeschoß. T.-O. Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland. — Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich vom 11. Juli 1925 über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbeckengebiet.

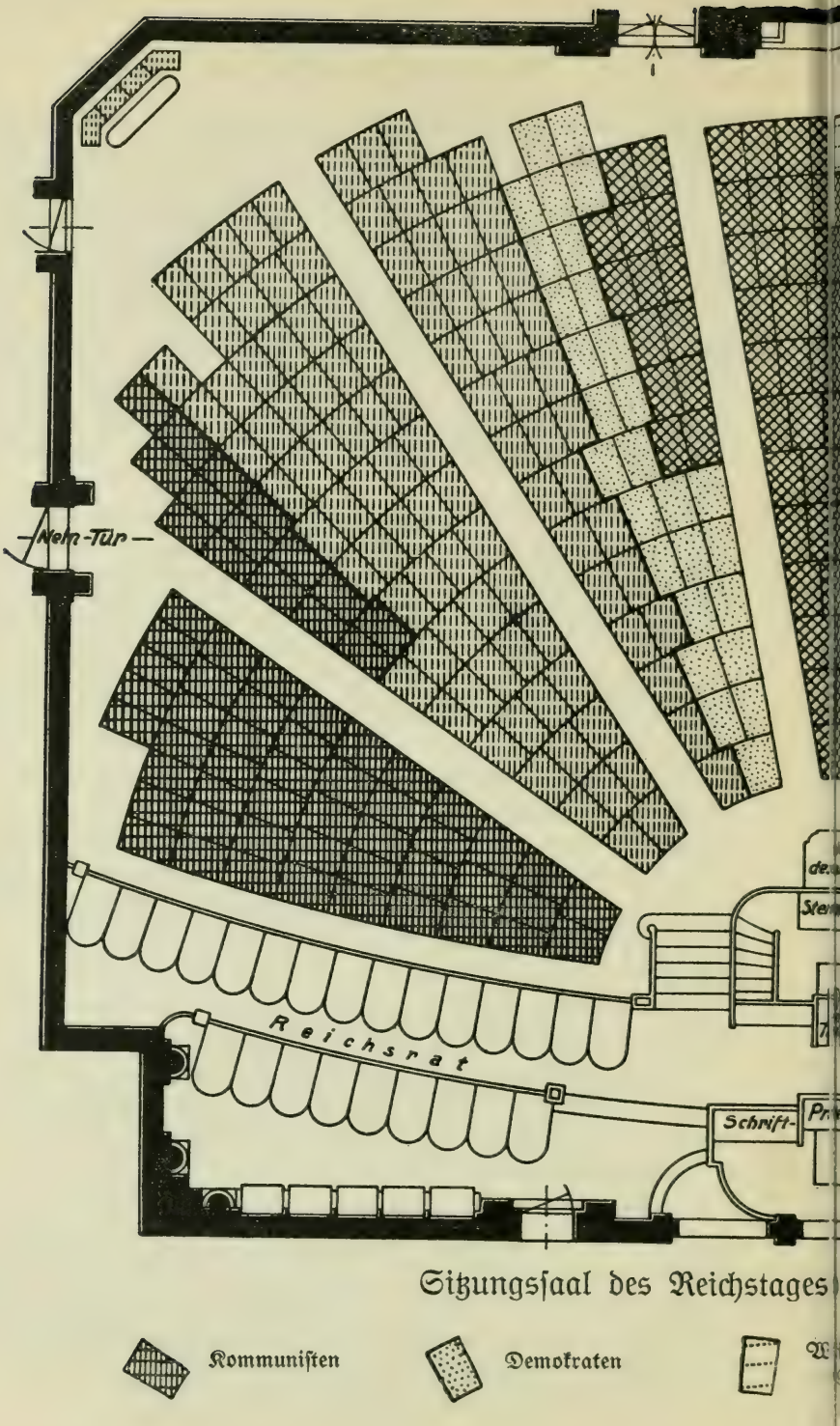
„denen da oben die Meinung sagen" lassen will, nicht mehr den König und seine Minister, kein Mann in Kürassierstiefeln ist mehr da, der sich mal die Not des kleinen Mannes ansehen soll, sondern „die da oben", das sind jetzt die Abgeordneten selbst, wenigstens diejenigen unter ihnen, die gerade Minister sind. Und wenn man jemanden wählt, der so, wie der Müller aus Neustadt diesen „Taugenichtsen" und „Großtuern" einmal wirklich ganz ungewaschen die Meinung zu sagen versteht, so wie man's gern mit anhören möchte, dann kann es passieren, daß — pardauz, der Herr Minister „gestürzt" ist und — oh Schreck! — der Müller selber Minister geworden ist. Dazu hatte man aber doch den Müller garnicht gewählt. Mal nachsehen, schimpfen und „auf Ordnung halten", das kann er wohl, aber selber regieren? — au, au? Wenn das mal gut geht!

So verdirbt die neue Zeit dem alten Wähler vom alten Schlage seine innere Sicherheit, indem sie ihm eine Aufgabe zuweist, an die er gar nicht herangewollt hat, nämlich, den Mann zu bestimmen, der es selber „besser machen kann", das Regieren. Da ist er sich nicht so sicher, als wenn er nur denjenigen zu bestimmen hätte, der mal auf den Tisch zu schlagen hat.

Der selbstbewußte Jünger der neuesten Zeit hat von der Kunst des Regierens eine weniger hohe Meinung, von seiner eignen Kenntnis der Führer aber eine höhere, so daß es ihm nicht schwer fällt, bei der Wahl klipp und klar zu sagen, welche Partei die besten Männer und Prinzipien hat. Deren Vorschlagsliste wählt er durchaus in der Erwartung, daß gerade einer von seinen Kandidaten nicht nur Abgeordneter, sondern auch Minister werde.

Was sich die Herren- und Damenkandidaten selbst unter ihrer Aufgabe als Abgeordnete vorstellen, ist ja im allgemeinen nicht zu erfahren. Ich glaube aber, es gäbe ein satirisches Werk allerersten Ranges, wenn man es fertig brächte, die entsprechenden Meinungen der Volksvertreter acht Tage vor und drei Monate nach ihrer Wahl wahrheitsgetreu zusammenzustellen. Denn über die Art der wirklichen Tätigkeit eines Reichstagsabgeordneten herrscht doch im allgemeinen ein so geheimnisvolles Dunkel, daß nur wenige Bewerber um ein Mandat mit einigermaßen richtigen Vorstellungen über ihre zukünftigen Aufgaben in den Wahlkampf zu ziehen vermögen und daß noch weniger Köpfe unter den Aufstellern der Vorschlagslisten mit der eigentlich notwendigen Klarheit zu entscheiden vermögen, ob ihr Liebling gerade für diese Arbeiten der richtige Mann oder die richtige Frau sein mag. — Solange das aber nicht der Fall ist, bleibt der ganze Parlamentarismus ein mindestens ebenso unsicheres Lotteriespiel, wie irgend eine andere Regierungsform.

Es wird niemandem vergönnt sein, das Getriebe der Reichstagsarbeit für Außenstehende so schildern zu können, daß er jedem einen objektiv richtigen



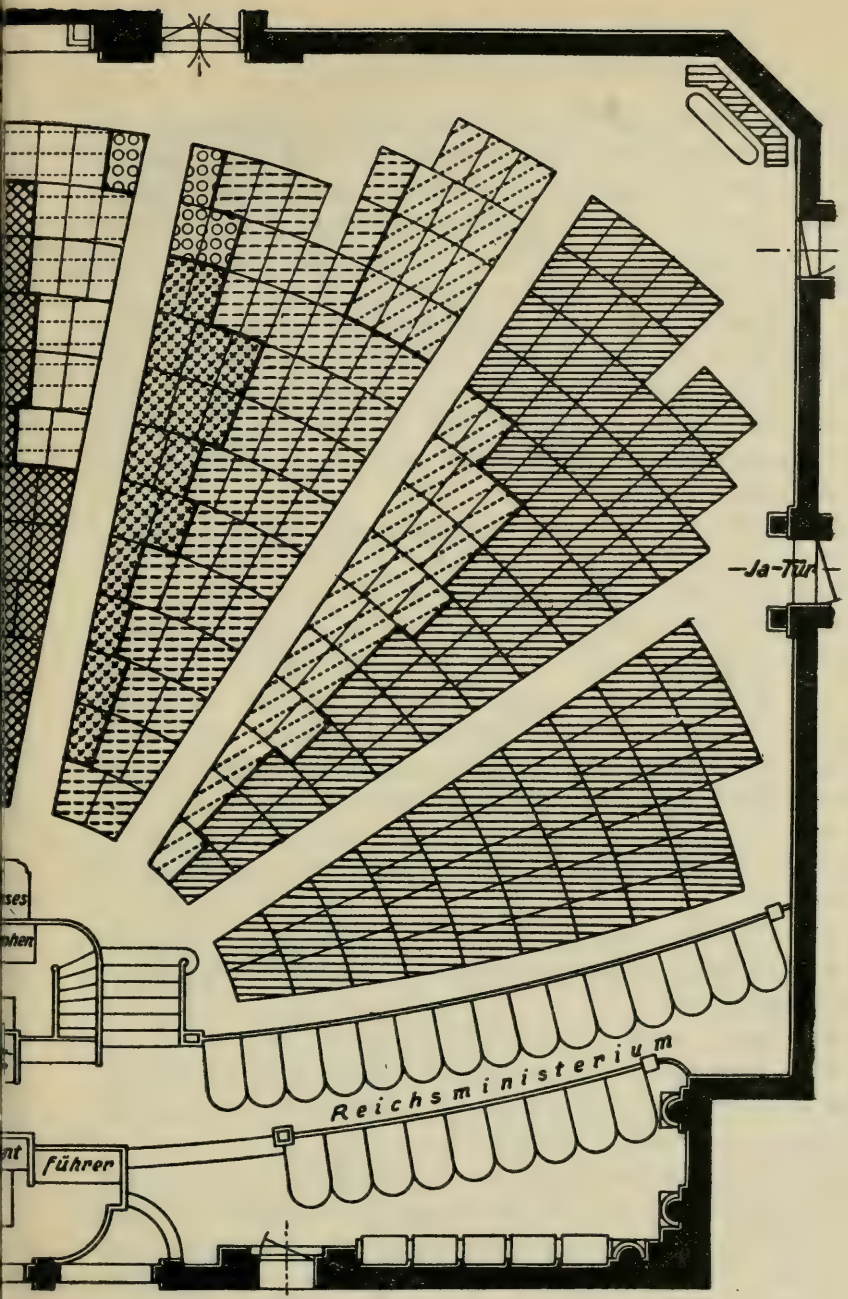
Sitzungssaal des Reichstages

Kommunisten

Demokraten

Sozial-
demokraten

Zentrum



er II. Wahlperiode Mai 1924

chaftl.
g.

Bayrische Volkspartei

Nationalsozialisten

ch-Soziale

Deutsche Volkspartei

Deutschnationale

Eindruck vermittelt. Wenn ich durch die Niederschrift der Erlebnisse des Abgeordneten Müller-Neustadt-Hinterwalden einen oft an mich herangetragenen Wunsch erfülle, so geschieht es durchaus in dem Bewußtsein dieser Unzulänglichkeit und in der Hoffnung, daß die politisch interessierten Leser im Laufe der Jahre meinen Bildern ergänzende andere an die Seite zu stellen vermögen und so nach und nach zu einem eigenen stichhaltigen Urteil gelangen.

„Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden." Artikel 21 der Weimarer Verfassung bestimmt das, und was die Verfassung bestimmt, ist oberstes geltendes Gesetz. Er enthält zugleich die Beschreibung des Ideals eines Reichstagsabgeordneten, an dem der wirkliche Reichstagsabgeordnete jederzeit zu messen sein muß.

Der dritte Reichstag der Republik umfaßt 493 Abgeordnete, deren Sitze sich auf 9 Parteien verteilen.

Es geschieht nicht ohne Bedacht, wenn gesagt wird, auf die Parteien entfallen so und soviel Sitze. Wollte man sagen, im Saale sitzen 131 Sozialdemokraten, so spräche man eine Unwahrheit aus, weil die Sitze gewöhnlich leer sind und sich höchstens bei sehr wichtigen Abstimmungen füllen. Illustrierte Zeitungen machen sich ja gelegentlich den Scherz, das „Hohe Haus" während mehr oder weniger wichtigen Sitzungen zu photographieren und den staunenden Beschauern die — leeren Bänke zu zeigen.

Woher kommen die leeren Bänke?

Die Abgeordneten bekommen doch ihre Diäten, damit sie in Berlin anwesend sind!

So fragt der Wähler, der am Wahltage seine Schuldigkeit getan hat, mit Recht. Sitzen denn die Abgeordneten immer im Restaurant? Oder bummeln sie sonst irgendwo herum?

Auf diese Fragen läßt sich nur sachgemäß antworten, wenn man vorher ein Bild von der normalen Tagesarbeit eines Abgeordneten zur Zeit der Reichstagssitzungen gezeichnet hat, wie sie unserm Müller-Hinterwalden nach Jahr und Tag zur Gewohnheit geworden war.

Je nachdem in welcher Gegend Groß-Berlins der Reichstagsabgeordnete seine „Berliner Wohnung", d. h. eine meist recht ungemütliche Junggesellenbude hat, trägt ihm die Reichspost oder der Reichstagsbote morgens früh „die Mappe" ins Haus. Sie hat die Gestalt eines besonders großen Briefumschlags und enthält die gedruckte Tagesordnung der nächsten Sitzung, die normalerweise nachmittags um 1 oder 2 Uhr beginnt, je nachdem aber auch auf 10, 11, 12, 3, 5, 6, 8, ja sogar auf 12 Uhr Mitternachts angesetzt wird. Die Mappe enthält außer der Tagesordnung die neu herausgekommenen Ge-

setzesvorlagen, Anträge, Anfragen, Ausschußberichte, Sitzungsberichte, Denkschriften usw. Lauter amtliche Drucksachen, und zwar jeden Tag so viel, daß ein gewissenhafter Leser bis zum Abend zu tun hat, um das alles aufmerksam durchzulesen. — Der Wähler denkt: Hoffentlich ist mein Abgeordneter ein gewissenhafter Leser. Er kann sich beruhigen, Müller-Hinterwalden ist der gewissenhafteste im ganzen Hause. Die Mappe enthält ferner eine Unmenge von gedruckten Zuschriften nichtamtlichen Charakters, mit denen Interessentengruppen aller Art den Reichstag überschütten. Und die Mappe enthält die Einladungen und Tagesordnungen für Ausschuß- und Fraktionssitzungen.

Das ergibt dann etwa folgende Tageseinteilung für Herrn Müller-Hinterwalden:

Vormittags 10 Uhr: Hauptausschuß.
„ 10 „ Sozialer Ausschuß.
„ ½12 „ Fraktionssitzung.
Nachmittags 2 Uhr: Plenum.
„ 3 „ Während des Plenums interfraktionelle Besprechung.
5 „ Fraktionspresseausschuß.

Abends eine halbe Stunde nach dem Plenum wieder Fraktionssitzung.

Der Abgeordnete sieht auf die Uhr. Sie zeigt Halbneun. Gleich ist das Frühstück beendet. Dann werden die Unterlagen für die verschiedenen Verhandlungen, die für den Tag bevorstehen, zusammengestellt. Erstens: Hauptausschuß. Auf der Tagesordnung steht der Haushalt des Postministeriums. Da muß er unbedingt hin, denn seine lieben Wähler in Neustadt haben ihm nachgewiesen, daß er etwas gegen die unerhörten Mißstände im Neustädter Postwesen tun müsse. Erstens sei das eben notwendig, und zweitens werde er sonst nicht wieder gewählt. Er hat es unter Hinweis auf diese Umstände gestern erreicht, daß ihn seine Fraktion für den Postetat in den Hauptausschuß entsandt hat, und nun muß ausgerechnet heute zur selben Stunde der Soziale Ausschuß tagen und wieder einmal die Angestelltenversicherung auf der Tagesordnung haben. Fehle ich dort, sagt er sich, so lassen mich die Privatangestelltenmitglieder meiner Partei meines Lebens nicht mehr froh werden. Außerdem steht eine Petition, für die er Berichterstatter ist, auf der Tagesordnung.

Es wird wieder einmal auf Pendelbetrieb herauskommen, murmelt er, in sein Schicksal ergeben. Legt Lesezeichen in den Postetat, legt die Beschwerden aus Neustadt dazu und sortiert sich das allmählich recht unübersichtlich werdende Material für die Beratung der Novelle zur Angestelltenversicherung zu-

sammen. Fein säuberlich schließt sich die Petition an. Er hat sie gestern abend spät durchgearbeitet und sein Votum dazu geschrieben: „Der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen."

Das wären die beiden Ausschüsse. Nun die Fraktionstagesordnung:

„Drittelungsgrenze der Unfallversicherung." Ach so, die Arbeitnehmer in der Fraktion wollen bis 2400 Mark, die Industriellen bis 1800 Mark und die Handwerker bis 1600 Mark gehen. Wo die Einigung der Fraktion liegt, muß entschieden werden, weil die Sache heute nachmittag im Plenum vorkommt. Der Herr Abgeordnete muß versuchen, den Pendelbetrieb zwischen den beiden Ausschüssen nach $^1/_2$12 Uhr auch noch auf die Fraktion auszudehnen. Die Sache ist zu wichtig. Er hat von seinen Wählern verschiedene Eingaben erhalten.

Die Tagesordnung für das Plenum enthält 14 Punkte, von denen der 1., 2., 7., 10. und 11. seine Anwesenheit erfordern, der 13. eine Abstimmung bringt, die er unter keinen Umständen versäumen darf. Alles in allem ist das wieder einmal reichlich viel für einen Tag, denkt er, legt sich die Verhandlungsunterlagen für das Plenum zurecht und macht sich auf den Weg zur Elektrischen. Berlin sorgt schon dafür, daß man einige Stunden am Tage „unterwegs" sein muß. —

Das Tagespensum ist das übliche. Das Zusammentreffen mehrerer Sitzungen zur gleichen Stunde belastet natürlich den einen Abgeordneten mehr, den anderen weniger. Es kommt nicht alle Tage vor, aber doch so oft, daß man einen Fall, wie den angenommenen, durchaus als Normalfall betrachten kann. Man kann auch nicht sagen, daß die meisten Abgeordneten nicht so belastet seien, da doch nicht alle in Ausschüssen säßen. Nun, der Reichstag hat gewöhnlich mehr als ein drittel Hundert verschiedener Ausschüsse von je 28 Mitgliedern. Eine Fraktion von der Stärke etwa der Deutschnationalen Volkspartei entsendet in jeden dieser Ausschüsse 6 Abgeordnete. Sie braucht also bei einem Bestande von 110 Mitgliedern mehr als 200 Teilnehmer an Ausschußberatungen. Doppelverpflichtung ergibt sich daher für eine ganze Reihe von Abgeordneten von selbst. — — —

— — — Der Abgeordnete betritt durch das Portal am Tiergarten das Reichstagsgebäude. In der Garderobe wird sofort bei seinem Eintritt der Fernmelder betätigt, durch den die Telefon-Zentrale erfährt, daß er im Hause anwesend ist. Oben im 2. Obergeschoß, wo die Sitzungszimmer liegen, erhält er vom Reichstagsdiener, die für ihn eingelaufene Post. Er will schnell im Sitzungszimmer verschwinden, da spricht ihn ein Herr an: „Herr Abgeordneter Müller?" — „Jawohl!" — „Ach, wir möchten Ihnen noch einmal ausführlich unsere Wünsche vortragen. — Handelskammersekretär Lehmann aus Neustadt.

Ich hatte neulich schon die Ehre. — Herr Beigeordneter Schulze — Herr Kaufmann Klingebeutel." — „Hm — ja — warten Sie hier bitte zehn Minuten. Wir gehen gleich zusammen hinüber zum Hauptausschuß. Jetzt muß ich erst mal sehen, wie hier die Debatte läuft."

Er greift nach der Tür, da hält ihn eine Hand am Rockzipfel fest. „Herr Abgeordneter, ich komme im Auftrage des Lebensversicherungszweckverbandes, ich habe gehört, daß heute das Schicksal der Angestelltenversicherung entschieden wird, da möchte ich — — —"

„Mein guter Herr, das Schicksal der Angestelltenversicherung steht schon seit 6 Monaten auf des Messers Schneide. Ich fürchte, es wird auch noch weitere 6 Monate in diesem Zustand beharren. Ich gebe Ihnen gleich Bescheid."

Trotzdem der Rockzipfel etwas gewaltsam aus der Hand des Herrn von der Lebensversicherung gezerrt werden muß, verschwindet er im Sitzungszimmer des „Sozialen Ausschusses". Zu den Sitzungen der Ausschüsse haben nur Abgeordnete und Regierungsvertreter Zutritt. Keine „Presse", kein „Publikum". Dahin können die Herren Interessenten Gott sei Dank nicht folgen. Den Vorsitz im „sozialen" 9. Ausschuß führt der Zentrumsabgeordnete Esser. Eben beginnen die Verhandlungen über die „Angestelltenversicherung". Das Wort hat der volksparteiliche Abgeordnete Thiel. Er beantragt ohne lange grundsätzliche Aussprache, die in all' den früheren Sitzungen ausgiebig genug gepflogen worden sei, heute endlich in die Spezialberatung einzutreten. Nach Thiel spricht der Abgeordnete Giebel von den Sozialdemokraten — offenbar sehr lang und sehr ausführlich über die Gründe, die seiner Meinung nach für eine Auflösung der Angestelltenversicherung sprechen sollen.

Jede Partei hat ihren Spezialisten für diese Frage als Wortführer im Ausschuß sitzen. Neben ihm sitzen seine teils mehr, teils weniger aktiven Parteikollegen.

Die Anwesenheitsliste geht herum. Freund Müller schreibt sich ein und fragt dann den Wortführer seiner Fraktion: „Was meinen Sie, kommt es heute zu ernsthaften Verhandlungen und Abstimmungen?" — „Es scheint nicht so!" bekommt er zur Antwort. — „Dann gehe ich jetzt hinüber zum Hauptausschuß. Wenn ich hier nötig bin, rufen Sie mich bitte, besonders zu den Petitionen." —

Den Postetat und die noch uneröffnete eingegangene Post unter dem Arm, tritt er auf den Flur hinaus.

Da hat ihn schon der Lebensversicherungsmann am Rockzipfel. „Wie steht's?" flüstert er erregt." —

„Es steht so, wie seit sechs Monaten. Man kann noch nichts übersehen. Aber lassen Sie sich doch mal den Abgeordneten Rieseberg herausrufen, der

hat heute besser Zeit, sich Ihrer anzunehmen. Ich muß jetzt schnell zum Hauptausschuß." —

Er winkt der Deputation aus Neustadt und enteilt mit ihr nach dem Vorraum des Sitzungssaales für den Hauptausschuß, bittet sie abermals um Geduld, eilt hinein, läßt sich von seinen Fraktionsfreunden über den Stand der Verhandlungen unterrichten, trägt sich in die Liste ein, meldet sich für den betreffenden Punkt des Etats schon im voraus zum Wort, kommt auf einen Sprung wieder heraus, — die drei Neustädter reden gleichzeitig auf ihn ein — verschwindet wieder im Sitzungssaal und atmet erleichtert auf. Endlich haben wir Ruhe! Vor sich die Notizen über die Zustände in Neustadt kann er nun ruhig warten, bis daß er zu Wort gerufen wird. Er brennt sich eine Zigarre an und beginnt gemächlich die eingegangenen Briefe zu öffnen und zu lesen. — — —

Ein alter Offizier aus seinem Wahlkreis beschwert sich über Ungerechtigkeiten bei Festsetzung der Pension.

„Da muß ich mit dem zuständigen Regierungsvertreter sprechen. Vielleicht heute Nachmittag."

Die Beamten von Bumshagen wollen, daß ihre Stadt in eine andere Ortsklasse versetzt werde.

„Das gebe ich dem Kollegen Schmidt, ich komme doch nicht mehr dazu, mich um das Ortsklassenverzeichnis zu bekümmern."

Die Privatangestellen von München haben eine Entschließung für die vollständige Sonntagsruhe angenommen und teilen mit, daß sie eine Petition an den Reichstag gesandt haben.

„Da genügt vorläufig Bestätigung und Zusage, daß ich ihre Wünsche unterstütze."

Die Bierbrauer von Dortmund schicken eine lange Druckschrift.

„Die kenne ich schon."

Ein Altrentner schreibt einen herzerschütternden Brief über sein Elend. Eben überlegt unser Abgeordneter, wie er da wohl helfen könne, da erteilt ihm der Vorsitzende das Wort zum Postetat.

Er spricht:

„Ich möchte den Herrn Reichspostminister auf die tatsächlich mehr als schlimmen Zustände — .....Postbetrieb —.....Neustadt...ich habe hier Dokumente...frage den Herrn Minister...meine Vorschläge.. Ich habe gestern dem Herrn Geheimrat..mitgeteilt, daß ich heute hier diese Anfrage stellen würde und bitte um eine zufriedenstellende Erklärung."

Der Herr Minister:

„Einzelfall.....nicht verallgemeinern. Gelockerte Disziplin..Folgen des

Achtstundentages...auch hier zu niedrige Gebühren. Geradezu ein Beispiel... Bewilligen Sie im Postverwaltungsrat höhere Portosätze, dann können wir Verbesserungen einführen....."

Der Herr Abgeordnete:

„...Antwort des Ministers unbefriedigend..So lassen wir uns denn doch nicht abspeisen.....wenigstens feste Zusage, daß die Zustände sofort gründlich geprüft werden unter Gegenwart der örtlichen Abgeordneten..."

Ein anderer Abgeordneter von anderer Partei:

„.....können uns doch hier nicht mit Neustadt aufhalten..."

Ein dritter Abgeordneter, dritte Partei:

„....und wir lassen uns solche Behandlung durch den Minister nicht gefallen..."

Hin und her.

Da der Minister keine klare Mehrheit für sich sieht, lenkt er ein und sagt in formulierter Erklärung, die zu den Akten kommt, daß er in Neustadt nach dem Rechten sehen wird. — — —

Müller-Neustadt-Hinterwalden atmet befriedigt auf. Aber — — —

Donnerwetter! Schon gleich 12 Uhr. Schleunigst zur Fraktionssitzung! Er stürmt an der Neustädter Deputation vorbei, die nicht schnell genug aus den Klubsesseln im Vorraum auf die Beine zu gelangen vermag, zum Fraktionszimmer.

Da hat man gerade festgestellt, daß eine Einigung schwer zu erzielen sei und stimmt darüber ab, ob man die Abstimmung für jeden freigeben, oder was geschehen soll. Gerade das, worauf es unserem Freunde ankam, nämlich das „Für" und „Wider" jedes Standpunktes noch einmal vortragen zu hören und dadurch die Unterlagen für die eigene Urteilsbildung zu gewinnen, ist nicht mehr möglich. Nach weiteren Auseinandersetzungen, hauptsächlich taktischer Art, legt sich die Fraktion als solche auf 1800 Mark fest, stellt es aber den besonders interessierten kleinen Einzelgruppen frei, ihre abweichende Meinung durch die Abstimmung zum Ausdruck zu bringen. — —

Eben ist es soweit, da kommt der Fraktionsdiener herein und flüstert unserem Abgeordneten etwas ins Ohr. Schnell aufgestanden, wieder an der draußen gespannt wartenden Deputation aus Neustadt vorbei zum Zimmer des neunten Ausschusses. Die Angestelltenversicherung ist wieder einmal vertagt, ohne einen Schritt weiter gekommen zu sein. Man bespricht jetzt die Petitionen. Unser Abgeordneter plädiert für „Berücksichtigung" der Wünsche seiner Petenten. Ein Kommunist verlangt statt dessen: Übergang zur Tagesordnung. Erregte Wechselrede. Die Petition wird der „Regierung als Material überwiesen." Die Sitzung ist geschlossen. Nächste Sitzung dieses Ausschusses morgen früh 10 Uhr.

Vor der Tür stößt er wieder auf den Lebensversicherungsmann und die Deputation aus Neustadt. Jener muß unverrichteter Dinge und voll verworrener Betrachtungen über das Getriebe des deutschen Reichstages abziehen. Aber der Abgeordnete Rieseberg hat ihm wenigstens eine Tribünenkarte für die Vollsitzung am Nachmittage besorgen können. Ein Trost!

Die Neustädter strahlen, daß der Postminister feierlich versprochen hat, sich um Neustadt zu kümmern. Lieber wäre ihnen ja gewesen, sie hätten die fristlose Entlassung ihres bockbeinigen Postdirektors und das Geld für den Erweiterungsbau gleich mitnehmen können, aber man lernt sich bescheiden. Jetzt folgen sie der Einladung „ihres" Abgeordneten, im Reichstagsrestaurant mit ihm zu Mittag zu essen. Es ist fast $^1/_2$2 Uhr geworden und um 2 Uhr beginnt ja schon das Plenum —, die Vollsitzung, des Reichstags.

Bei Tisch werden sie einigen anderen Abgeordneten vorgestellt. Sie erfahren, daß jede Fraktion ihren besonderen Tisch, bzw. ihre besonderen Tische hat. „Da hinten sitzt der alte Professor Kahl." — Da, Sie haben Glück, sitzt sogar Stresemann. Hergt und Graf Westarp schreiten durch die Tür. Und das ist Philipp Scheidemann. „Wo hat er denn seine verdorrte Hand", erkundigt sich schmunzelnd der Handelskammersekretär.

Aber sein Abgeordneter füllt schon wieder einige Zettel aus, die ihm ein Diener vorlegt: Zwei Parteifreunde, deren Namen er nie gehört, bitten um Tribünenkarten. — Er bedauert, sein Vorrat sei vergriffen. — Ein Herr und eine Dame bitten um eine Unterredung — „nach dem 2. Punkt der Tagesordnung im Wandelgang!" Währenddessen schrillen laute Klingeln durch das Haus. Die Tische leeren sich, die Abgeordneten begeben sich nach und nach zum Sitzungssaal. Auf einmal ruft aus einem Loch in der Wand eine laute Stimme: „Die Sitzung ist eröffnet."

— — ? ? — —

„Das Megaphon! — Das ruft diese Nachricht in alle Arbeitszimmer des Hauses hinein. Nun führe ich Sie noch zur Tribüne, dann muß ich Sie Ihrem Schicksal überlassen." — — — —

„Das Plenum!"

Stenographen halten jedes Wort fest, was da geredet wird. Dutzende, hunderte von Telegraphen tragen den Bericht über die Plenarsitzungen in alle Winde. Millionen Augen verschlingen morgen früh den kargen Auszug, den die Zeitung bringt. — — —

— — — Irgendwann in der Nacht hat diese Sitzung ihr Ende gefunden. Zahlreiche Abgeordnete haben den Rest der Nacht auf Liegebänken in ihren Arbeitszimmern im Reichstagsgebäude verbracht. Andere sind per Auto oder zu Fuß nach Hause gepilgert. Andere Verkehrsmittel gab es so spät nicht mehr.

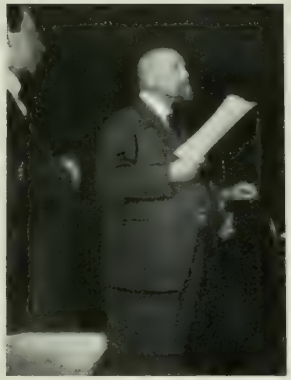
Vizepräsident
Graef-Thüringen
in einer Deutschnationalen Fraktionssitzung

Der Abgeordnete und ehemalige Minister v. Raumer (Deutsche Volkspartei) hat eine besonders charakteristische Art, seine Gedanken zu sammeln

Vizepräsident
Rießer
am Tische der Deutschen Volkspartei

... dann spreche ich eben zur Geschäftsordnung!
Abg. Schultz-Bromberg, der Geschäftsordnungsredner der Deutschnationalen

Im Überzeugungseifer
Dr. Hanneman (Deutschnational) und (rechts) Eggers



... schon oft habe ich es hier im Steuerausschuß dargelegt, daß ..
Abg. Keil (Sozialdemokratie)

Im Fraktionsbüro
Unterschriften! Unterschriften!
Abg. Lambach (Deutschnational)

Die Mitglieder des Wohnungsausschusses hatten einen Achtzehnstundenarbeitstag hinter sich, der Postminister keinen kürzeren.

Schiller meint:

So laßt uns denn mit Fleiß betrachten,
was aus der schwachen Kraft entspringt,
Den schlechten Mann muß man verachten,
Der nie bedacht, was er vollbringt.

Und da Schiller sowohl von den Kommunisten als auch den Deutschnationalen zitiert wird, darf man seine Worte wohl auch auf einen Reichstagsabgeordneten anwenden.

Wir rufen uns den § 21 der Reichsverfassung ins Gedächtnis: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volks. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden" und betrachten dann noch einmal die Arbeitsleistung, die solch eine Tagesordnung dem einzelnen Abgeordneten — und zwar jedem! — zumutet.

Erster Punkt der Tagesordnung Wochenhilfe, insbesondere das „Stillgeld". Nach diesem Gesetz bekommen die Wöchnerinnen, die ihre Kinder selbst stillen, ein „Stillgeld". Prämie für Selbststillen. Zuschuß zu den Kosten zweckentsprechender Ernährung der Mütter, oder wie man dieses Stillgeld sonst zu begründen vermag. Zweifellos eine höchst soziale, vorbildliche Einrichtung. Das Stillgeld soll erhöht werden. Der Ausschuß hat beschlossen, es gleich dem Preise für täglich einem Liter Milch zu setzen. Der Antrag stammte von der Regierungspartei, den Sozialdemokraten. Außer ihnen stimmten dafür Unabhängige, Kommunisten und die Hälfte der Deutschnationalen. Die andere Regierungspartei, das Zentrum, stimmte dagegen und beantragte den festen Satz von 3 Mark. Eine Regierungspartei dafür, eine dawider, eine große bürgerliche Partei im Ausschuß ebenfalls gespalten. Offenbar gute Gründe auf beiden Seiten. Jeder Leiter einer Krankenversicherung erzählt dem Abgeordneten, daß dieses Gesetz durch die vielen Abänderungen so kompliziert in seinen Auswirkungen geworden sei, daß ein dauerndes Studium dazu gehöre, um seine Handhabung einigermaßen zugewähr leisten. Zudem, die glücklichen Mütter, die eine gütige Natur befähigt hat, ihre Kindchen selbst zu stillen, bekommen Geld zum Einkauf von Milch aus der Reichskasse. Aber die Ärmsten, denen Gott das Glück versagt hat, ihren Säugling selbst zu nähren, bekommen nichts. — Sozial ist das Gesetz zweifellos, aber auch gerecht? — — —

Vor seinem Gewissen soll der Abgeordnete entscheiden. Soeben erst hat er die amtlichen Drucksachen erhalten. Die Materie des Gesetzes ist außer den wenigen, die im Sozialen Ausschuß mitarbeiten, fast niemandem wirklich vertraut. Trotzdem hast du zu entscheiden, Herr Abgeordneter, was Gesetz sein

soll, du mußt! Unentschiedenheit nützt nichts. Stehst du nicht mit auf, so verstärkst du das Heer der Neinsager, gehst du hinaus, so verschiebst du das Anwesenheitsverhältnis zu Gunsten der Jasager — denk an Dein Gewissen!

Ideale Verfassungsparagraphen bekommen ein ganz neues Gesicht, wenn man sie der Wirklichkeit gegenüberstellt.

In der Wirklichkeit ist der Fall längst erledigt. Die Wortführer der Fraktionen im Ausschuß haben sich ganz vorn an die Spitze des Keils, den die Plätze ihrer Fraktionen im Sitzungssaal bilden, gesetzt und die Abstimmung „geführt". Frau Behm bei den Deutschnationalen, Frau Teusch beim Zentrum, Frau Schroeder bei den Sozialdemokraten. Wenn sie aufgestanden sind, sind auch ihre Parteifreunde aufgestanden. Wenn sie ostentativ sitzen geblieben sind, sind auch ihre Parteifreunde sitzen geblieben. Der Präsident verkündet Schlag auf Schlag das Ergebnis der Abstimmung: „Das ist die Minderheit", „Das ist die Mehrheit" — in Zweifelsfällen: „Das Büro ist einig, daß jetzt die Mehrheit steht" — damit ist das Schicksal der Vorlage entschieden und: Ehe der Grübler und Zweifler aus seinen Gewissensqualen heraus ist, steht längst ein neuer Gegenstand zur Verhandlung.

Ob das der Wähler in Neustadt hinterm Walde wohl gedacht hat, daß „sein Abgeordneter" alsbald in solchen Bedrängnissen sitzen werde?

Ob das der Herr Kandidat wohl gedacht hat, daß eine Stunde kommen könnte, wo er, der Herr aller Volksversammlungen, so in Zweifeln dasitzen werde? —

Auf die Wochenhilfe folgt ein Gesetz über Zulagen zur Unfallversicherung. — Dieselben Zweifel, dieselbe Methode. Einige wenige „führen", die anderen müssen folgen, weil sie gar nicht die Möglichkeit gehabt haben, die Dinge, auf die es ankommt, gewissenhaft zu studieren.

Die „Führer" wechseln je nach dem Gesetz und nach dem Ausschuß, in dem es behandelt wird. Es sind bei der Unfallversicherung andere als bei der Wochenhilfe. Es sind aber bei völlig andern Materien erst recht völlig andere Persönlichkeiten, als bei jenen beiden ersten Punkten.

Die Führer wechseln, aber die abstimmenden Abgeordneten bleiben dieselben. In der Verfassung steht nichts von „Führern". Jeder ist selbst verantwortlich — auch vor seinen Wählern. Er macht ja die Gesetze. Er ist nicht mehr wie im kaiserlichen Deutschland, Kontrollorgan, sondern Selbstschöpfer. Die Regierung hat auszuführen, was die Mehrheit, an deren Bildung er in jedem Falle Anteil hat, beschließt.

Ein und derselbe Mann beschließt also an einem einzigen Tag über:

Wochenhilfe, Unfallrenten, Aufrichtung eines neuen Prangers, Devisenhandel, Aufhebung von Gefängnisstrafen, Schießen auf Flüchtlinge, Ver-

sorgungsangelegenheiten, Rechtsverhältnisse elsässischer Beamter, Einkommensteuer, das Gehalt des Reichspräsidenten, unzählige andere Behörden, Bauten, Gehälter, Postgebühren, Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte, Zustände in einer Strafanstalt, die er nie gesehen hat, Beseitigung der schwarzweißroten Handelsflagge, Erhöhung der Diäten. — — —

Oben auf der Zuschauertribüne sitzen staunend und zerknirscht zugleich die drei Herren aus Neustadt. Sie sehen vor sich einen fast leeren Saal. Die Tische und der Fußboden mit einer dicken Papierschicht bedeckt. An der Rückwand ganz oben auf erhöhtem Sitz der Präsident des Reichstags, rechts und links von ihm je zwei Schriftführer. Die fünf bilden zusammen „Das Büro". Vor dem Präsidenten, etwas tiefer, aber doch noch viel höher als die untersten Sitzreihen, das Rednerpult. Unter dem Rednerpult die Stenographen. Rechts vom Redner mit dem Angesicht gegen „das Haus", d. h. gegen die Sitzplätze der Abgeordneten gerichtet, sitzen die Minister. Die Stühle sind leer. „Da hat Bismarck gesessen", flüstert der Herr Beigeordnete aus Neustadt, ohne zu ahnen, daß Bismarck dieses Haus niemals betreten hat. Sein Schlußstein wurde erst am 5. Dezember 1894 durch Kaiser Wilhelm II. gelegt. Da war Bismarck längst entlassen. Als ein Herr kommt und sich auf der Ministerbank niederläßt, erklärt ein „Wissender": Das ist der Arbeitsminister Brauns.

Der Redner redet, aber keiner scheint hinzuhören. Doch auf einmal strömt es schwarz zu den Türen herein. Die Bänke füllen sich. Es wird abgestimmt. Zwei, drei, viermal hintereinander — ja schließlich zu immer neuen Paragraphen dutzendfach.

Natürlich sitzen etliche im Restaurant. Kommen vielleicht erst jetzt zum Mittagessen oder haben schon Kaffeehunger. — Da, in einer Ecke des Restaurants wird auch Wein getrunken. — Dort Bier. — Bei näherem Hinsehen ergibt sich, daß „Besuch vom Lande" oder aus der Stadt? — da ist, der seine Anwesenheit im Reichstag mit einem Glas auf das Wohl seiner Partei feiert. — „Bechernde Abgeordnete" sind — entgegen den Glossen mancher Zeitungen — eine Seltenheit. Ihr Hauptgetränk ist die von dem baltischen Baron v. Freytagh-Loringhoven eingeführte Joughurtmilch.

Andere Abgeordnete wandeln in der feierlichen Halle auf dem roten Teppich auf und ab und besprechen politische Angelegenheiten. Die Bänke an der Seite sind mit Wartenden gefüllt, die „ihren Abgeordneten" sprechen wollen. Ganz schwarz von Menschen ist die weite Halle an wichtigeren Tagen. Alles redet auf die Abgeordneten ein, will sie beeinflussen, will Nachrichten von ihnen haben.

Unser Abgeordneter hat „während des Plenums" um 3 Uhr eine „interfraktionelle Sitzung". Da ist er in einem der vielen Nebenzimmer des Hauses

zu finden, wie er in unverbindlicher Beratung mit Abgeordneten anderer Parteien einem Gesetze die letzte Feile zu geben sich bemüht. Eine „Redaktionssitzung" ist es. Währenddessen fehlt er natürlich im Sitzungssaal. Das Megaphon und die Klingeln sorgen dafür, daß man zu Abstimmungen in den Saal eilen kann. Um 5 Uhr sitzt er mit Fraktionskollegen und Zeitungsberichterstattern zusammen und gibt Antworten auf Fragen über die politische Lage.

Später ist er im Lesesaal, der Bücherei, dem Schreibsaal und schließlich für eine Stunde in seinem Arbeitszimmer — hoch oben in der Kuppel — zu finden, schnell noch eine Rede ausarbeitend, die er im Plenum zum 11. Punkt der Tagesordnung über die Ausdehnung der Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte halten soll, falls Angriffe von anderer Seite fallen. — Im Sitzungssaal ist er selten. Er gehört zu den Arbeitspferden, die sich mit „dem Betrieb als einer vorläufig unabänderlichen Einrichtung abgefunden" haben — — —

Er ist eben „Müller-Hinterwalden" und ist in mindestens 250 Exemplaren vorhanden. Er ist ein Typ. Dieser Typ verfügt über „Die Mehrheit" und begegnet uns in allen Fraktionen. Es gibt auch andere sehr verschiedenartige Typen. Sie vorzustellen, lieben die Herren Journalisten, die bekanntlich an allem „Besonderen" ihre besondere Freude haben.

Es gibt auch Abgeordnete, die sozusagen überhaupt nicht in den Reichstag kommen. Auch ihrer mögen wohl an die fünfzig sein. Mit denen mögen sich die Wähler befassen, denkt Müller, sie würden vermutlich, wenn sie in Berlin anwesend wären, doch nur als Stimmvieh mitwirken. — — —

Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand — heißt es ganz tröstlich im Sprichwort. Wenn man im Reichstag den Kampf der Parlamentarier aufmerksam verfolgt, dann kommt man zu der Einsicht, daß der liebe Gott „den Verstand" aber doch wohl in verschieden großen Dosen zugeteilt haben muß. Man kommt aber auch noch zu einer anderen Erkenntnis, nämlich der, daß von zwei Abgeordneten mit sonst gleichen Geistesgaben doch stets der der Überlegene ist, der die größeren geistigen und organisatorischen Hilfsmittel zu seiner Verfügung hat. Der so oft zitierte ehrenwerte „Einfache Mann aus dem Volke" ist stets im Nachteil gegenüber dem Berliner Bankdirektor, dem auf telephonische Anfrage allererste Kapazitäten bereitwilligst Auskunft — beispielsweise über die Technik des Devisenhandels in dem oder jenem besonderen Falle — geben. Der kann bei den Spezialberatungen ein Plus an Fachwissen in die Wagschale werfen, das den anderen fehlt.

Wer sich mit erstklassigen Ratgebern umgeben kann, hat den andern manches voraus. Wer sich einen Sekretär, eine Sekretärin oder einen Registrator halten kann, ist gegenüber dem Abgeordneten, der ganz auf sich selbst gestellt

ist, fein heraus. — Wie die Dinge heute liegen, kann man eigentlich sagen, daß ein Abgeordneter, der sich kein „Berliner Büro" einrichten kann, das ihn von den mechanischen Dingen entlastet, einlaufende Briefe beantwortet, Aufsätze abschreibt, Akten ordnet und Auskünfte einzieht, gezwungen ist, sich in Kleinkram aufzureiben und zum Eingreifen im Großen garnicht kommt. Seine Wähler erwarten mehr von ihm, als er erfüllen kann.

Die Frage, ob es Aufgabe der Allgemeinheit ist, den Abgeordneten die Aufwendungen für ein Sekretariat zu ersetzen, ist in Deutschland noch nicht entschieden. Sie aufwerfen, heißt übrigens an die Grundfragen des Parlamentarismus überhaupt rühren.

Wie eine Gesetzesvorlage entsteht

So steckt Herr Müller aus Neustadt hinterm Walde nach einigen Monaten mitten in der parlamentarischen Tagesarbeit. Sie frißt ihm seine ganze Zeit, drängt sich in seine Nächte und läßt ihn doch unbefriedigt, weil er sich auf so manche Fragen noch keine Antwort zu geben vermag. Am meisten quält ihn die Frage, woher kommen eigentlich die Gesetzentwürfe. Die Antwort: „sie kommen aus der Regierung" genügt ihm ebensowenig, wie ihm in seiner Sextanerzeit die Antwort auf die andere große Rätselfrage genügte: „Woher kommen eigentlich die kleinen Kinder?" — „Aus dem großen Teich." Damals fragte er: Wie entstehen sie aber im großen Teich? Jetzt fragt er: Wie entstehen die Gesetze in der Regierung? Weß das Herz voll ist, geht der Mund über.

So geschah es, daß er den und jenen Abgeordneten fragte: „Wie entstehen eigentlich die Gesetze?"

Nach und nach erfuhr er: Es wird ein Referentenentwurf gemacht, der erhält die Unterschrift des Ministers, wird vom Kabinett angenommen — — —

Schon richtig: das Kind wird getauft, zur Schule geschickt, konfirmiert, aber, wie war das vor der Taufe, vor der Geburt sogar? Den Moment der Empfängnis, der Zeugung, den sucht er. Wer ist der Vater des Gesetzes? Wann und wodurch wurde seine Schöpferkraft in der Regierung wirksam, das ist die Rätselfrage, der unser Freund auf den Grund kommen will.

Der Moment, in dem ein Regierungsorgan den Entschluß zu einem Gesetz „empfängt", ist oft völlig unbestimmbar. In anderen Fällen liegt er offen zu Tage. Bei manchen sozialen Gesetzen liegt er mitten in der Revolution. Als damals das Arbeitsministerium durch den sozialdemokratischen Arbeitsminister Bauer eingerichtet wurde, dürften bereits die Ideen zu einem großen

gesetzgeberischen Werk auf der Grundlage des Erfurter Programms in das neue Ministerium mit hineingebaut und durch eine entsprechende Auswahl der Personen in ihm verankert worden sein. Man merkt die Spuren dieser Herkunft den meisten sozialpolitischen Gesetzesvorlagen oft heute noch an, obwohl jene erste Absicht längst aufgegeben worden ist.

Ganz anders geht die Anregung zu Gesetzentwürfen im Ernährungsministerium vor sich. Anders im Wirtschafts-, anders im Justizministerium.

Aber überall gibt es den Moment, wo irgend ein Außenstehender, eine Persönlichkeit von politischem Blick in einem Minister, einem Staatssekretär oder einem Geheimrat den Entschluß weckt, eine gesetzgeberische Idee zur Bearbeitung zu bringen. Das ist der entscheidendste Moment im Werden des Gesetzes.

Ohne ihn verwandelte sich niemals ein Wunsch, ein Plan in ein Gesetz. Die meisten phantasievollen gesetzgeberischen Reformpläne bleiben Zeitungsaufsatz, Rede oder Buch, weil ihre Träger diesen Moment nicht herbeizuführen verstanden. Erst wenn eine Idee sich zu einem amtlichen Entwurf in dem dafür zuständigen Ministerium verdichtet, gewinnt sie Leben und Aussicht auf Erfüllung im parlamentarischen Staat.

Während sich nun ehemals der Bearbeiter eines Gesetzplanes jeder Beeinflussung durch Außenstehende möglichst entzog, ist es seit der Revolution Brauch geworden, die Öffentlichkeit und möglichst viele Interessenten, die später durch die Parlamente doch ihren Einfluß ausüben würden, schon in den frühesten Vorstadien zur Mitarbeit heranzuziehen.

Müller-Hinterwalden erfährt, daß über Entwürfe, wie den zum seinerzeitigen Arbeitsnachweisgesetz bereits vier Jahre, bevor er an den Reichstag kam, mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften verhandelt worden war. Über den Entwurf zum Arbeitsgerichtsgesetz haben seit eben so langer Zeit stets erneute Beratungen mit allen beteiligten Faktoren, d. h. den bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, den Vertretern der ordentlichen Gerichtsbarkeit, den Arbeiter-, Angestellten- und Arbeitgeberverbänden, ebenso wie mit den Vertretern der Wissenschaft stattgefunden. Fast immer waren auch Personen beteiligt, die nebenher noch Abgeordneter waren.

„Das sind ja die interessantesten Einblicke, die man überhaupt tun kann", meinte Müller gegenüber dem jungen Gewerkschaftler, der ihm diese Dinge erzählte. „Aber das bedeutet doch, daß es hier im Hause ein halbes Dutzend Abgeordnete gibt, die den ganzen Werdegang eines solchen Gesetzentwurfs bereits aus eigener Mitarbeit kennen. Die wissen, worauf es ankommt. Wie soll man sich denen gegenüber durchsetzen?"

Nach langen Vorarbeiten erhält solch gesetzgeberischer Plan den Charakter

eines „Referentenentwurfs“. Nicht selten wird er dann als solcher veröffentlicht, um der Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen.

Schließlich, abermals durchgearbeitet, erhält er die Unterschrift des Ministers und geht an das Kabinett, um dessen Kollektivzustimmung zu erhalten.

Hier hakt Müller ein. „Also haben alle die vielen Gesetzentwürfe, die wir bekommen, die so umfangreich sind, daß man sie kaum durchlesen kann, die verantwortliche Zustimmung des Gesamtkabinetts?

Ich möchte nicht Minister sein!“

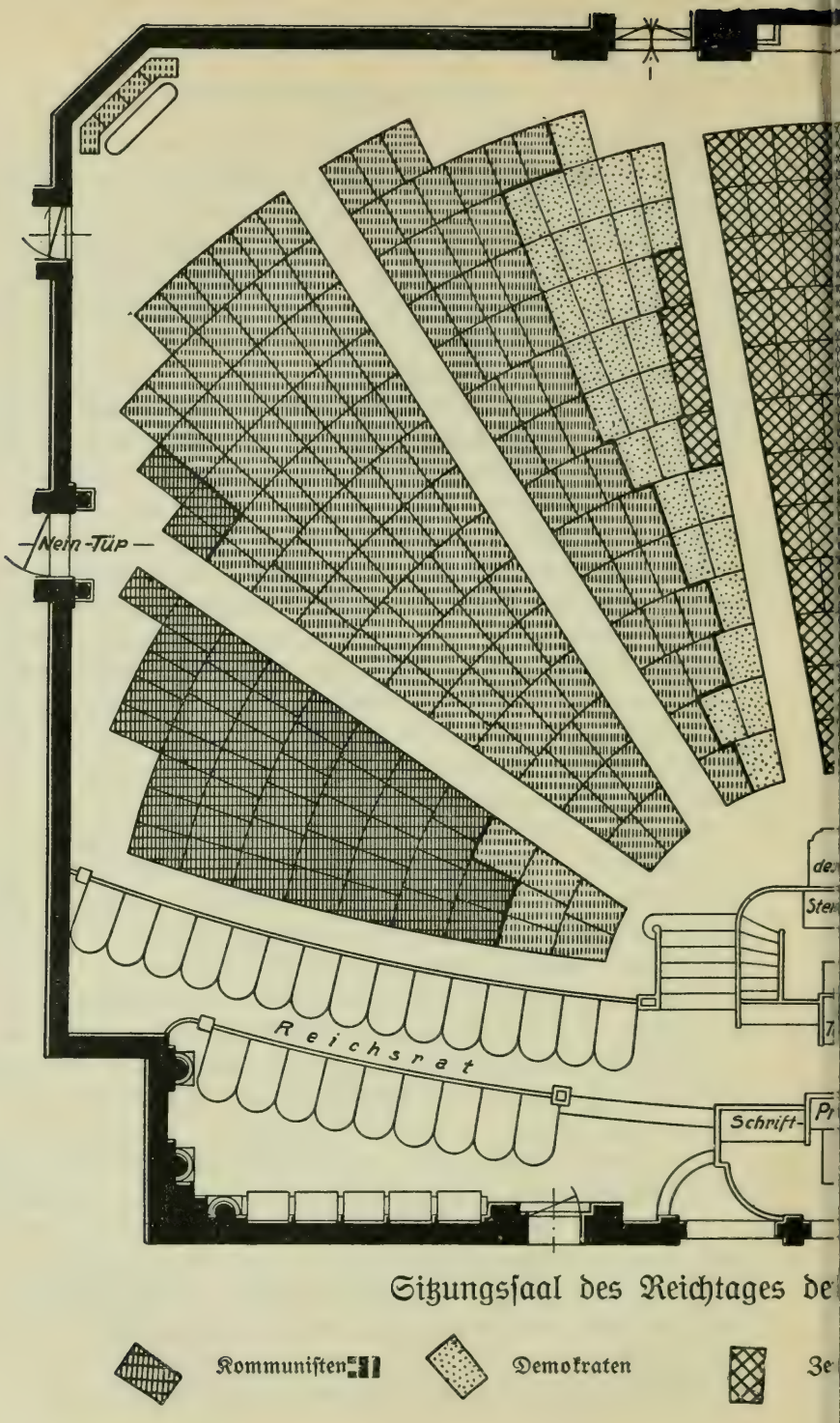
Aus allen Ministerien kommen die Gesetzentwürfe an das Kabinett. Wir haben in Berlin zwölf Reichs-Ministerien. Herr Müller sieht ein, daß seine parlamentarische Mitarbeit an der Oberfläche haften bleiben muß, wenn er nicht Fühlung in den einzelnen Ministerien gewinnt. Er nimmt sich vor, jede Woche ein anderes Ministerium unter irgend einem Vorwande zu besuchen. Dem M. d. R. auf der Visitenkarte öffnen sich ja alle Türen. Bei der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße will er anfangen. Dann soll das Auswärtige Amt an die Reihe kommen. Es liegt noch da, wo Bismarck sein Chef war, in der Wilhelmstraße. Das Ministerium des Innern aber wird vom Reichstage aus gezeigt. Es liegt an der anderen Ecke des Königsplatzes. Eine lange Reihe von Wochen wird vergehen, bis er weiter zum Reichsfinanzministerium am Wilhelmplatz, dem Reichswirtschaftsministerium in der Viktoriastraße, dem Reichsarbeitsministerium in der Scharnhorststraße kommt.

Von einem „Regierungsviertel“ kann man kaum noch sprechen, so sind heutzutage die Reichsministerien über Berlin zerstreut. Das Reichsjustizministerium liegt in der Voßstraße, das Reichswehrministerium in der Bendlerstraße, das Reichspostministerium in der Leipziger- und das Reichsverkehrsministerium in der Wilhelmstraße. Das Reichsernährungsministerium liegt ebendaselbst, das Ministerium für die besetzten Gebiete dagegen am Leipzigerplatz. Nicht nur die Ministerien mit ihren Ministern, Staatssekretären, Ministerialdirektoren und Geheimräten wird Herr Müller bei dieser Gelegenheit kennen lernen, sondern auch manch alten und neuen Bau und ein gut Stück Berlin.

Vor allen Dingen aber wird er in allen Gängen dieses großen Fuchsbaues zwischen Wallotbau und Wilhelmplatz auf Konkurrenten aus dem Reichstage stoßen. Ihr besonderes Wissen und ihre persönlichen Beziehungen werden ihm dabei begreiflich werden.

Wieviele Neuwahlen mag er wohl überstehen müssen, bis er selbst erfolgreich seine Steine zu setzen vermag in dem großen Brettspiel, das sie daheim in Neustadt Politik nennen.

Einer Kabinettssitzung kann er allerdings nicht beiwohnen. Er weiß nur,

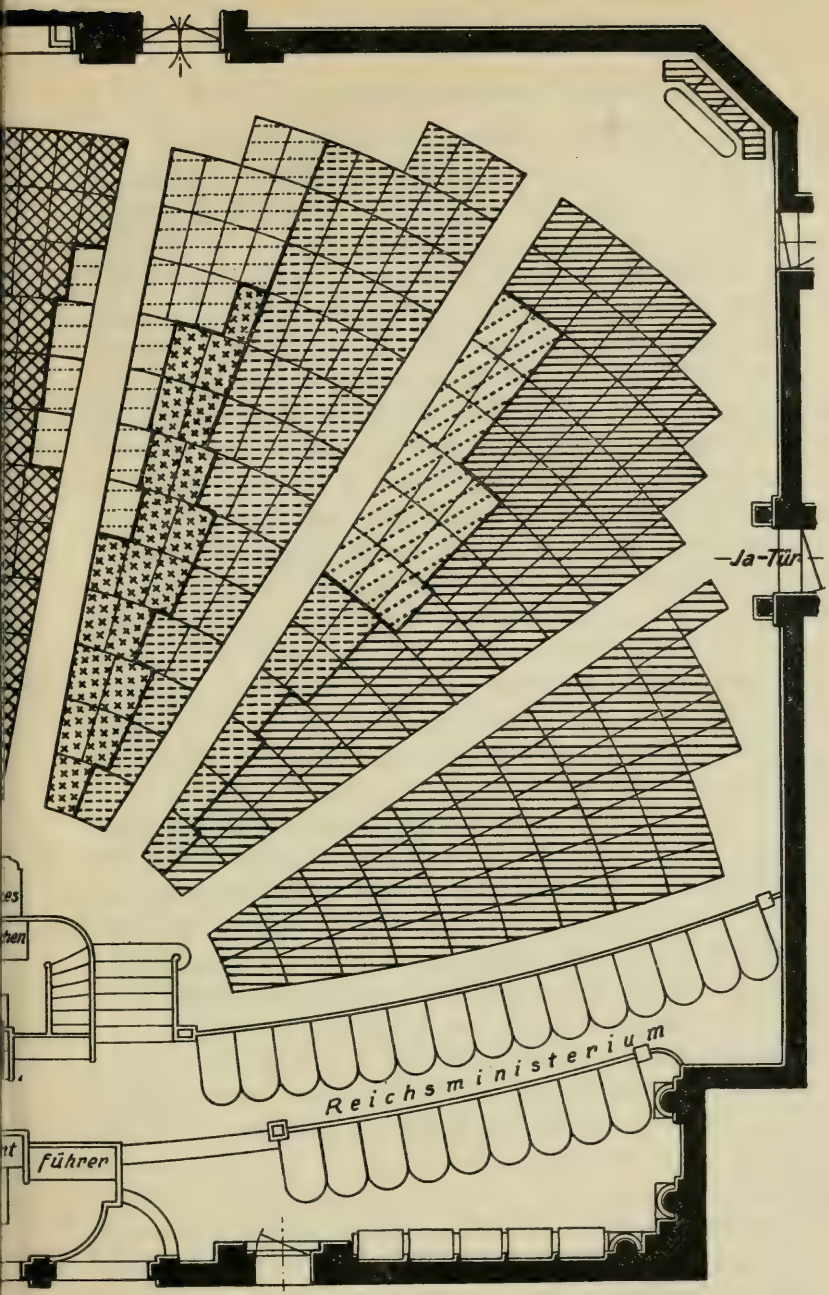


Sitzungssaal des Reichtages de

Kommunisten

Demokraten

Sozial-
demokraten



I. Wahlperiode Dezember 1924

Bayrische Volkspartei

Nationalsozialisten

[Deutsche] Volkspartei

Deutschnationale

daß sie vom Kanzler geleitet wird und daß ein Kabinett nichts taugt, wenn in seinen Sitzungen soviel geredet werden muß, wie zu den Zeiten der großen Koalition. Das Kabinett ist eben zum Regieren da, nicht aber zum Debattieren. Zum Entschlüsse fassen und Beschlüsse fassen.

Nachdem eine Kabinettssitzung dem Referentenentwurf mit der Ministerunterschrift ihre Zustimmung gegeben hat, verwandelt er sich in einen „Regierungsentwurf" und geht als Vorlage an den Reichsrat.

Der Reichsrat ist die neben dem Reichstag stehende andere Kammer des Deutschen Reiches, die unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers tagt. Obwohl Nachfolger des alten Bundesrats, hat er nicht entfernt die Vollmachten jener ersten Kammer der Kaiserzeit, aber er ist ebenso wie jene die Vertretung der Länder des Reiches. Im Reichsrat hat die preußische Regierung 13 Stimmen, 13 weitere Stimmen haben die preußischen Provinzen und Berlin. Bayern hat 10, Sachsen 7, Württemberg 4, Baden 3, Thüringen, Hessen, Hamburg je 2 Stimmen, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck, Waldeck und Schaumburg-Lippe haben je eine Stimme. Die Sitzungen des Reichsrats sind öffentlich, aber der Abgeordnete Müller-Hinterwalden erregt doch einiges Aufsehen, als er auf einem der drei Stühle, die für die gesamte Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden, Platz nimmt.

Der Gesetzentwurf, der den langen Leidensweg bis zur Regierungsvorlage glücklich überstanden hat, erfährt im Reichsrat gewöhnlich noch eine besonders langwierige Nachbehandlung. Die Reichsratsmitglieder senden ihn nämlich an ihre Regierungen und diese befragen je nachdem wieder ihre besonders interessierten Stellen, bis sie ihren Vertreter instruieren in der Reichsratssitzung ja oder nein zu sagen, oder auch Abänderungsanträge durchzusetzen. Der farbenprächtige Reichsratssaal im Wallotbau ist Zeuge manch schwerer Gefahren, deren sich dort solch ein Regierungsgesetzentwurf erwehren muß.

Vor seiner Tür schaut Dich Bismarcks weiße Marmorstatue durchdringend an. „Sei meiner würdig" liest Müller-Hinterwalden zwischen seinen buschigen Augenbrauen.

So leicht ist es nicht.

Hat der Gesetzentwurf den Reichsrat passiert, dann trägt ihn ein Bote aus dem Hause hinaus durch die Siegesallee zur Bellevuestraße und dort zum Reichswirtschaftsrat. Herr Müller kann ihm folgen, denn auch die Beratungen des Reichswirtschaftsrates sind öffentlich.

Der Reichswirtschaftsrat ist das Parlament der Berufsstände. Leider hat es aber keinerlei gesetzgeberisch beschließende Funktion, obgleich seine Grundlage in der Verfassung bestimmt ist. Der Reichswirtschaftsrat umfaßt 68 Vertreter der

Land- und Forstwirtschaft, 6 Vertreter der Gärtnerei und Fischerei, 68 Vertreter der Industrie, 44 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens, 34 Vertreter des Verkehrs und der öffentlichen Unternehmungen, 36 Vertreter des Handwerks, 30 Vertreter der Verbraucherschaft, 16 Vertreter der Beamtenschaft und der freien Berufe, 12 lokale Wirtschaftsvertreter und 12 von der Reichsregierung nach ihrem Ermessen ernannte Personen. Jede der wirtschaftlichen Gruppen besteht aus den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Ihre Mitglieder werden nicht gewählt, sondern von den Organen und Organisationen, die dazu berechtigt werden, ernannt. (Anstelle dieses „Vorläufigen" Reichswirtschaftsrats soll bald ein ein etwas verkleinerter endgültiger treten.)

Diese Organisationen kennen lernen, heißt sich den ganzen Prozeß sich neubildender berufsständischer Gliederung im deutschen Volke vor Augen halten.

Müller-Hinterwalden zählt an den Fingern: da brauche ich ja mehr als zwei Jahre, bis ich auf der Riesenklaviatur des deutschen Gesamtparlamentarismus zu spielen vermag.

Der Reichswirtschaftsrat berät ebenfalls die Gesetzesvorlagen, aber seine Beschlüsse haben nur den Charakter von Gutachten, die der Regierungsvorlage beigefügt werden, wenn sie an den Reichstag geht.

So viel erfuhr der Abgeordnete Müller-Hinterwalden über die Entstehung der Gesetzesentwürfe, die ihm jeden Morgen der Briefträger mit der Reichstagspost ins Haus brachte. Und was er erfuhr, entspricht auch den Tatsachen. Nur das Tempo ändert gelegentlich die Reihenfolge der Stationen, die solch ein Gesetzentwurf durchläuft. Es kommt vor, daß ein Referentenentwurf alle Stadien überspringt, indem er einem einflußreichen Abgeordneten in die Hand gespielt wird, der ihn einfach zum Inhalte eines Initiativantrags im Reichstage macht.

Sehr oft kommt es vor, daß Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zur gleichen Zeit über eine Vorlage beraten, oder daß der Reichswirtschaftsrat noch berät, während die vom Reichsrate genehmigte Vorlage schon im Reichstage zur Beratung steht, so daß das Gutachten der Bellevuestraße zu spät kommt.

Diese Temposchwankungen stören zwar die Weimarer Regeln des deutschen Parlamentarismus, aber sie verändern sie nicht. Die Erschwernis für die Betrachtung der Dinge, die für die Herren Rechts-, Links-, Ober- oder Unter-Müller aus allen Parteien darin liegt, müssen sie eben mit persönlicher Energie zu überwinden suchen.

Wie aus der Vorlage ein Gesetz wird

Eines Tages erscheint unter den Eingängen, die der Schriftführer bei Beginn einer Reichstagssitzung verliest, auch der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes. Er hat alle Stadien durchlaufen. Vom Referentenentwurf über das Kabinett ist er zum Reichsrat gekommen, hat dort die Genehmigung der Länder erhalten und ist im Reichswirtschaftsrat auf Herz und Nieren geprüft worden. Jetzt stellt er sich als Regierungsvorlage dem Reichstag vor. Morgen werden ihn alle Abgeordneten in der Mappe finden und irgendwann, wenn's dem Ältestenrat gefällt, wird er in erster Lesung auf der Tagesordnung des Plenums stehen.

Auf diesen Tag wartet unser Freund Müller-Hinterwalden mit einer gewissen Ungeduld. Es soll ja der Tag seiner Jungfernrede werden. Seit Wochen bereitet er sich schon darauf vor. Es ist wirklich Bedeutsames, was er zu dem Problem der staatlichen Ordnung des Arbeitsnachweiswesens zu sagen weiß.

Als dann aber der Tag heran kommt und morgens in der Fraktionssitzung auf der Tagesordnung steht: „Arbeitsnachweisgesetz", Referent Abgeordneter Müller-Hinterwalden, erklärt der Fraktionsvorsitzende, der Ältestenrat habe beschlossen, daß zu diesem Gesetz in erster Lesung nicht gesprochen werden solle. Es gehe ohne Debatte an den neunten Ausschuß.

Längst hat Herr Müller sich fügen gelernt. Längst weiß er, daß der vergötterte Held seines Wahlkreises, hier nur ein Rädchen in der großen Maschine ist. Wie konnte er auch hoffen, daß ausgerechnet zu „seinem" Gesetz schon in der ersten Lesung geredet werden würde, wo doch meistens die Vorlagen diese Lesung debattelos passieren.

Still und in sich gekehrt fügt er sich. Aber sofort wird er aus seinem traurigen Frieden jäh herausgeschreckt, als der Kollege Schultze-Holstein eine Abstimmung darüber verlangt, ob er denn jetzt nicht endlich seinen alten Sitz im Sozialen Ausschuß wieder haben solle. Denselben, den Müller-Hinterwalden seit zwei Wochen inne hat. Schultze hat das ältere Anrecht. Seine Krankheit ist vorüber. Selbstverständlich erhält er auch seinen Ausschußsitz zurück und Müller-Hinterwalden muß als Stellvertreter in den Ausschuß einziehen, mit der Hoffnung, daß die Arbeitsnachweisangelegenheit bald so langweilig werden werde, daß täglich die Stellvertretung eines fehlenden Fraktionskollegen erforderlich wird.

Überhaupt: die Ausschüsse!

Wer sie und ihre Funktionen nicht kennt, ist nur ein halber Parlamentarier. Jeder Ausschuß ist so ein kleiner Reichstag für sich. Jeder hat seine besonderen

Nr. 1474

Der Reichsminister des Innern
Nr. I 8143.

Reichstag
III. Wahlperiode
1924/25

An
den Reichstag

Berlin, den 7. August 1925.

Dem Reichstag beehre ich mich, den von der Reichsregierung beschlossenen

Entwurf einer Reichsdienststrafordnung

nebst Begründung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat ist über die Vorlage Übereinstimmung erzielt worden bis auf die aus Text und Begründung ersichtlichen Punkte, in denen der Reichsrat abweichende Beschlüsse gefaßt hat.

Schiele

Entwurf einer Reichsdienststrafordnung

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

I. Dienstvergehen und Dienststrafen

Dienstvergehen

§ 1

Verletzt ein Reichsbeamter schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten, so verwirkt er nach Maßgabe dieses Gesetzes wegen Dienstvergehens die Dienststrafe.

Er unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes auch wegen eines Dienstvergehens, das er vor Eintritt in den Reichsdienst als Beamter eines Landes, einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder einer andern Körperschaft des öffentlichen Rechtes begangen hat.

Regierungsvorlage

Eine Verfehlung, die vor Eintritt in den öffentlichen Dienst (Abs. 2) begangen wurde, unterliegt dem Dienststrafrechte nicht.

Reichsratsbeschluß

Auf Reichsbeamte, die unter arglistiger Verschweigung von Handlungen, welche die Entlassung aus dem Dienste gerechtfertigt haben würden, eine Anstellung erlangt haben, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes auch hinsichtlich dieser vordienstlichen Verfehlungen Anwendung.

Arten der Dienststrafen

§ 2

Dienststrafen sind:
Warnung,
Verweis,
Geldstrafe,
Strafversetzung,
Dienstentlassung.

Geldstrafe

§ 3

Geldstrafe kann nur bis zur Höhe des einmonatigen Diensteinkommens verhängt werden, das dem Beamten zur Zeit der Rechtskraft der Entscheidung zusteht. Sie kann nach Bruchteilen dieses Betrags festgesetzt werden. Gegen unbesoldete Beamte kann eine Geldstrafe bis zur Höhe von einhundert Reichsmark verhängt werden.

Geldstrafe kann mit Verweis verbunden werden.

Strafversetzung

§ 4

Die Strafversetzung besteht in der Versetzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn und von gleichem Range. Wird auf Strafversetzung erkannt, so ist zugleich die Verminderung des Diensteinkommens um höchstens ein Fünftel und auf höchstens fünf Jahre auszusprechen. Statt der Verminderung des Diensteinkommens kann eine Geldstrafe verhängt werden bis zum Doppelten des einmonatigen Diensteinkommens, das dem Beamten zur Zeit der Rechtskraft der Entscheidung zusteht.

Bei Beamten im Wartestande ist an Stelle der Strafversetzung allein auf die Verminderung des Diensteinkommens oder die Geldstrafe (Abs. 1) zu erkennen.

Dienstentlassung

§ 5

Der zur Entlassung Verurteilte verliert den Anspruch auf Dienstbezüge, Ruhegehalt, Hinterbliebenenversorgung, Amtsbezeichnung, Titel und Dienstabzeichen.

§ 6

Regierungsvorlage

Wenn besondere Umstände eine mildere Beurteilung zulassen, kann das Urteil auf Dienstentlassung dem Beamten einen Unterhaltszuschuß auf Zeit oder lebenslang bewilligen bis zur Höhe des Ruhegehalts, das er im Zeitpunkt der Dienstentlassung erdient hätte.

§ 6

Reichsratsbeschluß

Wenn besondere Umstände eine mildere Beurteilung zulassen, kann das Urteil auf Dienstentlassung dem Beamten einen Unterhaltszuschuß auf Zeit oder lebenslang bewilligen bis zur Höhe von drei Vierteln des Ruhegehalts, das er im Zeitpunkt der Dienstentlassung erdient hätte.

Reichstag. III. 1924/25. Drucks. Nr. 1474. Ausgegeben am 14. August 1925.

Die Drucksachen des Reichstags sind fortlaufend und einzeln durch Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, zu beziehen.

Übertragung der Zuständigkeit

§ 143

Die oberste Reichsbehörde kann, abgesehen von den Fällen des § 28 Nr. 2, die ihr nach diesem Gesetz obliegenden Geschäfte unmittelbar nachgeordneten Behörden und abweichend von der Regelung des § 38 Abs. 2 und 3 die Entscheidung anderen Stellen übertragen

Zuständigkeit bei vorübergehender Beschäftigung

§ 144

Wird ein Beamter einer Reichsverwaltung vorübergehend in dem Geschäftsbereich einer anderen beschäftigt, so übt die auf Grund dieses Gesetzes der obersten Reichsbehörde obliegenden Geschäfte die Reichsverwaltung aus, welcher der Beamte angehört.

Zuständigkeit des Reichsdienststrafhofs in Landesdienststrafsachen

§ 145

Will ein Land in Dienststrafsachen gegen Beamte des Landes, seiner Gemeinden und Gemeindeverbände die Verhandlung und Entscheidung über Berufungen und Beschwerden gegen die im ersten Rechtszug ergangenen Entscheidungen der Dienststrafgerichte oder der Zentralbehörde des Landes dem Reichsdienststrafhof oder einer Reichsdienststrafkammer übertragen, so bedarf es hierzu der Zustimmung des Reichspräsidenten.

Unter denselben Voraussetzungen kann einer Reichsdienststrafkammer die Verhandlung und Entscheidung von Dienststrafsachen gegen Beamte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände im ersten Rechtszug zugewiesen werden.

Die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände haben die dadurch erwachsenen Kosten zu tragen.

Der Reichspräsident kann mit Einwilligung des Landes bestimmen, ob und in welcher Weise Landes-, Gemeinde- oder Gemeindeverbandesbeamte an Stelle der Reichsbeamten zu Beisitzern der Reichsdienststrafgerichte zu berufen sind.

Inkrafttreten

§ 146

Die Reichsregierung bestimmt, wann dieses Gesetz in Kraft tritt. Gleichzeitig treten die §§ 72 bis 132 des Reichsbeamtengesetzes nebst ihren späteren Abänderungen und Zusätzen außer Kraft. Soweit in Gesetzen und Verordnungen auf die außer Kraft gesetzten Bestimmungen verwiesen wird, treten die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes an ihre Stelle.

Die Überleitung der schwebenden Verfahren wird durch Ausführungsverordnung geregelt.

§ 147

Verfahren, die nach den bisherigen Bestimmungen rechtskräftig entschieden sind, können nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht wieder aufgenommen werden.

Ausführungsvorschriften

§ 148

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften erläßt die Reichsregierung.

Begründung

Das geltende Dienststrafrecht der Reichsbeamten ist in den §§ 72 bis 133 des Reichsbeamtengesetzes niedergelegt. Schon seit langem und in immer zunehmendem Maße haben die ihm unterstellten Beamten seine Verbesserung angestrebt. Als besonders schwer wurde der Mangel erschöpfender Bestimmungen über die Rechtskraft der Entscheidungen und die Unmöglichkeit der Wiederaufnahme des Verfahrens im Sinne der entsprechenden Vorschriften der Strafprozeßordnung empfunden. Die Bedeutung und die Berechtigung dieser Beschwerden ist in der neuen Reichsverfassung ausdrücklich anerkannt, wo es im Artikel 129 Abs. 3 heißt, daß gegen jedes dienstliche Straferkenntnis ein Beschwerdeweg und die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens eröffnet sein muß. Freilich schafft diese Verfassungsbestimmung noch kein unmittelbar wirksames Recht, sondern stellt nur eine Anweisung für die Gesetzgebung des Reichs und der Länder aus, die in ihr ausgesprochenen Grundsätze zu Bestandteilen des zu schaffenden objektiven Beamtenrechts zu machen.

Es wäre nun an sich wohl angebracht gewesen, die den Beamten zugesagte Neuregelung des Dienststrafrechts innerhalb einer solchen des ganzen Beamtenrechts durch ein einheitliches Reichsgesetz zu bewirken, das mit dem neu gestalteten und zusammengefaßten Rechte der Reichsbeamten zugleich auf Grund des Artikel 10 Nr. 3 der Reichsverfassung die Grundsätze enthalten hätte, die künftig für die Beamten aller öffentlichen Körperschaften Deutschlands maßgebend sein sollten. Allein der Ausführung dieses Gedankens stellten sich bald die verschiedensten Hemmnisse entgegen. Um deshalb die Neuregelung des Beamtenrechts überhaupt in Fluß zu bringen, ging die Reichsregierung dazu über, seine vom Standpunkt der Beamten aus der Verabschiedung am dringendsten bedürfenden Teile, soweit tunlich, herauszugreifen und vorweg zu bearbeiten. So geschah es mit dem Entwurf eines Beamtenvertretungsgesetzes, und so geschieht es jetzt mit dem Entwurf einer Dienststrafordnung für die Reichsbeamten.

Für deren alsbaldige Verabschiedung spricht aber neben der Notwendigkeit, den Anweisungen im Artikel 129 Abs. 3 Satz 1 der Reichsverfassung so schnell als möglich Rechnung zu tragen, insbesondere noch folgendes:

Die das Dienststrafrecht enthaltenden Vorschriften des geltenden Reichsbeamtengesetzes sind nach dem In-

Sitten und Gebräuche. Jeder hat seine Helden und Primadonnen. Jeder seinen besonderen Hausgeist, der ihn umwebt.

Und in jeder Fraktion gibt es bei der ersten großen Ausschußbesetzung einen furchtbaren Kampf aller gegen alle, weil jeder einzelne in möglichst viele Ausschüsse hinein will. Ein paar Wochen später aber streicht der Fraktionshirte traurig und ratlos durch die morgenhellen Korridore des Obergeschosses, wo ein Ausschußsitzungszimmer neben dem anderen liegt. Seine Schäflein sind nicht erschienen. Man vermißt sie bei wichtigen Abstimmungen in den Ausschüssen, und er weiß nicht, wo er rechtzeitig die Stellvertreter herholen soll!

Solch ein Reichstagsausschuß hat gewöhnlich 28 Mitglieder. Sie sind auf die Fraktionen so verteilt, daß Abstimmungen möglichst das gleiche Bild geben, wie Abstimmungen im Reichstagsplenum. In den Ausschüssen haben jedoch kleine Abgeordnetengruppen mit weniger als 15 Mitgliedern keinen Sitz, denn Fraktion wird man erst vom fünfzehnten Mitgliede an. Deshalb fehlten die Nationalsozialisten im III. Reichstage in den Ausschüssen so lange, bis sie durch den Beitritt des Aufwertungs-Einspänners Dr. Best, der bis dahin bei den Deutschnationalen saß, Fraktionsstärke erhielten.

Auch die Welfen, Bayerischen Bauernbündler, Wirtschaftsparteiler u. a. hätten keinen Zutritt zu den Ausschüssen, wenn sie sich nicht zu einer Fraktion, der „Wirtschaftlichen Vereinigung" zusammengeschlossen hätten.

Zu den Ausschußberatungen hat die Presse keinen Zutritt, infolgedessen haben dort „Reden zum Fenster hinaus" keinen Zweck. Die Beratungen sind nüchterner und sachlicher als im Reichstagsplenum. Aber jeder Abgeordnete kann zuhören, auch wenn er nicht Mitglied des betreffenden Ausschusses ist. So lernte Müller-Hinterwalden nach und nach besuchsweise alle Ausschüsse kennen. Da präsidierte im „Hauptausschuß" mit vornehmer Würde der weißhaarige sozialdemokratische Verleger Heimann. Im Steuerausschuß gab der deutschnationale Vorsitzende Dr. Oberfohren den Verhandlungen eine klare Zielstrebigkeit und im Sozialen Ausschuß sorgte der rheinische Humor des Zentrumsmannes Esser mit dem würdigen rotblonden Barte dafür, daß der Kampf zwischen den Kampfhähnen dieses Ausschusses: Hoch, Thiel, Andre und Torgler nicht versehentlich zum Selbstzweck werde.

Die Ausrechnungsmethoden für die Verteilung der Ausschußsitze auf die Fraktionen und die Verteilung der Ausschußvorsitzenden gleichen dem Lehrbuch eines besonderen Formal-Gerechtigkeits-Sports. Wo Macht durch Zahlen und „Sitze" zum Ausdruck kommt, müssen sich ja im Laufe der Jahrzehnte gewisse Regeln herausgebildet haben. Die Verteilung der Ausschuß-Vorsitzenden geht etwa so vor sich, daß sich zuerst die größte Fraktion den Ausschuß auswählen kann, der ihr als der wichtigste erscheint. Dann wählt die

stärkste Fraktion, dann die drittstärkste. Bleibt die viertstärkste Fraktion der Zahl nach dann allzusehr hinter der stärksten zurück, dann wählt nun vielleicht wieder einmal die erste, dann etwa die viertstärkste, dann vielleicht wieder die zweite, dann die dritte, dann die fünfte und so fort, bis an sechzehnter oder noch späterer Stelle auch die letzte Zwergfraktion an die Reihe kommt.

Es soll Abgeordnete geben, die diesen ganzen Schlüssel im Kopfe haben und jeden Augenblick ausrechnen können, wer den Vorsitz für den möglichen 384ten Ausschuß zu stellen haben würde. Doch unser Freund Müller aus Neustadt begriff diese Technik der Gerechtigkeit vorderhand überhaupt nicht. Vielleicht kommt's noch, tröstete er sich.

Man könnte tiefsinnige Betrachtungen über dieses ganze System anstellen. Es ist entstanden aus dem Aufeinandertreffen des Willens zur Parteienmacht und der Notwendigkeit des dauernden Miteinanderlebens mit allen Parteien des Hauses. Für jede rohe Ausschaltung an einer Stelle, kann sich jede Gruppe an anderer Stelle, mindestens aber im Wahlkampf rächen. Wer nicht im Ausschuß ist, redet um so länger und lästiger im Plenum. Wer nirgends einen Vorsitz erhält, macht allen anderen Vorsitzenden das Leben um so schwerer. Deshalb hat sich das System der „gerechten" Beteiligung eingebürgert, das ja auch dem Reichstagswahlrecht nach dem Verhältniswahlsystem zugrunde liegt. Man belastet jede Gruppe mit Verantwortung und nimmt ihr dadurch einige Möglichkeiten verschärfter Opposition. Mehrheitsabstimmungen macht man sozusagen zur ultima ratio und veranstaltet sie nur, wo sie garnicht zu vermeiden sind. Dazu gehören natürlich alle letzten Entscheidungen über Gesetze und ihre Paragraphen. Es liegt auch etwas Rücksichtnahme auf den Wandel des Glücks in diesem System gemilderter und sozusagen legalisierter Anwendung der Macht, die die jeweils letzte Wahl einer Gruppe gegeben hat. Wie ich dir, so du mir, sagt man sich und denkt an den Ausfall kommender Wahlen, die die Herrlichkeit von heute vielleicht in eine Ärmlichkeit von morgen verwandeln könnten.

Jede Fraktion läßt im Ausschuß ihre Gruppe durch einen „Obmann" betreuen. Er legalisiert durch seine Unterschrift Eintritt und Austritt von Mitgliedern. Er soll für einheitliches Auftreten der Fraktionsmitglieder sorgen und vor allen Dingen für pünktliches und dauerhaftes Erscheinen. Das Fehlen einzelner Abgeordneter kann Zufallsbeschlüsse ergeben, deren Abänderung in späteren Lesungen mindestens Zeit, oft auch viel Mühe erfordert.

Eine Fraktion, die gut geleitet ist, sorgt dafür, daß sie im Ausschusse nicht nur durch ihren besten Sachverständigen, sondern auch durch Vertreter aller in ihr vorhandenen Richtungen und Berufe vorhanden ist. Das Zusammenarbeiten im Ausschuß wird dadurch zwar nicht erleichtert, aber, was schließlich das

Im Zollausschuß
Dr. Breitscheid, links, ehemaliger Reichswirtschaftsminister, Wissel (Der Mann der „Planwirtschaft") rechts (Sozialdemokraten)

Wie formuliere ich nur diesen Antrag?
Abg. Mumm (Deutschnational)

Die junge Generation
Treviranus (Deutschnational) im Aufwertungsausschuß

. . . doch die Karpfenzölle!
Frau Schiffgens (Sozialdemokratin) im Zollausschuß

Erregte Debatte im Zollausschuß

Ausschußberatung

Notwendigste ist, die Einigung der Gesamtfraktion zu einer einheitlichen Stellungnahme gegenüber den Ausschußbeschlüssen wird dadurch überhaupt erst ermöglicht.

Wenn der Ausschuß ein Gesetz, das ihm nach der ersten Lesung durch das Plenum überwiesen worden ist, in Arbeit nimmt, dann nehmen an den Beratungen zahlreiche Vertreter des Ministeriums teil, in dem das Gesetz bearbeitet worden ist. Der Vorsitzende ernennt aus der Fraktion, die „an der Reihe" ist, einen Berichterstatter, der demnächst dem Reichstagsplenum mündlich und schriftlich ausführlich berichten soll, was der Ausschuß zu tage gefördert hat. Je nach der Schwierigkeit und dem Umfang des Stoffes übernimmt dieser Berichterstatter damit eine ganz ungewöhnliche Arbeit. — Daneben ernennt der Vorsitzende noch einen Protokollführer für den Verhandlungstag. Jeder Abgeordnete hat den Gesetzentwurf gedruckt vor sich liegen. Der Minister oder sein Vertreter geben eine ausführliche Darstellung des Gesetzentwurfes und seiner Begründung. Dann beginnt die Generalaussprache. Abänderungsanträge werden eingebracht und in Druck gegeben, keine Partei verzichtet auf eine klare Darlegung ihrer Stellungnahme. Vor den Türen warten Interessenten, lassen einzelne Abgeordnete herausrufen, reden auf sie ein und bringen Material. Abgeordnete, die über einen fachmännisch geschulten Mitarbeiterstab verfügen, haben draußen auf dem Gang ihre Sachverständigen zur Verfügung und holen Erkundigungen bei ihnen ein, die Rohrpost befördert eilige Bestellungen auf Akten und Bücher nach den Archiven und der Bücherei des Reichstags — so kommt die Einzelberatung in Gang. Und Paragraph für Paragraph wird in schärfstem Kampfe der Parteien durchberaten, durch Anträge mit Mehrheit verändert oder belassen, wie er ist. Schließlich ist die erste Lesung im Ausschuß beendet. Dann werden ihre Beschlüsse gedruckt und in zweiter Ausschußlesung beginnt die ganze Arbeit wieder vorne beim § 1 des Gesetzes.

Nicht selten schiebt sich mitten in diese Arbeit die Einsetzung von Unterausschüssen für Spezialfragen. Auch Sachverständigenvernehmungen finden statt und hinter den „Kulissen" dauernd Beratungen der jeweiligen Regierungsparteien mit einander. Gäbe es diesen „Klüngel" nicht, so würde alles auseinanderfallen und der Parlamentarismus brächte überhaupt nichts fertig.

Müller-Hinterwalden steckt in einigen scharf umgrenzten Spezialfragen bald mitten im Getümmel. Das Auftreten der Filmsterne und Filmkinder in der Sitzung, die die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutze der Filmkinder vorbereiten sollte, hatte er sich allerdings anders vorgestellt. Da die Ausschußsitzungen nur von Abgeordneten und Regierungsvertretern besucht werden dürfen, werden die Sitzungen mit Sachverständigenvernehmung als

Einladung

zu einer

Sitzung des 16. Ausschusses

(für die besetzten Gebiete)

am

Sonnabend, den 8. August 1925,

vormittags 9 Uhr,

Saal Nr. 31 im Obergeschoß.

Tagesordnung

1. Beratung von Petitionen:

A. Mit Zuziehung von Regierungs-Kommissaren.

II. 3651. Börstler in Cassel — Einspruch gegen Verrechnung einer Entschädigung auf Darlehen. Ref. Hr. **Kirschmann.** Reg.-Kom. Hr. Reg.-Rat Roeder

II. 4715. Betreffend Beschwerde über den Vorsitzenden des Reichsverbandes der Ausgewiesenen und Verdrängten von Rhein und Ruhr in Bad Kreuznach. Ref. Hr. **Hartwig.** Reg.-Kom. Hr. Ober-Reg.-Rat Mayer.

II. 5433. Dr. Schmeck-in Brilon — Entschädigung.- Ref. Frau **Schulz** (Westfalen). Reg.-Kom. Hr. Reg.-Rat Roeder

II. 8656. Fuß in Steele — Unterstützung. Ref. Hr. **Hofmann** (Ludwigshafen). Reg.-Kom. Hr. Ministerialeat Weinholtz.

B. Ohne Zuziehung von Regierungs-Kommissaren.

2. Beratung der noch unerledigten Anträge.

3. Besprechung der Lage der Eisenbahnarbeiter im besetzten Gebiet.

Nr. 267 bis 270

(Soziale Angelegenheiten)

Reichstag
III. Wahlperiode
1924/25

9. Ausschuß

Entwurf eines Gesetzes über Ausbau der Angestelltenversicherung

— Nr 1072 der Drucksachen —

(Zweite Lesung.)

Nr. 267. **Gerig** Frau **Teusch** - **Thiel**. **Dr. Koch** (Düsseldorf) **Lambach** **Beier** (Dresden) **Troßmann** (Nürnberg). Der Ausschuß wolle beschließen:

1. der § 3 erster Absatz des Angestelltenversicherungsgesetzes wird nach dem bisherigen Wortlaut des Gesetzes (in der Fassung des Gesetzes vom 28. Mai 1924) wiederhergestellt.
2. im § 376 werden im ersten Satze die Worte „die Hälfte des Beitrags ihrer Gehaltsklasse" durch die Worte „die Beiträge, die dem halben Jahresarbeitsverdienste entsprechen" ersetzt

(Angenommen)

Nr. 268. **Dr. Moldenhauer.** Der Ausschuß wolle beschließen

im Artikel IV Nr. 1 dem § 363 als besonderen Absatz anzufügen

Bei Änderungen im Bestande oder in der Rechtsform der Unternehmungen, für welche die Ersatzkasse zugelassen worden ist, kann der Reichsarbeitsminister auf gemeinsamen Antrag des Unternehmers und der Mehrheit der versicherten Angestellten sowie nach Anhören der Reichsversicherungsanstalt die Ersatzkasse weiter zulassen. Das gleiche gilt für den Beitritt eines Unternehmens zu einer zugelassenen Ersatzkasse, wenn der Gegenstand des Unternehmens der gleiche ist, wie der der Ersatzkasse angehörenden Unternehmungen. Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Art der Zusammensetzung der Mitglieder der Ersatzkasse eine wesentliche Änderung erfährt

(Zurückgezogen)

Nr. 269. **Schneider** (Berlin) **Ziegler** **Stöhr.** Der Ausschuß wolle beschließen

im § 3 den Satz 1 wie folgt zu fassen.

Die Jahresarbeitsverdienstgrenze beträgt 7200 Reichsmark. Der Reichsarbeitsminister ist berechtigt, mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses des Reichstags für soziale Angelegenheiten die Jahresarbeitsverdienstgrenze zu erhöhen

(Abgelehnt)

Nr. 270. **Schneider** (Berlin) **Ziegler.** Der Ausschuß wolle beschließen

im § 389 die Sätze 2 und 3 durch folgenden Satz zu ersetzen.

Soweit das nicht geschehen ist oder geringere Marken als die der Gehaltsklasse C für die genannte Zeit verwendet worden sind, ist der fehlende Betrag der Reichsversicherungsanstalt in bar abzuführen

(Abgelehnt)

eventuell.

im § 389 Satz 3 die Worte „dreieinhalb" zu ersetzen durch „sechs"

(Angenommen)

Berlin, den 13 Juli 1925

Nr. 1237

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Gerefe

Reichstag
III. Wahlperiode 1924/25

Bericht des 6. Ausschusses (Steuerfragen)

über den

Entwurf eines Reichsbewertungsgesetzes.

Nr. 797 der Druckſachen —

Der oben bezeichnete Gesetzentwurf wurde in der Sitzung des Reichstages vom 6 Mai 1925 dem 6. Ausschuß überwiesen und vom Ausschuß in den Sitzungen vom 18., 19 und 20 Juni 1925 in erster Lesung sowie in der Sitzung vom 20. Juli 1925 in zweiter Lesung beraten

An den Verhandlungen des Ausschusses nahmen teil:

a) als Mitglieder und Kommissare der Reichsregierung:

v. Schlieben, Reichsminister der Finanzen,
Professor Dr. Popitz, Staatssekretär
Dr. Zarden, Ministerialdirektor
Dr. Jacobsen, Oberregierungsrat } im Reichsfinanzministerium;
Kühne, Regierungsrat
Weckerle, Regierungsrat
Dr. Lautenbach, Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium;

b) als Mitglieder des Reichsrats:

Suckow, Ministerialrat, Geheimer Finanzrat
Dr. Hog, Ministerialrat } im Preußischen Finanzministerium,
Dziegalowski, Ministerialrat
Dr. Ritter v. Wolf, Bayerischer Staatsrat,
v. Sichart, Ministerialdirektor, Sächsischer Geheimer Rat,
Dr. Linckh, Württembergischer Präsident,
Kempff, Badischer Ministerialdirektor,
Keding, Mecklenburgischer Ministerialrat.

Als Berichterstatter wurde der Abgeordnete Dr. Gerefe bestimmt.

---

1. Lesung.

Zunächst fand eine allgemeine Aussprache statt.

Ein Vertreter der Demokratischen Partei erklärte, es sei außerordentlich schwierig, die Zusammenhänge zwischen der Reichsabgabenordnung und dem vorliegenden Entwurf zu erkennen. Es frage sich, ob nicht einfach die Grundsätze der Reichsabgabenordnung übernommen werden sollten. Er bitte die Regierung um eine Erklärung über die Hauptpunkte, in denen der Gesetzentwurf von der Reichsabgabenordnung abweiche, und in denen er mit ihr übereinstimme. Ferner falle es auf, daß hinsichtlich der Bewertung große Verschiedenheiten beständen. So solle bei der Landwirtschaft der Ertragswert, bei gewerblichen Betrieben der gemeine Wert maßgebend sein. Was das Verfahren anlange, so sehe der Entwurf für die Bewertung des landwirtschaftlichen Vermögens und des Grundvermögens Grundwertausschüsse, für die Bewertung des Betriebsvermögens Gewerbeausschüsse vor. Für die Bewertung der Grundstücke eines gewerblichen Betriebs sei jedoch insofern eine Ausnahme gemacht, als ihre Bewertung nicht durch die Gewerbeausschüsse, sondern durch die Grundwertausschüsse erfolgen solle. Diese seien jedoch hierzu nicht geeignet; die Bewertung der zum Betriebsvermögen gehörigen Grundstücke müsse vielmehr den Gewerbeausschüssen zugewiesen werden. Die Einheitlichkeit, die das Gesetz beabsichtige, werde nicht erreicht. Er brauche in dieser Beziehung nur auf den Absatz 3 des § 4 hinzuweisen. Endlich befremde es, daß bei den Ausschüssen fast ausschließlich beamtete Personen mitwirken sollen und daß auch, soweit andere Mitglieder in Frage kämen, diese von amtlichen Stellen zu wählen seien. Der Grundgedanke der Ausschüsse sei doch, möglichst Vertreter aller Bevölkerungskreise herbeizuziehen. Es sei nicht einzusehen, warum nicht auch Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit aufgenommen werden sollen.

Reichstag. III. 1924/25. Druck. Nr. 1237. Ausgegeben am 23. Juli 1925.

Die Drucksachen des Reichstags sind fortlaufend und einzeln durch Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, zu beziehen.

Verlagsarchiv 8205

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
(2) Beschränkt sich eine wirtschaftliche Einheit der in § 2 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Vermögensarten oder ein Vermögensgegenstand der in § 31 Abs 3 bezeichneten Art ausschließlich auf das Ausland, so wird ein Einheitswert für die Einheit oder den Gegenstand nicht festgestellt (§ 3 Nr. 1 Abs. 3) Der Wert der Einheit oder des Gegenstandes wird bei unbeschränkt Steuerpflichtigen im Sinne des Vermögensteuergesetzes nur zum Zwecke der Feststellung des Einheitswerts für das Gesamtvermögen von dem Finanzamt ermittelt (§ 70)	(2) Beschränkt sich die Einheit oder der Gegenstand ausschließlich auf das Ausland, so wird ein Einheitswert für die Einheit oder den Gegenstand nicht festgestellt (§ 3 Nr. 1 Abs. 3). Bei unbeschränkt Steuerpflichtigen im Sinne des Vermögensteuergesetzes wird der Wert derartiger wirtschaftlichen Einheiten nur zum Zwecke der Feststellung des Einheitswerts des Gesamtvermögens von dem Finanzamt ermittelt (§ 70), der Wert derartiger Gegenstände nur zum Zwecke der Feststellung des Einheitswerts des gewerblichen Betriebs von dem Gewerbeausschuß ermittelt (§§ *64* bis *65a*).
A. Landwirtschaftliches, forstwirtschaftliches, gärtnerisches Vermögen sowie Grundvermögen	**A. Landwirtschaftliches, forstwirtschaftliches, gärtnerisches Vermögen sowie Grundvermögen**
I. Feststellungsbehörden	**I. Feststellungsbehörden**
§ 49	§ 49
(1) Für die Feststellung des Einheitswerts von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, gärtnerischen Betrieben (§ 11), von Grundstücken (§ 34) sowie von den in § 31 Abs. 3 bezeichneten Vermögensgegenständen wird für den Bezirk eines jeden Finanzamts am Sitze des Finanzamts ein Ausschuß gebildet (Grundwertausschuß).	(1) Für die Feststellung des Einheitswerts von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, gärtnerischen Betrieben (§§ *11*, *22*, *23*) und von Grundstücken (§ 34) wird für den Bezirk eines jeden Finanzamts am Sitze des Finanzamts ein Ausschuß gebildet (Grundwertausschuß).
(2) Die Grundwertausschüsse sind Reichsfinanzbehörden im Sinne des § 8 der Reichsabgabenordnung. Vorsitzender des Grundwertausschusses ist der Vorsteher des Finanzamts; er führt die Geschäfte des Ausschusses und bedient sich dabei der Beamten und Einrichtungen des Finanzamts. Die Dienstaufsicht über die Grundwertausschüsse steht dem Präsidenten des Landesfinanzamts zu, in dessen Bezirk der Ausschuß gebildet ist.	(2) Die Grundwertausschüsse sind Reichsfinanzbehörden im Sinne des § 8 der Reichsabgabenordnung. Vorsitzender des Grundwertausschusses ist der Vorsteher des Finanzamts. Dieser führt die Geschäfte des Ausschusses und trifft die, abgesehen von der Feststellung der Einheitswerte (Abs. 1), erforderlichen Verfügungen; er bedient sich dabei der Beamten und Einrichtungen des Finanzamts. Die Dienstaufsicht über die Grundwertausschüsse steht dem Präsidenten des Landesfinanzamts zu, in dessen Bezirk der Ausschuß gebildet ist.
(3) Bei den Grundwertausschüssen können für örtlich abgegrenzte Bezirke Abteilungen gebildet werden.	(3) Unverändert.
§ 50	§ 50
(1) Den einzelnen Abteilungen der Grundwertausschüsse gehören an:	(1)
1 ein Beamter des Finanzamts Ist der an der Sitzung teilnehmende Beamte der Vorsteher des Finanzamts oder der mit seiner ständigen Vertretung beauftragte Beamte, so führt er den Vorsitz;	1 Unverändert.
2. ein von der Regierung des Landes, in dessen Gebiet der landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, gärtnerische Betrieb oder das Grundstück belegen ist, benannter Beamter, der tunlichst mit den Aufgaben der Wertermittlung vertraut oder sachkundig in der Bewertung von Grundstücken sein soll; dieser ist gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender. Besteht in dem Lande eine Behörde, zu deren Aufgaben die Wertermittlung von Grundstücken gehört (z. B. Katasteramt), so soll die Regierung des Landes in erster Linie einen Beamten dieser Behörde benennen;	2 ein von der Regierung des Landes, in dessen Gebiet der landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, gärtnerische Betrieb oder das Grundstück belegen ist, benannter Beamter, der tunlichst mit den Aufgaben der Wertermittlung vertraut oder sachkundig in der Bewertung von Grundstücken sein soll. Dieser ist, sofern das Land oder die Gemeinde eine Grund- und Gebäudesteuer nach dem Merkmal des Werts erhebt (§ 1 Abs. 2), gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender; erhebt das Land oder die Gemeinde nicht eine Grund- und Gebäudesteuer nach dem Merkmal des Werts, so führt der Beamte des Finanzamts (Nr. 1) stets den

„Besprechungen" aufgezogen. Müller-Hinterwalden hatte dem Film gegenüber das Vorurteil, als seien die Filmleute lauter Menschen mit viel Schminke, bohemehaften Angewohnheiten, einer Abart jener flatternden Künstlerschlipse aus einer vergangenen Zeit und ungepflegten Mähnen. Die Leute aber, die als Vertreter des Filmvolkes in den Reichstag kamen, machten mehr den Eindruck solider Geschäftsleute, und der Reichstagsabgeordnete Müller-Hinterwalden mußte seine Vorstellungen vom Filmvolk ebenso revidieren, wie der gute Bürger sein Bild vom expressionistischen Maler, vor dessen Werken er kopfschüttelnd gestanden hat, revidieren muß, wenn er ihn kennen lernt. Das Filmvolk kam, um im Reichstag für die Freiheit der Filmkinder zu kämpfen. Kinderarbeit ist bekanntlich und Gott sei Dank in Deutschland verboten worden, lange bevor es eine Filmindustrie gab. Nun handelte es sich darum, die Filmindustrie in der bestehenden Gesetzgebung so zu berücksichtigen, daß der allgemein bei uns geltende Kinderschutz auch in dieser Industrie durchgeführt würde, ohne daß aber dabei die Existenzmöglichkeiten der Filmindustrie zerschlagen werden. Daß Kinder auch in der Filmindustrie keine regelrechte industrielle Arbeit tun dürfen, ist selbstverständlich; aber es gibt da noch eine andere Art Tätigkeit, die auch Arbeit ist, eine Arbeit, die gerade im Mittelpunkt aller Filmarbeit steht: Das Sichfilmenlassen. Sollen die Kinder auch von dieser Arbeit ferngehalten werden?

Darum geht es. Soll man zulassen, daß ein deutscher Charlie Chaplin ein richtiges Baby tagelang in einer Hängematte pflegt und es abrichtet, selbsttätig aus einer mit einem Schnuller versehenen Kaffeekanne, die über ihm baumelt, seine Milch zu trinken? Ist das industrielle Ausnutzung des Kindes? Kann sie seiner Gesundheit schaden? Soll man sie verbieten? Ärzte haben Müller-Hinterwalden erzählt, das grelle Licht der hochkerzigen Lampen, das bei der Aufnahme erstrahlt, schade der Gesundheit des Säuglings. Länger als drei Minuten dürfe man keinen Säugling diesem Lichte aussetzen. Die Filmleute lachen und sagen, so lange Aufnahmen mit so langer Lichtwirkung könne es technisch gar nicht geben. Jede Einzelaufnahme dauere nur Sekunden, das sei durch die Normallänge der Aufnahmestreifen bedingt, und daß das Licht dann gleich ausgeschaltet werde, dafür sorge schon die Angst vor der hohen Stromrechnung.

Thea von Harbou setzt in sympathischer und fein auf richtige Wirkung berechneter Rede auseinander, daß man die Kinder, die im Film auftreten sollen, nicht nur liebe, sondern lieben müsse, wenn aus dem Film etwas werden solle. Die Ufastadt in Babelsberg sei ein Paradies für Kinder. Worauf der gestrenge Herr Regierungskommissar erwidert, das sei bekannt, aber das sei gerade das Schlimme, denn so käme es vor, daß die Schulen in der Um-

gegend öfter geschwänzt würden als sonst in Deutschland. Auch die Zahl der von den Eltern unter falschen Angaben erbetenen Schulbefreiungen sei bedenklich groß, weil die Kinder, anstatt etwas Ordentliches zu lernen, gegen Entgelt an den Aufnahmen teilnehmen. Schließlich sei die Ufa ein Musterunternehmen. Das Gesetz aber müsse die Zustände und Mißstände bei den unsozialsten Filmunternehmungen berücksichtigen und danach seine Paragraphen formen. Ein kommunistischer Abgeordneter, der offenbar vor seiner Wahl schon in mehr als einem Film und in mehr als einer Verkleidung die Massen vor dem Kurbelkasten durcheinandergehetzt hat, ruft: Sehr richtig! Es gäbe Regisseure, die geradezu Schindluder mit den Menschen trieben, die sie für ihre Aufnahmen brauchten.

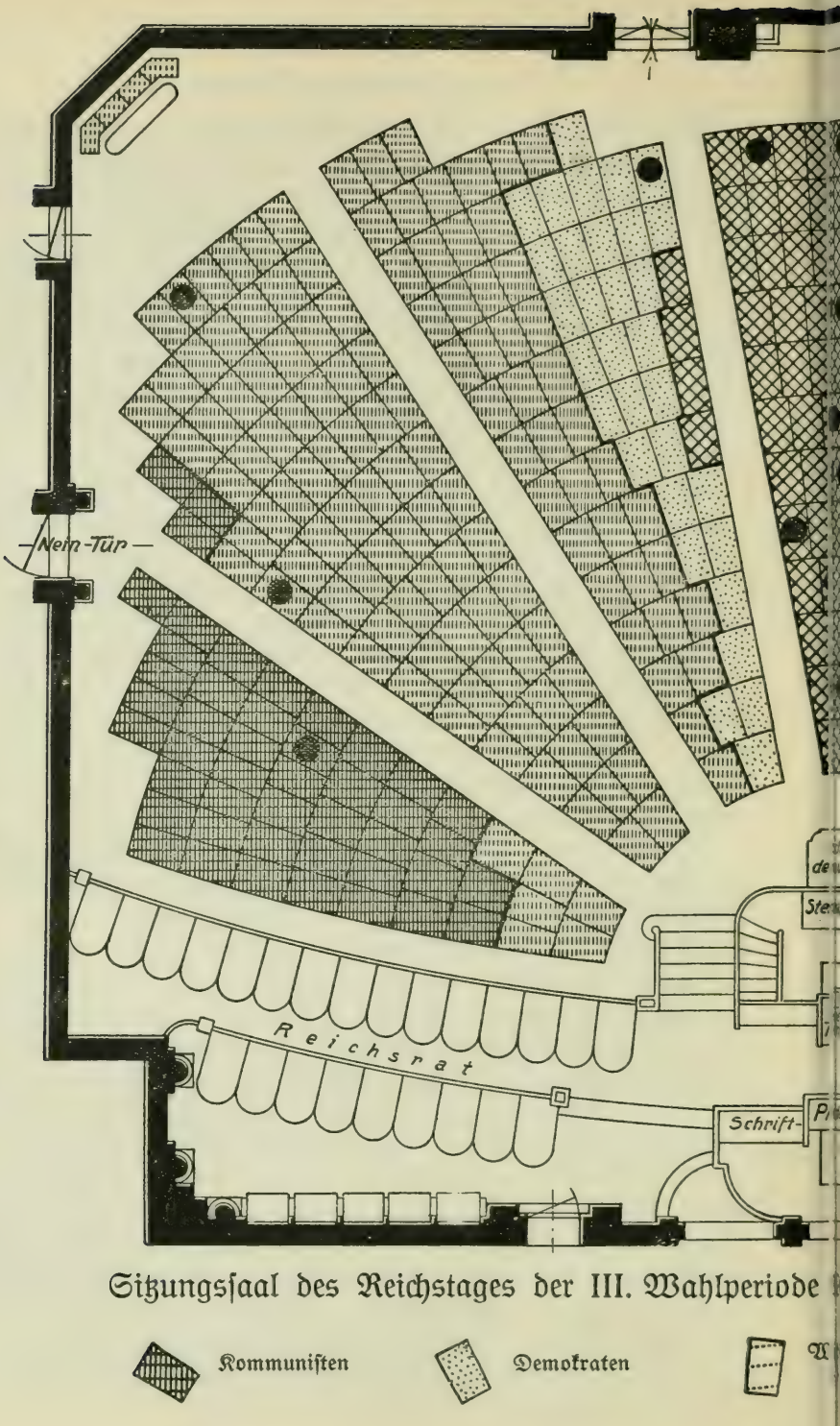
So ging es hin und her. Ein Film für sich. Und nachdem die Filmsterne das Reichstagshaus verlassen haben, sitzen die Regierungsvertreter und die Abgeordneten wieder über ihren Paragraphen und grübeln darüber nach, wie man das machen muß, damit Frau Abgeordnete Schroeder, die von ihrer Fraktion mit der speziellen Bearbeitung der gesetzlichen Regelung des Stillgeldes, der Schwangerschaftsbeihilfen, der Fürsorge für die unehelichen Kinder und nunmehr auch der Filmkinder beauftragt worden ist, in der zweiten Lesung im Reichstag über ein neues Gebiet der sozialen Fürsorge reden kann und das Reichsarbeitsministerium ein neues Kapitel im großen Lieferungswerk: „Gesetzbuch der Arbeit" mit der Unterschrift des Reichspräsidenten veröffentlichen kann.

Wie macht man das und verhindert gleichzeitig, daß die ganze Welt über die deutschen Kinderfilme spottet, in denen ausgewachsene Rangen oder leblose Puppen die Rolle des Säuglings übernehmen müssen?

Müller-Hinterwalden wird sehr nachdenklich.

Wir leben im Kriege um die Weltmeinung. Amerikanische Filmkinder werden in allen Ländern von hundert Millionen Filmbesuchern geliebt und vergöttert, von denselben Filmbesuchern, denen man auf der Leinwand gezeigt hat, wie deutsche Soldaten Kinderhände abhacken. Wäre es nicht wichtigste deutsche Kulturpropaganda, sagt er sich, der Welt deutsche Kinderfilme voll sonniger Kinderliebe zu zeigen, damit schließlich der böse Spuk verblaßt und kein Mensch mehr glauben kann, daß deutsche Soldaten roh gegen Kinder sein könnten? Aber wenn wir das tun wollen, dann nutzen wir ja das Kind im Dienste des Filmkapitals aus, antworten ihm die Sozialdemokraten und Kommunisten. Und so ganz unbegründet ist ihr Einwand wahrhaftig nicht.

Da uns Müller-Neustadt-Hinterwalden nicht verraten will, zu welcher Fraktion er gehört, werden wir nicht erfahren können, wie er schließlich abgestimmt hat, wenn dieses Gesetz nicht schließlich doch als ein allseitig genehmigter Kompromiß über die Bühne gegangen sein sollte.



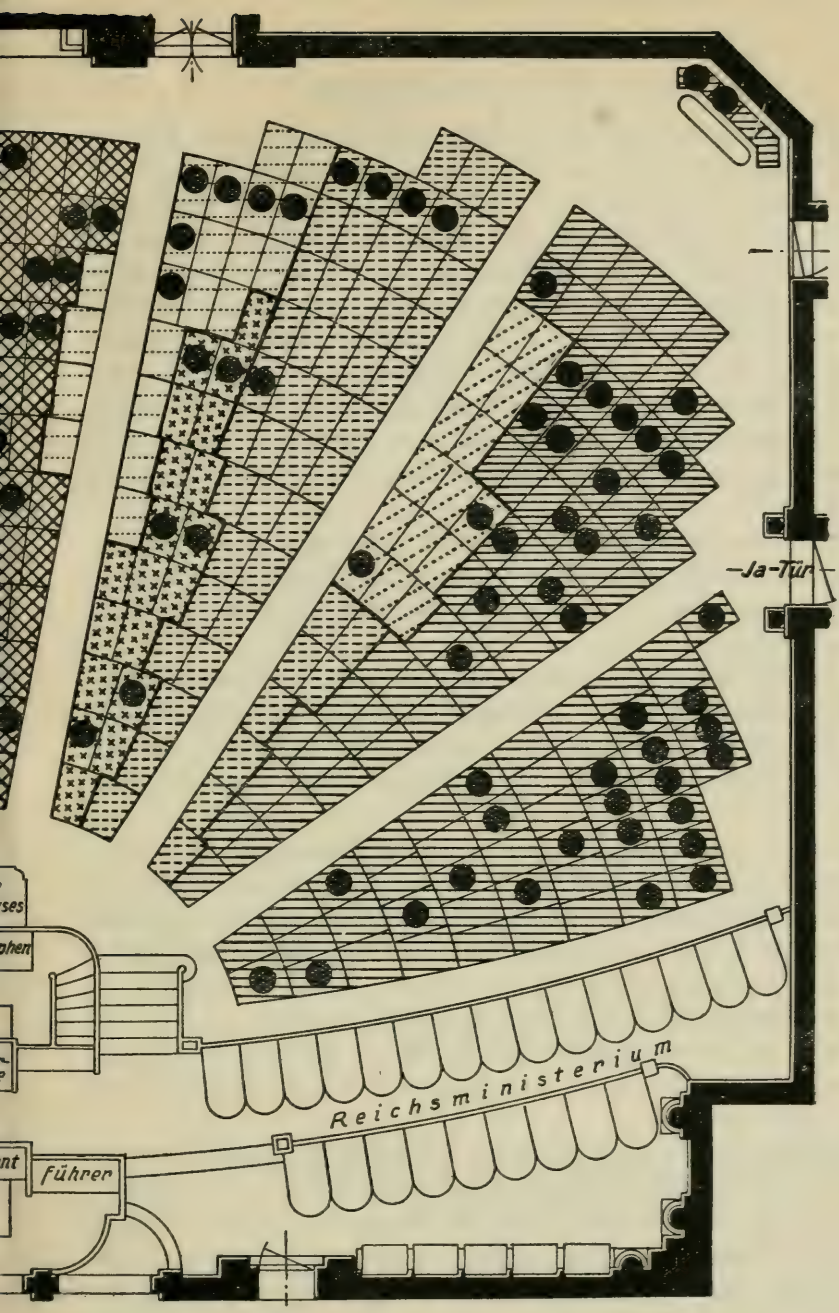
Sitzungssaal des Reichstages der III. Wahlperiode

Kommunisten

Demokraten

Sozial-
demokraten

Zentrum



24 mit den Sitzen landwirtschaftlicher Abgeordneter

haftl.
g.

Deutsche Volkspartei

Deutschnationale

ische
partei

Nationalsozialisten

Sitze landwirtschaftlicher Abgeordneter

Gründlich genug ist normalerweise im deutschen Reichstage die Beratung in den Ausschüssen.

Am 13. Juli 1922 inmitten der erregten Debatten über die Gesetze zum Schutze der Republik, die Amnestie und einen deutschen Nationalfeiertag hat der Reichstag z. B. das „Arbeitsnachweisgesetz" verabschiedet, das ihm am 20. Januar zugegangen war. In 4 Plenarsitzungen, 28 Ausschußsitzungen und 8 Unterausschußsitzungen hat er diese Materie offiziell behandelt. In wieviel nichtoffiziellen Sitzungen sie den Verhandlungsgegenstand gebildet hat — wer weiß es? Es wird niemals genau festgestellt werden. Aber die sachverständigen Dezernenten können ein Liedlein von den Mühen singen, die sie in solchen Sitzungen mit diesem ungebärdigen Kinde der deutschen Gesetzgebung gehabt haben.

Die Berichte des Reichstagsausschusses und die Stenogramme der Plenarverhandlungen erzählen von schweren Kämpfen um dieses Gesetz — Kämpfen zweier Weltanschauungen, Kämpfen vieler Parteien und Kämpfen zweier Gewerkschaftsrichtungen.

Auf der einen Seite stand die marxistisch-kommunistische Weltanschauung, entschlossen durch dieses Gesetz in zentraler Regelung den Stellenwechsel aller deutschen Arbeiter und Angestellten zu lenken. Auf dieser Seite stand der Wille zur Beseitigung des Bestehenden, zum Zentralismus und zum Staatsmonopol.

Auf der anderen Seite stand die nationale Weltanschauung, die das lebendig Gewachsene in all seiner Vielgestaltigkeit zum Dienste am Volksganzen vereinen wollte, ohne es in seinem Wesen und seiner Eigenart zu vernichten. Hier standen die Gegner des Monopols und die Anhänger der freien Entwicklung.

Auf der Seite des Monopols standen die Klassenparteien — von den Kommunisten bis zu den Mehrheitssozialisten. Auf der Seite des freien Dienstes am deutschen Volke standen die Volksparteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen.

Auf der Seite des Monopols standen die „freien Gewerkschaften" und der „Afabund". Auf der Seite der nationalen Freiheit standen die christlich-nationalen Gewerkschaften des „Deutschen Gewerkschaftsbundes". Wortführer bei den Afaleuten und den „Freien" waren die Abgeordneten Aufhäuser, Giebel, Hoch, Kaiser und Maltzahn. Auf der Seite der christlich-nationalen Arbeitnehmer arbeiteten vornehmlich Schwarzer (Bayr.Volksp.), Andre (Zentr.), Lambach (Dntl.), Behm (Dnatl.). Die Mittelständler hatten Esser (Zentr.), Rieseberg (Dnatl.) ins Treffen geschickt, die Arbeitgeber Most (D. V.), Leopold (Dnatl.) und Fick (Dem.)

Die „Freien" und die Afa versprachen sich von einem Monopol ganz offenbar eine gewisse Schädigung der von ihnen bekämpften christlich-nationalen Bewegung. Als Herr Müller hörte, wie ihre Abgeordneten Aufhäuser und Giebel im Plenum des Reichstags in jenen aufgeregten Tagen nach dem Rathenaumord die über dem Sitzungssaal lagernde antivölkische Stimmung gegen den Stellennachweis des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zur Entladung zu bringen suchten, merkte er, daß es hier offenbar um Tod und Leben feindlicher Organisationen ging.

Der Reichstag hat schließlich das Arbeitsnachweismonopol abgelehnt.

Der Reichstag hat auch die von der Sozialdemokratie geforderte Vernichtung der Selbständigkeit der christlich-nationalen Gewerkschaftsarbeitsnachweise abgelehnt. Er hat die Weiterexistenz auch der Stellennachweise der Angestelltenverbände sichergestellt.

Die Abstimumng im Reichstagsplenum brachte für Herrn Müller merkwürdige Überraschungen. Man wußte im Hause weder wie die Sozialdemokraten, noch wie die Deutschnationalen stimmen würden. Als bei der zweiten Lesung einen Augenblick das Stimmenverhältnis sichtbar zu werden schien, mußte man mit glatter Ablehnung von beiden Seiten rechnen, da sich Mehrheitler und Unabhängige geradezu auf Ablehnung festgelegt, die Deutschnationalen aber ebenfalls aus ihrer Abneigung gegen das Gesetz kein Hehl gemacht hatten.

Bei der Schlußabstimmung erklärten dann zur allgemeinen Überraschung die Unabhängigen, daß sie für das Gesetz stimmen würden. Die Mehrheitssozialisten schlossen sich ihnen an. Und von den Deutschnatialen stimmte ein gutes Drittel für das entmonopolisierte Gesetz.

So wurde es mit überwältigender Mehrheit angenommen, obwohl nicht ein einziger der Redner sein Lob gesungen, sondern allesamt es heftig getadelt hatten.

Außerparlamentarische Einflußnahme auf die Gesetzwerdung

Die Erfahrungen in solcher praktischen Mitarbeit an der Gesetzgebung veranlaßten Müller-Hinterwalden einer Erscheinung nachzugehen, die er anfänglich wenig beachtet hatte, die ihm aber von geradezu entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Parlamentarismus zu werden schien: die Einflußnahme außerparlamentarischer Gewalten auf die Gesetzwerdung. Er erkannte allmählich, daß das Reichstagsplenum nicht nur vertikal

nach Parteien gegliedert ist, sondern daß sich quer durch die Parteien hindurch horizontale Querverbindungen ziehen, deren Wirksamkeit nicht zu leugnen ist, sich aber fast ganz im Verborgenen abspielt.

Diese Querverbindungen haben ihre natürliche Grundlage in den gleichlaufenden berufsständischen Interessen der Vertreter desselben Berufskreises. Denn, wenn auch Zenturm und Deutschnationale weltanschaulich getrennt nebeneinander und oft gegeneinander stehen, so gibt es doch in hundert materiellen Fragen einen völligen Gleichklang der Interessen zwischen Zentrumslandwirten und deutschnationalen Landwirten, oder einen ähnlichen Gleichklang zwischen deutsch-volksparteilichen Industriellen und demokratischen Industriellen. Derartige Gleichklänge gibt es zwischen den Handwerkervertretern verschiedener Fraktionen und zwischen den Arbeitervertretern verschiedener Fraktionen.

Wiederum ging der Abgeordnete Müller ganz systematisch vor. Er nahm das Handbuch des dritten Reichstags, zeichnete sich säuberlich die Karte mit der Parteienverteilung im Sitzungssaal ab, und machte sich die Plätze aller landwirtschaftlichen Abgeordneten auf dieser Karte kenntlich.

Das so gewonnene Bild führte ihm die parlamentarische Vertretung der deutschen Landwirtschaft plastisch vor Augen. Sie sitzen am dichtesten in den Reihen der Deutschnationalen. Vorn in den Reihen der Führer, in allen Reihen der Mitte und auch ganz hinten, wo die neugewählten Abgeordneten sitzen, sind sie zahlreich und gleichmäßig zu finden.

Nebenan bei den Nationalsozialisten haben nur zwei Landwirte ihre Plätze. Bei der Deutschen Volkspartei ist die Landwirtschaft ebenfalls nur mit wenigen Sitzen vertreten. Aber dort sitzt der Präsident des Reichslandbundes, Abgeordneter Hepp. Weiter links stellt die Landwirtschaft der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Zentrum eine stattliche Reihe Sitze. Dann hört ihr geschlossenes Auftreten auf. Bei Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es nur ganz vereinzelte landwirtschaftliche Abgeordnete.

Müller-Hinterwalden versuchte auch seine Schlußfolgerungen aus diesem Bilde zu ziehen. Sobald es also um landwirtschaftliche Zölle, um Zwangswirtschaftsfragen, um die Besteuerung landwirtschaftlicher Betriebe, um Verkehrspolitik auf dem flachen Lande geht, werden diese landwirtschaftlichen Abgeordneten als Klammer um die große Rechte des Reichstags wirken. Sie werden je nach der allgemeinen Lage auf das Zentrum einwirken, mit Rechts zu gehen. Sie werden aber auch unter Umständen auf die Deutschnationalen einwirken, statt gegen eine Regierung der Mitte zu opponieren, gelegentlich bestimmter Gesetze sich mit ihr gegen die Linke zu verbünden. Der

Kampf der Parteien und der Weltanschauungen muß durch solche verbindende Interessen an Klarheit und an Erbitterung verlieren.

Ein Versuch, innerhalb dieses Bildes die Träger der verschiedenen einander oft bekämpfenden landwirtschaftlichen Organisationen in klar unterschiedener Weise gegeneinander abzuheben, mißlang, weil das Reichstagshandbuch darüber die Auskunft schuldig blieb. Infolgedessen gelang es Müller-Hinterwalden auch nicht, sich über die parlamentarische Macht des organisierten Reichslandbundes klar zu werden. Er fand bei den Deutschnationalen bekannte Landbundvertreter, wie die Abgeordneten v. Goldacker und Stubbendorf, er fand auch Abgeordnete, die nicht auf der Parteiliste, sondern auf Landbundlisten und auf Bauern- und Weingärtnerbundeslisten gewählt waren. Er lernte „Landbundsyndici" kennen, die während bestimmter Gesetzesberatungen im Hause mit ihren Bundesangehörigen konferierten. Daß hier ein außerparlamentarischer Einfluß wirksam war, ließ sich nicht verheimlichen, wurde auch nicht verheimlicht. Aber bis wohin er wirksam blieb, war nicht abzugrenzen.

Ja, als er mit landwirtschaftlichen Abgeordneten über seine Feststellungen sprach, wurde er darauf aufmerksam gemacht, daß unter Umständen sich im Herzen eines Landbundvertreters die Ideenwelt der Partei als stärker erweisen könnte als die des Bundes. Die Frage brauche nicht nur zu lauten: wie stark ist der Einfluß des Bundes auf die Parteien, sondern sie könne eben so gut lauten: wie stark ist der Einfluß der Parteien auf den Bund?

Die nächste Karte, die unser Abgeordneter für sich durcharbeitete, wurde zu einer Karte des industriellen Einflusses im dritten Reichstage der deutschen Republik. Dabei fand er die prozentuell stärkste Vertretung der Industrie bei der Deutschen Volkspartei. Aber auch bei den Deutschnationalen, dem Zentrum und den Demokraten stieß er auf beachtenswerte Gruppen industrieller Unternehmer. Die im Wahlkampf oft erhobene Behauptung, als seien die Demokraten eigentlich frei von industriellem Einfluß, erwies sich als falsch.

Für den Politiker, der auch die unsichtbaren Mächte politischer Einflußnahme auf den Reichstag ergründen möchte, ist die Bewertung des industriellen Einflusses noch viel schwerer als die des agrarischen. Der Landwirt ist für seine ganzen Berufsfragen in einem Bunde organisiert. Der Industrielle sitzt zugleich im Reichsverband der Industrie und in der Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände. Er gehört zur Schwerindustrie oder zur verarbeitenden Industrie und ihren Sonderverbänden. Je nachdem, ob es um soziale Fragen, Steuerfragen oder Zollfragen geht, wird der erste, oder einer der zweiten und dritten dieser Verbände auf ihn Einfluß zu nehmen versuchen. Je nachdem

wird auch sein eigenes Urteil sich ohne solche Einflußnahme bilden. Die Syndici aller industriellen Gruppen gehören zu den ständigen Benutzern des roten Teppichs in der Wandelhalle des Reichstags.

Die Karte der Handwerker, die durch ein gemeinsames berufsständisches Interesse quer durch die Parteien hindurch verbunden sein könnten, ergab deren Anwesenheit in den Reihen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, des Zentrums und der Demokraten. Zahlenmäßig sind sie am stärksten bei den Deutschnationalen. Anteilig, auf die Zahl der Fraktionsmitglieder berechnet, am stärksten in der Wirtschaftlichen Vereinigung. Auch bei diesem Berufsstand konnte Müller-Hinterwalden mit Hilfe des Reichstagshandbuches nur an die Oberfläche seines parlamentarischen Einflusses herankommen. Er fand in den amtlichen Reichstagsdrucksachen ihre zielbewußten Anträge. Er erlebte in seinem Wahlkreis einen großen Handwerkertag mit eindrucksvollem Aufmarsch der Innungen. Er verspürte auch den fühlbaren Einfluß dieser Gruppe auf die parlamentarischen Entscheidungen, aber eine scharfe Begrenzung vermochte er für all das nicht herauszuarbeiten.

Eine solche wurde ihm erst möglich, als er begann, sich den Einfluß der Gewerkschaften auf das Parlament zu verdeutlichen. Dabei fiel ihm die erste Februarnummer des „Deutschen", der Tageszeitung des christlich-nationalen „Deutschen Gewerkschaftsbundes," in die Hände, in der die Vertretung dieser Gewerkschaftsgruppe[1] mit Angabe aller Namen ihrer engeren Freunde ausführlich beschrieben war. Er konnte infolgedessen ein authentisches Bild der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung, umfassend die christlichen Arbeitergewerkschaften, die damit verbündeten Beamtengewerkschaften und die christlich-nationalen Angestellten-Gewerkschaften einschließlich des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zeichnen. Dieses Bild umfaßte ferner die katholischen und die evangelischen Arbeitervereine, sowie die beiden großen zentralen Bildungsstätten in München-Gladbach und Spandau-Johannesstift. Er wunderte sich über die Offenheit, mit der hier die parlamentarische Position aufgezeigt wurde, fand aber eine Erklärung in der Jugend, mit der diese Gewerkschafter sich in der Politik betätigen, die ihnen den Wert der Verschleierung ihrer Machtstellung gegenüber ihren politischen Gegenspielern noch nicht genügend zum Bewußtsein gebracht hat. So etwas lernt man gewöhnlich erst, wenn man durch Schaden klug geworden ist. Und daneben fand er die Ursache im Wesen der Gewerkschaftsbewegung, die als Massenbewegung eigentlich nur mit offenen Karten spielen kann, wenn sie von ihren eigenen Anhängern begriffen werden will.

Vertreter der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung sitzen besonders

zahlreich bei den Deutschnationalen und im Zentrum, außerdem bei den Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei.

Links vom Zentrum haben die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ihre Abgeordneten in den Reihen der Demokraten und die „freien Gewerkschaften" die ihrigen bei den Sozialdemokraten und — vielleicht Herr Müller- Hinterwalden vermochte es nicht festzustellen, bei den Kommunisten.

Als die christlich-nationalen Gewerkschaften begannen einen eigenen Einfluß auf die Steuer- und Wirtschaftspolitik zu nehmen, wurde Herrn Müller auch ein „Gewerkschaftssyndikus" gezeigt, vor dem er sich in Acht nehmen solle.

Eine Verhandlung über das Einkommen und die Pensionsbestimmungen der Beamten ergab eines Tages einen vielbesprochenen Sieg der Frauen des Parlaments, die sich mit der Opposition verbündet hatten, über die Regierung. Das veranlaßte unseren Freund aus Neustadt sein letztes Kartenbild über parlamentarische Querverbindungen zu zeichnen. Die Karte der Frauen im Reichstag. Sie sitzen in allen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Die zwölf Frauen der Regierungsparteien hätten aus eigener Kraft durch den Übertritt zur Opposition der Regierung Luther keine Niederlage bereiten können. Diese Regierung verfügte über eine Mehrheit von 48 Sitzen. Jeder Übertritt von der Regierung zur Opposition nimmt der Regierung eine Stimme und fügt zugleich der Opposition eine hinzu, verändert das Verhältnis also um zwei Stimmen. Die zwölf Frauen mußten also noch dreizehn Bundesgenossen aus der Männerwelt ihrer Fraktion gefunden haben, um zu ihrem Siege zu kommen.

Dieser Vorfall öffnete dem Abgeordneten, der so gründlich nach den Quellen der Macht und des Einflusses im Parlament forschte, die Augen für ein neues Betrachtungsgebiet.

Die 72 Landwirte der Lutherkoalition wären also durch einfache Stimmenthaltung in der Lage, die Regierungsmehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Entsprechend einflußreich würden sie infolgedessen wohl auch in der Regierung sein.

Die 25 industriellen Unternehmer müßten schon mit der Opposition stimmen und dadurch die Wirksamkeit ihrer Stimmen gegenüber der Regierung verdoppeln, wenn sie ihr die Mehrheit zerschlagen wollten.

Die 16 Handwerker müßten ähnlich, wie die Frauen es getan hatten, Freunde außerhalb ihres Kreises werben, wenn sie dieser Regierung ernsthaft gefährlich werden wollten.

Die 28 christlich-nationalen Arbeitnehmer hätten zahlenmäßig in solchen Auseinandersetzungen nur wenig mehr Macht, als die Industrie

und könnten der Regierung infolgedessen auch nur mit denselben Mitteln die Mehrheit zerschlagen!

Müller verzichtete darauf, ähnliche Berechnungen für Beamte, freie Berufe und sonstige wirtschaftliche oder konfessionelle Gruppierungen durchzuführen. Das Bild, das er sich verschafft hatte, genügte ihm. Berufsständische Querverbindungen sind vorhanden. Sie können Macht, große Macht sein, wenn sie fähig sind, sich rein und geschlossen auszuwirken.

Doch, wie steht es damit? Sind sie in der Tat wirkliche innerpolitische Großmächte?

Die meisten innerpolitischen Mächte, die in dem nunmehr träge in sich zusammensinkenden Chaos, das die deutsche Revolution geschaffen hat, auftauchen und wieder verschwinden, um alsbald von neuem aufzutauchen und abermals zu verschwinden, sind Erscheinungen, die selten ihrem wahren Werte nach gewürdigt werden. Soweit sie in irregulärer militärischer Form auftreten und militärische Feldzeichen zeigen, reizen sie die Phantasie und werden besprochen, beschrieben und besungen. Auch Staatsgerichtshöfe und Parlamente befassen sich ausführlich mit ihnen. Soweit sie aber als ungewohnte neuartige Erscheinungen auftreten, bleiben sie unverstanden und ungenügend beachtet, obwohl sie vielleicht schicksalsschwerer in das neue Werden, das aus dem Chaos einmal kommen muß, eingreifen als jene andern.

Zu diesen unbekannteren Mächten gehören jene berufsständischen Organisationen innerhalb der deutschen Wirtschaft auf die Müller-Hinterwalden bei seiner Durchleuchtung der Querverbindungen des deutschen Reichstags gestoßen war. Gebilde wie der Reichslandbund, Reichsverband der deutschen Industrie, Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und die Arbeitnehmergewerkschaften. Sie alle waren von dem Augenblick an, in dem der deutsche Volks- und Staatsorganismus auseinanderbröckelte und aus dem Felsblock ein Schutthaufen wurde, Macht, weil sie sich innerhalb dieses Gerölls kraft ihrer korporativen Verbundenheit sozusagen als Quadern ausnahmen. Die Macht dieser Korporationen ist ja nicht nur gewachsen, weil sie etwa selbst kräftiger geworden wären, sondern weil um sie herum alles andere in Ohnmacht versank. Die Macht der Gewerkschaften war riesengroß, solange ihre Gegenspieler und der Staat so ohnmächtig waren, daß sie in feiger Angst einem wirklichen Kampfe mit ihnen auswichen. Die Macht der Industrie trat zum ersten Male als lebendige Größe in die Erscheinung, als sie dem bedrängten und hilflosen Staate mit ihrem „Kreditangebot" den Köder hinhielt. Und die Macht der organisierten Landwirtschaft trat allemal dann in die grellste Beleuchtung, wenn irgendwo mit dem Liefer- oder gar dem Anbaustreik gespielt wurde. Ihr gewaltiges Opfer zur Ermöglichung der Rentenmark dagegen wurde

Der Präsident des Reichslandbundes Dr. Hepp u. Dr. Cremer-Halle im Zollausschuß (beide Deutsche Volkspartei)

Abgeordneter Dr. Sorge vom Reichsverband der deutschen Industrie als Vertreter der Deutschen Volkspartei im Ausschuß. Links Prof. Moldenhauer

Im Ausschuß: Schmidt-Köpenik, freigewerkschaftlicher Landarbeiterverband und Frau Wurm (Sozialdemokraten)

Die junge Generation
Dr. Lejeune-Jung (Deutschnational), Zellstoffindustrie

Im Haushaltsausschuß
Dr. Breitscheid redet. Rechts von ihm sitzend Hermann Müller-Franken und Toni Sender (Sozialdemokraten)

Abstimmung im Ausschuß
Müller-Franken, Dr. Breitscheid, Sollmann, Frau Reitze (Sozialdemokraten)

in der Öffentlichkeit ziemlich totgeschwiegen. Jede dieser drei Gruppen kann beweisen, daß sie, wenn es hart auf hart geht, über die Mittel verfügt, um Staat und Wirtschaft lahmzulegen. Alle Räder stehen still, wenn wir es wollen, droht der Arbeiter. Alle Räder stehen still, und keinerlei Rohstoffeinfuhr wird erfolgen, dabei werden wir persönlich immer noch am wenigsten zu leiden haben, droht der Industrielle, denn ohne unsern persönlichen Kredit im Auslande gibt es keine Wirtschaft. Und: bei restloser Extensivierung der deutschen Landwirtschaft wird das Landvolk immer noch genug zu essen haben; aber die Städter werden, wenn sie am Hungertuche nagen, endlich begreifen, was ihnen der Landwirt gewesen ist, sagt der Landwirt. Und jede dieser drei Gruppen erscheint, gestützt auf diese ihre ultima ratio, im gegebenen Moment als die innerpolitische Großmacht, vor der alle Verantwortungsbewußten beben.

Seitdem die Millionen Angehöriger aller drei Gruppen sich organisiert und Führer herausgestellt haben, die für ihre Organisation sprechen und handeln können, erscheinen diese Führer als die neuen Herzöge, die auf dem Boden des alten Deutschen Reiches nach Mitherrschaft an der Zentralgewalt verlangen. Ihre Namen sind im Guten oder Bösen eingeschrieben in das Buch der Geschichte; denn man wird die Jahre nach dem neunten November 1918 nur begreifen können, wenn man das Wirken der Legien, Stinnes und Roesicke, kennt. Sie weilen nicht mehr unter uns, und mit ihrem Tode ist auch der Nimbus dieser berufsständischen Führermacht verblaßt. Die nach ihnen kamen, wer kennt sie? Auf dem das Mittelmaß weit überragenden, das Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft genießenden Legien folgten mittelmäßige sozialdemokratische Spießer, deren Namen gerade den tatkräftigen Arbeitern nichts gelten. Wo ist der Mann, dessen Wort wirtschaftspolitisch so viel gilt als das Wort eines Hugo Stinnes? Sogar seine Unternehmungen zerbröckelten unter der Hand der Söhne. Und im Reichslandbunde regiert nach Roesickes Tode eine Vielheit, aus der ein überragender Vertrauensmann noch nicht ins Blickfeld der Mitwelt emporgewachsen ist.

Zur gleichen Zeit auf der ganzen Linie ein Verblassen des Glanzes berufsständischer korporativer Macht! Hat das seine Ursache wirklich nur im Tode der alten Führer? Auf eine solche Frage mit „ja" zu antworten, wäre zwar bequem; aber es wäre auch falsch, denn der Tod dieser Allbekannten fällt in eine Zeit, da auch sie beim Weiterleben die Macht ihrer Gruppe und damit ihre eigene Macht hätten zerbröckeln sehen. Wer weiß, wie weit die Erkenntnis dieser Tatsache bei allen dreien im entscheidenden Augenblick die Lebenskräfte geschwächt haben mag, die nötig sind, um beim Angriff irgendeiner Krankheit derart überanstrengte Körper — verbraucht durch die Riesen-

arbeit des Willens, dem sie doch nur Instrument sind, — ins weitere Arbeitsleben hinüberzuretten. Die Zeit hatte sich erfüllt, in der auch die Schwächen dieser Korporationen, die ihnen den Endsieg im Kampf um die politische Macht verwehren, deutlich werden mußten.

Diese Schwäche, die wenigstens vorläufig noch am Mark jeder berufsständischen Organisation frißt, ist die Tatsache, daß sie zwar, solange sie rein gruppenegoistische wirtschaftliche Forderungen aufstellt, ihre Mitglieder hinter sich hat, daß sie aber, sobald sie die in ihr verkörperte Macht staatspolitisch einzusetzen versucht und zu diesem Zwecke von den Mitgliedern Opfer verlangt, nicht mehr ebenso sicher ist, daß diese Opfer auch gebracht werden. Den drei Verstorbenen hatte man ohne weiteres geglaubt, daß sie die Macht hatten, ihre Anhänger auch zu den Opfern zu verpflichten, die sie anboten. Legien hat die klassenkämpferischen freien Gewerkschaften in die Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitgebern hineingeführt. Eine gewaltige Leistung angesichts der gesamten Denkweise seiner Anhänger. Seine Macht hat nicht gereicht, seine Anhänger zur innerlichen und dauernden Arbeitsgemeinschaft zu bekehren. Deshalb blieb seine Leistung eine Halbheit, und er vermochte den Glauben, daß ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer die Macht habe, seine Anhängerschaft nach seinem Willen nach allen Seiten zu lenken, wie ein Feldherr seine Truppe, nicht zu vererben. Damit sank aber der Anspruch dieser Gewerkschaften auf die Führung im Staate, der Anspruch, den eben nur der Stärkste mit Recht zu stellen vermag, in sich selbst zusammen.

Die grandiosen Pläne eines Stinnes, durch Übernahme des deutschen Eisenbahnwesens in private Wirtschaft und durch Ausdehnung dieser Verkehrsgesellschaft auf Österreich, Polen und Rußland die deutsche Wirtschaft zwangsläufig zum Ausgangspunkt für alle weltwirtschaftliche Entwicklung im Osten zu machen, waren schon nach wenigen Monaten zu reinen Utopien geworden, weil die deutsche Industrie schon gegenüber den Belastungen, die das Kreditangebot mit sich bringen sollte, auseinanderfiel. Die deutsche Industrie ist als Ganzes genommen staatspolitisch noch weniger aktionsfähig als die Gewerkschaften. Ihre Arbeitgeberverbände halten Solidarität, wenn es sich um die Einschränkung der Rechte der Arbeitnehmer handelt. Aber gerade diese Spezialsolidarität ist ein Hemmschuh in der staatspolitischen Betätigung, wo Erfolge nur mit den Arbeitnehmern gemeinsam, wenigstens mit ihren modernen national bewußten Gruppen, möglich sind. Das Rentenmarkopfer kann diesen Gesamteindruck nur mildern, nicht umkehren.

Die Landwirtschaft, die unter Rösicke eine Einheit war, scheint wieder mehr in regionale Gruppen zurückzufallen, die staatspolitisch, das heißt im Streben, ihre korporative Macht zum Wiederaufbau einer deutschen Volksgemeinschaft

und eines starken deutschen Staates einzusetzen, verschiedene Wege gehen. Sie ist trotz imponierender Opferleistung im einzelnen den Beweis schuldig geblieben, daß sie ihre Anhänger zum Opfern im staatspolitischen Sinne zu verpflichten vermag. Jedermann glaubt den Führern der Landwirtschaft, daß sie ihre Anhänger in einem gewissen bescheidenen Maße gegen den Staat zu führen vermögen. Vor aller Welt hat das Rentenmarkopfer auch den opferbereiten, praktische Staatsbejahung atmenden Sinn der Landwirtschaft bewiesen, aber jeder weiß, wie wenig es in der Macht derselben Führer liegt, die Landwirtschaft zum bedingungslosen staatspolitischen Handeln unter Zurücksetzung eigener Wünsche zu bringen. Ein Blick in die Verhältnisse bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten in ländlichen Bezirken zeigt das deutlich genug.

Diese Bedingtheiten berufsständischer Auswirkung in der Politik nehmen den „Querverbindungen" im Parlament die alles Parteiwesen unter ihren Willen zwingende Macht, die sie ohne solche Schwächen haben könnten.

Während Müller-Hinterwalden sich mit solchen Untersuchungen eigene Wege durch das Labyrinth der Macht- und Beeinflussungsverflechtungen im Parlamente zu bahnen suchte, wurden manche seiner Kollegen schon durch die aller Welt sichtbaren Einwirkungen auf ihre Willensbildung in heftigste Unruhe versetzt.

Wenn 247 Abgeordnete durch Erheben von ihren Sitzen einem Gesetzentwurf zustimmen, dann ist er Gesetz. Nur wenn der Reichsrat seine Zustimmung verweigert, müssen statt der 247 ihrer 329 zustimmen, um aus dem Entwurf endgültig und unwiderruflich ein Gesetz zu machen.

Solch ein Gesetz kann durch Zoll- oder Steuervorschriften beispielsweise die Automobil- oder Butter-Preise verdoppeln. Es kann sie auch herunterdrücken.

Solch ein Gesetz kann jedem Konfirmanden ein Exemplar der Reichsverfassung in die Hand drücken.

Es kann den Schnapsgenuß verbieten oder ihn zu einer patriotischen Tat machen, indem es einen Teil der Reichseinnahmen aus den Überschüssen des Schnapsmonopols entnimmt.

Solch ein Gesetz kann dich zur Beteiligung an den Reparationszahlungen verpflichten und deinen Enkel noch zum Fronknecht der Franzosen machen.

Es kann Einheitsstenographie oder Impfzwang einführen und mit solchen Beschlüssen die Volksseele vielleicht heftiger zum Kochen bringen, als mit großen und weltgeschichtlichen Entscheidungen.

Wie *entsteht* nun bei den Reichstagsabgeordneten der Wille zur Zustimmung oder zur Ablehnung? Welche Einflüsse sind dabei maßgebend?

Das sollte eigentlich die erste Frage sein, die bei einer Betrachtung des Parlamentarismus ihre Beantwortung zu finden hätte. Mir scheint, daß es Aufgabe der Gelehrten wäre, sie zu lösen.

Da sind zunächst die natürlichen Einflüsse auf den einzelnen Abgeordneten als Privatmann. Sie wurden ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, als bei der Beratung der Aufwertungsgesetze ein Vertreter besonders hoher Hypothekenaufwertung zweien seiner Gegner vorwarf, sie seien persönlich an der von ihnen vertretenen niedrigeren Aufwertung interessiert, weil sie Hypothekenschuldner seien. Prompt wiesen sie nach, daß jener andere ebenso interessiert sei, weil er in ebenso hohem Maße Hypothekengläubiger sei. Eine Umfrage ergab schließlich, daß es bei diesem Gesetz wirklich uninteressierte Abgeordnete eigentlich nicht geben konnte. Man muß sich also schon damit abfinden, daß in sehr vielen Fällen der Gesetzgebung der einzelne Abgeordnete als reiner Privatinteressent Willensbeeinflussungen ausgesetzt ist. Ob er ihnen unterliegt, hängt davon ab, wieweit er seinen Eigennutz zurückzustellen und sein Handeln höheren Gesichtspunkten unterzuordnen vermag. Dabei ist es in der Wirkung auf die Gesetzgebung schließlich gleich, ob die Aussicht auf Millionen Mark oder ein Dutzend Groschen den Willen des Abgeordneten lenkt. Es ist auch gleich, ob materieller oder geistiger Eigennutz im Spiel sind, oder ob rein persönliche Launen mitspielen.

Einflüsse solch persönlichster Art sind vorhanden. Sie werden zweifellos in der Mehrzahl der Fälle durch das Verpflichtungsgefühl gegenüber einem höheren Ideal überwunden und heben sich sonst im allgemeinen erfreulicherweise gegenseitig auf.

Anderer Art sind schon die Einflüsse, die auf den einzelnen als Angehörigen eines Unternehmens ausgeübt werden. Im oben herangezogenen Aufwertungsfalle lautete der Vorwurf gegenüber einem dritten, er sei interessiert, weil er Direktor bei einer großen Bergwerksgesellschaft sei, die ihrerseits interessiert sei. Hier tritt der Abgeordnete schon als Exponent einer größeren Gemeinschaft auf. Er trägt Verantwortung für das Wohlergehen des Werkes, seiner Angestellten, Arbeiter, seiner Aktionäre. Von persönlichem Eigennutz braucht unter Umständen ngar keine Rede mehr zu sein. Aber eine gewisse Einflußnahme auf die Entscheidungen eines solchen Abgeordneten findet zweifellos statt. Sich von ihr frei zu halten oder sie nur soweit wirksam werden zu lassen, wie es ihrer Bedeutung gegenüber der Gesamtheit geziemt, ist schwerer, als der Kampf gegen den persönlichen Eigennutz, der bei feinfühligen Charakteren ja automatisch wirksam wird. Die Zahl der Abgeordneten, die derartigen geschäftlichen Beeinflussungen durch Unternehmungen, denen sie angehören, ausgesetzt sind, ist außerordentlich groß.

Neben den sogenannten Wirtschaftern gehören auch die Konsumvereinsleiter, Verleger und Versicherungsinteressenten der Linken dazu.

Doch bald stieß Müller-Hinterwalden auf viel plumpere Beeinflussungsaktionen.

Da begann die Presse ihre Künste spielen zu lassen. Die ganze Öffentlichkeit und gerade die befreundete wurde mal in dieser, mal in jener Zielrichtung „wild gemacht". Petitionen hagelte es aus dem ganzen Reiche. Wer im Zollausschuß saß, konnte sie täglich nach hunderten vom Briefträger ins Haus gebracht bekommen. Wer sie las, konnte bald mit dem Schüler im Faust sprechen:

„Mir wird von alledem so dumm,
Als ging mir ein Mühlrad im Kopfe herum."

Wenn er klar blieb, dann merkte er allerdings, daß er nur wenige zu lesen brauchte, denn die meisten hoben sich gegenseitig auf.

Auf die Petitionen folgten Deputationen. Der halbe Wahlkreis schien sich nach und nach den Reichstag ansehen zu wollen. Und am Ende entpuppte sich der Besuch doch immer als ein Unternehmen zur bescheidenen Beeinflussung des Herrn Abgeordneten. Manchmal allerdings auch zur recht handfesten. Als die Aufwertungsverbände ihre ganzen Reichsvertreter in den Reichstag gebracht hatten und immer zu fünfen einen Abgeordneten in ihre Mitte und in ihre konzentrierte Behandlung nahmen, da hatte auch Müller-Hinterwalden einen Knopf von seinem Rock verloren und ein überreiztes Trommelfell.

Da waren die Weinbauern, die den deutsch-spanischen Handelsvertrag zerschlagen wollten, doch an andere Methoden gewöhnt. Sie veranstalteten in einem Saal des Obergeschosses ein Vergleichskosten zwischen spanischen und deutschen Weinen. Die Folge der Anteilnahme an diesem Weinstudium zeigte sich nicht in angegriffenen Ohren, sondern in der stillen Verachtung, die den Teilnehmern seitdem von den Alkoholfeinden des Hauses entgegengebracht wurde. Auch sie sitzen ja von Mumm bis Sollmann in allen Parteien des Reichstags.

Sogar Familieneinladungen lernte Müller-Hinterwalden bald als Unternehmungen zur Beeinflussung seiner Stellungnahme in bestimmten gesetzgeberischen Fragen kennen. Allemal fand sich auch da jemand, der schließlich doch wieder das Gespräch auf den kritischen Punkt zu bringen und ihm dann eine bestimmte Wendung zu geben verstand.

Müller-Hinterwalden merkt die Absicht und wird verstimmt. Aber ein älterer Kollege meint: „Alle diese Mittel der Beeinflussung des politischen Willens eines Abgeordneten können Sie nicht aus der Welt schaffen, junger Freund. Das beste Rezept, ihnen nicht zu unterliegen, ist selber etwas wollen

und alle solche Gelegenheiten zur Durchsetzung seines eigenen Willens gebrauchen."

Als er das erkannt hatte, ließ sich Müller-Hinterwalden seelenruhig in einen Klub aufnehmen. Jetzt wußte er, wozu solch eine Mitgliedschaft nützlich sein könnte: etwas wollen und andern seinen Willen einimpfen.

In welchen Klub er eintrat, ist nicht bekannt geworden, obwohl seine Gegner in der „Deutschen Gesellschaft", dem „Demokratischen Klub", dem „Reichsklub" der Deutschen Volkspartei, dem „Nationalen Klub", dem „Juni-Klub" derer um das „Gewissen", dem „Volksdeutschen Klub" der Grenz- und Auslandsdeutschen, im politischen Salon der Frau von Oheimb, im Salon Cassierer und an noch vielen anderen Stellen nach ihm suchten.

Er selbst aber hatte nach Monaten die weitere Erkenntnis gewonnen, daß auf die Gesetzwerdung in Deutschland alle die politischen Kräfte, auf die er gestoßen war, nicht erst im Reichstag Einfluß nehmen. Sie setzen ihren Einfluß schon bei den Vorarbeiten zum Referentenentwurf an. Sie versuchen den Mitgliedern des Kabinetts ihren Willen einzuflößen. Große Organisationen haben ihre Vertreter in den Einzellandtagen und den Länderregierungen sitzen und wirken von dort auf den Reichsrat. Im Reichswirtschaftsrat tritt berufsständischer Einfluß legal in die Erscheinung. Im Reichstage in der skizzierten unterirdischen Weise. Wähler werden mobil gemacht und Versammlungen abgehalten. Eines Tages hagelte es auf Müllers Pult von Telegrammen seiner Wähler aus Hinterwalden. Die Einheitsstenographie stand zur Aussprache, da hatten sämtliche Vereine Stolze-Schreyscher Stenographen ihre Mitglieder veranlaßt, an ihren Abgeordneten drahtlich das Verlangen zu richten, die Einheitsstenographie abzulehnen, widrigenfalls er ihre Stimmen nicht nochmals erhalten könnte.

Auf Einflußnahmen nichtberufsständischer sondern allgemein politisch-weltanschaulicher Art stieß er ebenfalls auf Schritt und Tritt. Sie trat nicht so konkret bei Einzelfragen zutage, um so nachdrücklicher aber in allgemeiner Stimmungsmache. Es dauerte jedoch ziemlich lange, bis er in einem Aufsatz oder einer Information die Wirksamkeit der Zentrale für Heimatsdienst, der Liga für Menschenrechte, der Friedensgesellschaft, des Alldeutschen Verbandes, des Deutschen Schutzbundes oder anderer Korporationen zu erkennen vermochte.

Gegen diese Wirksamkeit all dieser vielfältigen Umwerbungen, Überredungen, Bedrohungen und Suggestionen sucht der Abgeordnete Schutz in der Fraktionsgemeinschaft seiner Partei. Sie hilft ihm die außerparlamentarischen Einflüsse erkennen, bewerten, verwerten oder abwehren. Dafür übernimmt sie es aber selbst, ihn durch ihre Eigenart, ihren Willen zu

leben, ihre Führer und ihre Presse zu einem dienenden Gliede ihre Gemeinschaft zu machen. Und, obwohl nichts davon in der Verfassung steht, tritt sie als eine Macht auf, deren Wirken als legal anerkannt wird. Sie wird deshalb für alle Fehler des Parlamentarismus verantwortlich gemacht, während die illegalen Einflüsse außerhalb der öffentlichen Kritik bleiben.

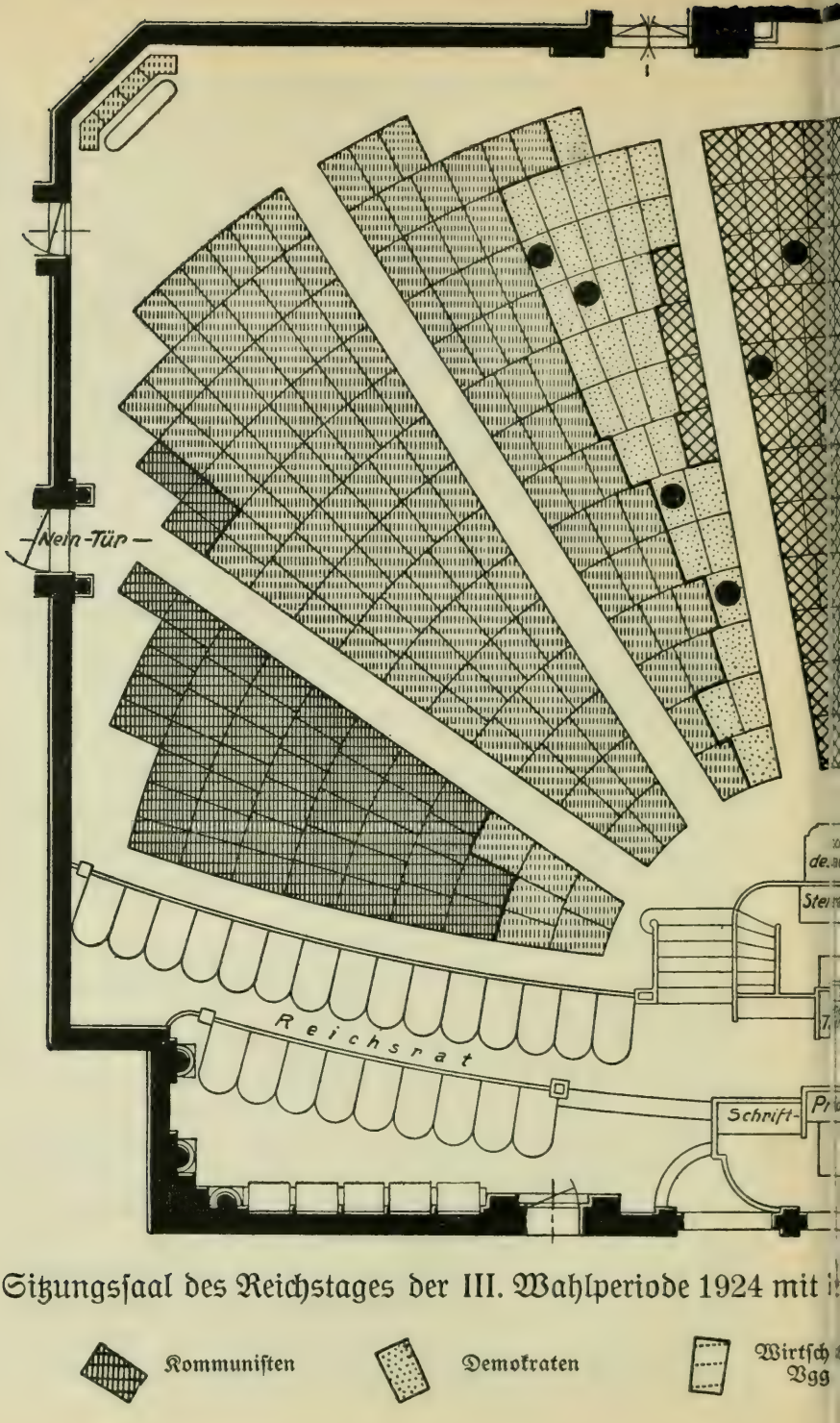
Wem es um eine erfolgreiche Kritik des Parlamentarismus zu tun ist, der muß den Weg zur Einführung eines Besseren und dieses Bessere selbst zeigen. Wenn er beides nicht kann, muß er zuerst einmal daran mitarbeiten, den Parlamentarismus zu versachlichen, indem er nüchtern und klar sein wahres Bild von den falschen Vorstellungen und Illusionen reinigt, die es zur Zeit noch bis zur Unkenntlichkeit verhüllen. Dann macht er wenigstens den Weg frei zu einer richtigen Diagnose und damit zu einer ordentlichen Regenerationskur.

Technische Hilfsmittel des Reichstags

Wenn Herr Müller in den Ausschußsitzungen mit heißem Kopf seine Anträge verteidigte, dann mußte er anfänglich oft mit Ärger bemerken, wie sehr ihm andere, insbesondere ältere Abgeordnete in der Zusammenstellung ihrer Beweisstücke überlegen waren. Sie hatten die einschlägigen Gesetzbücher zur Hand. Ihm fehlten sie. Sie hatten den Text früherer Reden. Er hatte keine Ahnung, wo solch wertvolle Nachrichten zu finden seien. Sie besorgten sich auf geheimnisvolle Weise mitten in der Sitzung das Material zu Fragen, die er womöglich selbst erst in die Debatte geworfen hatte. Es war zum Verzweifeln.

Aber die Pause nach den ersten langwierigen Ausschußverhandlungen genügte doch, um ihm einen Einblick in die Quellen zu verschaffen, aus denen jene ihre überlegene Sachkunde bezogen.

Müller-Hinterwalden benutzte diese Zeit, um sich mit den Funktionen der Beamten des Reichstags bekannt zu machen und sich in ihren Arbeitsgebieten umzusehen. Seinen ersten Besuch machte er bei einem Herrn, der den Titel „Direktor beim Reichstag" führt. Er leitet die gesamte Reichstagsverwaltung unter Oberaufsicht des gewählten Präsidenten und trägt für ihre ordnungsmäßige Führung die Verantwortung. Die für den Präsidenten, den Reichstag und seine Kommissionen vorzunehmenden Arbeiten läßt er unter seiner Aufsicht durch das Büro des Reichstags ausführen. Die zur Unterstützung der Tätigkeit des Präsidenten in den Plenarsitzungen notwendigen Vorarbeiten werden ebenfalls durch einen Beamten des Büros unter ganz besonderer Kontrolle des Direktors vorgenommen. Hierbei kommt es wesentlich darauf an, sagte



Sitzungssaal des Reichstages der III. Wahlperiode 1924 mit

Kommunisten

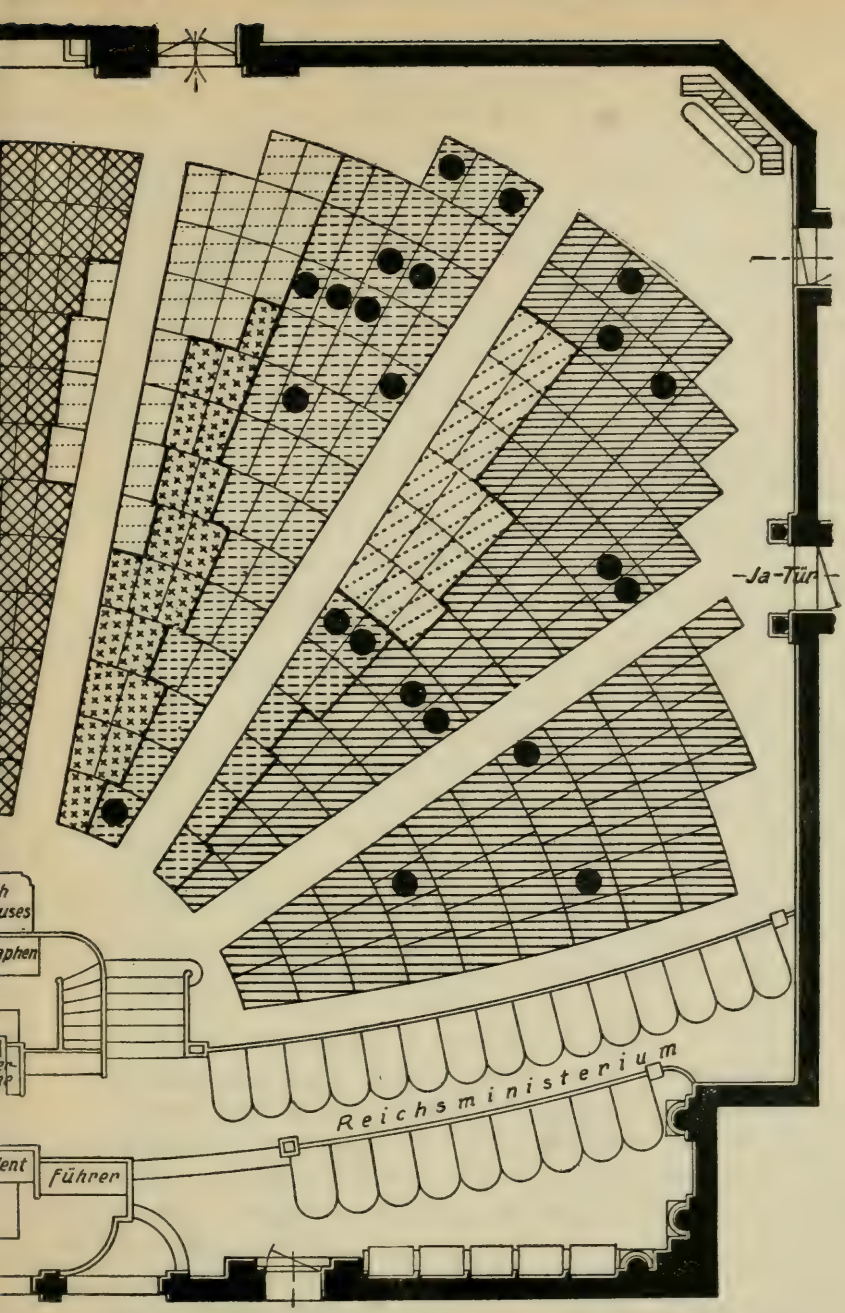
Demokraten

Wirtsch
Vgg

Sozial-
demokraten

Zentrum

Bayris
Volksp



n Sitzen von Abgeordneten des industriellen Unternehmertums

Deutsche Volkspartei

Deutschnationale

Nationalsozialisten

Sitze von Abgeordneten des industriellen Unternehmertums

er zu Müller-Hinterwalden, dem Präsidenten die zur Beratung stehenden Gegenstände leicht und übersichtlich zusammenzustellen. Besondere Pflichten während der Plenarsitzung hat der Direktor beim Reichstag nicht, denn hierfür haben die Schriftführer des Reichstags die nötigen Funktionen zu verrichten. Der Bürodirektor steht aber jederzeit zur Verfügung des Präsidenten und hält sich deshalb, wenn notwendig, in der Nähe des Präsidenten auf.

Vom Direktor wurde unser Freund Müller, dem seine Kollegen bald den Spitznamen „Der planmäßige Müller" gegeben hatten, zum Büro des Reichstags geführt. Dieses erledigt unter der unmittelbaren Aufsicht des Direktors beim Reichstag alle Arbeiten für den Reichstag und seine Verwaltung. Ein besonderes Büro des Reichstagspräsidenten besteht nicht. Als einzelne Abteilung des Büros lernte er Registratur und Archiv kennen. Hier werden die Akten des Reichstages gesammelt und fortlaufend erhalten. Es sind dies alle Akten, welche für den Reichstag als gesetzgebende Körperschaft und für die Verwaltung des Reichstags maßgebend sind. Die Anlage der Akten geschieht in der Weise, daß für jede Materie ein besonderer Band bezw. eine besondere Reihe von Bänden gebildet wird.

Seine Ehrfurcht vor dem erstaunlichen Wissen der alten Abgeordneten in den Ausschüssen sank allerdings in sich zusammen. Die alten Herren benutzten einfach das Archiv und fanden zu jeder Materie ein handliches Aktenstück mit allen Anträgen, Reden und Regierungserklärungen, die jemals dazu abgegeben worden waren.

Die Gesamtanlage in eisernen Fächern und einer Ordnung, die das Finden jeder Akte auf einen Griff gewährleistet, imponierte ihm. Wie himmelweit entfernt war doch der wirkliche Betrieb des Reichstags von der Vorstellung, die man sich draußen von ihm gemacht hatte.

Vom Archiv ging es zur Kalkulatur. Sie hat das gesamte Rechnungswesen zu erledigen und die durch die Etatberatung und die Tätigkeit der Rechnungskommission des Reichstags hervorgerufenen Rechnungsarbeiten zu leisten, dann zur Kasse des Reichstags. Sie leistet alle für die Reichstagsverwaltung zu machenden Zahlungen und nimmt die Geldsummen in Empfang, die von der Reichsverwaltung gemäß dem Reichsetat auf den Reichstagsfonds gewiesen sind. Ihre tolle Zeit hat sie wie jede Kasse in der Inflation gehabt, wo sie schließlich bei viermal wöchentlicher Diätenauszahlung angelangt war. In der Kanzlei wird das Schreibwerk hauptsächlich mit Hilfe der Schreibmaschine hergestellt. Die in der Kanzlei verwendeten Personen und Hilfsbeamten müssen auch imstande sein, Diktate stenographisch aufzunehmen.

Die Botenmeisterei hat sämtliche vom Hause vorgenommenen Ver-

sendungen, namentlich durch die Post, zu besorgen und stellt die Diener für die Plenarsitzungen des Reichstags und für seine Kommissionen.

In dienstlicher Unterordnung unter dem Bürodirektor steht außerdem eine Hausdruckerei, in welcher schleunige kleinere Drucksachen für den Reichstag und seine Kommissionen, z. B. Tagesordnungen und schleunige Anträge hergestellt werden. Ferner eine Anzahl von Beamten, die mit besonderen Angelegenheiten befaßt werden, z. B. der Bearbeitung von Petitionen und dergleichen. Schließlich das stenographische Büro, welches unter Leitung eines besonderen Vorstehers die Plenarverhandlungen des Reichstags aufnimmt und das Manuskript der stenographischen Berichte für den Druck fertigstellt.

Die Bibliothek des Reichstags, sein eigentliches Schmuckstück, steht direkt und unmittelbar unter dem Reichstagspräsidenten, der hierbei von einer Bibliothekskommission unterstützt wird.

Ihre Aufgabe ist die Beschaffung der für den Reichstag notwendigen Bücher und Zeitschriften.

In einem vierstöckigen Glas- und Eisenbau sind ihre Bestände untergebracht. Da fand Müller-Hinterwalden die gebundenen Bände sämtlicher Reichsanzeiger, die je erschienen sind, ebenso vollständig aber auch den Vorwärts und die Kreuzzeitung. Er fand Rückerts „Geharnischte Sonette", Heines Liebeslieder und die Originalbände der Verhandlungen des Parlaments von Neu-Seeland. Das alles stand zu seiner Verfügung. Er sollte es benutzen. Sollte kein Wort sprechen und keine Entscheidung treffen, bevor er im Archiv und hier in der Bücherei alle Hilfsmittel zur Prüfung und Erforschung seiner Stellungnahme befragt hatte. Armer Müller! Die Hetze des Betriebes läßt dich nicht einmal zur Besinnung, geschweige denn zu solch tiefgründiger Wahrheitsforschung kommen!

Die Tageszeitungen werden nicht von der Bibliothek, sondern vom Büro des Reichstags beschafft und im Zeitungslesesaal ausgelegt.

An der Spitze der Bibliothek steht ein Bibliotheksdirektor, welchem ein Oberbibliothekar und eine Reihe von Bibliothekaren untergeordnet sind. Sie sollen außer der selbstverständlichen höheren akademischen Bildung die für die analogen Amtsfunktionäre in Preußen vorgeschriebene bibliothekarische Vorbildung besitzen. —

Zum Arbeiten gehört auch ein Arbeitsplatz. Deshalb hat jeder Abgeordnete im Reichstag sein Arbeitszimmer. Der ganze Raum im Dachgeschoß ist mit solchen Zimmerchen vollgebaut. Infolge der Erhöhung der Zahl der Abgeordneten sind die Arbeitszimmerchen indessen so stark besetzt — je vier bis sechs Abgeordnete teilen sich in ein Zimmer, das zwei Schreibplätze hat — daß Herr Müller schon hätte Glück haben müssen, wenn er in seinem Zimmer

hätte zum Arbeiten kommen wollen. Aber zwei von den fünf Insassen setzten ihre Sekretärinnen an die Tische. Im Augenblick waren alle vier Schrankfächer mit kleinen Schreibmaschinen, Papieren und Akten gefüllt. Auf das Liegesofa mochte er sich in Gegenwart der Damen auch nicht legen. Daß der Lautsprecher ihn dort über den Gang der Verhandlungen im Plenum auf dem Laufenden halten würde, was nützte es ihm unter diesen Umständen. Müller-Hinterwalden hatte einfach praktisch keinen Arbeitsplatz. Er saß irgendwo zwischen vielen schwatzenden und rauchenden Menschen und zermarterte sein Hirn, um den Stoff für die Verhandlungen, an denen er beteiligt war, zu ordnen und sich einzuprägen.

Da gab es noch das Fraktionsbüro mit mehreren Damen. Dort erhielt er wertvolles Material und wichtige Auskünfte — eine Arbeitsstätte für ihn selbst war es nicht, ebensowenig der Lesesaal, das Schreibzimmer neben der Wandelhalle oder das Arbeitszimmer der Bücherei. Was nützten ihm die herrlichen Malereien an den Wänden, die feingeschnitzten Holzpaneele, die einzig schöne Aussicht auf den Königsplatz und hinüber bis zu Kroll, wenn er keinen leeren Stuhl fand und keinen freien Arbeitstisch zum ruhigen Lesen und Schreiben.

Versuchte er's doch, dann raste sicher das schrille Glockenzeichen durch die Hallen und trieb ihn vom Arbeitsplatz fort zum Sitzungssaal zu irgendeiner Abstimmung. Er begann körperlich unter diesen Unzulänglichkeiten des Hauses, das ein Sitzungsbau, aber kein Arbeitsbau ist, zu leiden. Er versuchte sich an sämtlichen Instrumenten des wohlausgerüsteten Turnsaales, der im Erdgeschoß zwischen den Badezellen, der Barbierstube und der Unfallstation liegt. Aber es war wohl der Mangel an frischer Luft in diesen Räumen, der ihm die Erquickung, die die turnerische Betätigung ihm bringen sollte, ausbleiben ließ. Schließlich stellte er für seine schriftlichen Arbeiten eine Sekretärin an, mußte jedoch feststellen, daß die Beschäftigung eines zweiten Menschen die Mängel der Arbeitsstätte und die Widersinnigkeiten der zeitlichen Dispositionen nur noch erhöhten. Er wußte ja nie, zu welcher Stunde er Zeit zum Diktieren haben würde, kannte nicht den Ort, der dann zu seiner Verfügung wäre und nicht die Konzentrationsfähigkeit, die das Maß seiner Leistung bestimmen würde.

Nach vier Wochen gab er den Versuch auf. Die Sekretärin wurde entlassen — fast wäre sie ihm übrigens davongelaufen, so schwer wurde ihr das ewige Herumsitzen und Warten, ob ihr Chef Zeit habe.

„Ich muß erst Herr dieses verrückten Betriebes sein", knirschte er zwischen den Zähnen. „Hier wird man ja wahnsinnig gemacht!"

Alte Herren lächelten ob seiner dauernden Unruhe und Unzufriedenheit. So war es einst auch bei ihnen gewesen. Da hatten auch sie immer Fraktions-

sitzungen über die ganz großen Fragen der Politik haben wollen. Sie hatten die Kleinarbeit verachtet und das Große erzwingen wollen. Bis sie nach Jahr und Tag erkannt hatten, daß sich in diesem Hause mehr noch als anderswo alles Große aus lauter Kleinem aufbaut. Dann waren sie nüchtern geworden. Der „zweckmäßige Müller" würde eines Tages aus diesem Planmäßigkeitsfexen und Himmelstürmer werden, wenn er das Rennen nicht vorher aufgab. Und doch lag Wehmut in ihrer Kritik. Hatten sie inmitten aller Kleinigkeiten nicht vielleicht doch den großen Plan vergessen? Brauchten sie nicht einen jungen Stürmer in ihrer Mitte, damit sie nicht vor lauter Taktik das Ziel des Feldzuges und seinen strategischen Plan vergaßen? Standen da nicht irgendwo im Parteiprogramm ganz große goldene Worte — war es nicht eine weithin leuchtende sieghafte Idee, die die Herzen erwärmt, die Stimmen der Wähler gesammelt und einen selbst ehedem einmal in die Front des Kampfes getrieben hatte?

In diesem Hause siegte immer wieder die Routine der ältesten Routiniers in allen Parteien. Ohne denen im Handwerk des Hauses gewachsen zu sein, gab es keinen Sieg, kein Vorankommen. Aber mußte man dazu so alt werden? Mußte man dazu solch ein Nichts-als-Taktiker werden? Konnte das Herz nicht jung bleiben, trotz solchem Wachsen in Erfahrung und Geschick?

Rätselfragen im Wallothause!

Kann man Routine erwerben und trotzdem jung bleiben?

Kann man die Taktik des Hauses meistern und handhaben und trotzdem ein Führer zu höchsten Zielen sein?

Kann man Dombaumeister sein und Kärrner zugleich?

Während er solchen Fragen nachsann, bekamen die Menschen des Reichstagshauses für ihn einen neuen Ausdruck. Sie kamen herein mit elastischen Schritten, wie vom Acker oder vom Büro, vom Parkett wie von der Arbeiterstube, aber nach Jahr und Tag hatten sie alle denselben Gang. Den Gang auf dem roten Teppich, der verhaltene Erwartung, der halbes Hören und halbes Lauern in sich birgt, den bedächtigen Rhythmus des Reiches der Fünfhundert. Wenn zweie von ihnen, die ganz Parlamentarier geworden waren, auf dem Potsdamer Untergrundbahnhof auf und ab gingen, bis der Zug kam, dann merkte man, wie sie sich von allen andern Menschen unterschieden. Als Müller in abendlicher Stunde dort den Doktor Breitscheid genau so auf und ab gehen sah, wie er in der Reichstagshalle geht, als er den Gang der übrigen Menschen, ihren Rhythmus, den Ausdruck des Willens in ihren Schritten mit denen dieses Abgeordneten verglich, da erst begriff er ganz, daß die fünfhundert Parlamentarier im Wallotbau zu Menschen geworden sind, die leicht zu Fremdlingen zwischen den anderen Menschen werden können.

Für Ausdrücke der Hochachtung oder Ehrfurcht war Müller-Hinterwalden nicht unempfänglich. Aber daneben blieb eine gesunde Selbstkritik. Was war er geworden? Was war sein Los? Was würde hier aus ihm werden?

Schicksale traten in sein Blickfeld. Da war jener heißblütige Gutsbesitzer, ein Redner, der die Menschen zum Rasen zu bringen vermochte. Eine europäische Berühmtheit. Und von seiner „Klitsche" sprach man in landwirtschaftlichen Kreisen als von einer total heruntergekommenen Wirtschaft. Wenn nicht bald die Söhne eingreifen, dann ist es aus mit ihm, hieß es.

Da war der kleine Bauer, dessen Hof die Abwesenheit seines Herrn erst recht nicht vertrug. Daheim zerarbeitet sich sein braves Weib. Er selbst lebt in Berlin wie ein Asket: billigstes Essen, gar kein Trinken! Doch der Verfall ist unabwendbar. Das Ansehen, das ihm seinerzeit den Weg in den Reichstag geöffnet, vertan. Weiß die Haare vor der Zeit.

Müller-Hinterwalden lernte Handwerker kennen, die längst auf ihre Diäten als einzige Einnahme angewiesen waren. Handwerk hat einen goldenen Boden, nur wo der Meister selber die Gesellen führt, nicht aber, wo er an zweihundertfünfzig Tagen des Jahres in Berlin oder irgendwo im Wahlkreise ist.

Fabrikdirektoren, die von den Kollegen der Direktion aus ihrem Einfluß gedrängt waren, weil sie allzuoft fehlen mußten, Gewerkschaftsführer, denen das Gehalt gestrichen war, weil sie ja „Diäten" bezögen, traten in seinen Weg. Beamte, die zwar ihr Gehalt weiter bezogen, aber ewig Lehrer blieben und niemals Rektor oder Direktor wurden, weil das Parlament sie hinderte, ihr Amt tatsächlich auszufüllen, standen daneben.

Was sind das für Schatten, die dieses Haus bevölkern! Wie viel aufgegebenes tatstrotzendes Leben geistert zwischen diesen weißen Marmorsäulen!

Und draußen steigt die Flut der Schmähungen. Man schreibt: sie schlagen sich im Reichstag, sie faulenzen, sie hören nicht zu, wenn geredet wird, sie saufen im Restaurant. Einige hat man bei Schiebergeschäften ertappt, — alle kriegen „dicke Diäten".

Dabei schlägt man sich im Reichstage ebenso selten, wie in der heimischen Stadtväter-Versammlung. Einmal ist es wirklich passiert, alles andere schien ein Schlagen, es war aber nur ein Drohen. Faulenzen tun auch nur wenige. Mehr als die Hälfte aller Reichstagsabgeordneten schuftet Tag für Tag regelrecht seine zwölf Stunden herunter. Weil die Widerstände so groß sind, kann trotzdem der Erfolg nur klein sein. Zuhören, — bitte, Herr Wähler oder Zeitungsmann, hören Sie doch gefälligst mal zweihundertfünfzig Tage im Jahre je 12 Stunden lang zu, wenn geredet wird. Sie werden bald merken, daß es leichter ist, das Rauschen eines Dauerspringbrunnens in das Einzel-

klingen seiner Tropfen zu zergliedern. Und „saufen" im Restaurant? Das tun fast immer die Besucher aus dem Lande. Der Abgeordnete kommt im Reichstagsrestaurant gar nicht in die Stimmung, die Voraussetzung eines jeden Rausches ist. Dauernd reden ja die Lautsprecher aus der Wand, und kreischen die Alarmglocken.

Die man bei Schiebergeschäften ertappt hat, beweisen nur, daß die Verquickung der parlamentarischen Tätigkeit mit dem Geschäft zu einem schlimmen Ende führt. — Die Geister des Hauses aber, die durch ihre Arbeit als Parlamentarier wirtschaftlich ruinierten Abgeordneten beweisen, daß Parlamentarier werden heißt: Gefahren eingehen, die niemand vorausahnt.

Zweite Lesung im Plenum

So war denn schließlich die Fraktionssitzung herangekommen, in der Müller-Hinterwalden wirklich zu seiner ersten Rede im Reichstagsplenum bestimmt wurde. Am nächsten Tage hieß es auf der Tagesordnung der Fraktion: Gesetz über die Eichung der Fieberthermometer, Berichterstatter Müller-Hinterwalden.

— — — Der Kollege Müller wird uns nunmehr vortragen, was er zum Gesetz über die Eichung der Fieberthermometer zu sagen gedenkt. — —

Müller referiert: Die Lage vor dem Kriege. Der Ansturm ausländischer Aufkäufer in der Inflation. Die Bewertung des deutschen Eichzeichens durch englische Märkte. — — Interessen der Fabrikanten — — Interessen der Händler — — Gesetzestechnik. Haltung der Fraktion im Ausschuß — — und dann zusammenfassend: wie die Fraktion nunmehr im Plenum stimmen soll.

Als er geendet hat, fragt ihn in der einsetzenden Aussprache ein anderer Abgeordneter nach einigen Einzelheiten des Gesetzes. Er erhält seine Auskunft. Ein zweiter plädiert für Stimmenthaltung. Die Interessen der Parteimitglieder ständen doch nicht einseitig ganz zu dem Gesetze. Ein dritter verlangt, daß der einzige in der Fraktion vorhandene Apotheker die Rede halte, der nächste will sie dem Arzt zuschieben. Auch der Exporthandel erklärt sich interessiert.

Abstimmung!

Müller-Hinterwalden geht mit Mehrheit durch's Ziel.

Nun noch Ratschläge für seine Rede. — Nicht zu sehr im Interesse der Fabrikanten! Die Händler, die Exporteure, die Apotheker, Drogisten, die Ärzte, das leidende Volk soll er erwähnen. Jedem das Interesse seiner Partei beweisen. Dem Gesetz wird zugestimmt, aber die Exporteure werden sich der Stimme enthalten. Das soll er sagen.

Und schließlich seinen Lieblingsgedanken, gerade den soll er unausgesprochen lassen, dafür aber ein Wort, ein ernstes, über die Auswirkungen des Gesetzes auf die Arbeiter in den Glashütten einflechten.

Müller geht es einigermaßen wirr durch den Kopf. Er hatte seine eigene Meinung vortragen wollen. Hier wird er belehrt, daß er als Beauftragter einer Gemeinschaft spricht, daß er also den Gesamtwillen dieser Gemeinschaft vorzutragen habe.

Er begreift, warum dieser oder jener geistreiche Abgeordnete so selten zum Reden zugelassen wird, — weil seine Fraktion nicht das Zutrauen zu ihm hat, daß er ihren Gemeinschaftswillen vertreten werde. Sie vermutet, daß er gerade wegen seiner ausgeprägten Eigenart sich hinreißen lassen werde, schließlich doch nur seine persönliche Meinung vorzutragen. Dieser Verdacht ist um so wirksamer, je temperamentvoller solch ein „Einspänner" ist.

Tag und Stunde seiner Jungfernrede bleiben Herrn Müller unbekannt, bis auf einmal sein Name gerufen wird. Alte Kenner des Getriebes können zwar ungefähr vorausberechnen, wann sie an die Reihe kommen. Ein Grünhorn steht vor der Tatsache, daß zu den vorhergehenden Punkten der Tagesordnung Redner aller Fraktionen lang, aber auch kurz zu reden vermögen, daß Fraktionen ganz verzichten und andere Absetzung des Punktes von der Tagesordnung beantragen. Er kann also berechnen, daß er frühestens in na, sagen wir fünfzehn Minuten oder spätestens nach zwanzig Redestunden an die Reihe kommt. Zwischendurch wird er nervös und horcht erregt auf die übrigen Redner.

Als der Präsident rief: Der Abgeordnete Müller-Hinterwalden hat das Wort, war der Sitzungssaal fast leer. Ärgerlicherweise sogar die Bänke der eigenen Fraktion. Kaum sprach er, da rief jemand in der letzten Reihe seiner Fraktionsfreunde: Lauter! Das war gut, denn nun fiel ihm ein, daß ihm gesagt worden war: „die Presse kann Sie nur verstehen, wenn Sie beim Reden nach der großen Uhr über der Publikumstribüne blicken." Da oben saß seine Frau, die er eigens hatte herüberkommen lassen, damit sie ihn reden höre, die aber jetzt sicher längst müde und hungrig sein mußte. Seine Vorredner hatten unerhört lange geredet.

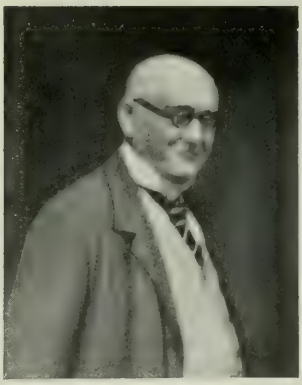
Während er Satz für Satz formte, immer bemüht, alle Wünsche der Fraktion auszudrücken, kam er sich vor, als trüge er Fesseln an den Händen und Füßen. So unfrei und so benommen hatte er noch nie an einem Rednerpult gestanden. Er hatte auch noch nie vor solch einer merkwürdigen Versammlung gesprochen, wie dieser. Unmittelbar vor ihm, nur einige Meter tiefer, schrieben die Stenographen jedes Wort, das er sprach, mit. Hinter ihm, um einen Meter erhöht, lauerte der Präsident mit der Glocke, wie der große Aufpasser, daß er auch ja

Der Abgeordnete Schmidt-Stettin (stehend) beantragt
Ausfüllung des Feierabends
mit der zehnten Fraktionssitzung über das Ortsklassenverzeichnis.
Links von ihm Lambach, rechts Dr. Lejeune-Jung und
Freiherr von Stauffenberg (Deutschnational)

Vor schwerwiegenden Entscheidungen
Lohmann und Oberfohren (beide Deutschnational)

Das wird ein Antrag, der sitzt!

Abg Mittelmann
(Deutsche Volkspartei)



„A. Z." Ad. Zimmermann
(Niederdeutsche Zeitung)

Im Reichstagsrestaurant hinter Speisekarte und Joghurttasse (mit der kennzeichnenden gelben Binde) Abg. Chefredakteur Baecker-Berlin (Deutschnational)

Stampfer (Vorwärts)

„Rumpelstilzchen" wahrt sein Inkognito

(A)

71. Sitzung.

Freitag den 12. Juni 1925.

	Seite
Geschäftliches	2215 B
Fortsetzung der zweiten Beratung der **Reichshaushaltspläne für 1924 und 1925:**	
Reichsministerium des Innern:	
D. Dr. Schreiber (Z), Berichterstatter:	2215 C
— als Abgeordneter	2230 C
Sollmann (SPD)	2217 B
Berndt (DNV)	2224 A
v. Kardorff (DV)	2237 B
Stoecker (KP)	2242 D
Beratung abgebrochen und vertagt	2249 D
Nächste Sitzung	2249 D

(B)

Die Sitzung wird um 2 Uhr 15 Minuten durch den Vizepräsidenten Dr. Bell eröffnet.

Vizepräsident Dr. **Bell**: Die Sitzung ist eröffnet.

Als Vorlage ist eingegangen:

Entwurf eines Gesetzes über den Deutsch-Schwedischen und den Deutsch-Finnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag.

Ich habe Urlaub erteilt dem Herrn Abgeordneten Gok für 7 Tage.

Es suchen für längere Zeit um Urlaub nach die Abgeordneten

Frau Mueller-Otfried für 14 Tage wegen dringender Geschäfte,
Vordemfelde für 14 Tage wegen Krankheit,
Giebel für 4 Wochen wegen Krankheit.

Ein Widerspruch erfolgt nicht; die Urlaubsgesuche sind genehmigt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand ist:

Fortsetzung der zweiten Beratung der Entwürfe von Gesetzen über die **Feststellung der Reichshaushaltspläne** für die Rechnungsjahre **1924** und **1925** (Nr. 5 und 6 der Drucksachen)

Haushalt des Reichsministeriums des Innern

(Anlage V)

Kap. 1 Tit. 1 der Fortdauernden Ausgaben.

(C)

Mündlicher Teilbericht des 5. Ausschusses (Reichshaushalt) (Nr. 982 der Drucksachen),

Berichterstatter Abgeordneter D. Dr. Schreiber

in Verbindung mit der

ersten Beratung des von den Abgeordneten D. Mumm und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend **Schutz der Feiertage** (Nr. 90 der Drucksachen).

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. Schreiber.

D. Dr. **Schreiber** (Z), Abgeordneter, Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Es ist zum Teil eine mißliche Sache, über den Haushalt des Reichsministeriums des Innern zu berichten, weil der Etat selbst im Ausschuß noch nicht völlig erledigt worden ist. Ich kann deshalb nicht mit erschöpfender Vollständigkeit sprechen, sondern nur einige wesentliche Grundzüge aus dem Haushalt des Reichsministeriums des Innern Ihnen hier vortragen.

Wenn ich zunächst mit der finanziellen Seite beginnen darf, so schließt nach den vorliegenden Entwürfen der Haushalt für 1924 mit 218 609 430 Mark und der Haushalt für 1925 mit 123 343 934 Mark ab. Das bedeutet also, daß für 1925 weniger angefordert werden: 95 265 496 Reichsmark. Die Minderaufwendung ist darauf zurückzuführen, daß in dem Haushalt für 1925 90 Millionen Mark weniger für **Zwecke polizeilichen Schutzes** eingestellt sind. Dieser Ansatz ist jedoch nach der Erläuterung im Haushalt nur ein vorläufiger. Nach den inzwischen von der Reichsregierung mit den Ländern getroffenen Vereinbarungen über den Finanzausgleich sollen den Ländern wiederum (D) die 90 Millionen Mark überwiesen werden. So beträgt tatsächlich die Ersparnis im Rechnungsjahr 1925 nur 5 265 496 Reichsmark.

Diese Ersparnis ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß inzwischen weitere Ausgaben für Kriegs- und Tumultschäden in Fortfall gekommen sind.

Man wird dem **Haushalt des Reichsministeriums des Innern** das Zeugnis zubilligen können, daß er auch in diesem Jahre äußerst vorsichtig aufgestellt ist, daß der Wirtschaftslage des Reichs in jeder Weise Rechnung getragen wurde. Man kann vielleicht dem Gedanken Ausdruck geben, daß bei der Aufstellung des Haushaltsplans hier und da zu sparsam verfahren worden ist. Es bestehen ja überhaupt große Unklarheiten über den Anteil, den dieses Ministerium am gesamten Reichshaushalt nimmt. Man ist vielfach der Auffassung, als wenn Kultuskosten und Kosten für Gesundheitswesen diesen Etat so stark belasten, daß der ganze Reichshaushalt dadurch sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Dinge liegen in Wirklichkeit geradezu umgekehrt. Wer einmal die Ziffern für das Jahr 1925 ermißt, erhält für den ordentlichen Haushalt des Reichs folgendes Bild. Der Anteil des Reichsministeriums des Innern an den Fortdauernden Ausgaben des Reichshaushalts ohne Kriegslasten beträgt 2,34 Prozent bei Einbeziehung der Polizeikosten, dagegen nur 0,48 Prozent, wenn man von den Polizeikosten absieht.

(Hört! Hört!)

Deshalb ist im Haushaltsausschuß zum Ausdruck gebracht worden, daß man unter Umständen die Frage

Die Stenographischen Berichte des Reichstags sind fortlaufend und einzeln durch den Verlag der Reichsdruckerei, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 166, zu beziehen.

(Sollmann, Abgeordneter.)

(A) kunftsgebilde werden, das sich einmal mit Stolz und in Wahrheit nennen mag: die deutsche Nation.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. **Bell**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Berndt.

Berndt (DNV), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Als wir hier zum letzten Male im Plenum den Etat des Reichsministeriums des Innern berieten — es war im Februar oder März 1923 —, stand die Beratung wie überhaupt alles damals unter dem Zeichen des gewaltsamen Einbruchs der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet. Aber keinerlei Drangsalierungen und Gewalttaten, weder Peitschenhiebe noch Zuckerbrot haben die Bevölkerung an der Ruhr und an dem Rhein — und mit Stolz sei es festgestellt, daß das gleiche auch von der Saar gilt — in der Treue zu ihrem Volk irgendwie zu beirren oder wankend zu machen vermocht. Den besten Beweis hierfür liefern die **Tausendjahrfeiern**, die wir jetzt allenthalben im Reich veranstaltet sehen, und die der Welt verkünden: Deutsch ist der **Rhein**, deutsch ist und bleibt die dortige Bevölkerung, deutsch ist und bleibt sie durch eigenen freien Willen und Entschluß.

(Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.)

Mächtig und eindrucksvoll erzählen diese Feiern der ganzen Welt von der Einheit der deutschen Stämme und davon, daß Not und Gefahr, Erniedrigung, Bedrückung und Mißhandlung für die Deutschgesinnung und das Deutschtum stärkere Klammern sind als Glück und Glanz.

Wenn heute das ganze Deutschland an diesem Be-
(B) kenntnis zum Deutschtum teilnimmt und dabei durchdrungen ist von dem Bewußtsein, daß ebenso wie die rheinische Not deutsche Not, die rheinische Feier eine deutsche Feier, eine Feier des ganzen deutschen Volkes ist, so kann diese Teilnahme nur im Sinne des Gelöbnisses erfolgen, sich aus Not, Zerrissenheit und Kleinmut aufzuraffen und in dem Kampf für deutsches Wesen so lange auszuharren, bis unserem Volke die Freiheit zurückgewonnen ist.

(Sehr wahr! rechts.)

Wegen der Erreichung dieses Zieles brauchte uns nicht so bange Sorge zu umfangen, wenn wir aus dem Verhalten und Beispiel der rheinischen Bevölkerung noch eine weitere Mahnung entnähmen und beherzigten, die Mahnung nämlich, endlich einig zu sein, einig schon um deswillen, weil der Feind auf deutschem Boden steht. Aber wie weit sind wir von dieser Einmütigkeit entfernt!

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Das klassische Beispiel hierfür bildete die Rede des sozialdemokratischen Vertreters, die wir soeben gehört haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Eine solche Fülle von Gehässigkeiten und Beschimpfungen in einer einzigen Rede zusammengefaßt, ist mir, so lange ich Mitglied dieses Hauses bin, kaum jemals vorgekommen.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ich folge dem Herrn **Abgeordneten Sollmann** auf diesem Wege nicht.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Das ist sehr bequem!)

— Sie werden das Nötige schon zu hören bekommen. — (C)

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Welches sind die Gehässigkeiten? Wo hat er geschimpft?)

Ich folge dem Herrn Abgeordneten Sollmann auf diesem Wege nicht, weder in der Form, noch in dem, was er zu den einzelnen Punkten ausgeführt hat. Ich folge ihm um deswillen nicht, weil ich keine Lust habe, mich in Polemiken zu erschöpfen, sondern weil ich den Willen habe, das zum Vortrag zu bringen, was wir positiv zum Etat des Innern zu sagen haben.

Nur das eine will ich feststellen, daß der Mann, der hier diese von Anfang bis zum Schluß mit Schimpfkanonaden erfüllte Rede gehalten hat —

(Entrüsteter Widerspruch und Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nennen Sie eine Beschimpfung! Sonst sind Sie ein Lügner!)

— Die ganze Rede war eine einzige Schimpferei gegen uns, eine Beschimpfung, eine Kränkung und Beleidigung für uns.

(Erneuter entrüsteter Widerspruch und Zurufe von den Sozialdemokraten: Gegen Ihr Gesindel! Sie haben von »Schimpfkanonaden« gesprochen!)

— Jawohl! Das gefällt Ihnen nicht.

(Zurufe von den Sozialdemokraten: Weil es unwahr ist!)

— Das Wort »Gesindel« ist wahrscheinlich auch keine Beschimpfung!

(Abgeordneter Sollmann: Ich habe nicht Sie gemeint, sondern Ihre Presse!)

— Ich will nur feststellen, daß Sie eben gesagt haben: (D)
»Ihr Gesindel«. — Ich weise darauf hin, daß der Mann, der diese Rede eben gehalten hat, einstmals deutscher Reichsinnenminister war, daß ihm alle die Aufgaben anvertraut waren, die er heute mit so eindringlichen Worten dem jetzigen Reichsinnenminister vor Augen geführt hat.

(Abgeordneter Sollmann: Lesen Sie nur einmal meine Rede durch!)

Im übrigen kann ich als Gesamtmotto über diese Rede nur setzen: »Du gleichst dem Geist, den du begreifst.«

(Zustimmung rechts. — Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Auf das andere werde ich, soweit es sachlich gewesen ist, im anderen Zusammenhang eingehen. Nur das, was hier vom 18. Januar gesagt wurde, will ich gleich an dieser Stelle erledigen, und zwar damit, daß ich auf das entschiedenste und nachdrücklichste die Art zurückweise, in der der Herr Abgeordnete Sollmann beliebt hat, von diesem Tage, der Millionen Deutscher ein heiliger Tag ist, zu sprechen.

(Bravo! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wahrlich, das, was der Herr Abgeordnete Sollmann uns hier über den 18. Januar vorgetragen hat, zeugt von geringer Geschichtskenntnis,

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Bei Ihnen!)

und zwar sowohl das, was er über das Sichzwingenlassen der deutschen Fürsten uns hier zum besten ge-

Namentliche Abstimmungen

in der 114. Sitzung am Freitag, den 7. August 1925

3. über den Änderungsantrag Müller (Franken) und Genossen — Nr. 1384 Ziffer 12 der Drucksachen — zur dritten Beratung des Entwurfs eines Einkommensteuergesetzes — Nr. 795, 1229, 1315 der Drucksachen —

4. Schlußabstimmung über den Entwurf eines Reichsbewertungsgesetzes — Nr. 797, 1237, 1340 der Drucksachen —

Name	3. Abstimmung	4. Abstimmung	Name	3. Abstimmung	4. Abstimmung	Name	3. Abstimmung	4. Abstimmung
Adams	Nein	Ja	Biester	—	—	Dr. Dernburg	Ja	Nein
Frau Agnes	Ja	Ja	Fürst Bismarck	Nein	Ja	Dr. Dessauer	enth.	Ja
Albrecht	Nein	Ja	Blum	Nein	Ja	v. Dewitz (Stettin)	Nein	Ja
Allekotte	Nein	Ja	Bock	Ja	Ja	Diernreiter	Nein	Ja
Alvers	Nein	Ja	Dr. Bockius	Nein	Ja	Dietrich (Baden)	Ja	Nein
Andre	enth.	Ja	Bohla	Ja	Nein	Dietrich (Franken)	Nein	enth.
Frau Anforge	Ja	Ja	Frau Bohm-Schuch	Ja	Ja	Dietrich (Prenzlau)	Nein	Ja
Frau Arendsee	Ja	—	Bolz	Nein	Ja	Dietrich (Thüringen)	Ja	Ja
Frau Arning	Ja	Ja	Bornefeld-Ettmann	Nein	Ja	Dietze	Nein	Ja
Aufhäuser	Ja	Ja	Borrmann	—	—	Diez	Nein	Ja
			Boffen	Nein	Ja	Dißmann	Ja	Ja
Bachmann	Nein	Ja	Braun (Düsseldorf)	—	—	Dittmann	Ja	Ja
Bachmeier	Nein	Ja	Dr. Braun (Franken)	Ja	Ja	Döbrich	Nein	Ja
Baecker (Berlin)	Nein	Ja	Dr. Brauns (M.-Gladb.)	Nein	Ja	Domsch (Dresden)	Nein	Ja
Bader	Ja	Ja	D. Dr. Dr. Bredt	Nein	Ja	Dorsch (Heffen)	—	—
Frau Bartels	Ja	Ja	Dr. Breitscheid	Ja	Ja	Drewitz (Berlin)	Nein	Ja
Dr. Barth	Nein	Ja	Brekelbaum	Nein	Ja	Dr. v. Dryander	Nein	Ja
Bartschat	Ja	Nein	Brey	Ja	Ja	Dunkel	Nein	Ja
Frau Dr. Bäumer	—	—	Brodauf	Ja	Nein			
Dr. Bayersdörfer	Nein	Ja	Bruhn	Nein	Ja	Eggers	Nein	Ja
Bazille	—	—	Dr. Brüning	Nein	Ja	Eggerstedt	Ja	Ja
Beck (Oppeln)	Nein	Ja	Brüninghaus	Nein	Ja	Ehrhardt	Nein	Ja
Becker (Arnsberg)	Nein	Ja	Buchholz	Nein	Ja	Eisenberger	Nein	Ja
Dr. Becker (Heffen)	Nein	Ja	Buchmann	Ja	Nein	Dr. Ellenbeck	Nein	Ja
Becker (Herborn)	Ja	Ja	Buchwitz	Ja	Ja	Emminger	Nein	Ja
Frau Dr. Behm	Nein	Ja	Budjuhn	Nein	Ja	Engberding	Nein	Ja
Behrens	Nein	Ja	Büll	Ja	Nein	Erkelenz	—	—
Beier (Dresden)	—	—	Bülow	—	Ja	Erfing	Nein	Ja
Dr. Bell	Nein	Ja				Effer	Nein	Ja
Bender	Ja	Ja	Cramm	Nein	Ja	Graf zu Eulenburg	Nein	Ja
Dr. Bergsträßer	Ja	Nein	Dr. Cremer	—	Ja	Dr. Everling	Nein	Ja
Berndt	Nein	Ja	Creutzburg	—	—			
Bernstein	Ja	Ja	Crispien	Ja	Ja	Feder	Nein	enth.
Graf v. Bernstorff	—	—	Dr. Crone-Münzebrock	Nein	Ja	Fehr	Nein	Ja
Bertz	Ja	Nein	Dr. Curtius	Nein	Ja	Fehrenbach	Nein	Ja
Dr. Beft	—	—				Feilmayr	Nein	Ja
Dr. Beusch	—	—	Damm	—	—	Feldmann	Ja	Ja
Beythien	—	—	Dauch (Hamburg)	—	—	Ferl	Ja	Ja
Bickes	Nein	Ja	Dauer	Nein	Ja	Findeisen	Nein	Ja
Biener	Nein	Ja	Dr. David	—	—	Fischbeck	—	—
			Dengel	Ja	Nein			

Name	3. Abstimmung	4. Abstimmung
Fischer (Berlin)	—	—
Dr. Fischer (Köln)	Ja	Nein
Fleißner	Ja	Ja
Florin	Ja	Nein
Dr. Frhr. v. Freytagh-Loringhoven	Nein	Ja
Dr. Frick	—	—
Frölich	Ja	Ja
Fromm	Nein	Ja
Geck (Mannheim)	—	—
Geisler	Nein	Ja
Gerauer	Nein	Ja
Dr. Gereke	Nein	Ja
Gerig	Nein	Ja
Geschke	Ja	Nein
Giebel	—	—
Giesberts	Nein	Ja
Giese	Nein	Ja
Dr. Gildemeister	—	Ja
Gok	Nein	Ja
v. Goldacker	Nein	Ja
Frau Golke	Ja	Nein
Dr. Goetz	—	—
Graef (Thüringen)	Nein	Ja
v. Graefe (Mecklenburg)	Nein	Ja
Graßmann	—	—
Groß	—	—
v. Guérard	Nein	Ja
Haag	Nein	Ja
Dr Haas (Baden)	Ja	Nein
Dr. Haedenkamp	Nein	Ja
Hamkens	Nein	Ja
Hampe	Nein	Ja
Dr. Hoetzsch	Nein	Ja
Dr. Hugenberg	Nein	Ja
Dr. Hugo	—	—
Hute	Nein	Ja
Hülser	Nein	Ja
Dr.-Ing. Hummel	—	—
Hünlich	Ja	Ja
Husemann	Ja	Ja
Hüttmann	Ja	Ja
Imbusch	—	—
Jäcker	Ja	Ja
Jacobshagen	Ja	Ja
Jadasch	—	—
Jandrey	Nein	Ja
Janschek	Ja	Ja
Janson	—	—
Joos	Nein	Ja
Dr. Jörissen	Nein	Ja
Frau Juchacz	Ja	Ja
Julier	Nein	Ja
Junke	Ja	Ja
Dr. Kaas (Trier)	Nein	Ja
D. Dr. Kahl	Nein	Ja
Dr. Kalle	Nein	Ja
Kaltenecker	Nein	Ja
v. Kardorff	—	—
Karsten	Ja	Ja
Katz	—	—
Keil	Ja	Ja
Keinath	Nein	Ja
v. Kemnitz	Nein	Ja
Kempkes	Nein	Ja
Kenzler	Ja	Nein
Lang	Nein	Ja
Frau Lang-Brumann	Nein	Ja
Lange-Hegermann	—	—
Laukötter	Ja	Ja
Laverrenz	Nein	Ja
Dr. Leber	Ja	Ja
Leicht	Nein	Ja
Dr. Lejeune-Jung	Nein	Ja
Lemmer	Ja	Nein
Leopold	Nein	Ja
Graf v. Lerchenfeld	—	—
Leutheußer	Nein	Ja
Dr. Levi	Ja	Ja
Limbertz	Ja	Ja
Lind	Nein	Ja
v. Lindeiner-Wildau	Nein	Ja
Lipinski	Ja	Ja
Löbe	Ja	Ja
Logemann (Hannover)	Nein	Ja
Lohmann (Altona)	Nein	Ja
Loibl	Nein	Ja
Dr. Löwenstein	—	—
Lübbring	Ja	Ja
Lucke	Nein	Ja
Ludendorff	—	—
Frau Dr. Lüders	Ja	Nein
Ludwig	Ja	Ja
Martin	Nein	Ja
Marx	Nein	Ja
Frau Dr. Matz	Nein	Ja
Meier (Baden)	—	—
Frau Mende	Nein	Ja
Mentzel	Nein	Ja
Merck	Nein	Ja

usw. usw. usw.

Zusammenstellung.

3. Abstimmung.

Abgegebene Stimmzettel	415
Ungültig	2
Bleiben gültig	413
Davon:	
Ja	169
Nein	242
Der Abstimmung enthalten	2
Summe wie oben.	

4. Abstimmung.

Abgegebene Stimmzettel	419
Ungültig	5
Bleiben gültig	414
Davon:	
Ja	359
Nein	53
Der Abstimmung enthalten	2
Summe wie oben.	

in seinen Bahnen bleibe. Im Saal leere Bänke, aber vorn auf den Plätzen der Führer je ein oder zwei Menschen, die auf jedes Wort achteten, das dem Gehege seiner Zähne entschlüpfte und ab und zu recht sachverständige und lästige Zwischenrufe machten. Ganz oben links auf der Galerie die Presse, von deren Berichten der ganze Erfolg der Rede abhängen würde.

Nach einer Stunde machte er Schluß. Bravo, bravo, kommt es schwach aus den Reihen seiner Fraktion. Ein Bekannter drückt ihm die Hand. Die Jungfernrede wäre überstanden.

Zu jedem Paragraphen des Gesetzes können Abänderungsanträge gestellt werden. Zu jedem Paragraphen kann geredet werden. Über jeden muß abgestimmt werden.

Sicherheben oder Sitzenbleiben, das sind Streitaxt und Hellebarde des Parlamentariers. Im Ernstfalle treten noch die roten, weißen und blauen Abstimmungskarten hinzu. Im anderen Falle der Hammelsprung! Selbst die beleibtesten Herren können ihn noch mitmachen. Die ganze Kunst besteht darin, entweder durch die Ja-Tür oder durch die Nein-Tür in den Saal zu kommen und sich beim Überschreiten der Schwelle zählen zu lassen. Der alte Weltenbummler Odysseus, der in hübscher Intarsienarbeit auf der Ja-Tür sich schon dreißig Jahre lang dem Erwischtwerden durch den blinden Polyphem entzieht, erinnert immer wieder an den Ursprung des Wortes.

Aber der Abgeordnete Müller ist doch froh, daß die Abgeordneten beim Hammelsprung nur die Rolle der Hammel und nicht diejenige des listereichen Odysseus zu übernehmen brauchen. Auf der anderen Seite, auf der Nein-Tür, zählt Rübezahl die Rüben. Eine nachdenkliche Sache für die Kommunisten und Sozialdemokraten, die dicht dabei sitzen.

Müller-Hinterwalden hatte vierzig Minuten geredet. Was würde die Presse bringen! Sie brachte vier Zeilen: „Müller-Hinterwalden „Neue Partei“: Die Eichung der Fieberthermometer ist notwendig. Dem deutschen Eichzeichen muß in Australien wieder Achtung verschafft werden. Die Arbeiter in den Glashütten brauchen verstärkten Schutz.“ Das war alles. Wörtlich stimmte diese Inhaltsangabe in allen Zeitungen überein. Nur die Bemerkungen über seine Person, den „Jungfernredner“ waren verschieden. „Der Redner, den die „Neue Partei“ vorgeschickt hatte, verspricht eine der dereinstigen Größen des Reichstags zu werden, mit solch überlegener Sachkunde meisterte er den schwierigen Stoff“, schrieb die „Neue Zeitung“, sein Parteiblatt. „Dieser Müller-Hinterwalden hätte ruhig hinterm Walde bleiben sollen, der Reichstag wäre nur um einen der langweiligen Nichtswisser ärmer“, hieß es in einer Zeitung der Gegner.

Er hob sich die Urteile über seine Person fein säuberlich auf, aber er ärgerte

Die Zollvorlage im Spiegel von sieben Zeitungsberichten vom 11. 8. 1925.

Vorwärts.

Die Zollmehrheit des Reichstages krönte gestern ihre Durchpeitschungspolitik mit einem äußersten Gewaltakt. Sie beantragte, über alle Abänderungsanträge der Opposition zur Tagesordnung überzugehen. Eine weitere sachliche Beratung und Beschlußfassung über die Zollvorlage wurde durch diesen Gewaltstreich unmöglich gemacht.

Als Protest gegen diesen Gewaltakt verließ die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Sitzung des Reichstags.

Zur Begründung dieses Schrittes gab Genosse Wels im Namen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgende Erklärung ab:

„Wir Sozialdemokraten haben ein starkes Gefühl für die Würde des Parlaments. Während der letzten Wochen hat die Partei das wiederholt ausgesprochen, und sie hat sich mit Hingebung aller Kräfte der vielen Aufgaben unterzogen, die dem Parlamente in der letzten Zeit gestellt waren. Ernste und sachliche Arbeit ist von uns bisher unter den schwierigsten Verhältnissen und sogar unter der Verhöhnung der Rechtsparteien geleistet worden (Sehr wahr! links).

Uns ist Demokratie etwas Heiliges. Hier findet jetzt eine Entwürdigung der Demokratie statt."

Die Zollvorlage wurde gestern abend vom Reichstag in zweiter Lesung angenommen. Nachdem Sozialdemokraten und Kommunisten den Saal verlassen hatten, stimmten in einfacher Abstimmung die Mehrheitsparteien des Hauses dem Gesetz zu. Die Demokraten enthielten sich der Abstimmung. Über alle Abstimmungsanträge der Linken wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Deutsche Tageszeitung.

Nachdem in den Nachmittagsstunden das Redebächlein der Oppositionsparteien unendlich seicht und kärglich dahingeplätschert war, gelangte man schließlich in der zehnten Stunde, nach physischer und zeitlicher Erschöpfung auch der linken Obstruktionsgelüste, zum entscheidenden Punkte, zur Abstimmung. Es lagen von der Opposition „nur" einige 110 Abänderungsanträge vor, Anträge, durch deren einzelne Begründung man die Sabotage-Aktion fortzusetzen gedachte. Diesem löblichen Vorhaben schoben die Mehrheitsparteien einen Riegel vor, indem sie beantragten, über alle zu den §§ 1—7 des Zollgesetzes gestellten Anträgen zur Tagesordnung überzugehen und diese Paragraphen in einer Abstimmung anzunehmen. Selbstverständlich wurde dieser Antrag von links her mit dem üblichen Lärm begrüßt, und es erhob sich die unvermeidliche Geschäftsordnungsdebatte, an der sich, der Unparteilichkeit wegen, auch der Präsident Löbe im Sinne der Opposition beteiligte. Als strammer Schützer der Rechte der Minderheit — wenn nämlich sie selbst dazu gehören, — verließen die Sozialdemokraten zum Zeichen ihres Protestes den Saal, um sich an der weiteren Erledigung des Gesetzes nicht mehr zu beteiligen. Ihnen schlossen sich, zur allgemeinen Erleichterung, mit entsprechendem Getobe die Kommunisten an. Nachdem der Abgeordnete Fehrenbach in überzeugender Weise die juristische und praktische Berechtigung nachgewiesen hatte, auf Grund der Geschäftsordnung so zu verfahren, wie die Mehrheitsparteien beantragen, kommt man zur Vornahme der Abstimmungen. Dabei bleibt die zeitraubende Prozedur der namentlichen Abstimmung erspart, so daß die Annahme des Zollgesetzes in zweiter Lesung in wenigen Minuten erfolgt ist. Am Mittwoch steht in dritter Lesung die endgültige Entscheidung an. Dann erst wird der Reichstag sagen dürfen, er habe eine beträchtliche Arbeit zum Wohle des Volkes erfolgreich bewältigt.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Bei einer Stille, die fast feierlich wirkte, hat der Reichstag gestern abend 10½ Uhr die zweite Beratung der Vorlage über Zolländerungen zu Ende geführt. Ein heißumstrittenes Gesetzgebungswerk ist damit durch eine Brandung, die noch gestern einmal heftig aufschäumte, in den Hafen gesteuert worden. Die entscheidende dritte Lesung wird, da an dem Geschick des Ganzen nichts mehr geändert werden kann, die Landung bringen. Ein neuer Erfolg der Regierung, ein neuer Beweis für das feste Zusammenhalten ihrer Koalition in förderlicher Zusammenarbeit.

Die länger als zwölfstündige Sitzung brachte nach den bewegten Vormittagsvorfällen keine Aufregungen mehr. Der Nachmittag verlief unter endlosen Reden der Opposition, die nichts Neues mehr enthielten. Die Geschäftsordnungsdebatte und die Abstimmungen gingen geradezu unter befremdender Ruhe vor sich. Die beiden Linksparteien hatten vorher den Saal verlassen. Sie meinten es mit dieser Geste aber nicht so arg. Man sah abseits der verödeten Bänke etliche der Schmollenden auf weniger exponiertem Platze, so auf der Pressetribüne, wieder auftauchen, um der boykottierten Schlußphase des bedeutsamen Gesetzgebungswerkes von hier aus beizuwohnen. Auf diese Weise entgingen ihnen die schönen Worte Herrn Fehrenbachs über wahren Parlamentarismus nicht, und dem Götzen der verneinenden Opposition war Genüge getan. Der gestrige Tag hat wieder einmal gezeigt, daß seine Zeit vorbei ist.

Die Zollvorlage im Spiegel von sieben Zeitungsberichten vom 11. 8. 1925.

Vossische Zeitung.

Der Reichstag hat gestern abend in zweiter Lesung die Zollvorlage nach der Ausschußfassung angenommen. Die schnelle Erledigung des umfangreichen Gesetzes wäre auch trotz der Kürzung der Redezeit nicht möglich gewesen, wenn sich nicht die Regierungsparteien noch weiter über die parlamentarischen Regeln hinweggesetzt und den Antrag eingebracht hätten, über alle Abänderungsanträge zu den §§ 1 bis 7 des Zollgesetzes zur Tagesordnung überzugehen und in einer einzigen Abstimmung über die gesamte Vorlage zu befinden.

Rote Fahne.

Nach der Rede unseres Genossen Putz tagte der Reichstag weiter bis gegen ½11 Uhr. Die Zollwucherparteien haben die Durchpeitschung der Zollvorlage in zweiter Lesung durchgesetzt. In einem skandalösen Verfahren wurden all die Hunderte Abänderungsanträge im Bausch und Bogen abgewürgt. So wurde wieder unter Bruch der Verfassung und der Geschäftsordnung die Beendigung der zweiten Lesung erreicht. Wegen der Verfassungsfeier ist am heutigen Dienstag Reichstagspause, die Zollwuchermehrheit denkt, am Mittwoch die dritte Lesung der Zollvorlage durchpeitschen zu können.

Kreuz-Zeitung.

Nach dem Hinauswurf der Bolschewisten ging es gestern nachmittag im Reichstag sehr ruhig zu. Es wurden übrigens außer Schütz noch vier Kommunisten, und zwar die Abgeordneten Torgler, Münzenberg, Geschke und Neddermeyer, ausgeschlossen. Der furchtbare Skandal ließ auch auf der Journalistentribüne nicht alles verstehen. In bunter Reihe nahmen kommunistische, sozialdemokratische, demokratische Abgeordnete das Wort, um gegen die Zollvorlage zu wettern und zwanzigmal Gesagtes wiederzukäuen.

Während im Plenum die Verhandlungen weitergingen, beschäftigte sich der Ältestenrat mit den skandalösen Ereignissen des Vormittages Wie nicht anders zu erwarten war, billigte die Mehrheit des Ältestenrats das ebenso energische wie erfolgreiche Auftreten des Vizepräsidenten Graef (Thüringen) gegen die Bolschewisten. Es gibt eben auch im so zügellosen Listenreichstag der Republik große Parteien, die sich zu bürgerlicher Gesittung und Ordnung bekennen.

Im Plenum führten gestern die Sozialdemokraten bewegliche Klage über ihre Ausschaltung, immer wird von den roten Rednern darüber gejammert, daß sich die Regierungsparteien um die internationalen Demagogen nicht gekümmert haben. Unsere Leser werden sich erinnern, daß gerade die Sozialdemokraten, überall wo sie an der Macht waren, die große Deutschnationale Volkspartei mit offen zur Schau getragenem Zynismus an die Wand gedrückt haben. Die Sozialdemokraten haben zur Zollvorlage über hundert, die Bolschewisten über dreihundert Abänderungsanträge eingebracht.

„Der Tag."

Eines guten Kriminalschutzmanns Arm ist besser als die Schmutz und Feuer speienden Mundwerke von 32 rüpelnden Parlamentariern.

Als die Zollvorlage in ihrer zweiten Beratung wiederum durch schmieriges Gassen- und Gossengebrüll unterbrochen wird, wieder und immer wieder, als sogar der Präsident die bösesten Kaschemmenbezeichnungen hinnehmen muß, schafft der energische, nur begrenzten Spaß verstehende Herr Graef so grimmige Ordnung, daß den Brüllpolitikern langsam aber sicher der Mut und die Luftzufuhr mangeln und schließlich alles hübsch friedlich zugeht, als sei nicht soeben noch Hauspolizei im Saal gewesen.

Dieser Tag der besonders zahlreichen Hinauswürfe hat sicherlich seine besondere Bedeutung. Nicht etwa wegen des Charakters der Maßnahmen, der allmählich ebenso unvermeidlich wie bestens bekannt, sondern wegen der deutlich feststellbaren Besänftigung, die diese Maßnahmen auf die Kommunisten ausübten.

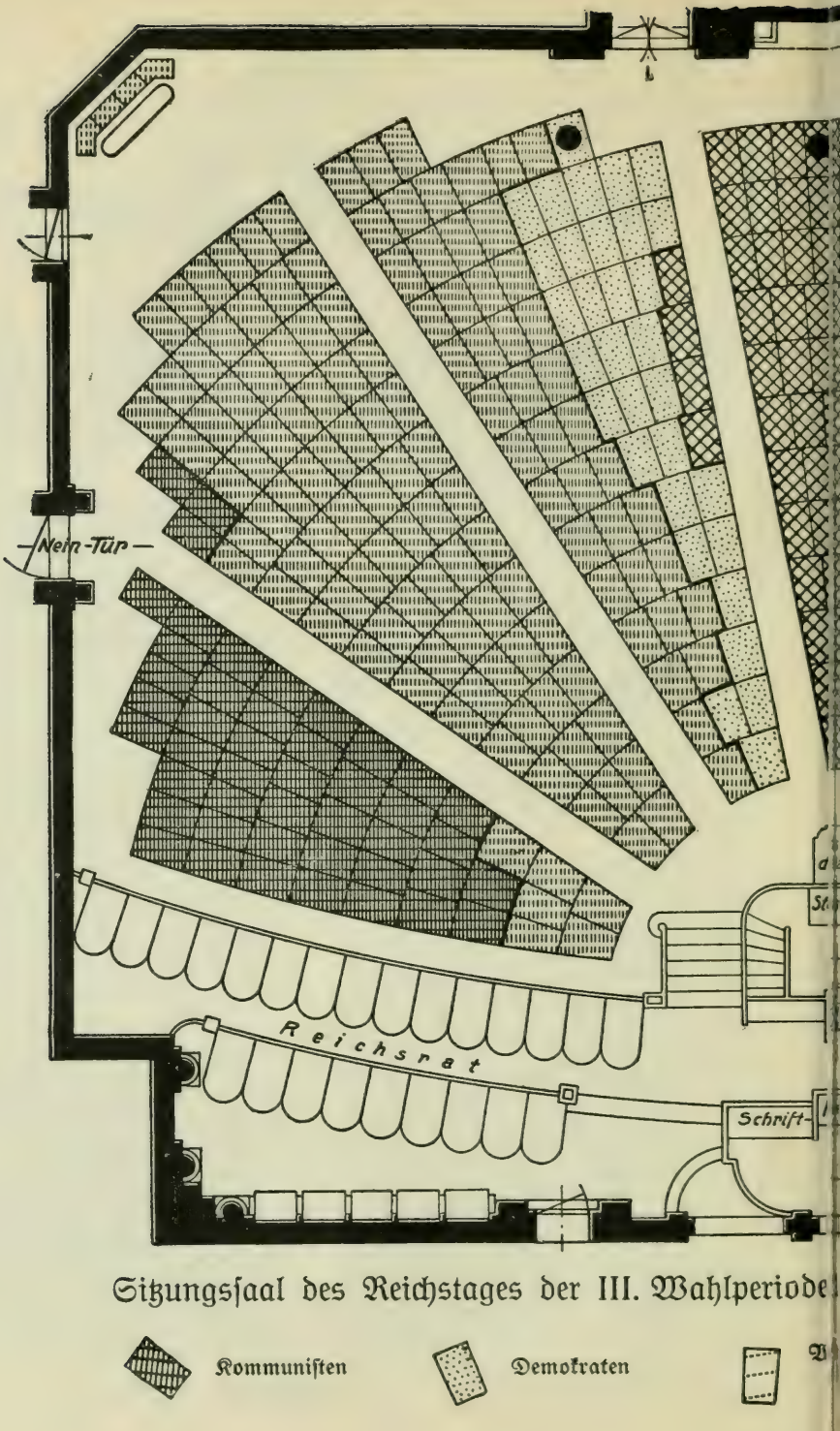
Die Herren kommen doch allmählich zu der Überzeugung, daß das von Moskau gewollte und von ihnen folgsam erstrebte Ergebnis der skrupellosesten Radau-Obstruktion in keinem sehr nützlichen Verhältnis zu dem Schaden steht, der der Fraktion durch Sammelausschluß auf längere Zeit erwachsen müßte. Sie beginnen allmählich klar zu erkennen, daß in Deutschland seit längerer Zeit schon kein Hahn mehr kräht, wenn wildgewordene Moskauer Rüpel zur Entrichtung des üblichen Ferkengeldes gezwungen werden: es ist kein Ereignis mehr, es ist eine Bagatelle.

Den sozialdemokratischen Genossen, die hinsichtlich der Auswahl und Modifizierung ihrer Obstruktionspläne tatsächlich noch schwankten, mag dieser plötzliche scharfe Wind nicht besonders willkommen gewesen sein.

Doch ist es bestimmt für alle Beteiligten besser, wenn man den Rolltuttscherstten im Hause den denkbar stärksten Riegel entgegensetzt, ohne sonderlich Wesens davon zu machen.

Im übrigen verläuft der Tag so grau und so trostlos wie stets. Es kämpft gegen bittere und sonnenklare Notwendigkeit ein Heer der geharnischten Phrasen.

Sehr wenige prüfen unter den Widerspruchsleuten, sehr viele schwatzen blindlings dahin...



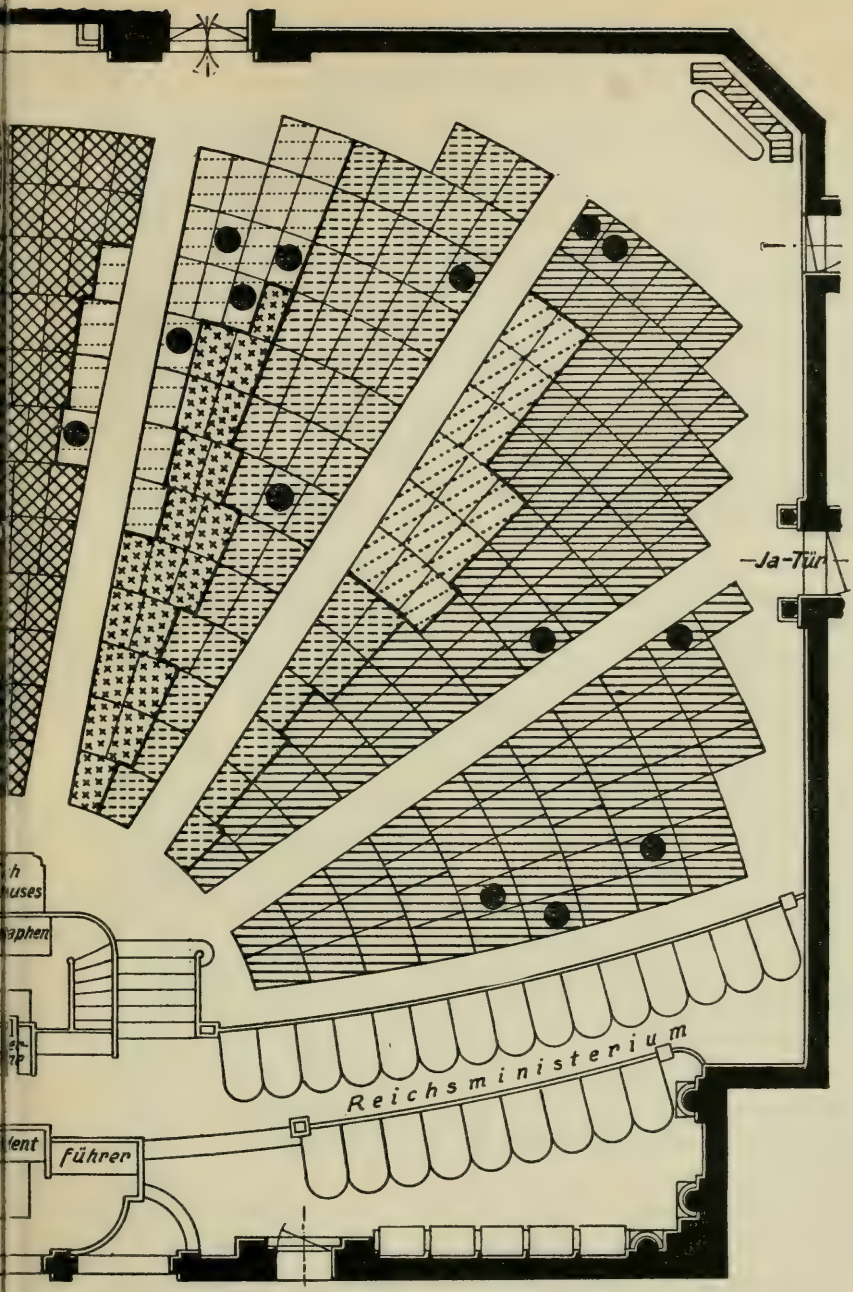
Sitzungssaal des Reichstages der III. Wahlperiode

Kommunisten

Demokraten

Sozial-
demokraten

Zentrum



)24 mit den Sitzen von Vertretern des Handwerks

haftl.
g.

Deutsche Volkspartei

Deutschnationale

ische
partei

Nationalsozialisten

Sitze von Vertretern des Handwerks

sich auch, daß die Presse aus seiner Rede einen derart belanglosen und farblosen Auszug gebracht hatte. Wie kam es überhaupt, daß alle Zeitungen denselben ungenügenden Bericht bringen konnten? Die ganze Pressetribüne hatte doch voll Menschen gesessen. Hatten die denn alle nicht zugehört? Der Fraktionskollege, der mit dem Verkehr mit der Presse beauftragt war, lüftete das Geheimnis: Sämtliche Zeitungen sind auf den Parlamentsbericht des „Vereins deutscher Zeitungsverleger" abonniert. Er erscheint in zwei Ausgaben. Einer mit ganz kurzen, einer mit etwas längeren Auszügen aus den Reden. Normalerweise bringt nun jede Parteizeitung die Reden ihrer eigenen Abgeordneten im langen, die Reden der Gegner im kurzen Auszuge. Parteilose Generalanzeiger bringen die Reden der Berühmtheiten im langen, die Reden der Unbekannten im kurzen Auszuge. Die eigenen Korrespondenten liefern nur Stimmungsbilder dazu. Bekannt sind die Parlamentsstimmungsbilder von „A" (A. Stein-Rumpelstilzchen), die in der Rechtspresse erscheinen und unter dem Titel „Friedrich der Vorläufige, die Ziet und die Andern" gesammelt in Buchform die Geschichte der Nationalversammlung lebendig erhalten haben. Der nächste Band „Unter Abgeordneten, Ministern und Vorbestraften" greift die ersten Jahre des darauf folgenden Reichstags heraus.

Während „A" dem „Tage" seine Stimmungsbilder liefert, machen im „Berliner Tageblatt" Dombrowski und Dr. Feder durch ihre Reichstagsberichte Politik. In der „Vossischen Zeitung" schreibt Georg Bernhard, im „Vorwärts" Stampfer, in der „Germania" meist ungenannte Zentrumspolitiker und in der „Roten Fahne" unter Decknamen versteckte Ausländer.

Die Rede gut ausarbeiten und ihre Niederschrift im voraus einem maßgeblichen Journalisten in die Hand geben, das sei ein Weg, um in der Presse gerecht gewürdigt zu werden. Man riskiere allerdings, daß einem dann überhaupt keiner zuhöre, wurde Herrn Müller mitgeteilt. Er begriff bald die Technik des Nachrichtendienstes, lernte die Vertretung von W.T. (Wolfs-Telegraphenbüro) und T.U. (Telegraphen-Union) im Reichstage kennen. Dieser und jener Zeitungsvertreter wurde ihm vorgestellt. Alle waren zuvorkommend freundlich, aber bei ihm blieb das Gefühl der Unzulänglichkeit in der Beherrschung dieser Klaviatur.

Wer auf diesem Instrument zu spielen verstände, wie Erzberger es gekonnt, wie Stresemann, der müßte bald ein Großer werden können unter den Fünfhundert! Mit welchem Neid hatte man in der Fraktion einen zwar jungen, aber verdammt gerissenen Abgeordneten angesehen, als es ihm gelungen war, in der Presse aus seiner Rede eine Sensation zu machen!

Die Reden zu Müllers Fieberthermometergesetz füllten einen ganzen Nachmittag. Müller saß vorn auf dem vordersten Platz seiner Fraktion und bei

den Abstimmungen richtete sich alles in der Fraktion nach ihm. Nur die Exporteure verfolgten persönlich den Gang der Verhandlungen Paragraph für Paragraph und stimmten bei zwei Gelegenheiten anders als ihre Fraktionsfreunde.

Ehedem gab es im Reichstage eine unbegrenzte Redezeit. Kommunistischen Dauerrednern wie dem Abgeordneten Höllein ist es zu danken, daß die neue Geschäftsordnung vom 12. Dezember 1922 eine Höchstredezeit von einer Stunde festgesetzt hat. Auch diese Redezeit ist noch recht reichlich. Ihre volle Ausnutzung hätte jeder Fraktion bei der Verhandlung über die Zollvorlage im August 1925 eine Redemöglichkeit von etwa 280 Stunden gegeben. Da aber der Reichstag mit Mehrheit eine Herabsetzung der Redezeit beschließen kann, beschloß er in diesem Falle eine Gesamtredezeit von nur vier Stunden für jede Fraktion.

Unser Müller, der jeder Fraktion angehört und infolgedessen keiner, hat natürlich als absolutes Grünhorn auch jedem Reichstage angehört und infolgedessen keinem. Er erlebte die Zeiten der langen Reden. Er erlebte aber auch ebenso neu und unerfahren die Zeiten der begrenzten Reden. So erlebte er auch die merkwürdige Situation dieser Zollkämpfe. 270 Abgeordnete der Mehrheit standen gegen 222 Abgeordnete der Minderheit, also hätte das Durchsetzen dieser Gesetze eine Kleinigkeit sein müssen — meinte Herr Müller.

Aber, als am achten August, mittags um 1 Uhr die Opposition auf einmal „Vertagung" beantragte und die „Beschlußfähigkeit des Hauses" bezweifelte, fehlten zwei Stimmen an dieser Beschlußfähigkeit. Die ganze Opposition hatte den Saal verlassen. Nur die Anhänger der Vorlage blieben „anwesend".

Bei 247 wäre die Beschlußfähigkeit vorhanden gewesen — einer mehr als die Hälfte — aber nur 245 waren im Laufe der entscheidenden zehn Minuten im Saale anwesend. Wo waren die übrigen fünfundzwanzig? Herr Müller konnte es nur von zwei Fraktionen erfahren. Da war ein Abgeordneter schon seit Monaten „total verschollen", d. h. er saß zu Hause oder im Landtage seines Ländchens und kümmerte sich nicht um seine Mandatspflichten im Reichstage. Weder das tägliche Reichstagstelegramm, noch drohende Zeitungsnotizen, noch Briefe seiner Fraktionsleitung vermochten ihn herbeizuzaubern. Ein zweiter hatte weit im Süden Pflichten als hoher Staatsbeamter. Der dritte stand am Sterbebette seines Vaters, der vierte am Krankenlager seines schwer verunglückten Eheweibes. Ein Fabrikant bemühte sich, den Wochenlohn für seine 500 Arbeiter aufzutreiben, ein anderer jagte von Bankhaus zu Bankhaus um einen Wechselprotest zu verhindern. Zwei ganz Naive waren nach ihrem Klub zum Mittagessen gegangen. Ein Minister speiste beim fremden Gesandten. Ein fast achtzigjähriger Militär hatte sich zum gewohnten kurzen

Mittagsschlaf zurückgezogen. Ein Rechtsanwalt kämpfte in einer Generalversammlung um seinen Aufsichtsratsposten.

Gegen Abend hatten die Fraktionsleitungen von diesen Fehlenden so viele herangeholt, daß die Beschlußfähigkeit wieder erreicht war. Andere reisten dafür aus anderen unaufschiebbaren Gründen ab. Die Vorherrschaft innerhalb der Herrschaft der Fünfhundert ist nur durch dauernde Anwesenheit zu erhalten. Dauernde Anwesenheit so vieler Abgeordneter, die nicht Berufsparlamentarier sind, ist aber fast eine Unmöglichkeit. Dauern die Sitzungen zu viele Tage, Wochen Monate, so sind die Abgeordneten nicht zusammenzuhalten. Will man diesem Übelstand durch Konzentrierung der Beratungen auf wenige Dauersitzungen abhelfen, so treten andere Betriebsstörungen ein.

Müllers Fieberthermometergesetz sollte zwischen anderen drängenden Arbeiten in dritter Lesung an irgend einem Tage nebenher mit erledigt werden. Es war schon neun Uhr abends geworden. Da platzten bei einem der vorhergehenden Tagesordnungspunkte die Geister aufeinander. Die Opposition beantragt „Vertagung".

Die Regierungsparteien aber wollen ihr Gesetzgebungswerk noch bis zu einem bestimmten Punkte fördern — selbst wenn es darüber Mitternacht wird.

Heftige Geschäftsordnungsdebatte. Erregt drängt alles nach vorn und versperrt den vorn sitzenden Abgeordneten der Mittelparteien die Aussicht. Trägt vielleicht auch menschliche Ausdünstungen dorthin, redet laut, so daß ein dort sitzender Geistlicher den Präsidenten um die übliche Aufforderung bittet, die Plätze einnehmen zu lassen. „Verfluchter Pfaff!" schreit ihn ein Kommunist an. Und sofort sind erregte Auseinandersetzungen, Bedrohungen mit Fäusten, wilder Lärm Inhalt des tiefsten Teiles jenes Trichters, den man Sitzungssaal nennt.

Der Präsident verläßt seinen Stuhl. Die Sitzung ist damit unterbrochen. Der Ältestenrat tritt zusammen.

Darin, daß die Beleidigungen gerügt werden müssen, sind sich dort alle Parteien einig. Aber in der posenlosen Art, in der im Ältestenrat die ergrauten Verantwortungsträger ihrer Fraktionen mit einander verkehren und sich aussprechen, rollt ein Laufbild der ganzen Bedingtheiten dieses Getriebes herunter.

„Betrachten wir doch die Dinge, wie sie sind", beginnt ein Sprecher der Opposition seine Rede. „Wir hatten beschlossen, vor vier Wochen die Tagung zu schließen. Am 4. Juli sollte es sein. Morgen ist der erste August. Weil Sie, die Regierungsparteien, aber die Gesetze, die wir jetzt beraten, noch vor den Ferien fertig haben wollen, sitzen wir heute noch hier. Wir haben seit fünf Wochen jeden Morgen um 10 Uhr im Ausschuß begonnen und nachts um

11 Uhr das Haus verlassen. — Sie, die Regierungsparteien, haben allerdings auch noch die Nächte hindurch mit der Regierung zusammen gesessen. Dafür haben Sie nun Ihr Kompromiß fertig. Sie wissen auch, wie Sie es vor dem Lande begründen werden. Hier schweigen Sie. Sie schweigen und stimmen ab. — —

— — Aber wir sind gegenüber unsern Wählern verpflichtet, Aufklärung über jeden einzelnen Paragraphen zu verlangen. Wir sind gewählt worden, damit wir Ihnen vor aller Öffentlichkeit unsere Kritik und die Gegengründe gegen Ihr Werk sagen. — Es ist auch nicht zwecklos, denn gestern haben Sie mitsamt der Regierung doch in einem Einzelfalle uns Recht geben und unserm Antrage zustimmen müssen.

Nun reden unsere Redner — Die Redner von vier Oppositionsparteien zu jedem neuen Paragraphen. Die reden doch nicht zum eigenen Vergnügen. Aber Sie antworten nicht nur nicht, Sie bleiben draußen vor dem Saal und kommen nur zu den Abstimmungen herein. Wir beantragen Vertagung. Sie beschließen Weiterberatung. Unser Redner spricht. Sie verlassen den Saal. Das empört schließlich den Ruhigsten in unseren Reihen. Das ist die Vergewaltigung auf kaltem Wege. Nun wollen Sie die Nächte hindurch weitertagen. Sie haben Ihre Kranken und Beurlaubten herangeholt, damit Sie die paar Stimmen Mehrheit jederzeit präsent haben können, um die Beschlußunfähigkeit zu verhindern. Aber bedenken Sie, es ist August. Gestern hatten wir den ersten Ohnmachtsfall hier im Saale. Wollen Sie den ersten Schlaganfall mitten in der Sitzung wirklich herbeiführen? Sehen Sie von Dauersitzungen ab und tagen Sie dafür soviel Tage länger.

Wollen Sie es nicht, dann müssen auch wir zu schärferen Kampfmitteln greifen. Beschließen Sie Nachtsitzungen, dann beantragen wir zu jedem Paragraphen namentliche Abstimmung. Das sind fünfhundert namentliche Abstimmungen oder hundertfünfzig Stunden oder fünfzehn volle Tage allein für Abstimmungen.

Bedenken Sie, daß der Parlamentarismus eine Einrichtung ist, die den Minderheiten, die über mehr als ein Drittel aller Sitze verfügen, Waffen genug in die Hand gibt, um jedes parlamentarische Arbeiten vom guten Willen dieser Minderheiten abhängig zu machen. Wir können zwar nichts ohne Sie. Sie können aber auch fast nichts gegen unsern guten Willen, die Sache wenigstens passieren zu lassen. Das liegt eben im System."

Demgegenüber sagen die Führer der Mehrheit wenig. Sie wollen handeln, das heißt abstimmen. Sie wollen aufbauen, deshalb müssen sie schweigen. Selbst hier erweist sich die Rede als der Feind der Tat.

Aber untereinander gestehen sie sich mit schwerer Sorge ein, daß sie für eine

viele Wochen währende Tagung ihre Kranken und Unluſtigen nicht mehr zuſammenhalten können — —

So ergeben ſich die ſcheinbaren Unbegreiflichkeiten des parlamentariſchen Getriebes. Vielleicht kann man nirgends mit dem Kopf durch die Wand rennen. Hier in dieſem Hauſe aber kann man's ſicher nicht. Hier herrſchen Betulichkeit, Bedächtigkeit und Liſt. Brutale Gewalt — und ſei es ſelbſt nur durch Abſtimmungen und nicht durch wirklichen Waffengang — feiert hier ſelten Triumphe.

Müller-Hinterwalden gehört natürlich noch nicht zum Älteſtenausſchuß. Er erfährt nichts vom Inhalte dieſer Sitzung.

„Weshalb beſchließt der Älteſtenrat nicht einfach — — —“ fragt er kopfſchüttelnd. — — — „Bitte, der Älteſtenrat kann nichts beſchließen. Er kann ſich nur einigen. Er kann dem Plenum Vorſchläge machen. Er kann dem Präſidenten Ratſchläge geben. Mehr nicht. Der Präſident hat ſelbſt die Macht — — —“ — „Ja, warum läßt denn der Präſident ſo lange Geſchäftsordnungsreden zu?“ — —

— „Der Präſident iſt doch ſelbſt Mitglied der Oppoſition.“ —

— „Aber geſtern der Vizepräſident, warum tat der es, er iſt doch — — —“

— „Jawohl, aber er hat nicht die zwingende Autorität, weil er eben nur Vize iſt.“

Müller-Hinterwalden ſteigt es heiß in den Kopf. „Dann können die Oppoſitionellen mit uns ja machen, was ſie wollen!“ ſtöhnt er verzweiflungsvoll. — — —

„Ach nein, das nicht! Aber wir können nicht machen, was wir wollen, ſondern eben nur das, was wir können. Darüber ſind Sie ſich ſcheinbar noch nicht klar, Kollege Müller. Sie müſſen erſt lernen, was Parlamentarismus iſt.“ — —

Am Tage darauf ging die dritte Leſung des Fieberthermometergeſetzes unbemerkt im Zeitraume von zwei Minuten über die Bühne. Bei der Schlußabſtimmung ſtimmten verſehentlich ſogar die Exporteure mit „ja“. Weil ſie ſo eifrig über den ſiameſiſchen Handelsvertrag miteinander ſprachen, hatten ſie gar nicht gemerkt, worüber ſoeben abgeſtimmt wurde und waren mechaniſch mit aufgeſtanden, als ſich alles von den Plätzen erhob. Jetzt ſchimpften ſie und hatten zum Schaden auch noch den Spott.

Große Heiterkeit

Als das Berliner Schimpforgan des Herrn Ledebour mit Wohlbehagen jenes bekannte Bildchen brachte, das den luſtigen Ausſpruch des Abgeordneten Müller-Hinterwalden:

„Es ist wie mit dem abgehackten Hundeschwanz,
dem man den Lebensfaden stückweise ausbläst."

illustrieren sollte, vergaß es seinen Lesern mitzuteilen, daß solche rednerischen Entgleisungen im Deutschen Reichstag gar nichts Seltenes sind. Wie sollte es auch anders sein? An 200 Tagen im Jahre wird angesichts leerer Bänke und überfüllter Tribünen und angesichts zweier emsiger Bleistifte der Reichstagsstenographen und einem Dutzend noch viel schärfer gespitzter Bleistifte der Herren und Damen von der Presse von mittags 2 Uhr bis abends um 7 Uhr — — — „geredet". Gar nicht selten werden sogar Überstunden gemacht.

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold! Wenn allerdings das Reden, was im Reichstag geschieht, wirklich Silber wäre, dann würden wir die Reparationsforderungen der Feinde bequem bezahlen können. 5733 Seiten hat die Nationalversammlung in 180 Sitzungen geredet, 12830 Seiten der erste Reichstag der Republik in 411 Sitzungen, der kurze Reichstag hat in 29 Sitzungen 1150 Seiten geredet. Auf wieviele mag es der dritte bringen?

Aber im Reichstag wird nicht etwa nur in den Stunden geredet, über die die Zeitungen berichten, in den Stunden „der Plenarsitzung", nein in den anderen Stunden wird noch viel mehr geredet. Während der Plenarsitzungen redet im großen Saal im allgemeinen doch nur einer, und all die anderen dürfen ihm höchstens zuhören. Aber vorher, des morgens von 10—1 Uhr tagen zwei Treppen hoch in all den vielen schönen und großen Sitzungszimmern die Kommissionen, die man jetzt „Ausschüsse" nennt. Jeden Morgen ein Dutzend nebeneinander. Während dieser Stunden redet also andauernd in jedem dieser Ausschüsse mindestens einer, und dort hören die anderen auch wirklich zu.

Aber es wird noch mehr geredet im Reichstag. Denn die Abgeordneten des deutschen Reichstags bilden ihre neun Fraktionen: Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Zentrümler, Wirtschaftsparteiler, Bayern, Deutsche Volksparteiler, Nationalsozialisten und Deutschnationale. Alle diese Fraktionen halten täglich ihre Fraktionssitzungen ab, je nachdem, ob die Herrschaften Frühaufsteher oder Spätzubettgeher sind, morgens um neun Uhr oder abends nach dem Plenum.

Wer wundert sich also, wenn er hört, daß im Reichstage rednerische Entgleisungen, wie die mit dem stückweise zu Tode geblasenen Hundeschwanz, eigentlich an der Tagesordnung sind? Oft merken es die Redner selbst, daß da plötzlich ein Satz dem Gehege ihrer Zähne entschlüpft ist, dem sie lieber den Austritt verwehrt hätten.

Das Gefühl glaubte Herr Müller auch bei dem demokratischen Abgeordneten Erkelenz zu bemerken, als der in den letzten Tagen einer Sommersitzung zu

einem Sozialversicherungsgesetz sprach. Erst suchte er nach Worten, machte gedehnte Handbewegungen, die Geburt des Gesetzes war offenbar nicht leicht, und dann kam es heraus: „Meine Damen und Herren! Das Gesetz, das wir jetzt machen, der Schritt, den wir jetzt tun, ist nichts Besonderes, nichts Unerhörtes, ja, man kann sagen, dieser Schritt lag seit Jahren in der Luft."

Wenn so etwas gesagt wird, dann merkt man doch, daß die zeitungslesenden und briefschreibenden Zuhörer unten im Sitzungssaal wenigstens mit einem Teil ihres Gehörs immer noch beim Redner sind, denn fröhliches Lächeln erscheint auf allen Gesichtern, jeder stellt sich den Schritt vor, der in der Luft liegt, denkt an den kleinen Däumling mit den Siebenmeilenstiefeln oder an Münchhausens Abenteuer, und die stille Fröhlichkeit, die sich bei diesem oder jenem temperamentvolleren Zuhörer auch etwas lauter äußert, steigt zum Redner empor, auf dessen Antlitz sie sich verklärt widerspiegelt. — — Wenn er ein einigermaßen gemütlicher Herr ist wie der Abgeordnete Erkelenz.

Wenn er aber ein verbissener Fanatiker ist, wie der kommunistische Abgeordnete Höllein, dann kommt's anders. Herr Höllein verfügt über eine außerordentlich bilderreiche Sprache und über eine Ausdauer im Reden, vor der Freund und Feind fluchtartig den Sitzungssaal verlassen. Wie lange er reden kann, hat unser Müller im ersten Reichstage der Republik zweimal erfahren; einmal zu seinem Leidwesen und einmal zu seinem Erstaunen. Das erstemal stand das Gesetz über die Bewilligung von Reichszuschüssen für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zur Aussprache. Seine Fraktion hatte ihn mit einigen anderen Kollegen zusammen zur Spezialbearbeitung dieses Gesetzes bestimmt. Bei der ersten Lesung hatte ein anderer Abgeordneter der Fraktion gesprochen. Müller-Hinterwalden hatte die Aufgabe, bei der zweiten Lesung mit wohlvorbereiteten Unterlagen für eine etwaige Rede im Auftrage der Fraktion der Verhandlung zu folgen, falls es nötig sei, die Rednertribüne zu besteigen und die Meinung der „Neuen Fraktion" zum Ausdruck zu bringen, oder aber, ganz wie die politische Aussprache lief, sich mit anderen Parteien dahin zu verständigen, daß nur einer für alle oder überhaupt keiner rede. Wie die Abstimmung laufen würde, stand ja schon fest.

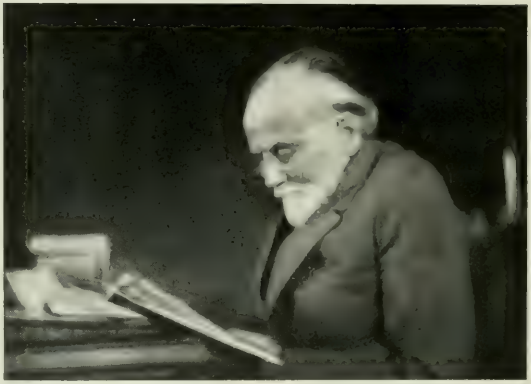
Obgleich nämlich im Reichstage soviel geredet wird, sind doch die Fälle in der Mehrzahl, in denen nicht geredet wird, in denen die Parteien sich freiwillig einigen, das Reden im Plenum zu unterlassen oder wenigstens erheblich einzuschränken. Da solche Abmachungen meistens erst im letzten Augenblick getroffen werden, und hier und da, trotzdem sie getroffen sind, nicht von allen Abgeordneten gehalten werden, muß man auch dann seine Rede vorbereiten, um — gerüstet zu sein. Das sind die Fälle, die bei besonders rede-

Sie können's mir glauben!
Abg Freiherr v. Richthofen (Deutschnational) und Abg. Frau Sender (Sozialdemokratin)

Sie suchen einander festzulegen
Dr. Hilferding (Sozialdemokrat) und Rippel (Deutschnational) im Wandelgang

Man sucht sich gegenseitig zu überzeugen
Frau Wurm (Sozialdemokratin) und der Ernährungsminister Graf Kanitz

Dieser Ausspruch Baldwins wird zu beachten sein
Prof. Hoetzsch (Deutschnational)



Der sozialdemokratische Abgeordnete
Dr. David
in der Reichstagsbibliothek

Neueste Nachrichten!
Levi (Sozialdemokrat)

hungrigen Abgeordneten, die mit wohlvorbereitetem Manuskript in der Brusttasche herumlaufen und vielleicht schon nächtelang von ihrem in Aussicht stehenden parlamentarischen Erfolg geträumt haben, Seelenstimmungen erzeugen, die ein Spaßvogel mal in die Worte gekleidet hat: „Kein Feuer, keine Kohle kann brennen so heiß, wie eine ungehaltene Rede, von der niemand nichts weiß."

Also Müller saß damals vorn in der ersten Bank und hörte den Mehrheitssozialisten zum Rhedereiabfindungsgesetz sprechen, — er hätte es auch kürzer machen können, viel kürzer, dann hätte er sich Müllers Dank geholt. Nach ihm kam der Unabhängige, der offenbar ein noch größerer Gegner von stark konzentrierter geistiger Nahrung war als sein mehrheitssozialistischer Kollege. Da jeder wußte, wie die Abstimmung ausfallen würde, — denn von den Mehrheitssozialisten bis zu den Deutschnationalen wollten alle Parteien für das Gesetz stimmen — leerte sich der Saal immer bedenklicher. Müllers Fraktionskollegen hielten draußen Besprechungen ab, und nur ab und zu kam jemand zu ihm hinein, der fragte: „Was hat er gesagt? Hat er uns so angegriffen, daß es nötig ist, zu antworten?" — Es war nicht nötig zu antworten. Schließlich bekam als Redner der Kommunisten Herr Höllein das Wort. Genau wie sein unabhängiger Vorredner ließ er die bösen Deutschnationalen gänzlich ungeschoren und verspritzte sein ganzes Gift gegen seine Genossen von der mehrheitssozialistischen Couleur, die diesem, in seinen Augen geradezu fürchterlichen Gesetz zuzustimmen versprochen hatten. Er war sehr gründlich, fing etwa bei den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zuständen auf dieser Erde zur Zeit der Geburt Kains und Abels an, befaßte sich auch mit sehr interessanten Vergleichen zwischen dem Blutkreislauf und dem Nervenbau des Menschen mit ähnlichen Vorgängen im Wirtschaftsleben, kam schließlich auf die moderne Gesetzgebung und entwickelte an ihr den Unterschied zwischen kapitalistischen, marxistischen und kommunistischen Theorien, — man sah kein Ende. Immer leerer wurde der Saal. Als Müller sich umblickte, mußte er feststellen, daß seine sämtlichen Fraktionskollegen sich in weiter draußen liegende Stellungen zurückgezogen hatten und sich offenbar auf seine interessante Tätigkeit als Horchposten da vorn verließen. Schließlich saß von jeder Partei nur noch der Horchposten da vorn und hörte mit einem Ohr auf die Wiedergabe des kommunistischen Katechismus durch den Abgeordneten Höllein. Der Präsident des Hauses wehrte sich gegen die ihn überfallende Müdigkeit dadurch, daß er sich schließlich aufraffte, die Glocke schwang und den Redner mit den Worten unterbrach: „Herr Abgeordneter Höllein, durch die Besprechung der Kartoffelpreise und die ausführliche Behandlung des Zuckersteuergesetzes entfernen Sie sich aber immer weiter vom Rhederei-

abfindungsvertrag." Worauf ihm der Abgeordnete Höllein ebenso ausführlich antwortete, daß das alles ja nur notwendige Begründungen für seine besondere und eigenartige Stellungnahme zur Sache sei. Müller hatte an diesem Tage aus irgendwelchen Gründen noch nicht zu Mittag gegessen und mußte, nachdem Höllein schon über zwei Stunden darauf los redete, seine eiserne Ration, die berühmte Tafel Schokolade, die ein vorsichtiger Abgeordneter für solche Fälle in seiner Schublade liegen hat, angreifen. Damals hat er also zu seinem Schmerze erfahren, wie lange der Abgeordnete Höllein reden kann. Er hat schließlich aufgehört, — so gegen das Ende der dritten Stunde und sich dann stolz auf seinen Platz gesetzt. Die Abstimmung ergab die schon vorher bekannte Mehrheit für das Gesetz, und die Horchposten der bürgerlichen Parteien konnten ihre Vortragsmanuskripte zu dem vielen übrigen beschriebenen und bekritzelten Papier legen, das sich bei einem Abgeordneten ansammelt. Aber Herr Müller freute sich doch, einmal gezwungen gewesen zu sein, eine ganze Rede des Abgeordneten Höllein vom ersten bis zum letzten Wort anhören zu müssen. Es geht doch nichts über seine bilderreiche Sprache. Als er einmal einen Zwischenruf von den Mehrheitssozialdemokraten bekam, da schrie er sie an: „Unter den Fittigen dieses Schlagworts sind Sie doch in den Wahlkampf gezogen!" Und als er sich mit getäuschten Hoffnungen in der Mitte des Hauses auseinandersetzte, fand er dafür das schöne Bild, das man sich mit allen Einzelheiten ausmalen muß.

„Diese ansteigende Welle hat sich als ein Strohfeuer entpuppt." — — —

Das war der Tag, an dem Herr Müller zu seinem Leide Herrn Hölleins Dauerrednerfähigkeit kennengelernt hat.

An einem andern Tage hat er über ihn gestaunt. In der Behandlung irgend eines Gesetzes erteilte auf einmal der Präsident des Reichstags dem Abgeordneten Höllein das Wort. Na, dachte Müller, über dieses Gesetz hast du nun schon so viele verschiedene Meinungen gehört, daß du dir den Abgeordneten Höllein schenken kannst. Außerdem wartete draußen im Wandelgang vor der Saaltür seine getreue Helferin, Stenographin, Maschinenschreiberin, Buchhalterin, Registratorin in einer Person, Fräulein Eulalia Klappermeyer, mit der eingegangenen Post, den Unterschriften und weiß Gott was sonst noch für dringlichen Arbeiten. Während Herr Höllein das Rednerpult bestieg, ging er also hinaus und setzte sich draußen über die Posteingänge, las ein Bündel Drucksachen durch, diktierte eine Reihe von Briefen, unterschrieb die Post vom vorigen Tage, bis er von einem Reichstagsdiener die Mitteilung erhielt, daß ein Herr Lehmann aus Magdeburg ihn sprechen wolle. Ein Herr Lehmann aus Magdeburg — wie er kam, da war es sein alter Freund Ernst Lehmann aus Magdeburg, der für seine mitteldeutschen Kollegen

dringliche Verhandlungen in Berlin zu führen hatte. Damit sie sich ungestört über ihre Angelegenheiten unterhalten konnten, gingen sie in's Reichstagsrestaurant und setzten sich hinter eine Tasse Kaffee. Sintemal aber drinnen im Saal Herr Höllein immer noch sprach, wimmelte das Reichstagsrestaurant von Abgeordneten, die vor Hölleins Rede die Flucht ergriffen hatten, und so zeigte es sich, daß man zu der notwendigen ungestörten Aussprache doch nicht kam. Sie tranken also aus, gingen die Treppe hinunter, nahmen Stock und Hut und setzten sich in eine kleine Konditorei in der Dorotheenstraße. Dort haben sie allerhand Wichtiges und auch einiges Unwichtige besprochen. Dann war die Stunde da, zu der Lehmann wieder bei einem Ministerium vorzusprechen hatte, und Müller stellte fest, daß er, wenn er schnell ein Auto nähme, jetzt noch gerade recht für eine ebenfalls verabredete Besprechung beim Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung draußen in Wilmersdorf kommen könnte. Gedacht, getan! Er fuhr hinaus, mußte in Wilmersdorf allerdings erst eine Zeitlang warten, bis der Herr Geheimrat frei war, dann war die Besprechung mit ihm in einer Viertelstunde zu seiner Zufriedenheit erledigt. Draußen auf der Straße zog er die Tagesordnung der Reichstagssitzung, die währenddessen ja ihren Fortgang nahm, aus der Tasche und stellte fest, daß die nächsten drei Punkte seine Anwesenheit noch nicht unbedingt erforderten und er zu den zu erwartenden Abstimmungen auch noch zurecht käme, wenn er mit der Elektrischen nach dem Reichstagsgebäude zurückführe und auf solche Weise allerhand Fahrgeld sparte. Die Fahrt mit der Elektrischen dauerte eine gute halbe Stunde. Müller war doch schon unruhig, weil man nie wissen kann, ob nicht die Schleusen der Redeflut auf einmal bei allen Parteien geschlossen sein konnten und die Tagesordnung viel schneller erledigt sein möchte, als man vorausberechnet hatte. In dieser Unruhe eilte er die Treppe hinauf, wurde aber gleich vorn im Wandelgang, bevor er den Sitzungssaal erreichte, von einer Deputation von Kollegen aus Westdeutschland aufgehalten, die ihm ihre Nöte in irgendwelchen Bekleidungsamtsangelegenheiten auseinandersetzten und seine Hilfe für die Durchsetzung ihrer Wünsche erbaten. Als er von ihnen, vollgepackt mit neuen Aufgaben, entlassen wurde, stand da schon ein Pressеonkel, der schnell aber gründlich die Meinung des Herrn Abgeordneten zu einer Sache, die ihm besonders am Herzen lag, wissen wollte. Abwimmeln ging nicht; also still halten, Stirnrunzeln, zuhören und Antwort geben. Endlich war er frei. Aber er war jetzt abgespannt und müde und brauchte eine Auffrischung. Also ging er nicht sofort in den Saal, sondern setzte sich im Wandelgang unmittelbar gegenüber der von den „Hammelsprüngen" bekannten „Ja-Tür" in einen bequemen Ledersessel und steckte sich erst einmal eine Zigarre an, entschlossen, auf das geringste Klingelzeichen

hineinzugehen, um die Abstimmung, die dadurch angekündigt wird, nicht zu versäumen; entschlossen auch, sobald ihn ein paar Züge Rauch so weit aufgemuntert haben würden, sich drinnen im Sitzungssaal auf seinen Platz zu setzen und sich durch Befragen seiner Nachbarn zur Rechten und zur Linken über das bis dahin Vorgegangene ins Bild zu setzen. Während er da saß, ging für einen Augenblick die Tür nach dem Saal auf. Ein Diener kam heraus, und während dieses Augenblicks hörte er eine mißtönige, ihm aber sehr bekannte Stimme da drinnen laut reden und kreischen. Er rief dem Diener zu: „Wer redet denn da?“ und kriegte zur Antwort: „Immer noch Höllein.“ Da ist Herr Müller aufgestanden und hat den Kopf in den Saal gesteckt und rings gähnende Leere feststellen müssen. Ab und zu schaute jemand durch die Tür und verschwand wieder. Auf den Plätzen jeder Partei saßen vielleicht 5 bis 6 Abgeordnete. All seine Sorge, er könnte irgend etwas Wichtiges versäumt haben, war verflogen. Es war Hölleins „Großer Tag“. In furchtbarer Aufregung, den Zeigefinger weit vorgestreckt, schrie er in den Saal, weit übergebeugt nach schräg rechts, da wo Stinnes sitzen sollte:

„Da schaut der nackte Pferdefuß des kapitalistischen Egoismus heraus, der auf keine Kuhhaut geht.“

Schallende Heiterkeit im weiten Saal und Zurufe. Aber Höllein läßt sich nicht verblüffen. Er schaut dem einen der Zurufer scharf ins Gesicht und brüllt ihn an: „Ja, bei Ihnen schaut auch schon der nackte Pferdefuß hervor!“ Wiederum schallendes Gelächter. —

So geht es den armen Abgeordneten, die zuviel reden. Denen passieren solche Stilblüten, und sie werden dann noch dafür ausgelacht.

Der eine meint: „Wir müssen über den Skalp des Ministers, den wir leider viel zu laut gefordert haben, erst etwas Gras wachsen lassen.“ Der andere beginnt weihevoll seine Rede: „Gestatten Sie, daß ich hier eine Sonderwurst ausgrabe“. Dem dritten gelingt das entzückende Bildchen: „Sie haben eben zwei Busen in ihrer Seele.“ Man lacht darüber. Man lacht auch über den Satz „Der Erzeuger dieses Versuchskaninchens ist der Herr Kultusminister.“ Man ruft schaurig Hu, Hu, wenn es heißt „Der Herr Vorredner hat der Weimarer Verfassung Stiche in das Rückgrat versetzt, die wie die Totenglocke klingen.“ Und man schreckt zurück, wenn festgestellt wird, daß der Reichstag dieses lange Gesetz, „diesen Riesenbandwurm mit großem Widerstreben geschluckt hat.“ Will sich aber ein Redner „nicht auf die Geschmacklosigkeit des Glatteises verleiten lassen,“ dann atmet man auf.

Doch die bösen Wähler lassen auch die Abgeordneten nicht in Ruhe, die überhaupt nicht reden. Als das Papier noch billiger war, wurden in den Wahlkämpfen gelegentlich Broschüren verbreitet, die draußen als Überschrift

in fetten Buchstaben den Titel trugen: „Die Reichstagsreden des Herrn Abgeordneten XX," und die dann innen nur weiße Blätter hatten. Offenbar aus Angst vor solchem Wahlmanöver ihrer Gegner hatten gegen Schluß der Nationalversammlung einige besorgte sächsische Wähler an ihren Abgeordneten einen Brief geschrieben, in dem sie ängstlich fragten, ob und wann denn der Herr Abgeordnete auch mal — reden werde. Sie hätten noch nie etwas von seiner Tätigkeit in der Nationalversammlung in der Zeitung gelesen. Es sei nun bald die höchste Zeit. Der Abgeordnete, der diesen Brief bekam, war ein Gemütsmensch. Er freute sich herzlich ob der Anhänglichkeit seiner Wähler und beschloß, sie nicht zu enttäuschen. Deshalb schrieb er ihnen einen Antwortbrief, der im engeren Kreise der beteiligten Gesinnungsfreunde eine gewisse Berühmtheit erlangt hat und der ungefähr folgendermaßen lautete:

Liebe Freunde!

Ihr müßt nicht meinen, daß die Arbeiten in der Nationalversammlung allein mit Reden gemacht werden. Ihr könnt bei allen meinen Fraktionskollegen anfragen, dann werdet ihr erfahren, daß ich sogar einer der fleißigsten Abgeordneten bin und in Wirklichkeit viel mehr leiste als andere Herren, die ab und zu eine schöne, aber meist überflüssige Rede halten. Bei uns herrscht eben Arbeitsteilung und ich bin überzeugt, bei Eurer politischen Reife werdet Ihr es ohne weiteres begreifen, daß ich im Interesse der höheren Politik mich gerade in solcher Weise betätige.

Im übrigen aber stimmt es durchaus nicht, wenn ihr meint, daß Ihr in der Zeitung noch nie etwas von mir gelesen hättet. Das meint Ihr nur, weil Ihr die fein durchgebildeten Arbeitsmethoden unserer Fraktion noch nicht kennt. Diese Arbeitsmethoden haben auch im Plenum zu einer gewissen Arbeitsteilung geführt, und da ist mir die Aufgabe überwiesen worden, immer die richtigen Zwischenrufe zu machen. Wenn also in der Zeitung steht: „Lärm rechts", dann könnt Ihr beruhigt annehmen, daß das Euer Abgeordneter gewesen ist."

So hatte dieser Abgeordnete an seine Wähler geschrieben. Sie sind ihm darob nicht böse geworden. Hoffentlich werden auch mir gegenüber meine Freunde und Kollegen nicht allzu wütend, wenn sie hier schwarz auf weiß gedruckt die lustigen Zwischenfälle wiederfinden, über die sie sich, als sie passierten, sicher so köstlich amüsiert haben, wie mein Herr Müller und ich. Die Politiker im Lande aber möchte ich bitten, wenn sie bis hierher gelesen haben, schleunigst mal für ein paar Stunden ihre parteipolitische Schwimmweste auszuziehen, sich eine Zigarre, Zigarette oder lange Pfeife anzuzünden und sich dann einmal vorzustellen, daß die Menschen, die da im

Reichstagshause als wütende Feinde aufeinander losgelassen werden, schließlich doch auch nichts anderes als eben Menschen sind und gar nicht so wilde Bestien, wie jene beiden Tiger, die man zusammen in den Käfig eingesperrt hatte und die sich endlich so zerfleischt und gegenseitg aufgefressen hatten, daß zum Schluß nur noch die beiden Schwänze dalagen. Wir müssen in unserer Zeit mit allen Mitteln versuchen, die Klüfte, die unser Volk zerreißen, wieder zu schließen, uns als Mensch zu verstehen und schließlich als große von den Feinden furchtbar gemarterte deutsche Schicksalsgemeinschaft zueinanderhalten. Sicher führen tausend Wege zu diesem Ziel, aber zu wenige werden ernsthaft beschritten. Warum sollen wir da nicht einmal einen lustigen Weg versuchen, den fürchterlichen Kommunisten Höllein lustig nehmen und selbst herzhaft lachen, wenn dem eigenen Fraktionsfreunde ein menschliches Mißgeschick passiert, und noch mehr lachen, wenn uns selbst einmal eins passieren sollte.

Gesetzesverkündigung

Herrn Müllers Fieberthermometergesetz war nunmehr so ziemlich am Ende seiner parlamentarischen Laufbahn. Von der ersten Skizze eines Geheimrats im Ministerium hatte es sich zum Referentenentwurf entwickelt. Der Referentenentwurf hatte die Unterschrift des Ministers erhalten, dann die Zustimmung des Kabinetts. So war er zur Regierungsvorlage geworden, an den Reichsrat, den Reichswirtschaftsrat und den Reichstag gegangen. Der Reichstag hatte die Regierungsvorlage in erster Lesung an den Ausschuß verwiesen. Der Ausschuß hatte nach zwei Lesungen den Entwurf an das Plenum des Reichstags zurückgegeben. Im Plenum war der Entwurf darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen worden.

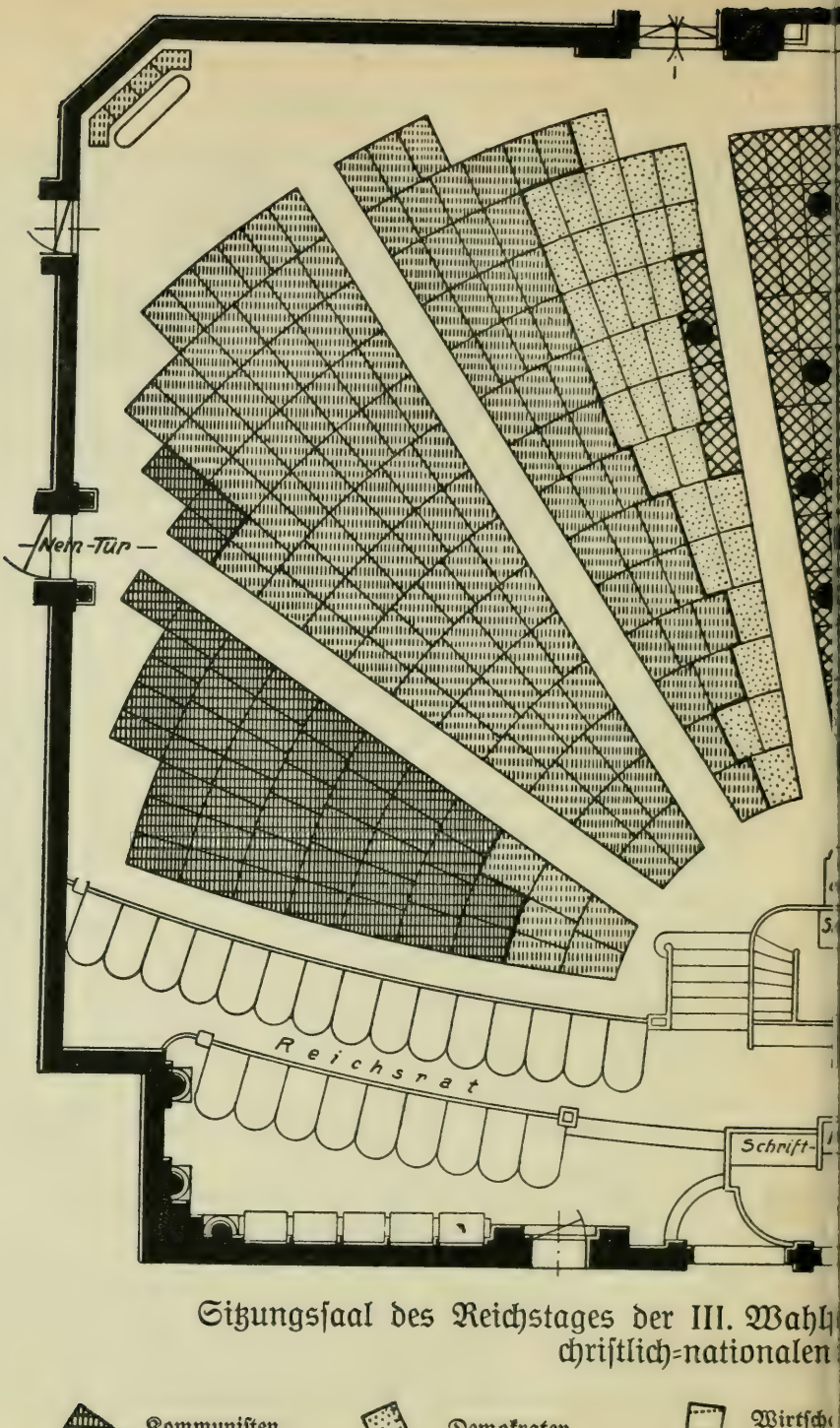
Nun ging er wieder an die Regierung. Die Regierung gab den beschlossenen Änderungen ihre Zustimmung und leitete ihn zurück an den Reichsrat. Auch dieser stimmte dem Gesetz in der neuen Fassung zu. Dann endlich verkündete der Reichspräsident das neue Gesetz, und es wurde im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Da kein Termin für sein Inkrafttreten im Gesetz genannt war, trat es automatisch vierzehn Tage nach der Verkündigung in Kraft. Müller-Hinterwaldens erste gesetzgeberische Mitarbeit war vollendet, und er selbst hatte alle die Einblicke tun können, die ihm das Maß parlamentarischer Erfahrung sicherten, auf Grund dessen er von nun an überall eingreifen können würde, wo es notwendig wäre.

Es war, als wäre er auf einmal auch im Ansehen seiner Kollegen ein anderer geworden. Sie hatten erkannt, daß er etwas konnte und begegneten ihm

mit gesteigerter Achtung. Offenbar hatte auch irgend ein heimlicher Gönner noch ein besonderes Wort für ihn eingelegt, denn wenige Tage darauf erhielt er eine schöne, große, weiße Karte mit der Einladung zu einem parlamentarischen Abend beim zuständigen Minister.

Pünktlich um halb neun Uhr stellte er sich ein. Im großen Hause in der Wilhelmstraße umfing ihn schon unten am Eingang und in der Garderobe ein Gewimmel fremder Menschen, unter denen er aber Gott sei dank bald einen Fraktionskollegen entdeckte. Mit ihm zusammen gelangte er in die Gesellschaftsräume der Ministerwohnung, konnte den Minister begrüßen und wurde auch der Frau des Hauses vorgestellt. In langer Zimmerflucht standen Herren und Damen der Politik, der Kunst und Wissenschaft in lebhaft plaudernden Gruppen herum. Auch die Presse schien zahlreich vertreten zu sein. Sich langsam hindurchwindend, flog ihm hier ein freundliches Wort, dort ein Gruß zu, bis sein Begleiter vor einem runden Tische meinte: hier wollen wir uns niederlassen. Die Ecke paßt gerade für Sie. Vorstellung nach rechts und links. Darauf Gang zum Büfett und dort — Müller-Hinterwalden hatte immer gern gute Sachen gegessen — dort eine erlesene Auswahl kalter Speisen, von denen sich jeder selbst auffüllte, was ihn locken mochte. Ausgerüstet mit einer niedlichen Ladung leckerer Speisen, das Besteck in der Hand balanciert er nach seinem Platz zurück und ist bald in lebhafter Unterhaltung mit seinem Tischgenossen. Bier wird herumgereicht, Zigarren stehen zur Verfügung. Auf einmal steht alles auf. Der Reichspräsident betritt den Raum. Müller-Hinterwalden wird ihm vorgestellt. — „Ja, Hinterwalden, da sah es im Jahre fünfzehn furchtbar aus. Grüßen Sie mir ihre Heimat!“ Müller wird es nicht versäumen, die Heimat vom Reichspräsidenten zu grüßen.

Er wird ganz aufgeräumt, wandert durch die Zimmer der Ministerwohnung, beschaut die alten Gemälde an den Wänden, setzt seinen Fuß auf edle Perserteppiche. Etwas einsam ist er noch in diesem Getriebe. Er kennt noch zu wenig Menschen. Aber er hofft sich schon einzugewöhnen. Da nimmt ihn ein alter verschlossener Fraktionskollege unter den Arm: „Kommen Sie Müller, ich zeige Ihnen mal den Garten.“ Über die Terrasse schreiten sie zur Treppe. Unten folgen sie Wegen, die in's sommerwarme Dunkel der alten Bäume führen. Und da wird der sonst so verschlossene Fraktionskollege lebendig: „Sie haben ein tüchtig Stück Arbeit geleistet, Kollege Müller, Sie können stolz darauf sein, daß Sie Ihr Gesetz jetzt fertig haben. Aber haben Sie auch bemerkt, daß uns der Boden unter den Füßen zu wanken beginnt? Die Koalition zerbröckelt. Im Kabinett wird zuviel geredet. Das liegt am Kanzler. Passen Sie auf, wir werden trotz Ihres Gesetzes am Mangel an Erfolgen zerplatzen.“



Sitzungssaal des Reichstages der III. Wahl
christlich-nationalen

Kommunisten

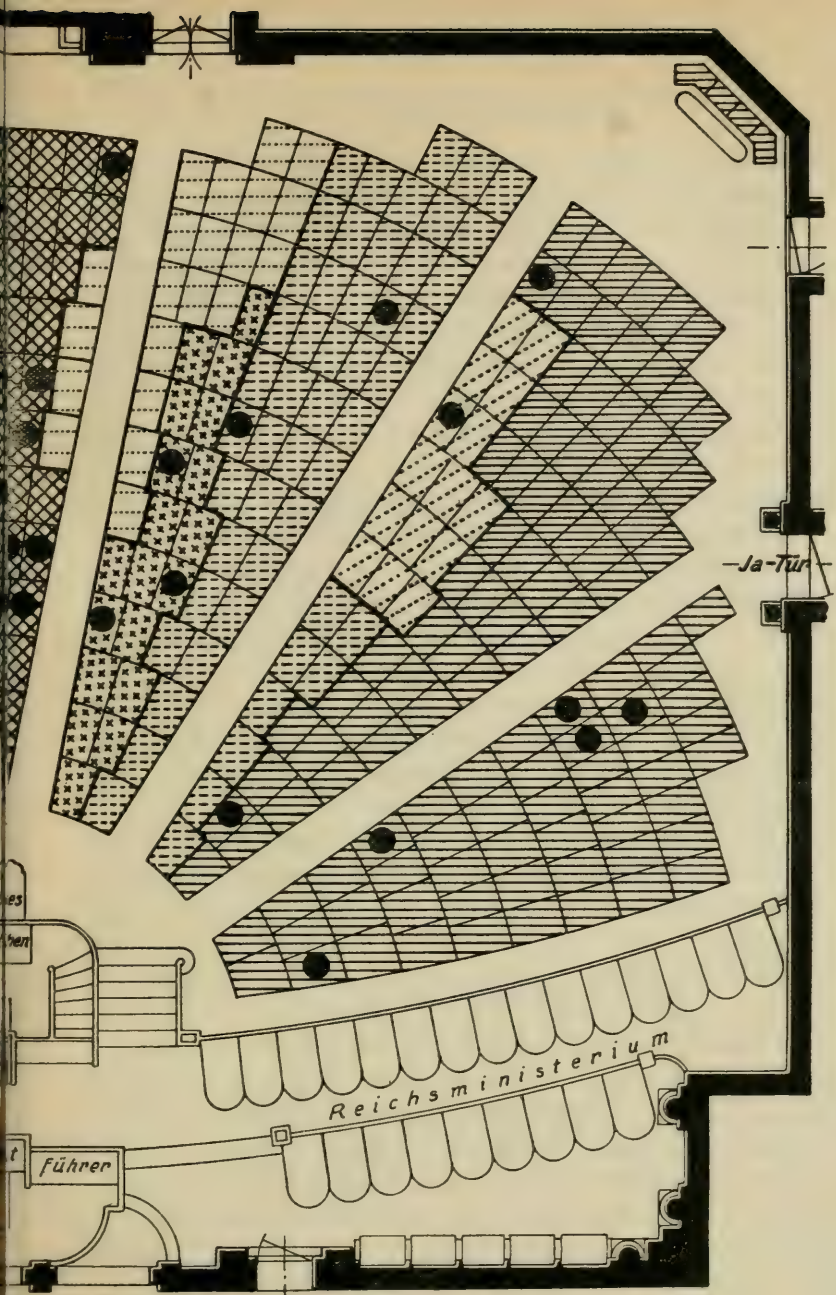
Demokraten

Wirtsch
Vgg.

Sozial-
demokraten

Zentrum

Bayris
Volksp



de 1924 mit den Sitzen von Vertretern der
eitnehmerbewegnng

Deutsche Volkspartei

Deutschnationale

Nationalsozialisten

Sitze der Vertreter der christlich-nationalen Arbeitnehmer

Müller glaubte nicht recht zu hören. Er war derart in seine Spezialarbeiten verbissen gewesen, daß er von solchen Vorgängen überhaupt nichts gemerkt hatte. Außenpolitische Verhandlungen sollten den Außenminister sogar für seine eigene Partei „untragbar" gemacht haben. Daneben sollte wegen der Steuern und wegen des Arbeitszeitgesetzes der linke Flügel der Koalition abschwenken wollen. — Forderungen der Mitte nach einem weiteren Staatssekretär aus ihren Reihen hätten die Krisis noch verschärft. — — — Wieder tat sich eine neue Welt vor dem Abgeordneten Müller-Hinterwalden auf. Hatte denn dieses fürchterliche Berlin gar keine Grenzen! Wann würde er endlich alles begriffen und alles erfaßt haben! Wo man ging und stand, aß und trank, umspannen einen die Fäden der geschäftigen Spinne: Politik. Sie suchte ihre Opfer dort oben in der Lichtflut der Kronleuchter und hier unter den Bäumen, wo die Johanniskäferchen geheimnisvoll im Grase leuchteten. Der wortkarge ältere Kollege versuchte ihn einzufangen für eine ganz klar sichtbare, aber verflucht gefährliche Linie eigener Politik. „Ich lasse mich nicht festlegen — aber ich gebe Ihnen Recht. — — — Sollen wir nicht mal wieder nach oben gehen?" waren gerade Müllers letzte Worte, als sie merkten, daß auf der Bank, in deren Nähe sie gestanden hatten, ein Abgeordneter der schärfsten Opposition saß, den Müller vorhin noch oben beim Biere gesehen hatte. Der hat alles gehört.

„Begreifen Sie nun, daß sich das Zentrum früher einmal bis in die Kaisergräber zu Speyer zurückzog, als es unbelauscht mit ein paar fremden Abgeordneten sprechen wollte?"

Haushaltsberatung

Neben der Gesetzgebung bildet die Beratung und Bewilligung Abänderung oder Ablehnung des Haushaltsplanes des Reichs eine der Hauptaufgaben des Parlaments. Sie geht im „Haushaltsausschusse" des Reichstags vor sich und sieht nacheinander die Minister, Tage oder Wochen umgeben von ihrem ganzen Stabe, die Positionen ihrer Haushaltspläne verteidigen. Die Abgeordneten, die hier als ständige Vertreter ihrer Fraktionen sitzen, üben wirkliche Macht aus. Deshalb trifft man hier auch oft die Vorsitzenden der Fraktionen und erlebt hier auch die dramatischsten Gefechte.

Mehrere dicke Bände umfaßt solch ein Haushaltsplan und über jede Zeile, die eine Forderung enthält, wird verhandelt. Hier wird abgestrichen, dort hinzugefügt. Dazu ebensoviele Reden wie anderswo!

Als sich Müller einige Tage als Zuhörer im Haushaltsausschuß aufgehalten hatte, teilte auch er das Gefühl der Unsicherheit, das alle Regierungsstützen

erfüllte. Mal stimmte diese, mal jene Regierungspartei mit der Opposition. Als Folge davon kam eine ganz zufällige und völlig unorganische Gestaltung des Etats zustande. Es knisterte im Gebälk des Regierungsbaues, das mußte ein Blinder mit dem Stocke fühlen.

Die Unruhe übertrug sich auf die Fraktion. Der Kanzler will auflösen, wenn er den Etat nicht in vollem Umfange bewilligt bekommt, wurde mitgeteilt. — Die Sozialdemokraten halten die Zeit für reif, um die Kommunisten zu zertrümmern, ergänzt ein Mann aus dem Westen. Die Deutschnationalen könnten jetzt den Völkischen eins aufs Dach geben, brummt einer aus dem Osten.

In privater Unterhaltung ist fast jeder ein Gegner der Auflösung. Man ist erst eben gewählt. Man möchte noch einige Jahre Ruhe haben. Jeder denkt auch an die Chancen seiner eigenen Wiederwahl. Selbst, wenn meine Partei siegt, sagt sich jeder, ist es noch nicht sicher, daß ich selbst wiederkehre. Wer weiß, was für Schwierigkeiten sich wieder einmal bei der Listenaufstellung ergeben werden!

Müller-Hinterwalden scheinen die Besorgnisse übertrieben. Er glaubt nicht an eine Auflösung. Er wundert sich aber nicht wenig über die Abhängigkeit der Abgeordneten vom Fortgang des Mandats, auf die er Schritt für Schritt stößt. „Wenn wir jetzt aufgelöst werden, also zwei Monate keine Diäten bekommen, muß ich mit meiner Familie hungern." — „Meine Nerven halten einen neuen Wahlkampf überhaupt nicht aus." — „Mein Verband wird durch die Erregungen eines neuen Wahlkampfes völlig durcheinandergebracht. Die Mitglieder schlagen sich noch die Köpfe ein." — „Jetzt bekommen wir besondere Gewerkschaftslisten!" — „Nein, aber eigene Landbundlisten!" so schwirrt es durcheinander.

Fühlen sich diese Abgeordneten wirklich nur ihrem Gewissen verpflichtet? Sind sie ganz unabhängige Persönlichkeiten, wie es die Verfassung vorschreibt?

Die Etatberatungen quälen sich weiter. Müller macht eines Abends ganz nüchtern Bilanz über sein erstes Parlamentsjahr. Er beginnt mit der finanziellen Seite. Der Wahlkampf hatte ihm mit allem drum und dran rund fünftausend Mark gekostet. Er war stolz darauf, so billig davongekommen zu sein, seitdem er wußte, was für gewaltige Summen andere in die Parteikasse hatten zahlen müssen. — Seitdem er im Reichstage war, hatten seine parlamentarischen Bedürfnisse die Diäten voll aufgezehrt. Da war sogar ein Monat, in dem er noch erheblich hatte zulegen müssen. Sein Vermögen hatte sich sonst noch nicht vermindert. Er brauchte aber jetzt mindestens acht Wochen, um sich ungestört seinen Geschäften widmen zu können, sonst gab es einen Rückschlag.

Auflösung und Neuwahl würden diese acht Wochen wieder mit Wahlkämpfen ausfüllen. Sie würden wieder einige tausend Mark seines Vermögens verschlingen. Die Berliner Ausgaben würden weiterlaufen, aber die Diäten würden ausfallen. — Das war die finanzielle Seite.

Politisch hatte er in dem Jahr natürlich viel gelernt. Aber dafür hatte auch seine Spannkraft gelitten. Die Desillusionierung, die er durchgemacht hatte, ging auf Kosten seiner Lebenskraft.

Persönlich stand er vor einem Chaos. Frau und Kindern war er fast entfremdet worden. Wenn er auch nur entfernt geahnt hätte, welche Opfer diesen die Annahme eines Mandats abverlangen würde, hätte er nie den Mut gehabt, sich darum zu bewerben. Sie saßen in Neustadt und sahen ihn nur noch bei flüchtigem Besuch. Sie, die ihr Tagewerk mit ihm geteilt hatten, wurden ihm fast fremd. Sein Weib war herbe und hart geworden in dem Jahr. Seitdem sie die ganze Wirtschaft ohne ihn führen mußte, seit sie in allen Fragen des persönlichen Lebens ohne ihn ihre Entscheidungen treffen mußte, seit sie all die langen Abende allein zu Hause oder allein im geselligen Kreise, wo andere Frauen ihre Männer zur Seite hatten, verbringen mußte, war sie nicht mehr die alte.

Langsam begann er das Wort eines Pastors zu begreifen: „Die wahren Heldinnen des Parlamentarismus sind die Frauen der Abgeordneten". Die Bilanz dieses Jahres ergab wahrhaftig keinen erfreulichen Abschluß. Teilzuhaben an der Herrschaft der Fünfhundert kostete einen hohen Preis.

Dieselbe Bilanz mit demselben Ergebnis zogen angesichts der drohenden Neuwahlen Dutzende junger Parlamentarier. Sie hatten gerade das Jahr der Enttäuschungen hinter sich und sahen in eine graue Zukunft.

Es hängt vom tiefinnersten Gehalt der Persönlichkeit ab, ob einer in diesem Getriebe stark bleibt und allmählich zur Führung kommt oder ob er zermürbt und zermahlen wird. Wer die Persönlichkeitskrisen der Abgeordneten verfolgt, erkennt, daß der Parlamentarismus eine rücksichtslose und harte Auslese der Menschen betreibt, die sich ihm widmen. Sensible feine Naturen zerstört er, wenn sie nicht zugleich ungeheuer zähe sind. Hohle Posöre vermag er zwar zu ertragen, aber er räumt ihnen niemals wirkliche Macht ein, denn wie niemand Fürst bleiben kann vor seinem Kammerdiener, so vermag im dauernden Umgang und steten Zusammensein mit den mehr als vierhundert Mitherrschern auf die Dauer niemand eine Wertung zu behaupten, die er nicht verdient. Wo einem Abgeordneten von seinen Kollegen durch Jahre hindurch eine besondere Wertschätzung entgegengebracht wird, da ist er tatsächlich ein Mensch, in dessen Seelentiefen Kräfte wirken, die anderen fehlen. Oft braucht der Neuling Jahre, bevor er einmal einen Blick in diese Tiefen zu tun vermag.

Den Tag, der Müller-Hinterwalden einen solchen Einblick gewährte, rechnete er zu den Aktivposten dieses Jahres. Er war Zeuge der Stunde, in der die Führer der Landwirtschaft, nicht die jungen, lauten, sondern die alten, stillgewordenen, deren Wort aber immer noch schwerer wog als ganze Reden der neuen Generation, ins Sprechen kamen über den wahren Kern eines soeben verewigten Kollegen. Wie sie von sich selbst sprachen und einander auszudeuten versuchten, „worauf es ankäme". Da wurden Ewigkeitskräfte offenbar, die diese Männer in den Jahrzehnten ihrer Berufs- und Parlamentsarbeit beseelt und vergeistigt haben. Alles Äußere, die Routine, dasjenige, was er bisher als ihre Eigenart zu erkennen vermeint hatte, sank zum Grade einer Handfertigkeit herab, die dem Meister dient, aus der heraus aber weder er noch sein Werk enträtselt werden können.

Die Stimmung hielt ihn umfangen, als aus dem Plenum lauter und wirrer Wortschwall erklang und sich eine jener häßlichen Szenen abspielte, von denen die Presse oft genug ausführlich berichtet hat: Anwendung der Hausordnung gegen Abgeordnete, die sie gröblich mißachten. Solche Szenen finden ihren besten Schilderer in den Stenographen, die das amtliche Protokoll aufnehmen. Müller hat das Datum jenes Tages vergessen. Er behauptet aber, man brauche nur den Bericht über die Sitzung vom 10. August 1925 zu lesen, um sich vorstellen zu können, was er in jener anderen Sitzung erlebt habe.

Der amtliche Bericht vom 10. August enthält folgende Darstellung:

Die Sitzung wird um 11 Uhr 5 Minuten durch den Vizepräsidenten Graef (Thüringen) eröffnet.

Vizepräsident Graef (Thüringen): Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren! Während der vorigen Sitzung ist von der äußersten Linken gegen den Präsidenten der Ausdruck gefallen: „Alter Schieber da oben!"

(Pfuirufe rechts.)

Ich habe festgestellt, daß dieser Ausruf von dem Herrn Abgeordneten Schütz gekommen ist. Ich frage den Herrn Abgeordneten Schütz, ob er sich jetzt noch zu diesem Ausdruck bekennt oder ihn zurücknehmen will.

(Rufe bei den Kommunisten: Er ist nicht da!)

— Dann bedaure ich, von den geschäftsordnungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen zu müssen. Dieser Ausdruck ist eine so schwere Beschimpfung des Präsidenten,

(Sehr wahr! rechts)

daß ich ihn nicht mit einem Ordnungsruf belegen kann. Ich schließe deshalb den Herrn Abgeordneten Schütz für den Rest dieser Sitzung aus.

(Bravo! rechts. — Zurufe bei den Kommunisten.)

— Ich habe das festgestellt, und das genügt vorläufig für das Haus. — Da der Herr Abgeordnete Schütz jetzt nicht im Saale ist, können wir in die Tagesordnung eintreten, und ich behalte mir etwaige weitere Maßnahmen für den Fall vor, daß der Herr Abgeordnete Schütz gegen meine Anordnung doch den Saal wieder betreten sollte.

Wir treten also jetzt in die Tagesordnung ein. Zur Tagesordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Stoecker.

Stoecker (KP), Abgeordneter: Meine Damen und Herren! Ich beantrage, als ersten Punkt folgenden Antrag der kommunistischen Fraktion zu behandeln:

> Wegen der außerordentlichen Überarbeit bei der Beratung der Zoll- und Steuergesetze bewilligt der Reichstag allen Arbeitern, Angestellten und Beamten des Reichstags eine einmalige Zulage von 300 Mark.
>
> (Bravo! bei den Kommunisten.)
>
> Wegen der Dauer der täglichen Sitzungen ist ferner allen Arbeitern, Angestellten und Beamten des Reichstags von heute ab für jede Sitzung warmes Mittagessen zur Verfügung zu stellen.
>
> (Bravo! bei den Kommunisten.)

Ich glaube, der Antrag bedarf keiner Begründung; er könnte ohne jede Beratung hier sofort zur Abstimmung und Annahme gebracht werden.

Vizepräsident Graef (Thüringen): Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Fehrenbach.

Fehrenbach (Z), Abgeordneter: Der demagogische Zweck dieser Anregung ist sofort ersichtlich.

(Pfuirufe bei den Kommunisten.)

— So geht es weiter, bis nach dreiviertel Stunden Herr Schütz wieder im Saale erscheint.

Vizepräsident Graef (Thüringen): Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin den Herrn Abgeordneten Schütz wegen eines gröblichen Verstoßes gegen die Ordnung des Hauses für den Rest der Sitzung ausgeschlossen. Damals war der Abgeordnete Schütz nicht in der Sitzung anwesend. Ich dachte, die Sache wäre damit erledigt. Vor einigen Minuten hat mir nun der Herr Abgeordnete Rädel im offiziellen Auftrage der kommunistischen Fraktion

mitgeteilt, daß sie den Abgeordneten Schütz veranlaßt habe, wieder im Sitzungssaal zu erscheinen.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich habe daraufhin, um es nicht gleich zum Äußersten kommen zu lassen, den Herrn Abgeordneten Rädel gebeten, noch einmal in eine Revision dieses Beschlusses einzutreten, weil ich nicht dazu neige, daß die Vorgänge vom Sonnabend vor acht Tagen sich unnötig oft wiederholen. Das ist abgelehnt worden. Der Herr Abgeordnete Schütz befindet sich noch im Sitzungssaal. Ich stelle das fest und ersuche ihn, den Sitzungssaal zu verlassen.

(Abgeordneter Schütz: Ich denke nicht daran!)

— Der Abgeordnete Schütz weigert sich. Ich unterbreche die Sitzung auf zehn Minuten.

(Pause von 11 Uhr 59 bis 12 Uhr 13 Minuten.)

Vizepräsident Graef (Thüringen): Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich habe vorhin den Herrn Abgeordneten Schütz aufgefordert, den Sitzungssaal zu verlassen. Er ist meiner Aufforderung nicht gefolgt. Dadurch ist die Unterbrechung der Sitzung notwendig geworden. Ich stelle fest, daß sich der Herr Abgeordnete Schütz durch seine Weigerung automatisch den Ausschluß auf 8 Sitzungstage zugezogen hat.

(Zurufe von den Kommunisten: Was hat er denn gemacht?)

— Das ist in diesem Stadium der Verhandlungen nicht mehr zu erörtern.

(Erneute lebhafte Zurufe von den Kommunisten.)

— Darüber wird an anderer Stelle Rede und Antwort gestanden werden.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Schütz, der auch jetzt noch anwesend ist, den Sitzungssaal zu verlassen.

— Er weigert sich.

(Zuruf von den Kommunisten: Wir haben ersucht, den Ältestenrat einzuberufen!)

— Meine Damen und Herren! Über den Zeitpunkt, zu dem der Ältestenrat einzuberufen ist, hat sich der Ältestenrat selbst am vorigen Sonnabend schlüssig gemacht. Danach ist festzustellen, daß der Zeitpunkt, zu dem er einberufen ist, in das pflichtmäßige Ermessen des Präsidenten gestellt ist.

(Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte. — Lärm bei den Kommunisten.)

Danach werde ich handeln.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Schütz, jetzt den Sitzungssaal zu verlassen.

(Lachen und Lärm bei den Kommunisten.)

Der Herr Abgeordnete Schütz weigert sich auch jetzt noch, den Sitzungssaal zu verlassen. Ich stelle danach fest, daß er sich automatisch den Ausschluß auf 20 Sitzungstage zugezogen hat.

(Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte. — Großer Lärm bei den Kommunisten.)

Der Herr Abgeordnete Schütz ist noch immer im Saal. Ich stelle fest, daß er ihn nicht verläßt, und muß nunmehr wiederum zu derjenigen Maßregel greifen, die anscheinend den Herren ein Bedürfnis geworden ist.

(Lautes Lachen und Rufe bei den Kommunisten: Schupo!)

Ich ersuche die Abgeordneten, den Saal zu verlassen. Die Zuhörertribünen sind zu räumen. Den Vertretern der Presse wird empfohlen, ebenfalls die Tribüne zu verlassen.

(Erneutes Lachen und Lärm bei den Kommunisten.)

(Unterbrechung der Sitzung von 12 Uhr 16 Minuten bis — 12 Uhr 26 Minuten.)

Vizepräsident Graef (Thüringen): Die Sitzung ist wieder eröffnet.

(Erregte Zurufe von den Kommunisten.)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Stoecker.

Stoecker (KP), Abgeordneter: Meine Herren, ich stelle fest, daß die Beamten, die eben hier angewiesen waren, den Abgeordneten Schütz aus dem Saal zu bringen, in der unglaublichsten, ich sage: in der viehischsten Weise gegen den Abgeordneten Schütz vorgegangen sind. Es scheint, daß diese Beamten Instruktionen bekommen haben, in der brutalsten Weise gegen die Abgeordneten vorzugehen. Man hat den Abgeordneten Schütz, der sich nicht weigerte, aus dem Saal zu gehen, in der brutalsten Weise, wie ein Tier, behandelt. Die Beamten haben sich geweigert, ihren Ausweis vorzuzeigen. Die Beamten haben ohne Anlaß die anderen Abgeordneten einfach mit den Fäusten bearbeitet. Das ist das Symbol Ihrer Zollpolitik, meine Herren! Wenn Sie glauben, damit unsere Opposition abschwächen zu können, so täuschen Sie sich. Die Arbeitermassen draußen werden dadurch immer klarer Ihre Gewaltpolitik erkennen.

Vizepräsident Graef (Thüringen): In der fortgesetzten Aussprache hat das Wort der Herr Abgeordnete Putz.

Putz (KP), Abgeordneter: Meine Herren, jetzt will ich Ihnen zunächst mitteilen, wie heute morgen — —

(Wiederholte lärmende Zurufe von den Kommunisten: Ist denn die Öffentlichkeit ausgeschlossen? — Glocke.)

Als Gäste von
Junkers Luftverkehr
auf dem Tempelhofer Flugplatz machen die Abgeordneten
fröhliche Gesichter
(In der Mitte Abg. Behrens als Fluggast)

Presse
Krellmann (D. H. V.), v. Zeska (Deutschnatl. Korrespondenz).
Dawes („Der Westen", Berlin)

Im Restaurant
Am Zentrumstisch Abg. Dr. Kaas und Ersing

Im Reichstagsrestaurant
Immer dieselben
Berliner Gerichte!
Graf zu Eulenburg-Ostpreußen

Vizepräsident Graef (Thüringen): Ich bitte um Ruhe!

(Erneute Zurufe von den Kommunisten.)

— Die Tribünen sind offen und können jederzeit betreten werden.

(Widerspruch bei den Kommunisten und Zurufe: Sie schämen sich wohl?!)

— Herr Abgeordneter Weber (Düsseldorf), ich schließe Sie wegen dieser Beschimpfung aus dieser Sitzung aus.

(Protestrufe bei den Kommunisten.)

— Herr Abgeordneter Weber (Düsseldorf), ich schließe Sie aus dieser Sitzung aus und ersuche Sie, den Saal zu verlassen. — Ich ersuche Sie, das Lokal zu verlassen!

(Abgeordneter Weber [Düsseldorf] verläßt den Saal nicht.)

— Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung von 12 Uhr 29 Minuten bis 12 Uhr 43 Minuten.)

Vizepräsident Graef (Thüringen): Die Sitzung ist wieder eröffnet!

(Andauernde lärmende Rufe von den Kommunisten: Pfui! Henker!)

Meine Damen und Herren! Ich habe in der Zwischenzeit festgestellt, daß der Ausdruck gegenüber dem Präsidenten „Sie schämen sich wohl gar nicht, Herr Präsident" nicht von dem Herrn Abgeordneten Weber (Düsseldorf), sondern von dem Herrn Abgeordneten Torgler gefallen ist. Danach erledigt sich meine Maßnahme gegenüber dem Herrn Abgeordneten Weber (Düsseldorf), und ich schließe nunmehr, weil der Zwischenrufer einwandfrei feststeht,

(entrüstete Rufe von den Kommunisten: Wer hat das einwandfrei festgestellt?)

den Herrn Abgeordneten Torgler für den Rest der Sitzung aus.

(Wiederholte Zurufe von den Kommunisten: Das steht noch nicht einwandfrei fest!)

Ich bitte ihn, den Sitzungssaal zu verlassen.

(Starke Entrüstung und Rufe bei den Kommunisten: Zur Geschäftsordnung! — Abgeordneter Torgler: Sie haben zweifellos gelogen, Herr Präsident, als Sie sagten, die Tribünen seien wieder geöffnet! Ich habe nur die Wahrheit gesagt; das ist doch noch gestattet in diesem Hohen Hause!)

— Ich schließe den Herrn Abgeordneten Torgler für den Rest dieser Sitzung aus und ersuche ihn, den Sitzungssaal zu verlassen.

(Erneute starke Entrüstung und Rufe bei den Kommunisten: Zur Geschäftsordnung!)

Er fügt sich dem nicht. Ich unterbreche die Sitzung auf 3 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung von 12 Uhr 45 Minuten bis 12 Uhr 48 Minuten.)

Vizepräsident Graef (Thüringen): Ich eröffne die Sitzung wieder.

(Lärmende Zurufe von den Kommunisten.)

Ich frage, ob der Herr Abgeordnete Torgler noch im Saale anwesend ist.

(Andauernde lärmende Zurufe von den Kommunisten. — Abgeordneter Stoecker: Wo ist die Öffentlichkeit des Parlaments? — Zurufe: Warum wird die Tribüne geräumt?)

— Ich mache Sie darauf aufmerksam, wenn Sie jetzt Ihre lärmenden Zurufe nicht einstellen, daß ich nicht davor zurückschrecken werde, die ganze kommunistische Fraktion auszuschließen.

(Stürmische Oho- und Bravo-Rufe bei den Kommunisten. — Andauernder Lärm.)

Ich stelle fest, daß der Herr Abgeordnete Torgler noch im Saale ist. Er hat sich dadurch den Ausschluß auf 8 Tage zugezogen. Ich fordere ihn auf, den Sitzungssaal zu verlassen. — Er leistet der Aufforderung nicht Folge. Ich stelle fest, daß der Abgeordnete Torgler auf 20 Sitzungstage ausgeschlossen ist.

Ich bitte nunmehr, die Tribünen zu räumen, und ersuche die Abgeordneten, den Sitzungssaal zu verlassen.

(Andauernde lärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten.)

Ich schließe die Abgeordneten Münzenberg und Creutzburg wegen fortgesetzten Lärmens aus.

(Andauernder großer Lärm bei den Kommunisten.)

Der Abgeordnete Dr. Neubauer ist ausgeschlossen.

(Fortgesetzte lärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten.)

Die Abgeordneten Geschke und Neddermeyer sind aus der Sitzung ausgeschlossen. Ich unterbreche die Sitzung.

(Pause von 12 Uhr 53 bis 12 Uhr 57 Minuten.)

Vizepräsident Graef (Thüringen): Ich eröffne die Sitzung wieder.

(Lärmende Zurufe von den Kommunisten.)

Ich stelle jetzt zunächst fest, daß die Herren Abgeordneten Geschke, Münzenberg und Neddermeyer noch im Saale sind. Dadurch haben sie sich den Ausschluß für 8 Sitzungstage zugezogen. Ich ersuche sie, den Sitzungssaal zu verlassen. — Das geschieht nicht. Dann stelle ich fest, daß nunmehr der Ausschluß für 20 Tage wirksam geworden ist.

Ich bitte die Herren Abgeordneten, den Saal zu verlassen, und die Tribünen ebenfalls zu räumen.

(Andauernd lärmende Zurufe von den Kommunisten.)

(Pause von 12 Uhr 58 Minuten bis 1 Uhr 12 Minuten.)

Vizepräsident Graef (Thüringen): Ich eröffne die Sitzung wieder und teile mit, daß ich nunmehr den Ältestenrat auf 3 Uhr einberufen habe, in der Hoffnung allerdings, daß diese Zwischenfälle bis dahin beendet sind.

(Lärm bei den Kommunisten.)

Sollte sich meine Hoffnung nicht erfüllen, müßte der Ältestenrat vertagt werden.

(Große Entrüstung bei den Kommunisten. — Abgeordneter Stoecker: Zur Geschäftsordnung!)

— Ich erteile das Wort zur Geschäftsordnung in diesem Augenblick nicht mehr.

(Bravo! rechts und in der Mitte. — Lärm und Zurufe von den Kommunisten.)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Putz." — — —

Soweit der amtliche Bericht. Nach der Geschäftsordnung erhalten die ausgeschlossenen Abgeordneten für die Dauer des Ausschlusses keine Diäten. Der Ausschluß ist daher ein recht probates Mittel, die Ruhe wieder herzustellen. Aber das Ansehen des Parlaments sinkt desto tiefer, je häufiger sich solche Szenen ereignen.

Abends saßen die Abgeordneten der Müllerschen Fraktion jetzt öfter und länger zusammen, als es sonst der Fall gewesen war. Und mehr als sonst drehte sich ihre Unterhaltung um den Parlamentarismus als solchen. Die Jüngeren verzweifelten an ihm. Sie suchten nach neuen Formen, die größere Gewähr für sein Funktionieren geben sollten.

Monarchie! Ein Zauberwort! Von manchen ersehnt! Aber auch dann würde noch ein Rest „Parlamentarismus" bleiben. Und im Parlament würden Parteien sein, wie die Gruppierungen im deutschen Volke.

„Warum nicht berufsständisches Parlament? — Seht Euch den Reichswirtschaftsrat an. Der arbeitet in manchen Fragen ja heute schon besser als der Reichstag." So rät ein zweiter. „Man müßte das Wahlalter heraufsetzen." Das ist das Rezept des Geheimrats. „Das Verhältniswahlsystem bringt uns keine Köpfe, sondern nur „Beauftragte" in den Reichstag. Kehren wir zurück zur Einzelwahl," lautet der vierte Verbesserungsvorschlag. „Ohne Direktorium geht es ja doch nicht" der fünfte.

„Da die Zeit für gewaltsame Änderungen verpaßt ist, geht's nur noch durch eine Fortentwicklung des Systems auf legalem Wege," läßt sich der sechste vernehmen.

Ein Arzt aber pfeift auf alle diese Reformpläne. „Schafft erst mal genügend frische Luft in den Reichstag. Das ist wichtiger als alle Verfassungsänderungen. Ohne reichlichen Sauerstoff arbeiten gewisse Drüsen im menschlichen Körper nicht. Folge davon ist die ärgerliche Fettleibigkeit aller Männlein und Weiblein, die im Wallothause arbeiten. Da liegt auch die Quelle der Berufskrankheit der Parlamentarier, der Herzschwäche. Reißt die großen ewig verschlossenen Glasscheiben aus den Fenstern und setzt vernünftige, leicht zu öffnende Fensterflügel hinein. Benutzt doch endlich alle Balkons, die das Haus hat. Baut Drehtüren ein, damit ihr hinaustreten könnt, ohne daß die Kahlköpfe im Restaurant Zugluft verspüren. Gebt den Nasen der Abgeordneten Sauerstoff, dann werden auch ihre Gehirne besser arbeiten. In dem hermetisch abgeschlossenen Kasten muß ja alles verblöden."

Sein Kollege vom „Nervenfache" stimmte ihm bei. „Aber wichtiger ist noch das andere. Lest: Le Bon's Buch von der „Psychologie der Massen", dann kommt Ihr an die Wurzel des Übels. Fünfhundert Menschen in einem Raum können nie Herrscher der Massen sein, weil sie selbst „Masse" sind, und immer wieder Massensuggestionen verfallen."

Der Ingenieur will die moderne Technik in den Dienst der Parlamentsarbeit stellen. Weiße, blaue und rote Hebel an den Plätzen sollen die Funktionen der Stimmkarten übernehmen. Elektrische Fernzählwerke das Auszählen. Hoch über dem Präsidenten soll man auf der Wand alles, was abgestimmt wird, alle Anträge und auch alle Ergebnisse, ablesen können, wie auf der Leinwand im Kino.

So geht es hin und her, bis ein Spaßvogel eine Zeichnung vorweist, in der im Parlament nur noch Lautsprecher anwesend sind, die die Reden der ruhig daheim bleibenden Abgeordneten in den Saal krächzen. Ein Diener geht mit einem Wischtuch durch die Reihen: „Sie verstauben so schnell!"

Auf dem Nachhausewege durch den Tiergarten aber meint dieser Spaßvogel auf einmal ganz ernsthaft: „Sollten wir nicht überhaupt verlernt haben, uns zu regieren. Rom soll nach neueren Forschungen an dieser gräßlichen Vergeßlichkeit zugrunde gegangen sein."

Am Potsdamer Platz trank Müller mit diesem Kollegen zusammen noch einen Kaffee. Sie sprachen von der schwindenden Fähigkeit der zivilisierten Völker, sich ordentlich und stetig zu regieren oder regieren zu lassen. Es war fast Mitternacht, als sie wieder heraustraten. Taghell strahlten die Bogenlampen. Autos lärmten hin und her. Dazwischen auf einmal kurz und ab-

gehackt, dann an mehreren Platzseiten zugleich: „Extrablatt! Extraaa-Blatt!“ „Der Reichstag aufgelöst!“ „Auflösung des Reichstags!“

Die beiden schauen sich an: „Nun sind wir Abgeordnete gewesen!“

Morgen sollte die Regierung gestürzt werden. Um zehn Uhr abends hatte der Führer der größten Regierungspartei dem Kanzler die Gefolgschaft gekündigt. Er hatte den Rücktritt des Kanzlers verlangt. Der Kanzler aber hatte statt dessen den Reichspräsidenten veranlaßt, den Reichstag aufzulösen. Das waren die Vorgänge des Abends gewesen, während unsere Freunde bei Kroll über die Verbesserungsmöglichkeiten des Parlamentarismus phantasiert hatten.

Die Herrschaft dieser Fünfhundert war vorbei.

Die Regierung und der Reichspräsident konnten nunmehr sechzig Tage lang ohne den Reichstag, lediglich kontrolliert durch den „Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung“ regieren. Spätestens am sechzigsten Tage nach der Auflösung aber muß ein neuer Reichstag gewählt werden.

Müller-Hinterwalden ist so überrascht, daß er sofort nach Hause möchte. Aber sein Begleiter läßt ihn nicht los. „Jetzt dürfen wir keine Zeit verlieren. Sie werden sehen, im Weinhaus Phillipp trifft sich in dieser Nacht alles, was von uns auf die Vorbereitung der Neuwahl Einfluß hat.“ — Ob Müller überhaupt wieder kandidieren solle? — „Aber selbstverständlich, Mensch, Sie brauchen wir ja gerade!“

Am anderen Morgen ist der Plan zur Wahlschlacht fertig. Müller kennt die Parolen, die ins Land hinausgehen sollen. Das Hand in Handarbeiten zwischen seiner Wahlkreisorganisation und der Parteileitung ist verabredet. Er ist zwar übermüdet, die Nacht hat keinen Schlaf gebracht, aber jetzt geht es in den neuen Wahlkampf. Koste es, was es wolle!

Die Partei

Zum letzten Male tritt die Fraktion zusammen. Wer weiß, ob wir uns wiedersehen? Dann bleiben nur noch die Fraktionsmitglieder, die zum Parteivorstand gehören, in Berlin. Für sie beginnen angestrengte Tage. Schnell heißt es die Politik und die Arbeit der Fraktion sichtbar hinstellen. Die Anleitungen für die Wahlredner müssen ausgearbeitet werden. Flugblätter sind zu entwerfen. Müllers Fieberthermometergesetz wird an zwei, drei Stellen mit erwähnt.

Plakatkünstler melden sich und bieten Entwürfe an. Schon am nächsten Tage setzt der erste Kursus für „Fünfminutenredner“ ein.

Die Partei tritt in Front! Wie ein wohlgegliederter tausendfältig verästelter Baum steht sie inmitten des wahlberechtigten Volkes. Mit ihren Wurzeln hat sie die Mittel des Wahlkampfes herbeizuschaffen. Das altbewährte Programm und die Feldzeichen werden hervorgeholt. Bei den Kommunisten die Lehre von Moskau, Sowjetstern und blutrotes Banner, bei den Sozialdemokraten das Vermächtnis von Marx und Lassalle, das Heidelberger Programm, die alten Klassenkampfgesänge und die schwarzrotgoldene Fahne mit dem roten Band. Die Demokraten nehmen genau wie in ihrem Fraktionszimmer, Uhland, Stein und Fichte für sich in Anspruch. Erinnerungen an 48 und Naumann und Eugen Richter geben der Begeisterung für Demokratie und schwarzrotgold einen romantisch verklärten Grundton.

Das Zentrum erinnert an Kulturkampf und Neuheidentum, gegen die die Kirche verteidigt werden muß. Seine Redner haben die schwere Aufgabe, alle Gesetze zu verteidigen, die seit 1918 gemacht worden sind, denn das Zentrum hat als Teilhaber jeder Regierung die Verantwortung für alle Gesetze mitzutragen.

Bayrische Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale entrollen ihre Flaggen, blauweiß, schwarzweißrot und nochmals schwarzweißrot mit dem Kaiseraar. Die Nationalsozialisten aber lassen das Hakenkreuz werben.

Zu den Programmen und Symbolen treten die Taten in dem soeben aufgelösten Reichstag und seinen Vorgängern. Da gibt es schwere Fragen. Und: „Wie sage ich's am besten meinen Wählern?" beherrscht ihre Behandlung.

Gleichzeitig haben die Wurzeln des Parteibaumes die andere Nahrung zu schaffen: Geld! Geld! Millionen kleiner und kleinster Beträge und vereinzelte große Summen müssen herangeholt und zum Wahlschatz verschmolzen werden, damit Wille und Wort der Parteileitung, aber auch ihre Subsidien bis in die fernsten Verästelungen der Organisation getrieben werden können.

Zu diesen allgemeinen Wahlvorbereitungen treten die eigentlich noch viel ernsteren speziellen, tritt vornehmlich die Aufgabe, die Auswahl der Kandidaten im ganzen Lande so zu beeinflussen, daß die Wahl eine arbeitsfähige Fraktion ergibt.

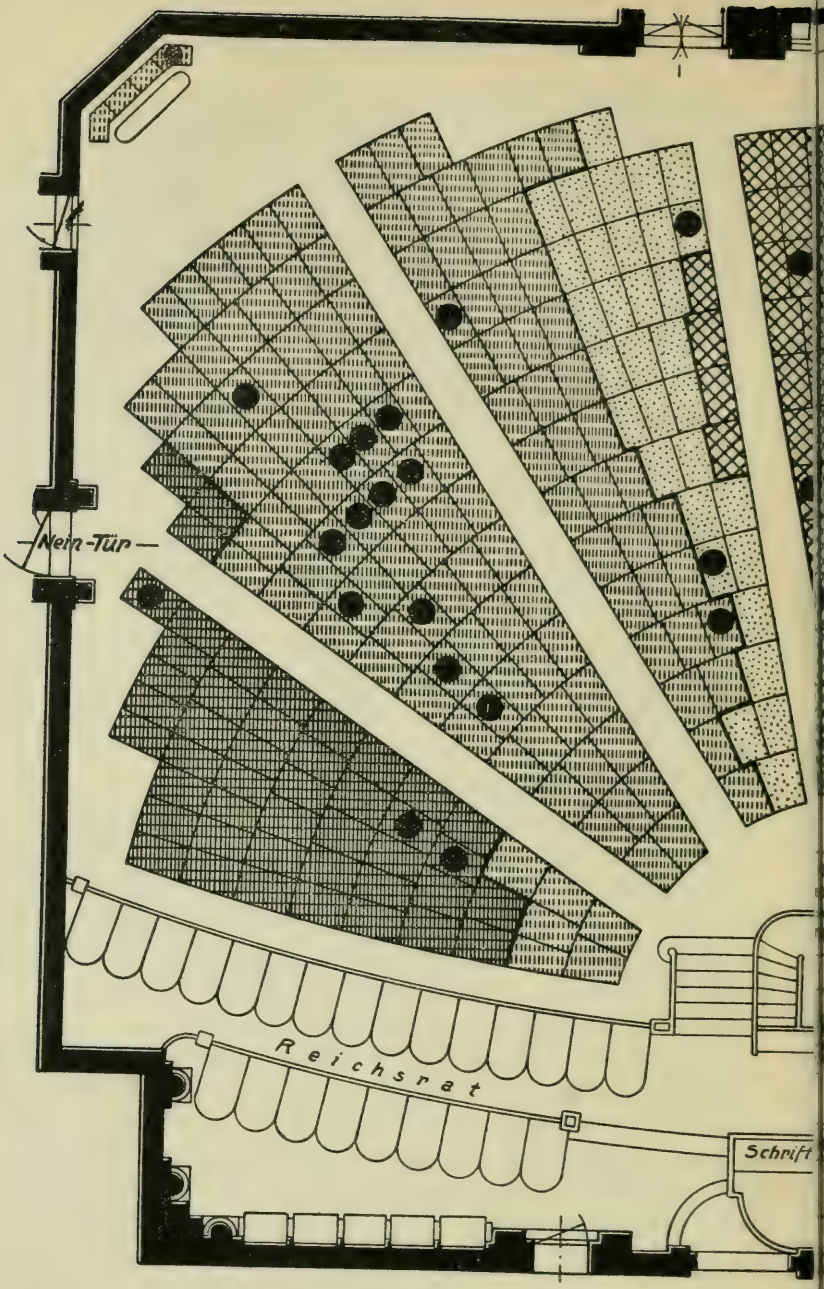
Zu einer wirklich arbeitsfähigen Fraktion gehört die Voraussetzung, daß sich ihre Mitglieder in Temperament und Fähigkeiten glücklich ergänzen. So muß also dafür gesorgt werden, daß der bewährte Führer unter allen Umständen wiedergewählt wird. Da er sich nicht einseitig einem bestimmten Wahlkreise widmen kann, ist es gar nicht so leicht, ihn „irgendwo unterzubringen", wie man nach dem Grade seiner Bedeutung annehmen sollte. Hinter jedem Stuhle, der zu besetzen ist, steht ja schon eine örtliche Größe, die ihn einnehmen will.

Neben dem Führer braucht jede Fraktion, die sich in der parlamentarischen Praxis durchsetzen will, einen erfahrenen Außenpolitiker.

Es gilt, ihm seinen „sicheren Sitz" zu verschaffen. Populär sind diese Spezialisten gewöhnlich nicht allzusehr. Die Fraktion braucht einen Finanzsachverständigen und Steuertechniker. Kann man als Spezialisten für die Außenpolitik beispielsweise die Abgeordneten Prof. Hoetzsch (deutschnational) v. Rheinbaben (Deutsche Volkspartei), Dr. Breitscheid (Sozialdemokraten) ansprechen, so wären als Finanz- und Steuerspezialisten bei den Sozialdemokraten Dr. Herz, den Demokraten Dr. Dernburg, dem Zentrum Dr. Brüning und den Deutschnationalen Exz. Hergt, Dr. Oberfohren und Dr. Gereke zu nennen. Spezialisten für Kulturfragen, Militärwesen, Wirtschaftspolitik und Zollfragen sind ebenso nötig. Der verantwortliche Partei- und Fraktionsleiter kann es nicht dem Zufall überlassen, ob diese Säulen seiner Fraktion gewählt werden. Er muß sich für sie einsetzen. Er muß es im Kampfe mit den übrigen Anwärtern tun. Da kommen die Berufsorganisationen mit Bitten und Drohungen. Sie möglichst alle zu befriedigen, aber dabei Abgeordnete zu bekommen, die in Gesinnungseinheit mit der Gesamtfraktion zu wirken vermögen, ist die große Aufgabe. Lücken in der Vertretung der Berufsstände müssen durch das Heranziehen neuer Persönlichkeiten ausgefüllt werden. Die Landschaften sind gerecht zu beteiligen, und am Ende ist das Eindringen destruktiver Elemente mit Nachdruck zu verhindern.

Zu erreichen ist das alles nur durch eine Reihe von Kompromissen. Ein Parteivorsitzender, der in solcher Zeit nicht über einen gefüllten zu seiner Verfügung stehenden Wahlschatz, über die wichtigste Parteipresse, über eine große Menschenkenntnis und über den eisernen Willen verfügt, den Aufbau der Fraktion planmäßig mitzugestalten, steht am falschen Platze. Er ruiniert seine Partei und wirkt im Enderfolg zersetzend, wo Zusammenfassen und Aufbauen seine geschichtliche Aufgabe ist.

Das Wahlrecht der Weimarer Verfassung läßt derartige Einflußnahmen der Parteileitungen auf die Auswahl der Kandidaten durchaus zu. Theoretisch macht die Weimarer Verfassung den einzelnen Abgeordneten zum völlig freien Einzelnen, der das gesamte Volk vertritt. Sie räumt keiner Organisation irgendwelchen Einfluß ein. Infolgedessen kann aber jede Organisation Einfluß nehmen, wenn sie es richtig anzufangen versteht. Am leichtesten kann es natürlich die Parteiorganisation. So bringt der Parteileiter die Kandidaten, für die er sich besonders einsetzt, entweder auf den ersten Plätzen der Wahlkreislisten unter oder auf der Reichsliste. Bei größeren Parteien sind auch die zweiten, oft dritten, ja vierten Plätze auf einer Liste noch sicher. Im Wahlkreise Köln-Aachen ist auf der Zentrumsliste der sechste Platz noch



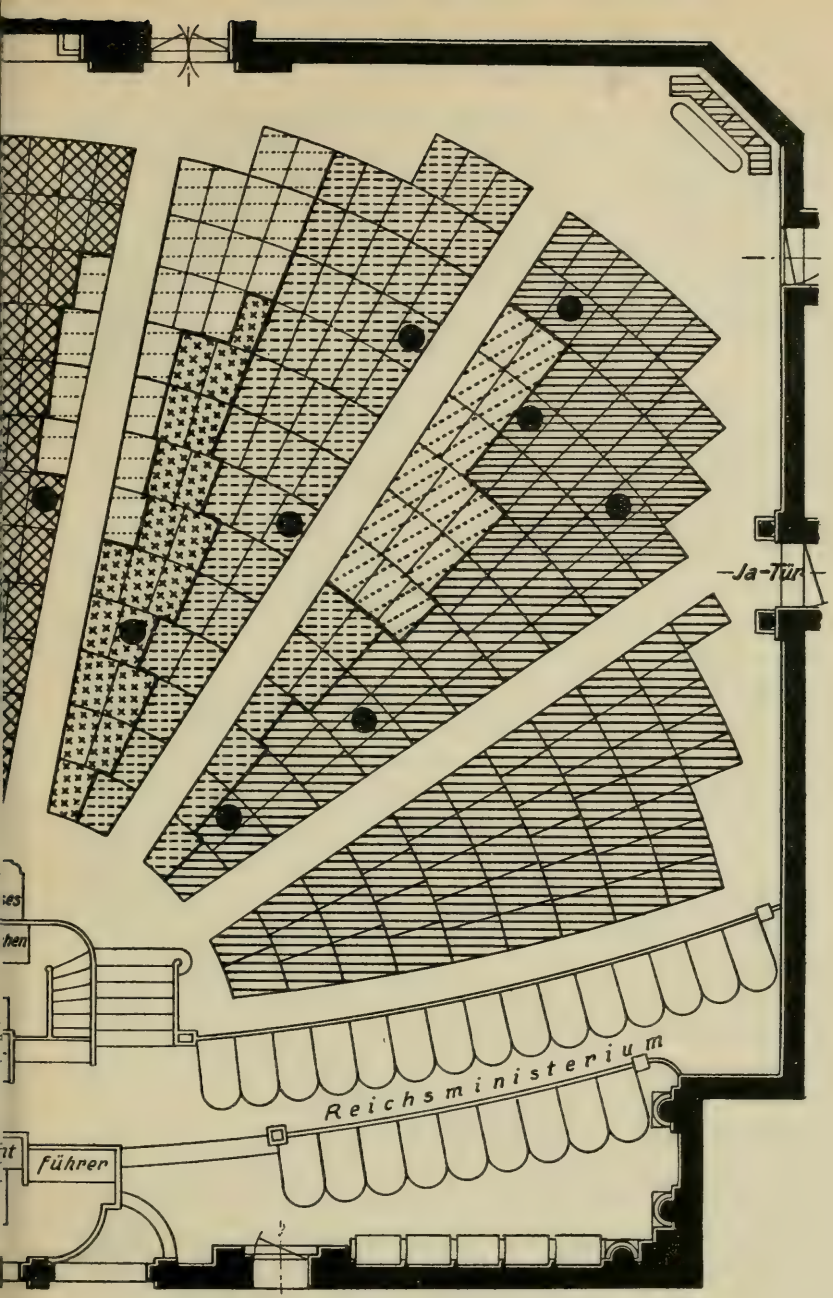
Sitzungssaal des Reichstages der III. Wahlp

Kommunisten

Demokraten

Sozial-
demokraten

Zentrum



1924 mit den Sitzen weiblicher Abgeordneter

aftl.

Deutsche Volkspartei

Deutschnationale

che rtei

Nationalsozialisten

Sitze weiblicher Abgeordneter

absolut sicher, in Pommern auf der deutschnationalen Liste derselbe Platz, während in beiden Wahlkreisen die Demokraten nur je einen halben Sitz als sicher betrachten können.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß Abwanderungen von einer Partei zur anderen bei uns in Deutschland nur in gemäßigtem Ausmaß vor sich gehen. Daher kann man die Stimmzahlen der vorhergehenden Wahlen stets als guten Ausgangspunkt für alle Vorausberechnungen benutzen. Eine Partei rechnet je nach der Stimmung der Wähler mit einer Zunahme oder Abnahme von etwa zehn Prozent, dann hat sie den Rahmen des Möglichen soweit umrissen, daß sie sichere, halbsichere und unsichere Plätze auf den Wahlvorschlagslisten unterscheiden kann.

Auf je sechzigtausend Stimmen, die eine Liste erhält, kommt ein Abgeordneter. Reststimmen werden der Reichsliste gutgeschrieben. Bei fünfunddreißig Wahlkreisen könnten der Reichsliste also theoretisch 35 mal 59999 Stimmen zufallen. Da der letzte Mann der Reichsliste bereits als gewählt gilt, wenn ihm 30000 (statt 60000) Stimmen zufallen, können auf der Reichsliste einer Partei also 35 Abgeordnete gewählt werden.

Müller-Hinterwalden fand die Unterlagen zu solchen Berechnungen im Reichstagshandbuch, das er auf der Heimfahrt nach Neustadt studierte. Freie Fahrt blieb ihm bis zum Tage nach der neuen Wahl. Auf Grund der Reichswahlvorschläge fand er als am 7. Dezember 1924 gewählt: 6 Sozialdemokraten, 15 Deutschnationale, 1 Landbündler, 7 Zentrumsabgeordnete, 10 deutsche Volksparteiler, 9 Kommunisten, 9 Demokraten, 7 Wirtschaftsparteiler, 2 Bayrische Volksparteiler und 7 Nationalsozialisten. Er folgerte daraus, daß auf der Reichsliste jeder Partei der sechste Platz noch als sicher anzusehen sei.

Auffallend schien ihm der Unterschied zwischen den beiden größten Parteien, die nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit etwa gleich viele Kandidaten hätten auf der Reichsliste durchbringen müssen. Die Deutschnationalen hatten 15, die Sozialdemokraten nur 6 Reichslistenabgeordnete.

Dem liegen zwei Systeme zugrunde. Die Deutschnationalen haben nach der Parole gehandelt: soviel Stimmen wie möglich der Reichsliste! Die Sozialdemokraten nach der Parole: So wenig Stimmen wie möglich der Reichsliste, alle Stimmen den Wahlkreisverbänden! Das Reichstagswahlrecht läßt nämlich noch eine Zwischenstufe zwischen dem Wahlkreise und der Reichsliste zu, den Wahlkreisverband. Die 35 Wahlkreise sind zu sechzehn Wahlkreisverbänden zusammengefaßt, innerhalb deren die Parteilisten der einzelnen Wahlkreise sich für verbunden erklären können. Das hat zur Folge, daß die Reststimmen aus den Wahlkreisen erst im Wahlkreisverbande zusammen-

gezählt und zugunsten des Kandidaten mit der höchsten Reststimmenziffer verwendet werden. Nur was dann noch übrig bleibt, kommt der Reichsliste zugute. Theoretisch könnten bei diesem System auf der Reichsliste 16 Abgeordnete gewählt werden.

Innerhalb der Partei geht dauernd ein Kampf um das Besetzungsrecht für die Vorschlagslisten. Will die Parteileitung sich durchsetzen, dann muß sie bei beiden Methoden stark genug sein, die Wahlkreisorganisationen zur Gefolgschaft zu verpflichten. Entweder kommen die Parteileitungskandidaten auf die Reichsliste, dann müssen die Wahlkreise auf die Listenverbindung untereinander verzichten, oder den Wahlkreisorganisationen wird die Listenverbindung zugestanden, dann verpflichten sie sich, etwa auf die zweite Stelle jeder Liste einen Kandidaten der Parteileitung zu setzen.

Gelingt es der Parteileitung, weder das eine noch das andere dieser Systeme bei ihren Anhängern durchzusetzen, dann muß sie, wenigstens bei einer jungen Partei, mit einer rein zufälligen Zusammensetzung der neuen Fraktion rechnen.

Müller begriff jetzt erst, warum man in Hinterwalden bei jeder Listenaufstellung Krach mit der Parteileitung in Berlin bekam, warum auch der kratzbürstige Professor dauernd den zweiten Platz seiner Liste inne hatte. Er hatte diesen Professor inzwischen als den unentbehrlichen Chronisten der Fraktion kennengelernt, ohne den keinerlei Tradition festzuhalten wäre.

Die Fahrt von Berlin nach Neustadt war lang. Seine Mitwirkung an den Besprechungen über die Listenaufstellung hatte ihn den ersten Zug, mit dem alle übrigen Abgeordneten fuhren, verpassen lassen. So saß er allein im Abteil erster Klasse. Mindestens vier Wochen lang würde er nun wieder von Versammlung zu Versammlung reisen. Bilder alter Zeiten stiegen vor ihm auf. Im Koffer hatte er sein Versammlungstagebuch. Er holte es hervor und begann darin zu blättern. Es begann mit seiner Rückkehr vom Militär. Dann folgte Versammlung auf Versammlung, all die Jahre hindurch. Rastlos hatte er den Kampf für seine Überzeugung gekämpft. Am tollsten damals zur Zeit der Nationalversammlungswahlen in Reich und Ländern. Er beginnt in den alten Blättern zu lesen. Wie ein Film rollt das Leben und Erleben der seit jenen Tagen verflossenen Jahre vor seinen träumenden Augen vorüber, so bunt und wirr, wie's kein Dichter sich ausmalt, wie es eben nur die Wirklichkeit hervorbringt, an deren tolle Einfälle und dramatische Fügungen keines Künstlers Phantasie heranreicht.

„Es lohnt sich schon, einen solchen Revolutionsfilm für die späteren Geschlechter festzuhalten", so hatte er damals geschrieben. „Ich möchte es wenigstens versuchen, zwar nicht mit den bizarren, aber doch mit einigen bezeichnenden Erlebnissen und Stimmungen, die vielleicht auch in späteren Jahren

noch einen Einblick in die Atmosphäre dieser Zeit des Zusammenbruchs und Neuaufbaus gestatten werden."

Da war als erstes die Erinnerung an seine erste Versammlung in Hamburg während der Revolution. Der große Saal des Gewerkschaftshauses gefüllt, wie vielleicht noch nie ein Saal gefüllt gewesen ist. Auf den Schultern sitzen einander Hörer und Hörerinnen. Ohnmächtige werden hinausgetragen wie nach einem Eisenbahnunglück. Oben am Rednerpult ein Dr. Eulert, der seinen inneren Abstand vom Fühlen der Volksmenge durch laut krächzendes Geschrei und ein Maschinengewehrfeuer von Kraftworten zu überbrücken sucht. „Ihr jungen Männer, ihr Mädchen, ihr wißt ja gar nicht, wie gut ihr es jetzt haben werdet. Kein Prinzipal und kein Rayonchef wird euch mehr anrüffeln, wenn ihr morgens zu spät kommt. Ihr werdet nicht mehr zu leiden haben unter zu niedriger Bezahlung, denn Geld und Lohn wird es überhaupt nicht mehr geben. Allen wird alles zu eigen gehören. Paradiesische Zeiten brechen an, obwohl ihr es nicht verdient habt, denn ihr habt keinen Anteil gehabt an der Herbeiführung der großen deutschen Revolution. — —"

Die Menge quittierte zwar jedes Wort mit Beifallsbezeugungen, aber es war mehr ein Beifall, wie ihn im Varieté-Theater die Exzentriks bekommen. „Revolutionäres Fieber klang nicht heraus", hatte er damals notiert.

Dann liest er weiter:

27. November 1918, Kuxhaven.

Empörend langsam kriecht der ungeheizte Zug durch den eisigen Nebel. Ich renne im Abteil hin und her, stampfe mit den Füßen, um nicht zu erfrieren und verstecke die Hände tief in den Manteltaschen. Aber die Kälte dringt nur bis auf die Haut. Da stößt sie sich an der Glut, die mir in den Adern brennt. Nach zwei Militärjahren will ich zum ersten Male wieder über unsere Gedanken sprechen, zum ersten Male überhaupt im revolutionären Deutschland in einer Stadt, in der die A.- und S.-Räte herrschen.

Der Saal ist überfüllt von Männern und Frauen, Soldaten und Zivilisten. Abgesandte der A.- und S.-Räte seien anwesend, wird mir ins Ohr geflüstert. Werden unsere Gedanken Widerhall finden?? Wie wird sich die Versammlung zu meinen Worten stellen?. . .

Ich beginne mit einer sachlichen Kritik der Fehler des alten Regimes und ernte ermunternde Zwischenrufe. Das war zu erwarten. „Sie haben schwer gesündigt, die alten Gewalten," sage ich zusammenfassend. Wieder „Bravo" und lebhaftes Händeklatschen.

Nun aber — —

nun muß das Steuer herum! Jetzt zur Kritik der neuen Herrscher, der A.- und

S.-Räte, die im Saale sitzen! Jetzt erst wird es sich zeigen, ob der Funke einschlägt, ob für uns noch Platz ist in Kuxhaven. „Die alten sind fort," beginne ich, nachdem sich das Klatschen gelegt hat, hart und laut, „aber diejenigen, die ihre Macht an sich gerissen haben, erweisen sich als noch viel schlimmer als jene. Wir sind aus dem Regen in die Traufe gekommen. In eine Knechtschaft sind wir geraten, die unerträglich ist." Atemraubende Stille. Das Publikum erwartet offenbar das Einschreiten der Herren A.- und S.-Räte, die mit ihren roten Armbinden die erste Reihe zieren. — Zu jung ist noch die Revolution. Der Schrecken der Maschinengewehre steckt noch in allen Gliedern. — Aber das gefürchtete Tack-tack bleibt aus. Der neue Gott der Revolution läßt weder Feuer noch Schwefel regnen. —

Jetzt oder nie gilt es den Bann der Furchtsamkeit durchbrechen, in diesen Menschen das alte Selbstgefühl wachzurufen: „Aber wir wollen nicht Knechte sein, wir wollen als freie Männer leben! Ihre Zwangsherrschaft, meine Herren vom A.- und S.-Rat, wird an unserem Freiheitswillen, am Schrei nach unserem Recht zerschellen", rufe ich mit aller Leidenschaft in den Saal. Da geht es wie eine Erlösung durch die Reihen. Endloser Beifall bricht los. Unsere Gedanken haben wieder freie Bahn. —

Der Herr Soldatenrat in Marineuniform, der nach mir spricht, vermag die gesprengten Fesseln nicht zu flicken. Er wird ausgelacht. Wilde Empörung der Bürger schlägt ihm entgegen. Schonungslos halten sie ihm die Sünden seiner jungen Herrschaft vor, und im Schlußwort kann ich unter dröhnendem Beifall gründlich mit ihm abrechnen.

Müller liest weiter:

„3. Dezember 1918, Hannover.

Von der Knallerei am Hauptbahnhof, die hier die Musik zur Revolution gespielt haben soll, sieht man nicht einmal mehr Spuren. Extrawagen bringen die dreieinhalbtausend Besucher meines Vortrags zum Kuppelsaal der Stadthalle. Die Aussprache wird in der Hauptsache von heimgekehrten Kriegern bestritten, die mit Wärme ihre Forderungen an die neue Zeit vorbringen. Der Riesensaal mit seiner abscheulichen Akustik beschert den Neulingen am Rednerpult alle Überraschungen des ersten Auftretens. Als man dem einen zuruft, er solle doch deutlicher sprechen, jammert er: „Ja, kommen Sie doch mal selbst hier herauf, dann werden Sie sehen, wie schwer das ist!" Schallende Heiterkeit dankt ihm.

4. Dezember 1918, Braunschweig.

Nun bin ich mitten drin im Rückzug der Feldheere und den Fluten der Revolution. Die Szenen auf dem Bahnhof lassen sich gar nicht beschreiben.

Alle Züge aus dem Westen sind innen und außen überfüllt mit Soldaten. Auf den Trittbrettern, den Treppen zu den Bremshäuschen, auf dem Kohlentender, auf den Balgen zwischen den D-Wagen sitzen und liegen sie trotz der schneidenden Kälte. Ein Landstürmer schlägt eben von außen ein Abort-Fenster entzwei, wirft seinen Affen hinein und klettert nach. Mit zwei Stunden Verspätung läuft mein Zug ein. Keine Tür ist zu öffnen. Alle sind von innen belagert, jedes Abteil, in das man durchs Fenster hineinschaut, überfüllt.

In einem Abteil erster Klasse fehlt eine Fensterscheibe. Davor steht auf dem Bahnhof händeringend eine rundliche Dame mit einem kleinen Kindchen. Sie ist offenbar gut durch die Hungerjahre hindurchgekommen. Nun beteuert sie weinerlich: „Ich muß mit!“ — „Ich auch“, sage ich zu ihr, denke daran, daß ich heute noch in Braunschweig sprechen will, und schwinge mich kurz entschlossen unter lebhaftem Protest der Insassen durchs Fenster in das Abteil. Als die Dame das sieht, befördert sie eilig ihren schreienden Sprößling hinter mir her auf den Schoß eines der im roten Polster sitzenden Herren. Zwei gutmütige Landstürmer packen die Dame darauf selbst an ihren ansehnlichen Fettpolstern und schieben sie nach. Da schwebt sie dann zwischen den Knien und zornigen Blicken der Insassen.

Wie sie wieder herausgekommen ist, weiß ich nicht. Ich selbst habe mich in Braunschweig durch ein anderes Fenster auf das Nebengeleise hinunterlassen müssen. Den Bahnsteig oder gar eine Tür zu erreichen, war unmöglich.“

Etwas gemütlicher reist es sich heute doch, meint Herr Müller-Neustadt-Hinterwalden und brennt sich eine Zigarre an. Dann blättert er weiter:

„In der Welfenresidenz herrschte in jenen Tagen noch der Herr Kunststopfer Merges als Präsident und führte alles aus, was ihm sein Freund Dücker, Garnisonältester von Braunschweig und ehemaliger Artist, in die Ohren blies. In der Schimmelkutsche der Kaisertochter und Herzogin aber ließ sich die Frau Kultusministerin Faßhauer durch die Straßen fahren und grüßte hoheitsvoll nach allen Seiten. Ob sie sich der Zeit noch erinnerte, da sie Flaschen spülte oder unordentliche Eintragungen in die Bücher des Frauen-Vereins machte, hat mir ihr holdes Antlitz nicht verraten.

Als wir nachts nach meinem Vortrag vor dem Hotel stehen, erscheint plötzlich eine Patrouille der „Roten Garde“ und begehrt mit lauten Kolbenstößen gegen die Haustür Einlaß ins Hotel. Sie haben Angst vor Offiziersverschwörungen und hoffen hier ein volles Nest ausnehmen zu können. Ein Agitator in Zivil bleibt draußen bei uns stehen und versucht uns für den Kommunismus zu werben. Als er auf lästigen Widerstand stößt, drückt er uns schleunigst zwei Traktätchen mit Lobpreisungen der russischen Zustände in die Hand und schließt sich den Rotgardisten wieder an, die eben mit leeren Händen aus

dem Hotel herauskommen. Das Verschwörernest war offenbar rechtzeitig ausgeflogen."

Längst entschwundene Zeiten entstehen neu vor Müllers Augen. Damals war er noch Müller. „Müller-Neustadt", das kam später. „Müller-Hinterwalden" war er erst vor einem Jahre gegen seinen Willen geworden. Damals brodelte noch das Chaos im deutschen Vaterlande. Erst Weimar brachte die Ordnung.

Die Ordnung? War das Ordnung, diese Herrschaft der Fünfhundert, die man soeben aufgelöst hatte? War es nicht nur eine wohlgeordnete Unordnung?

— — —

Verwirrt und fast im Traum las er weiter:

„Am nächsten Tage fährt, gerade als ich weiterreisen will, eine Schwadron schwarze Husaren in den Bahnhof ein. Draußen erwartetet sie die „Rote Garde" mit der roten Fahne. Plötzlich große Schießerei. Das in gedrängten Massen Spalier bildende Volk stiebt auseinander, die Rotgardisten suchen hastig Deckung, vom Dach des Bahnhofs tacken Maschinengewehre, die Husaren sitzen ab — mehr kann ich nicht beobachten, da mein Zug nicht warten will. In der Zeitung steht später, ein kleines Kind sei bei der Schießerei zu Tode gekommen und einige Erwachsene hätten Verletzungen erlitten. Die Schwarzen Husaren hatten der geheiligten roten Fahne nicht die gebührende Ehre erweisen wollen. Das war Ursache genug, um mit Maschinengewehren zu schießen."

Tröstliche Zuversicht hat er inmitten allen Zusammenbruchs damals in Hildesheim empfunden und in sein Buch geschrieben:

5. Dezember 1918, Hildesheim.

„Dies ist das schönste Fleckchen Erde in Deutschland", versichert der blasse Mönch im Kreuzgang des Hildesheimer Doms. Und er mag wohl recht haben. Abgeschlossen von allem Lärm, eine Welt für sich, ruht der Friedhof der Domherren im Kranze der zweifach geschichteten Säulengänge, und die Ranken des tausendjährigen Rosenstocks umwinden die Fenster des alten Gotteshauses, die auf ihn herabschauen. Da ist Friede, heute wie vor tausend Jahren.

Um Mitternacht stehen wir auf dem Marktplatz am Brunnen. Oben am Turm tutet der Wächter ins Horn und von den hohen Giebeln der unbeschreiblich schönen alten Fachwerkhäuser fallen die tiefen Schatten in die engen Gassen. Schönaich-Carolath's Verse kommen mir in den Sinn:

Mondschein und Giebeldächer
In einer deutschen Stadt — — —

Ja, hier ist Deutschland, das ewige, unvergängliche. Diese alten Giebel haben schon mehr als eine wirre Zeit erlebt: Bauernkrieg und die Religions-

kriege, die Zeit Robespierres und Dantons, die Tage von Jena, 1848. Aber sie stehen immer noch in ihrer unvergänglichen Schönheit und werden weiter stehen. Der Geist, der in ihnen lebt, wird weiter leben trotz Zusammenbruch und russischer Hirnpest.

Das Haus mag zerfallen
Was hat's denn für Not,
Ein Geist lebt in uns allen,
Und unsere Burg ist Gott.

3. Januar 1919,
zwischen Hamburg und Braunschweig.

Um 7.28 fährt der Zug vom Hamburger Hauptbahnhof ab. Überall fehlen die Fensterscheiben, die Polster sind zerfetzt. Fingerdick und mit Schimmel überzogen liegt der Schmutz in allen Winkeln des Abteils. Unweit Bardowiek können wir nicht weiter. Die Lokomotive versagt. Nach einer Stunde kommt eine lächerlich kleine Nebenbahnmaschine herangeschnüffelt und spannt sich vor den langen Wagenwurm. Aber sie hat viel zu kurzen Atem. Es wird Spätnachmittag, ehe wir nach Lehrte kommen. Unterwegs aber fahren 6 große schöne Schnellzugsmaschinen an uns vorbei. Sie sind sauber geputzt und neu angestrichen. Dazu tragen sie große Holzschilder, auf denen mit Blaustift ein französischer Bestimmungsort angegeben ist. Da fahren sie hin zur Ablieferung an unsere Feinde, Opfer des Waffenstillstands; — und wir liegen auf der Strecke. Die ganze Schmach der Zeit ergreift mich.

4. Januar 1919, Braunschweig.

Vor vier Wochen war ich zuletzt hier, seitdem hat sich nichts geändert, Braunschweig ist immer noch das richtige Revolutionsnest mit echter Revoluzzerromantik. Präsident Merges hat befohlen, abends um 10 Uhr alle Schankstätten zu schließen. Aber wir sitzen um 11 Uhr noch hinter unserem Glase und beraten über die Taktik im Wahlkampf. Im kleinen Saale nebenan wird eifrig getanzt. Auf einmal erlischt das Licht. Die Unterhaltung verstummt. Doch kein Wort des Erschreckens, kein Kreischen im Tanzsaal. Alles ruhig. Niemand bewegt sich. Man hört ordentlich die Stille. Da dröhnen Kolbenstöße gegen die Haustür, schwere Schritte tapsen im Vorraum, und man hört Worte vom „alten Rejime, det nich wiederkehren" soll. Beschwichtigende Worte des Portiers dringen nur als unverständliches Gemurmel durch die verschlossenen Türen. Dann fällt die Haustür wieder ins Schloß, und nach einer Warteminute flammt auch das Licht wieder auf. Die Musik setzt wieder ein, und die Paare drehen sich weiter.

Neueste Nachrichten
Tirpitz liest die „Rote Fahne"

Abg. Minister Severing (Soz.) im Lesesaal

Nationaltrachten im Reichstag
Abg. Eisenberger (Bayr. Bauernbund) im Lesesaal

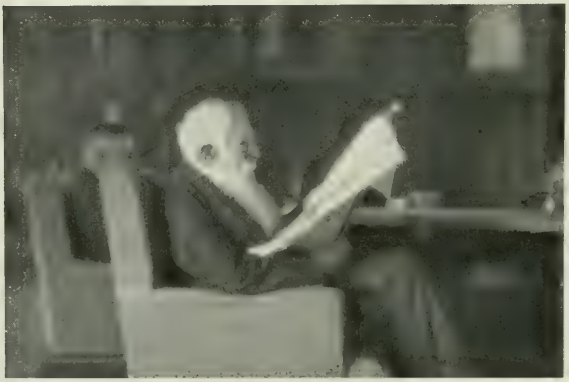
Konzentrierte Aufmerksamkeit
Gesandter v. Kemnitz (Deutschnational)

Bei der täglichen Morgenkost
Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch ist vertieft in sein Lieblingsthema Sozialversicherung

Bei der täglichen Morgenkost
Der ehemalige sozialdemokratische Reichsminister Abg. Sollmann im Lesesaal

Auch am Nachmittage gehört das **Unterrichtetsein** über die neuesten politischen Nachrichten zum Beruf. Abg. Hartwig (Deutschnational) hinter der „Nachtausgabe des Tag"

Im Lesesaal



Zentrumsabgeordnet. Herold

Keiner verliert ein Wort über den Vorfall. Was passiert war, ist offenbar ein längst gewohntes Zubehör zur neuen Zeit.

5. Januar 1919, Braunschweig.

Am frühen Morgen gehe ich langsam am Dom vorbei über den Burghof. Ich stehe am Denkmal des Löwen, vor den grotesken Mäulern der Wasserspeier am Dom und lasse Geschichte in mir lebendig werden. Dankwarderode heißt die Burg. Gerodet und in Kultur genommen haben die Burgherren also hier einstens das Unland. Und dann hat der große Kolonisator des deutschen Nordens von hier aus geherrscht, Heinrich der Löwe. Die deutschen Kaiser aber sind nach Italien gezogen. Parlamente gewählt haben sie damals noch nicht.

Mein Weg führt an der Katharinenkirche vorbei. An ihren beiden ungleichen Türmen klettern meine Augen hoch und haften erstaunt auf den Giebelfüllungen, deren Ornamente mich so niegesehen fremd und doch so heimatlich anmuten, als wären sie aus meinem eigenen Innern geboren. Leisen Nebelregen spüre ich kaum. Da steht ein alter Mann vor mir: „Die hat noch der Löwe gebaut.“, sagt er; „die Türme waren viel höher. Aber 1195 starb der Löwe, und sieben Jahre später brannten die Türme nieder. Da haben sie sie wieder aufbauen wollen, aber da konnten sie es nicht mehr.“ — Spricht da ein greiser Mahner aus Urvätertagen? — Was mag bei uns jetzt wohl alles unfertig bleiben müssen an geplanten und angefangenen großen Bauten! Wird man auch von uns einst sagen: Da konnten sie es nicht mehr? Sie konnten sich nicht einmal mehr eine richtige Regierung geben! Tief ins Herz haben mich die Worte des Alten getroffen. —

Draußen jagt Stunde um Stunde das ganze deutsche Land an den Fenstern des Zuges vorbei, in dem Müller in seinen alten Heften liest. Eintönig rattern die Räder ihr Lied auf den Schienen. „Bauen, ach ja, das können wir noch. Das Walchenseewerk ist fertig. Hochhäuser wachsen über die Giebel der Städte empor. Aber der wichtigste Bau, der Bau unserer Staatsverfassung, wie fremd und ungeschickt steht der dazwischen. Müller muß an die Gewächshäuser im Botanischen Garten zu Dahlem denken. Starrliniges Gefüge, aus Glas und Eisen, unter dem das organische Leben in tropischer Fülle wuchert. Kann die Weimarer Verfassung wenigstens die Rolle eines solchen Schutzdaches erfüllen? Kann sie junge organisch wachsende Ordnung solange gegen Frost und Unwetter schützen, bis aus dem zarten Pflänzchen ein standhafter Wald geworden ist?“ — — —

„Zehn Minuten später“, so liest er weiter, „tobt unter mir die bestellte Lärmgarde der Roten und beruhigt sich erst, als sie merkt, daß Müller aus

Neustadt nicht aus der Ruhe zu bringen ist, wenn man auch noch so lärmt. Aber in diesen Braunschweiger Massen steckt doch mehr revolutionäres Fieber als in den Hamburgern und Hannoveranern zusammen."

5.—18. Januar 1919, unterwegs im Wahlkampf.

Solch ein Wahlkampf von Dorf zu Dorf und Stadt zu Stadt hinterläßt eine Fülle sich überstürzender Eindrücke. Die ganze Hildesheimer Umgebung hat Müller damals besucht. Meist zwei, oft drei Vorträge am Tage. Von Dorf zu Dorf fährt ihn der Wagen des Vertrauensmannes. Mal ist es eine Kutsche, mal ein Jagdwagen, mal ein gewöhnlicher Kastenwagen. All die Orte festzuhalten und alle interessanten Wahlbeobachtungen niederzuschreiben, wer fände dafür die Zeit? Hier ist Wilhelm Buschs Gegend und man erkennt die Urbilder seiner Zeichnungen. So haben z. B. die Häuser genau wie bei Knopps „Abenteuer eines Junggesellen" in der Mitte eine große freie Diele, und ringsum an ihren Wänden Tür neben Tür. Da passierte es ihm einmal, ähnlich wie Tobias Knopp, daß, als er morgens in notdürftiger Bekleidung aus seiner Schlafzimmertür hinausgehuscht und hinter einer anderen, auf der ein Geheimzeichen 00 oder ähnliches steht, verschwunden war, er auf dem Rückwege sein Zimmer nicht wiederfand und reihum in alle Türspalten hineinschauen mußte — zum Entsetzen derer, die dort im Bette lagen!

Am 16. Januar stand er morgens in der ersten Dämmerung bei schneidendem Sturm und Glatteis an Wilhelm Buschs Grab auf dem Friedhof zu Mechtshausen. Die hohen Lebensbäume, die es einschließen, neigten ihre Wipfel und irgendeine Stimme flüsterte in den Zweigen:

„Denn erstens kommt es anders,
Und zweitens, als man denkt."

So war's gestern, so wird es noch oft sein im heißen Wahlkampf. „Der Alte, der das gesagt hat, und nun hier unten ruht, war doch viel größer und weiser als die ganze Horde der Knirpse, die jetzt Deutschland nach ihrem Geschmack ummodeln wollen" hat er damals notiert — — —

Das waren die alten Erinnerungen an die Zeit vor Weimar. Nun würde es wieder in den Wahlkampf gehen. Wieder von Stadt zu Stadt und Dorf zu Dorf. Müller graut es, wenn er an die achtzehn Debatteredner denkt, die ihm in der Altdorfer Stadthalle im letzten Wahlkampf an einem einzigen Abend entgegengetreten sind. Aber er war doch mit ihnen fertig geworden. Was hilft alles Grauen? Hinein in den Kampf!

In seinem Wahlkreise Hinterwalden fand er alles in heller Aufregung. Man ging Wetten über die Wahlaussichten ein. Seine Freunde wollten ihn auf die vierte Stelle der Liste hinauf, eine andere Gruppe wollte ihn auf die sechste Stelle hinabdrängen. Er wurde wenig gelobt und viel be-

krittelt. Die ganzen Kämpfe der vergangenen Jahre um den Einfluß im Wahlkreise lebten wieder auf. Fast schien es ihm, als hätte er alle Erfahrungen innerhalb des Parlamentslebens mit einem Minus an Popularität, ja an Fähigkeit zur Popularität erkauft. Seinen Reden fehlte jetzt die Hemmungslosigkeit, die sie bisher zu solch berauschender entfesselter Begeisterungsquelle hatte werden lassen. Früher habe er glänzend geredet, jetzt rede er klug und diplomatisch, wurde ihm gesagt.

Wo war das freudige Zureden seiner Familie geblieben? — Sie waren stolz auf ihn, aber nur mit Trauer und Wehmut ließen sie ihn in die Wahlschlacht hinausziehen. „Jetzt gehört er allen. Uns aber, seinen eigensten Angehörigen, gehört er weniger als je."

Lohnt die Arbeit im Reichstage diese Opfer? Das war die Frage, die ihn zerquälte. Kannst du von dort aus wirklich für dein Volk arbeiten? Kannst du dort aufbauen? Hilfst du Segen verbreiten, wenn du an der Herrschaft der Fünfhundert weiter mitwirkst? „Ich habe ein Lehrjahr hinter mir. Es hieße vor Schwierigkeiten kapitulieren, wollte ich jetzt den Kampf aufgeben", beantwortete er sich selbst.

„Der Sitz im Reichstage ist da. Der auf ihm sitzt, hilft herrschen. Im Guten, im Bösen. Gebe ich diesen Sitz einem Neuling preis, dann muß auch er erst wieder lernen. — Ob er so planmäßig lernt wie ich?

Ist mir die Arbeit dort zu schwer, dann traue ich also anderen zu, daß sie mehr können als ich.

Ist sie mir zu schmutzig, dann veranlasse ich andere, sich die Finger zu beschmutzen, weil ich nicht den Mut habe, der dazu gehört."

— — — Er fand noch hundert Gründe für ein Verzichten und einen Grund mehr für das Weiterkämpfen.

Nur eines war ihm klar geworden:

Die schöpferische Umgestaltung des deutschen Schicksals würde durch die Fünfhundert, die man jetzt neu wählen würde, nicht besorgt werden. Denn das Getriebe des deutschen Parlamentarismus bietet selbst bei solidester Einzelarbeit aller Beteiligten größte Gewähr für oberflächliche Arbeit und ganz zufällige Ergebnisse, kleinste Gewähr für stetige wohlüberlegte und zuverlässige Arbeit. Gesetze mit einem Gewimmel von Fehlern und Unvollkommenheiten müssen die Folge sein.

Es würdigt den Reichstagsabgeordneten, je gewissenhafter und fleißiger er ist, desto mehr zu einem abgehetzten Gesetzesflickschuster herab, an dem die Interessentengruppen hin- und herzerren.

Aber es war ihm auch klar geworden, daß die Kritik an diesem System meistens viel zu sehr an Äußerlichkeiten haftet. Spott über das Reichstags-

restaurant, die „faulen“ Diätenempfänger, Hohn über unwürdige Szenen im Plenum, treffen gar nicht den Kern der Sache. Dieses System würde nur unwesentlich bessere Ergebnisse liefern, wenn alle Abgeordneten wirklich Idealmenschen und geistige Athleten wären.

Wie es besser werden kann? —

Ob es überhaupt besser werden kann?

Daß im deutschen Vaterlande bereits Regierungssysteme in Kraft gewesen sind, die besser waren, unterlag für Müller keinem Zweifel. Das Wahlkönigtum des Mittelalters schien ihm besser zu sein als die Wahlpräsidentschaft von heute. Aber selbst das Wahlkönigtum hatte sich als schwächer erwiesen als die Erbmonarchien, die unter seiner Oberherrschaft heranwuchsen. Sie hatten die Generationen überdauernde Stetigkeit vor jeder „gewählten“ Gewalt voraus. Ihre Zusammenfassung im Bismarckreich war die geniale Krönung dieser Regierungsform auf deutschem Boden, die Verbindung des Bundeskaisertums mit dem volksgewählten Reichstag, mutige Tat. — —

Doch was nutzten Müller-Hinterwalden solche Betrachtungen für die Gegenwart. Sie waren Vergangenheit, trugen vielleicht Zukunft in sich. Heute ging es um anderes. Heute ging es um die Erkenntnis von der Bedingtheit aller Regierungsformen überhaupt und um die Aufgabe, Hand mit anzulegen am Aufbau der Form, die die Gegenwart zum organischen Gliede zwischen glänzender Vergangenheit und Freiheit heischender Zukunft zu machen vermag. Nicht durch Abseitsstehen, sondern nur durch tätiges Mitarbeiten, schien es ihm, könne er diesem Ziele dienen.

Wenn außerhalb des Parlaments neue gesellschaftsbildende Kräfte am Werke waren, in das deutsche Volk ein neues Führergerippe einzubauen, so mochten sie vielleicht wichtigere Arbeit tun, als er sie im Reichstage tun konnte. Vielleicht war zum Beispiel das unzerreißbare Verflechten eines aufgelockerten oder neuentstandenen Berufsstandes zu einem Organismus die wichtigste Aufgabe dieser Zeit? Viellleicht war die Zusammenschweißung gesinnungsgleicher Idealisten zu einem Orden der jungen Zeit noch zukunftsträchtiger? — Müller war so klein und bescheiden geworden in seiner Rolle als Parlamentarier, daß ihm fast alles, was Kirche, Schulgemeinschaften, Mission, was Gewerkschaften, Landbünde, was Kunst und irgendwelche andere aufweckende und gemeinschaftsbildende Tätigkeit leistete, wertvoller erschien als seine Arbeit im Wallotbau. Er lernte alle Arbeiter in jenen Arbeitsgebieten praktischer Volkstumspflege beneiden. Doch nichts vermochte ihm vor seinem Gewissen die Verpflichtung abzunehmen, da, wo er ein Jahr als Lehrling gelernt hatte, nunmehr auch Gesellenarbeit zu tun. Vielleicht käme doch einmal der Tag, an dem die Gesellen den neuen Meister kürten! — —

Die Vorschlagslisten wurden eingereicht. Sein Parteivorstand hatte seinen Namen wieder an die fünfte Stelle gesetzt. Er unterschrieb den Zustimmungsschein. Er schrieb Aufsätze über seine parlamentarische Tätigkeit für die Presse seines Wahlkreises. Er übernahm für jeden Tag bis zur Wahl zwei Wahlreden. Er steigerte diese Leistung gegen Schluß auf drei, ja vier Reden den Tag.

Plakate empfahlen seine Partei an allen Bäumen und Mauerecken. Hilfsredner zogen truppweis durch die Gegend. Autos zeigten seine Parteiflagge bis ins letzte Dörflein.

Der Tag der Wahl kam heran. In sechzigtausend Wahllokalen ganz Deutschlands begann am frühen Morgen die Stimmabgabe. Werden wir gewinnen? Werden wir verlieren? Der geringste Stimmverlust konnte den Namen Müller-Hinterwalden aus der politischen Öffentlichkeit streichen — — —

— — jeder Gewinn mußte seinen Einfluß steigern und festigen.

Die Straße war schwarz von Menschen, die zur Wahlurne drängten. Die Uhr schlug sechs. Die letzte Stimme wurde in die Urne gelegt.

Das Zählgeschäft begann.

„Nur nicht unruhig werden. Nur jetzt nicht die Haltung verlieren", sprach Müller-Hinterwalden halblaut zu sich selbst. — —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Um zwei Uhr nachts wurde seine Wiederwahl bekannt.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Und von neuem konnte das Spiel beginnen.

Ausblick

So vollendet sich der Kreislauf der Abgeordnetentätigkeit des Abgeordneten Müller, beginnend mit seiner Wahl, über das Kennenlernen der Fraktion und des Plenums, zur Teilnahme an Regierungsbildung und Gesetzgebung bis zur Auflösung und Wiederwahl. Was sich im allgemeinen in einer solchen ersten Wahlperiode im Reichstag erleben und beobachten läßt, habe ich ihn erleben und beobachten lassen. Wahrscheinlich wird er der einzige sein, der in solch kurzer Zeit wirklich so in alle Winkel des Reichstagsbaues hinein zu steigen vermochte. Ich selbst habe dreimal gewählt und zweimal mit aufgelöst werden müssen, habe fünf Jahre praktischen Dienst als Abgeordneter im Wallotbau tun müssen, um zu der Übersicht zu gelangen, die die Niederschrift dieses Buches ermöglichte. Die Anregung dazu verdanke ich den viel-

fältigen Fragen meiner Freunde in der Deutschnationalen Handlungsgehilfenbewegung, die den Reichstagsbetrieb kennen lernen wollten, und für die ich in unserer ganzen Literatur kein Buch gefunden habe, das solchen Wunsch zu erfüllen vermöchte.

Ich habe natürlich manche persönlichen Erlebnisse in das Leben meines Herrn Müller-Neustadt-Hinterwalden hineinkomponiert. Ich habe mir aber gestattet, diese Erlebnisse, ebenso wie die vielen Beobachtungen fremder Erlebnisse, die ich mit ihnen zu dem Gesamtbild vereinigt habe, im wesentlichen nur als Anregungen und Ausgangspunkte zu benutzen und sie in der Darstellung so umzuformen, daß sie dem Zwecke des Buches: ein anschauliches Bild von dem sichtbaren Teil der Arbeit und dem Leben der Fünfhundert zu geben, sich einfügten. Als ein Mann, der mitten im politischen Kampfe steht, muß ich das an dieser Stelle betonen, um zu verhindern, daß irgend ein Freund oder Gegner meinen Herrn Müller mit mir selbst identifiziert und mich im politischen Kampfe mit der Figur dieses Herrn Müller verwechselt.

Es ist anzunehmen, daß manche der Leser meiner Darstellungen nunmehr am Schlusse von mir das Bekenntnis verlangen, daß ich doch zweifellos selbst einsehen müsse, daß ein solcher Betrieb, wie ich ihn hier beschrieben habe, das Gegenteil von einer idealen Regierungsform sei, daß die Herrschaft der Fünfhundert also aufhören müsse, und ich gefälligst zu sagen hätte, wie ich mir für das heutige Deutschland eine bessere Regierungsform dächte. Darauf ist zu antworten, daß erstens einmal eine solche Darstellung eines erstrebten Zukünftigen nicht in den Rahmen dieses Buches hineingehört. Hier wird nur die Wirklichkeit geschildert, wie sie ist. Wie diese Wirklichkeit von heute umzuformen wäre, ob sie zerschlagen und durch eine andere ersetzt, oder ob sie aus sich selber heraus zu einem besseren Zustand empor entwickelt werden kann, darüber wird an anderer Stelle und von einem Politiker auch nur zu einer Zeit zu sprechen sein, in der das Sprechen und Schreiben von solchen Dingen Förderung des Besseren bedeutet. Zur Zeit scheint mir die größtmöglichste Förderung eines Besseren in der weitmöglichsten Verbreitung der Kenntnis der Wirklichkeiten von heute zu liegen. Aus diesem Glauben heraus entstand dieses Buch.

Es entstand auch aus der Feststellung, daß die meisten Kritiker des gegenwärtigen Systems, sobald sie mit eigenen Verbesserungsvorschlägen hervortreten, eine oft recht unklare Vorstellung von dem, was zur Zeit ist und dem, was angesichts der nun einmal vorhandenen Natur der Menschen möglich ist, verraten. Man sollte alle solche Reformatoren dazu zwingen, die gewöhnlich von ihnen nur sehr oberflächlich angedeuteten Ideen bis zu einem

in allen Einzelheiten fertigen Plane auszuarbeiten. Die Welt würde erstaunt sein, wie mannigfach und einander gegenseitig ausschließend alsdann die Pläne für eine Verbesserung des Wahlsystems und eine „Hebung des Niveaus" des Parlaments dastehen würden. Wie viele Leute verlangen heute ein „berufsständisches Parlament" und versagen auf den ersten Anhieb, wenn man sie fragt, wie sie sich dessen Zusammensetzung, Ergänzung und Eingliederung in eine mögliche Reichsverfassung denken. Auch die Anhänger der Monarchie sollten sich im Interesse ihrer Ziele, eine monarchische Verfassung für das Deutschland von heute bis in die letzten Konsequenzen hinein überlegen, dabei an die deutschen Wirklichkeiten von heute denken und zeigen, wie sie sie als lebendige Kräfte in ihrem erneuerten Staat wirken lassen wollen. Ich habe den Glauben, daß wir bei solchem ernstlichen Bemühen ernster Persönlichkeiten um das Finden besserer Regierungsformen gegenüber dem jetzigen unzulänglichen Zustande schließlich doch zu einem vielfältigen Ringen um die Gewinnung eines wahren Bildes von deutschem Volkstum, wie es heute ist, kämen und damit zur Grundlage eines neuen Aufbaues.

Ich verzichte deshalb darauf, meine Darstellung der Erscheinungsformen unseres heutigen Parlamentslebens durch eine Darstellung der bisherigen Reformvorschläge zu ergänzen und verweise nur auf zwei Arbeiten, die sich um den wirklichen Kern der Fragen bemühen, um die es hier geht. Es sind ein Vortrag, den der Privatdozent an der Frankfurter Universität Dr. Heinz Marr am 9. Dezember 1924 in der Vereinigung von Förderern der Frankfurter Universität gehalten hat. Er ist unter dem Titel „Klasse und Partei in der modernen Demokratie" in der Sammlung Frankfurter gelehrter Reden und Abhandlungen erschienen und geht auf die soziologische Seite der parlamentarisch demokratischen Regierungsweise in der deutschen Republik ein. Die andere Arbeit stammt von Dr. Wilhelm Stapel in Altona und ist unter dem Titel „Verantwortliche und unverantwortliche Demokratie" im Septemberheft der Hamburger Monatsschrift „Deutsches Volkstum" veröffentlicht worden.

Heinz Marr arbeitet den Kampf zwischen organisierter Klasse und parlamentarischer Partei heraus, die als gegensätzliche Erscheinungen heute einander bekämpfen und durchdringen und dadurch das in der früheren Zeit so viel klarere Bild parlamentarischen Lebens unübersichtlich und unklar machen. Er stellt Stand, Partei und Klasse gegeneinander und sagt: „Wir müssen von ihnen nach der Weise der verstehenden Soziologie die „letzten Ideen" zu erfassen suchen. Wo liegt die letzte Idee der parlamentarischen Partei, wo die der organisierten Klasse? —

Die letzte Idee der parlamentarischen Partei ergibt sich voll erst aus ihrem soziologischen und historischen Gesetz, d. h. aus der Idee des Standes. Darum fragen wir zunächst: Was kennzeichnete den echten Stand? Zweierlei: Er empfand sich nur als Teil des Ganzen, und er wurzelt in einem „Beruf". Anders ausgedrückt: Er wollte einerseits lediglich „Glied" sein, stellte jedoch andererseits innerhalb dieser Selbstbeschränkung eine Einheit kultureller, politischer und wirtschaftlicher Funktionen dar und umfaßte so den ganzen Menschen.

Gerade das Gegenteil gilt nun von der echten politischen Partei: Sie will „die Gesamtheit" repräsentieren, also zwar das Ganze darstellen, erfaßt aber den Menschen nur in seiner „Eigenschaft als Staatsbürger", denn sie verweist die Kultur- und Wirtschaftsdinge in das Reich jener „Privatsachen", die sich in einem freien Spiel der persönlichen Kräfte angeblich von selbst ordnen. Die echte parlamentarische Partei (die es freilich nicht mehr gibt) versucht mithin die Staatskunst aus ihren kulturellen Zusammenhängen und wirtschaftlichen Verflochtenheiten herauszulösen und sie als „reine" Politik in die ideale Sphäre philosophischer Prinzipien zu erheben. Und eben daraus ergibt sich nun ihre letzte Forderung: „Alle Interessen haben sich meinem Ideal zu beugen, haben vor meinem Ideal zu schweigen!" — — — — — —

Die „rein"-politischen Verbindungen des parlamentarischen Systems verlieren ihre soziologische Grundlage in dem Maße, wie die „freie Gesellschaft", die freie Privatwirtschaft zur Fiktion wird; sie bezeichnen demnach nur eine bestimmte geschichtliche Stufe, nämlich jenes Übergangsstadium, das zwischen dem Zusammenbruch der Ständegesellschaft und dem Aufstieg der Klassengesellschaft liegt; kurzum, sie sind in der Tat nur die besondere politische Form jener „freien" Wirtschaftsgesellschaft, die es aber heute nur noch in der Theorie der klassischen Nationalökonomie gibt.

Denn diese „freie" Wirtschaft" wird ja jetzt in der Idee der Klasse aufgehoben. Die sozialistische Arbeitergewerkschaft z. B. bekennt sich zwar zum Parlamentarismus, verwirft indes mit der freien Wirtschaft seine soziologische Voraussetzung, — und sie findet es keineswegs unparlamentarisch, dem Gesetzgeber gelegentlich auch mal sehr „direkt" mit der republikanischen Gewerkschaftsfaust unter die Nase zu fahren. Und die Gegengesellschaft, die Arbeitgeber? Sie wiederum ist zwar für den Wirtschaftsliberalismus, jedoch gegen seine politische Konsequenz, den Parlamentarismus, was sie indes nicht hindert, innige parlamentarische Beziehungen zu pflegen. Aber ob nun ein Klassenverband sich in seinem Programm zum Parlamentarismus „bekennt" oder nicht, — in ihrer letzten Idee ist die Klassendemokratie der Parteiendemokratie durchaus entgegengesetzt. Denn ihre letzte Idee lautet:

„Das Interesse, mein Interesse, ist unbedingt!“ Und daraus ergibt sich als letzte Forderung: „Sämtliche Ideale haben mein Interesse zu beschönigen!“ Drum sagt die echte Klasse zu ihrem Genossen: Benimm dich so, als ob du nur Arbeitgeber (Betriebsleiter, Lohnzahler) oder nur Arbeitnehmer (Lohn-, Gehalts-, Honorarempfänger) oder nur Unternehmer (Kohlen-, Kali-, Maschinen-, Textilien-, Getreide- usw. -Produzent) wärst. Vergiß, daß du außerdem Staatsbürger bist, sei ganz nur Klasse!“

Soweit Heinz Marr. Geben die Erlebnisse unseres Abgeordneten Müller-Hinterwalden nicht ein anschauliches Bild davon, wie das Auftreten der Vertreter dieser beiden gegnerischen Gruppen der Partei und der Klasse im Reichstage das theoretisch so klar sein sollende Spiel der Kräfte stört? Wer einem Teile der Ursachen der Unzulänglichkeit der Herrschaft der Fünfhundert auf den Grund gehen will, wird sich in der Schrift von Heinz Marr seinen Blick für diese Dinge, besonders aber auch für die Führerfrage in Partei und Klasse schärfen müssen, und er wird nicht vorbeikommen an Marrs letzter Erkenntnis, in der er zwar der Klasse einen schließlichen Sieg prophezeit, aber dann sorgenvoll sagt: „Gerade das, was allein die Klasse aus ihrer Erstarrung im Sonderinteresse zu lösen, was allein sie dauernd zum „Solidarismus“ von Ständen zu erheben vermöchte: der absolute religiöse Wert, der alle anderen Werte, auch die politischen, vor allem aber die wirtschaftlichen, relativiert und so die Klassenspannung schon in der Seele des Einzelnen entspannt — gerade das fehlt unserer Zeit! Gerade das erzwingt auch keine „Forderung“.

Die zweite Arbeit, auf die ich hinweise, Wilhelm Stapels Auseinandersetzung über verantwortliche und unverantwortliche Demokratie geht auf das Fehlen dieses letzten innersten Gesetzes, für den Herrscher, sei er nun Einzelperson oder sei er herrschende Gruppe, in seinem Gewissen, ein. Er geht von Fichte aus und schreibt:

„Als Fichte das Idealbild eines Staatswesens zu zeichnen versuchte, entwarf er eine Art von Demokratie, die sich bis in die innerste Gesinnung von dem unterscheidet, was heute als Demokratie bei uns eingeführt ist. Mit dem Instinkt eines Mannes, der nicht bloß ein philosophischer Deklamator der Gerechtigkeit ist, sondern der politisches Blut in den Adern hat, erkannte Fichte, daß man die Staatsmänner mit der Verantwortlichkeit als mit einer wirklichen Gefahr belasten müsse.“

Stapel behauptet, unsere heutige Staatsführung kranke daran, daß man auch das Regieren genau so ungefährlich gemacht hat, wie irgend einen bürgerlichen Beruf. Das Prinzip echter Demokratie sei die Verantwortlichkeit, das Prinzip einer unechten Demokratie wie der unsern sei die Deckung.

„Dort entscheiden verantwortliche Männer, die den Kopf hinhalten für das, was sie getan haben. Hier entscheiden die Majoritäten der Mitschuldigen." Dann schreibt er wörtlich:

„Eine klassische Definition der kleinbürgerlichen Moral lautet: „Die Tugend, dieser Satz steht fest, ist stets das Böse, das man läßt." Wir ergänzen diesen feststehenden Satz durch die Erkenntnis: der Fortschritt, dieser Punkt entscheidet, ist, daß man die Gefahr vermeidet. Dies ist die tröstliche Erbauung der bürgerlichen Weltanschauung.

Fichte hingegen, dieser Demokrat mit den aristokratischen Instinkten, gibt sich Mühe, das Regieren so gefährlich wie möglich zu machen. Bei ihm soll die Verantwortlichkeit nicht bloß eine parlamentarische Redewendung sein, vielmehr sucht er sie so klar und unentrinnbar zu gestalten, daß die Männer, welche die Staatsgeschäfte leiten, sich hinter keiner Kulisse um die hochnotpeinliche Verantwortung hinwegdrücken können.

Fichte sieht, im Gegensatz zum Zeitungsleser unserer Tage, das Wesen einer Demokratie nicht darin, daß an die Stelle eines Fürsten ein Präsident tritt. Auch die Zahl der Mitregierenden kommt für ihn gar nicht in Frage. Fichte sagt ausdrücklich: für unruhige Zeiten, in denen rasche Entschlüsse gefaßt werden müssen, sei eine „Monokratie" der „republikanischen Verfassung" vorzuziehen. Er sieht das Wesen der Demokratie nicht einmal in der „Trennung der Gewalten", vielmehr fordert er gerade die Vereinigung der beiden Gewalten, der gesetzgebenden und der ausführenden, damit nicht die eine Seite die Verantwortung auf die andere schieben könnte. Auch das in fortgesetzten Wahlen zum Ausdruck kommende „Mitbestimungsrecht des Volkes" scheint ihm keineswegs notwendig für eine Demokratie. („Alle Veranlassungen zu Entzweiungen und Parteien unter den Bürgern müssen durch die Konstitution abgeschnitten werden." „In der Republik mögen die Regenten sich selbst durch Wahl ergänzen"). Vielmehr ist Demokratie da gegeben, wo das Volk — nicht mitregiert, sondern — die Möglichkeit hat, die Regierenden mit Leib und Leben für ihre Taten verantwortlich zu machen.

Zu diesem Zweck erfand Fichte das „Ephorat". (Das griechische Ephoros bedeutet Aufseher.) Das einzige, was das Volk, und zwar als Ganzes, zu wählen hat, ist ein Ausschuß von Ephoren, das sind „alte gereifte Männer". Diese Männer haben nicht zu regieren, sondern nur über die Regierung zu wachen; sie sind nicht eine positive, sondern nur eine negative Macht: Sobald sie eine Unregelmäßigkeit oder Verfehlung bemerken, die durch gütlichen Hinweis nicht abzuschaffen ist, verhängen sie über den oder die Schuldigen das „Interdikt". (Fichte weist selbst auf die Einrichtung der katholischen Kirche hin.) Mit der Verhängung des Interdikts erfolgt zugleich die Ein-

berufung der Volksversammlung. Dieser wird die Anklage vorgetragen, sie entscheidet. Es gibt nur ein Ja oder Nein. Wird der Angeklagte verurteilt, so ist er des „Hochverrats schuldig"; wird er nicht verurteilt, so sind die betreffenden Ephoren des Hochverrats schuldig. „Der Irrtum ist hier so gefährlich als der böse Wille, und das Gesetz muß mit gleicher Sorgfalt den ersteren zu verhindern suchen, als es den letzteren unterdrückt."

Das Volk hat also nicht die positive Funktion der Gesetzgebung und Verwaltung, aber es hat die Kontrolle. Die Staatsmänner haben technisch völlig freie Hand in ihren Geschäften, aber moralisch stehen sie, sowohl was die Rechtmäßigkeit, wie was den Erfolg ihres Handelns betrifft, unter dem Druck einer Verantwortung, die Freiheit und Leben bedroht. Wer den Mut zu einer so gefährlichen Verantwortung nicht hat, soll sich nicht in regierende Stellungen begeben, er würde nur eine klägliche Figur machen."

Beide Kritiker, sowohl Heinz Marr wie auch Wilhelm Stapel rühren mit ihren Darlegungen an den Kern aller Unzulänglichkeiten unseres heutigen Systems. Ihre Worte mögen daher für eine rückschauende Betrachung des hier gezeichneten Bildes den Blick schärfen.

Demselben Ziel dient der parlamentarische Kalender über die Wahlen und Regierungsumbildungen von der Novemberrevolution bis zum Kabinett Luther, der das Bild abschließt. Jedes seiner Daten zaubert ein neues und immer wieder anderes Bild aus der bisherigen Herrschaft der Fünfhundert vor das Auge des nachdenklichen Zeitgenossen. Welch ein wirbelndes Kommen und Gehen neuer Gestalten während der sechs Jahre, die er erfaßt. Da stehen die Regierungsmehrheiten, die sich Herr Müller mühsam nach ihrem „Sollbestand" errechnet hat mit dem „Istbestand" an Stimmen, die sie gehabt haben, mit allen fehlenden und im Gegensatz zu ihren Parteien abstimmenden Abgeordneten. Sie machen das Bild jener Jahre noch unübersichtlicher, oft noch unbegreiflicher, aber sie zeigen die letzte Wirklichkeit. Auch dieser Wirklichkeit müssen wir uns gewöhnen, furchtlos ins Auge zu sehen, wenn wir einmal unsern Kindern klare und feste Verhältnisse hinterlassen wollen.

Das aber ist die geschichtliche Aufgabe, die uns niemand abzunehmen vermag.

Parlamentarischer Kalender

über die deutschen Wahlen und die Regierungsumbildungen von der Novemberrevolution bis zum Kabinett Luther.

(Bearbeitet im Zentralarchiv des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes.)

Ende 1918

9. 11. Bekanntmachung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden.
Am gleichen Tage bereits Ausrufung der Republik.
Aufruf des „Reichskanzlers" Ebert.

12. 11. Aufruf der mehrheitssozialistisch-unabhängigen Gemeinschaftsregierung des „Rates der Volksbeauftragten" (**Ebert, Haase,** Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth) „an das deutsche Volk". — Der Reichstag und Bundesrat ausgeschaltet. Letzterer nur noch Verwaltungsbefugnisse (Verordnung v. 14. 11. 18).

15. 11. durch den „Rat der Volksbeauftragten" gebildetes „Ministerium": Auswärtiges: Solf (ab Dez. von Brockdorff-Rantzau); Inneres: Preuß (Demokratische Partei); Schatzamt: Schiffer (Demokratische Partei); Wirtschaft: August Müller (Sozialdemokratische Partei); Arbeit: R. Bauer (Sozialdemokratische Partei); Krieg: Scheuch (ab Jan. 1919 Reinhardt); Demobilmachung: Koeth (Sozialdemokratische Partei; (Kriegs-)Ernährungsamt: Wurm (Sozialdemokratische Partei); Marine: von Mann; Justiz: Kraus; Post: Ruedlin; Waffenstillstand: Erzberger (Zentrum).

30. 11. Der Rat der Volksbeauftragten erläßt in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär des Innern (Preuß) ein Reichswahlgesetz und eine Wahlordnung zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

29. 12. Ausscheiden der drei Unabhängigen aus der Reichsregierung.
Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte bestätigt die verbleibenden drei Regierungsmitglieder. Hinzu kommen auf seinen Beschluß neu Noske und Wissell.
Ein Aufruf dieser Regierung. Mitglieder: Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Wissell (sämtlich Mehrheitssozialisten).

Jahr 1919

19. 1. Wahlen zur Nationalversammlung.

Ergebnis:

Deutschnationale Volkspartei (41+1 Hosp.)	42
Deutsche Volkspartei	22
Bayerischer Bauernbund	4
Zentrum (71+1 Hosp. (Hann.) Christl. Volksp.	72
Bayerische Volkspartei	18
Deutsch-Hannoveraner (3 — 1 Hosp. b. Ztr.)	2
Deutsche Demokratische Partei 74+1 Hosp.)	75
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	165
Unabhängige sozialdem. Partei Deutschlands	22
Ohne Partei	1
	423

6. 2. Eröffnung der Nationalversammlung durch den Volksbeauftragten Ebert. — „Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete zusammenbrechende Gewaltherrschaft. Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärts bringen, ohne das Reich und sein Wirtschaftsleben zugrunde zu richten. Deshalb begrüßt die Reichsregierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland.....Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst..." (Schlußworte:)

„So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahrem sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen. So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: „Wir wollen errichten ein Reich des Geistes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt."

8. 2. Einbringung des vorläufigen Verfassungsentwurfes (Preuß) u. Beratg.

10. 2. Beratung und Verabschiedung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

11. 2. Ebert wird zum Reichspräsidenten gewählt mit 277 von 328 Stimmen.

13. 2. Mitteilung über Berufung eines Reichsministeriums und Erklärung der neuen Regierung. (Scheidemann) — Zusammensetzung des

Kabinetts Scheidemann (Zentrum, Demokratische Partei, Sozialdemokratische Partei)

Reichsministerpräsident: Scheidemann; Vizekanzler und Reichsfinanzminister: Schiffer (ab April 1919 Dernburg); Reichsminister des Äußern: Graf v. Brockdorff-Rantzau; Reichsminister des Innern: Dr. Preuß; Reichswirschaftsminister: Wissell; Reichsjustizminister: Landsberg; Reichswehrminister (damals Landesverteidigung und Reichsmarineamt): Noske; Reichsernährungsminister: Robert Schmidt; Reichsarbeitsminister: Bauer; Reichspostminister: Giesberts; Reichskolonialminister: Bell; Reichsminister ohne Portefeuille: David, Erzberger. Gothein (bis April). Reichsschatzminister: Gothein (ab April 1919). — Staatssekretär Dr. Koeth („Reichsminister" des Demobilmachungsamtes — provis. bis zum Abschluß der Demobilisation).

24. 2. Begründung des endgültigen Verfassungsentwurfes. (28. 2. erste Beratung).

12. 5. **Reichstagskundgebung gegen den Gewaltfrieden** in der Universität zu Berlin.

22. 6. Erklärung der neuen Reichsregierung (Bauer), die nach dem Ausscheiden der Demokraten — wegen der Unterzeichnung des Friedensvertrages und seiner Folgewirkungen — nur noch vom Zentrum und Sozialdemokraten gebildet wird. — Zusammensetzung des

Kabinetts Bauer (Zentrum, Sozialdemokratische Partei).

Reichsministerpräsident: Bauer; Vizekanzler: Erzberger; Minister des Äußern: Hermann Müller; Minister des Innern: David; Finanzminister: Erzberger; Wirtschaftsminister: Wissell; Ernährungsminister: Schmidt;

Wehrminister: Noske; Verkehrsministerium (neu zu bilden) u. Kolonialministerium (zu verwalten): Bell; Postminister: (Giesberts); Arbeitsminister: ——; Schatzminister: ——.

Die namentliche Abstimmung über die **Unterzeichnung des Friedensvertrages** ergibt: Ja: 237, Nein: 138, Enth.: 5 — zus. 380. 43 R.-Mitgl. fehlten, von denen aber die meisten im Hause waren, so haben z. B. 16 Soz. Dem. den Saal verlassen. Ebenso Stegerwald, der dann aber dem Vertrauensvotum zustimmte.
Mit Ja stimmten vom Zentrum 76, von den Demokraten 7 (darunter v. Payer, v. Richthofen, Schneider (Sachsen), von den Sozialdemokraten 134, von den Unabhängigen 20.
Mit Nein stimmten Deutschnationale 41, Deutsche Volksparteiler 21, Deutsch-Hannoveraner 2, Zentrum 9, Demokraten 63 (darunter Petersen, Schücking, Quidde), Soz. Dem. 1, Parteiloser 1.
Es enthielten sich durch Zettel vom Zentrum 2, Bayerischen Bauernbund 3.
Es fehlten Deutschnationale 1, Volksparteiler 1, Zentrum 3. Demokraten 5. Sozialdemokraten 30, Unabhängige Sozialdemokraten 2, Bayerischer Bauernbund 1.
Bei der namentlichen Abstimmung über die **Vertrauenserklärung für die Regierung** werden abgegeben: Ja: 235, Nein: 89, Enth.: 69 — zus. 393. Fehlend 30 Abg.
Ihr Vertrauensvotum gaben ab: Zentrum 84, Deutsch-Hannoveraner 1, Mehrheitssozialdemokraten 150.
„Enthalten" haben sich Demokraten 62, Zentrum 3, Sozialdemokraten 1, Bayer. Bauernbund 3.
Gegen die Regierung stimmten Deutschnationale 41, Volksparteiler 20, Deutsch-Hannoveraner 1, Demokraten 7, Unabhängige 19, Parteiloser 1.
Es fehlten Deutschnationale 1, Volksparteiler 2, Zentrum 3, Demokraten 6, Sozialdemokraten 14, Unabhängige Sozialdemokraten 3, Bayerischer Bauernbund 1.

16. 7. Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten.

23. 7. Regierungserklärung zur inneren und äußeren Politik (Bauer, Müller).

31. 7. Annahme der **Verfassung** durch die Nationalversammlung mit 262 gegen 75 Stimmen bei 1 Enthaltung.

21. 8. Schlußsitzung der Weimarer Tagung der Nationalversammlung.
Vereidigung des Reichspräsidenten Ebert.

39. 9. **Beginn der Berliner Tagung der Nationalversammlung** (30. 9. 19.—21. 5. 20).

7. 10. Erklärung des Reichskanzlers über den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung, die sich jetzt folgendermaßen zusammensetzt:

Kabinett Bauer (Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten).

Reichskanzler: Bauer; Vizekanzler: Schiffer; Minister des Äußern: H. Müller; Minister des Innern: Koch; Finanzminister: Erzberger; Schatzminister: Mayer-Kaufbeuren (bis Jan. 1920); Wirtschaftsminister: Schmidt (mit Ernähr.-Min.); Justizminister: Schiffer; Wehrminister: Noske; Arbeitsminister: Schlicke; Verkehrsminister: Bell; Minister für Wiederaufbau: Geßler; Postminister: Giesberts; Minister ohne Portefeuille: David.

Jahr 1920

13. 3. Kapputsch. Die Regierung geht über Dresden nach Stuttgart
18. 3. Die Nationalversammlung tagt in Stuttgart (156. Sitzung).
26. 3. Rücktritt des Kabinetts.
29. 3. (Berlin) Erklärung der neuen Regierung (Müller). Zusammensetzung des **Kabinetts Müller** (Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum).

Reichskanzler: Müller; Vizekanzler: Koch; Minister des Äußern: Müller, dann: Köster; Minister des Innern: Koch; Finanzminister: Wirth; Schatzminister: Bauer; Wirtschaftsminister: Schmidt; Justizminister: Blunck; Wehrminister: Geßler; Ernährungsminister: Hermes; Arbeitsminister: Schlicke; Verkehrsminister: Bell (bis April 1920), dann: Bauer; Postminister: Giesberts; Minister ohne Portefeuille: David; Min. f. Wiederaufbau: —.

21. 5. Schluß der Nationalversammlung. Kundgebung des Reichspräsidenten.
6. 6. Wahlen zum ersten Reichstage der Republik. Ergebnisse:

Deutschnationale Volkspartei	71	(Späterer Stand; Zahlen v. Nov. 23)	67
Deutschvölkische Freiheitspartei	—		3
Deutsche Volkspartei	65		66
Bayerischer Bauernbund	4		4
Bayerische Volkspartei	20		20
Zentrum	72		68
Deutsch-Hannoveranische Partei	2		2
Deutsche demokratische Partei	40		39
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	108	Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands (seit Sept 1922)	173
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands (61)	69	Unabhängige	2
Kommunistische Partei Deutschlands (17)	18	Kommunisten	15
Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (9)	—		
	469		459

In Ostpreußen und Schleswig-Holstein fanden die Wahlen 1921, im Restgebiet von Oberschlesien 1922 statt. Daher die Veränderungen. Dann Parteiumbildungen.

24. 6. Zusammentritt des Reichstages.
28. 6. Erklärung der neuen Regierung (Fehrenbach). Zusammensetzung des **Kabinetts Fehrenbach** (Demokraten, Zentrum, Volksparteiler).

Reichskanzler: Fehrenbach; Vizekanzler: Heinze; Minister des Äußern: Simons; Minister des Innern: Koch; Finanzminister: Wirth; Schatzminister: von Raumer; Wirtschaftsminister: Scholz; Justizminister: Heinze; Wehrminister: Geßler; Ernährungsminister: Hermes; Arbeitsminister: Brauns; Verkehrsminister: Groener; Postminister: Giesberts.

5. 7. bis 16. 7. Konferenz in Spa.
24. 9. bis 8. 10. internationale Finanzkonferenz in Brüssel.

Jahr 1921.

1. 3. bis 3. 3. Londoner Konferenz (Simons Nein).
Besetzung von Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort.

7. 3. Proklamation des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.
Nichtunterzeichnung. Weitere Besetzung.

5. 5. Ultimatum von London.
Regierungsumbildungsversuche und Rücktritt der Regierung.

10. 5. **Kabinett Wirth** (Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten).
Reichskanzler: Wirth; Vizekanzler: Bauer; Minister des Äußern: Rosen (Ende Mai); Minister des Innern: Gradnauer; Finanzminister: Wirth; Schatzminister: Bauer; Wirtschaftsminister: Schmidt; Justizminister: Schiffer; Wehrminister: Geßler; Ernährungsminister: Hermes; Arbeitsminister: Brauns; Verkehrsminister: Groener; Postminister: Giesberts; Minister für Wiederaufbau: Rathenau (Ende Mai).

11. 5. Regierungserklärung Wirth. Für Regierung und **Annahme des Ultimatums** 220 gegen 172 Stimmen bei 1 St.-Enth. Fehlend: 76 Abg.
Mit Ja haben gestimmt von der Deutschen Volkspartei 6 (Dr. Heinze, v. Kardorff, Frau Oheimb, v. Raumer, v. Rheinbaben, Thiel), von der Bayer. Volkspartei 2 (Ponschab, Schirmer-Franken), dem Zentrum 55, den Demokraten 17, den Sozialdemokraten 93, Unabhängigen 46, Kommunisten 1.
Mit Nein stimmten die Deutschnationalen 60, von der Deutschen Volkspartei 51, der Bayer. Volkspartei 15. Bayer. Bauernbund 2, Deutsch-Hannov. Partei 2, Parteiloser 1, Zentrum (Hosp.) 3, von den Demokraten 21 (Bäumer, Brodauf, Delius, Dietrich, Erkelenz, Fick, Haas, Hamm, Haußmann, Heile, Keinath, Kerschwauz, Kniest, Kopsch, Külz, Liese, v. Siemens, Sievkovich, Weise, Wieland, Ziegler), die Kommunisten: 17.
Es enthielt sich der Zustimmung 1 Zentrums-Abgeordneter (Bornefeld-Ettmann).
Es fehlten von den Deutschnationalen: 11 (Behrens, Domsch, Gutknecht, Hartmann, v. Kanitz, v. d. Kerkhoff, Lambach, Marxin, Reichert, Strathmann, Wieber), von der Deutschen Volkspartei 8 (Adams, Becker-Hessen, Beythien, Dannemann, Mende, Oertel, Spetzler, Zeschke), der Bayer. Volkspartei 3, dem Bayer. Bauernbund 2, vom Zentrum 13 (Brentano, Ehrhardt, Erzberger, Giesberts, Herschel, Hitze, Joos, Kubetzke, Marx, Maxen, Scheponik, Ulitzka, Zawadski), von den Demokraten 2 (Fischer, Trieschmann), den Sozialdemokraten 15, den Unabhängigen 15 und den Kommunisten 7.

1. 6. Regierungserklärung. 4. 6. Abstimmung über den Billigungsantrag der Regierungsparteien. Angenommen mit 213 gegen 77 Stimmen bei 48 Enth.

23. 10. Rücktritt des Kabinetts. Oberschlesische Frage. Vorläufige Geschäftsführung. 25. 10. Wiederberufung.

26. 10. Die neue Regierung vor dem Reichstage. Vertrauensvotum mit 230 gegen 132 Stimmen bei 9 St.-Enth. Es stimmen zu Zentrum und Sozialdemokraten (Bindungsantrag), ferner Demokraten und Unabhängige. Ablehnend verhalten sich Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Bayer. Volkspartei und Bayer. Bauernbund.

Kabinett Wirth (Zentrum, Sozialdemokraten — ohne Koalition mit den Demokraten).

Reichskanzler: Wirth; Vizekanzler: Bauer; Minister des Äußern: Wirth (bis Jan. 1922), dann Rathenau (bis Juni 1922), dann: Wirth; Minister des Innern: Köster; Finanzminister: Hermes (erst interimistisch (Jan1922), dann offiziell (März 1922); Schatzminister: Bauer; Wirtschaftsminister: Schmidt; Justizminister: Radbruch; Wehrminister: Geßler; Ernährungsminister: Hermes (bis März 1922), dann: Fehr; Arbeitsminister: Brauns; Verkehrsminister: Groener; Postminister: Giesberts.

Jahr 1922.

20. 1. Regierungserklärung. Mehrheit vom 27. 1. Steuerkompromiß der 5 Parteien (Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei, Zentrum, Demokratische Partei, Sozialdemokratische Partei). Ablehnung des komm. Mißtrauensantrages

16. 2. (Gefordertes) Vertrauensvotum: Ja: 220, Nein: 185, Enth. 16. Mit Ja stimmten Sozialdemokraten — 107, Zentrum — 67, Demokraten — 38, Bayer. Bauernbund — 4, Hannoveraner 2, Bayer. Volkspartei — 2. — — Enth.: Bayer. Volkspartei — 16. — — Mit Nein stimmten Deutschnationale — 68, Deutsche Volkspartei — 60, Unabhängige Sozialdemokraten — 34, Kommunisten —23. Gefehlt: 48.

30. 3. Regierungserklärung und Vertrauensvotum: Ja: 248, Nein: 81, Enth. 43. (Votum der Billigung für ihre Stellungnahme gegenüber der Reparationskommission) Zustimmend: Sozialdemokratische Partei, Demokratische Partei, Zentrum, Bayer. Bauernbund, Deutsch-Hannoveranische Partei, Bayer. Volkspartei, Deutsche Volkspartei. Ablehnend: Deutschnationale Volkspartei, Kommunistische Partei, Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, Enthaltung: Unabhängige sozialdemokratische Partei, Kommunistische Arbeitsgemeinschaft.

10. 4. bis 19. 5. Konferenz in Genua.

24. 6. Ermordung Rathenaus.

18. 7. Gesetz zum Schutz der Republik mit 303 gegen 102 Stimmen bei 4 Enth. angenommen.
Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden sozialdem. Parteien.
Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Demokratische Partei, Zentrum, Deutsche Volkspartei).

Aug. Abstimmung in Oberschlesien.

24. 10. Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten Ebert (314 von 391 abg. St.).

14. 11. Rücktritt des Kabinetts Wirth. Der Kanzler wollte die große Koalition; die Sozialdemokraten lehnten sie ab.

16. 11. Beauftragung Cunos. 18. 11. zum zweiten Mal. 20. 11. von neuem beauftragt. 21. 11. Kabinettsbildung gelungen. Zum Reichskanzler ernannt.

22. 11. Erste Kabinettssitzung gemeinsam mit dem alten Kabinett. Übergabe der Geschäfte.

Kabinett Cuno (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokratische Partei, Bayer. Volkspartei).

Reichskanzler: Cuno; Vizekanzler: Heinze; Reichsminister des Äußern: Rosenberg; Reichsminister des Innern: Öser, Finanzminister:

Hermes; Schatzminister: Albert (1. 5. aufgelöst); Wirtschaftsminister: Becker; Justizminister: Heinze; Wehrminister: Geßler; Ernährungsminister Müller-Bonn 1 Tag), dann: Luther; Arbeitsminister: Brauns; Verkehrsminister: Groener; Postminister: Stingl; Minister für Wiederaufbau: Albert (seit Mai 1923).

24. 11. Regierungserklärung. Der Billigungsantrag — die Note vom 13.11. als Grundlage der Politik — findet Unterstützung von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. (Etwa 30 Soz. Dem. enthielten sich, indem sie der Abstimmung fernblieben).

Jahr 1923.

Konferenzen der Alliierten. London. Paris.

11. 1. Besetzung des Ruhrgebietes. Passiver Widerstand.

3. 3. Weitere Besetzungen (Mannheim, Karlsruhe, Darmstadt)

31. 3. Blutbad in Essen. 10. 4. Trauerfeier im Reichstage.

7. 6. Deutsches Memorandum (im Oktober noch unbeantwortet).

Aug. Erlaß für die Einstellung der Reparationslieferungen.

12. 8. Rücktritt des Kabinetts Cuno. (Kommunistischer Mißtrauensantrag. Die Sozialdemokraten lassen Cuno fallen.)

13. 8. **Kabinett Stresemann.** — Große Koalition: Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokratische Partei, Sozialdemokratische Partei.

Reichskanzler: Stresemann; Vizekanzler: Schmidt; Minister des Äußern: Stresemann; Minister des Innern: Sollmann; Finanzminister: Hilferding; Wirtschaftsminister: v. Raumer; Justizminister: Radbruch; Wehrminister: Geßler; Ernährungsminister: Luther; Arbeitsminister: Brauns; Verkehrsminister: Oeser; Minister für Wiederaufbau: Schmidt; Minister für die besetzten Gebiete: Fuchs; Postminister: Höfle.

14. 8. Regierungserklärung. Für: 240, gegen: 76, Enth.: 25. Vertrauensvotum. (Enth. — Bayer. Volkspartei und Bayer. Bauernbund.)

26. 9. Abbruch des Widerstandes. Proklamation an das deutsche Volk. Gleichzeitig Ausnahmezustand im Reich (Anlaß Bayern).

3. 10. Rücktritt. Kabinettsneubildung.

6. 10. **Kabinett Stresemann.** Große Koalition: Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokratische Partei, Sozialdemokratische Partei.

Reichskanzler: Stresemann; Vizekanzler: Schmidt*; Minister des Äußern: Stresemann; Minister des Innern: Sollmann*; Minister für Wiederaufbau: Schmidt*; Wehrminister: Geßler; Verkehrsminister: Oeser; Postminister: Höfle; Minister für die besetzten Gebiete: Fuchs; Justizminister: Dr. Radbruch*; Finanzminister: Luther; Wirtschaftsminister: Koeth; Arbeitsminister: Brauns; Ernährungsminister: v. Kanitz.
(*Soz. Dem. 2. 11. ausgeschieden).

Regierungserklärung.

9. 10. Annahme eines Vertrauensvotums in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Deutschvölkischen, der Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei.

14. 10. Annahme des Ermächtigungsgesetzes mit 316 gegen 24 Stimmen bei 7 Enth. (Auszug der Deutschnationalen und Kommunisten.) Dagegen Bayer. Volkspartei und einige andere.

28. 10. Konflikt mit Sachsen und Bayern.
2. 11. Rücktritt der sozialdem. Kabinettsmitglieder.
9. 11. Putsch in München (Hitler).
22. 11. Stresemann vor dem Reichstag.
23. 11. Sturz Stresemanns. Das Vertrauensvotum der Mitte mit 230 gegen 155 Stimmen abgelehnt. 7 Enth.
Gegen ihn stimmten die Deutschnationalen und Deutschvölkischen, die Vereinigten Sozialdemokraten, die 2 Unabhängigen, Kommunisten, Hannoveraner und Bayer. Volkspartei. Einige Mitglieder der Bayer. Volkspartei und die des Bayer. Bauernbundes übten Enthaltung. Geschlossen für den Kanzler stimmten nur Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei.
25. 11. bis 27. 11. Kandidatur Albert. Vorher bemühten sich v. Kardorff und Jarres. Später Stegerwald; scheiterte, weil die Deutschnationalen Neuordnung in Preußen wollten. 29. 11. Marx beauftragt.
30. 11. **Kabinett Marx.** (Deutsche Volkspartei, Bayer. Volkspartei Zentrum, Demokratische Partei).
Reichskanzler: Marx; Vizekanzler und Minister des Innern: Jarres. Minister des Äußern: Stresemann; Arbeit: Brauns; Reichswehr: Geßler; Finanzen: Luther; Verkehr: Oeser; Ernährung: v Kanitz; Post: Höfle; Minister für die besetzten Gebiete: Höfle; Wirtschaft: Hamm; Justiz: Emminger (später ausgeschieden), dann: von Marx mitverwaltet).
4. 12. Regierungserklärung. Vertrauen votiert durch **Annahme des**
8. 12. **Ermächtigungsgesetzes.** Ja: 313, Nein: 18, Enth. 1. Es stimmten für das Gesetz: Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Bayer Volkspartei, Sozialdemokraten, dagegen: Kommunisten, Bayer Bauernbund, Deutschvölkische, Ledebour-Gruppe, 2 einzelne Abg. Nicht beteiligten sich die Deutschnationalen — die im Saale blieben — und etwa 25 bis 30 Sozialdemokraten.

Jahr 1924.

13. 3. Auflösung des Reichstages.
26. 3. Demission des Ministeriums Poincare.
26. 4. Wahlaufruf der Reichsregierung.
4. 5. Reichstagswahlen. Ergebnis:

Deutschnationale Volkspartei } Landliste (Landbund) }	96 / 10
Nationalsozialistische Freiheitspartei	32
Deutsche Volkspartei	44
Bayerische Volkspartei	16
Deutschsoziale Partei	4
Wirtschaftliche Vereinigung (Bayer. Bauern- und Mittelstandsbund, Deutsch-Hannov. Partei, Wirtschaftspartei)	15
Zentrumspartei	65
Deutsche demokratische Partei	28
Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands	100
Kommunistische Partei Deutschlands	62
	472

(Wahlen in Oberschlesien neu ausgeschrieben.)

6. 5. Kabinettsbeschluß, bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amte zu bleiben.
26. 5. Rücktritt der Reichsregierung. Herbeigeführt durch das Verhalten der Deutschen Volkspartei. Mit der Geschäftsführung beauftragt.
27. 5. Zusammentritt des Reichstages.
3. 6. Das „bisherige" Kabinett Marx bestätigt. Zusammensetzung des **Kabinetts Marx** (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokratische Partei).

Reichskanzler: Marx; Vizekanzler und Minister des Innern: Jarres; Minister des Äußern: Stresemann; Arbeit: Brauns; Reichswehr: Geßler; Finanzen: Luther; Verkehr: Oeser; Ernährung: v. Kanitz; Post: Höfle; Minister für die besetzten Gebiete: Höfle; Wirtschaft: Hamm; Justiz: Marx.

7. 6. Abstimmung: Ja: 247, Nein: 183.
29. 8. Abstimmung über die Dawesgesetze.
8. 10. Richtlinien des Reichskanzlers zur Regierungserweiterung.
20. 10. Auflösung des Reichstages.
21. 10. Wahlkundgebung der Reichsregierung.
7. 12. Reichstagswahlen:

Deutschnationale Volkspartei	103
Landliste	8
Nationalsozialistische Freiheitspartei	14
Deutsche Volkspartei	51
Bayerische Volkspartei	19
Wirtschaftspartei und Bayer. Bauernbund	17
Deutsch-Hannov. Partei	4
Zentrum	69
Deutsche demokratische Partei	32
Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands	131
Kommunistische Partei Deutschlands	45
	493

16. 12. Rücktritt des Kabinetts Marx. Mit Geschäftsführung beauftragt. Mit Kabinettsbildung beauftragt.

Jahr 1925.

9. 1. Marx gibt seinen Auftrag zurück. Dr. Luther wird beauftragt.
15. 1. **Kabinett Luther** (Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Bayer. Volkspartei, Zentrum).

Reichskanzler: Luther; Minister des Äußern: Stresemann; Minister des Innern: Schiele; Wirtschaft: Neuhaus; Arbeit: Brauns; Reichswehr: Geßler; Post: Stingl; Ernährung und Landwirtschaft: v. Kanitz; Justiz: Frencken; Finanzen: Schlieben; Verkehr: Krohne; Minister für die besetzten Gebiete: Frencken.

19. 1. Regierungserklärung.
22. 1. Billigungsantrag von fünf Parteien. Ja: 246 (Deutschnationale Volkspartei 108, Deutsche Volkspartei 50, Wirtschaftliche Vereinigung 16, Bayer. Volkspartei 19 Zentrum 52). — Nein: Zentrum 2, Sozialdemokratische Partei 122, Kommunistische Partei 36. Enth.: Zentrum 3, Demokratische Partei 27, Nationalsozialistische Partei 9. Saal verlassen: Zentrum 5, Demokratische Partei 1. Fehlend 42.

Inhalt

Seite

Vorwort 3

Reichstagswahl 5

Technik des Wahlvorganges S. 6 / Radio und Zeitung melden die Wahl S. 6 / Begrüßung durch die Partei S. 6 / Reichstag fordert Lebenslauf S. 7 / Die Freifahrkarte S. 7 / Verfassungsrechtliche Grundlagen der Abgeordnetentätigkeit S. 7 / Mandatsdauer S. 10 / Immunität S. 10 / Diäten S. 10.

Fraktion 11

Ankunft in Berlin und Wohnungssuche S. 11 / Eintritt in das Reichstagshaus S. 11 / Fraktionszugehörigkeit S. 11 / Zusammensetzung der Fraktion S. 12 / „Alte Leute" und „Rekruten" S. 12 / Dienstalter der Parlamentarier S. 13 / Dienstalter und Fraktion S. 13 / Herkunft der Parlamentarier und politischer Entwicklungsgang S. 14 / Titulaturen im persönlichen Verkehr S. 14 / Unterscheidung gleichnamiger Abgeordneter S. 15 / Fraktionsknelpen S. 16 / Wahl des Fraktionsvorstandes S. 16 / Fraktionsvorsitzender S. 16 / Fraktionsgeschäftsführer S. 17 / Entschädigung der Fraktionsfunktionäre S. 17 / Fraktions- und Parteibeiträge der Abgeordneten S. 17 / Wortmeldungen in der Fraktion S. 18.

Reichstagseröffnung 18

Beflaggung S. 18 / Photographen S. 18 / Plätze, Schränke, Arbeitszimmer S. 19 / Kirchgang S. 19 / Der Domprediger S. 19 / Die schwarz-rot-goldene Fahne im Reichstag S. 20 / Kaiserstandbild in der Wandelhalle S. 20 / Anwesenheitslisten S. 20 / Anordnung des Sitzungssaales S. 20 / Das Handwerkszeug S. 21 / Rechte und Linke S. 21 / Fraktionsführer und Fraktionen im Sitzungssaal S. 21 / Alterspräsident S. 22 / Namensaufruf und Beschlußfähigkeit S. 22 / Störungen S. 23 / Präsidentenwahl S. 23 / Ausschüsse S. 26 / Stenographenbüro S. 26.

Regierungsbildung 27

Gesetzliche Vorschriften S. 28 / Jeweilige Möglichkeiten S. 29 / Bisherige Kabinette und ihre Mehrheiten S. 30 / Verhandlungen der Fraktionsführer S. 31 / Flügel innerhalb der Fraktionen S. 31 / Linksmüller und RechtsmüllerS. 32 / Personen und Programme S. 33 / Ernennung durch den Reichspräsidenten S. 33 / Regierungserklärung und Vertrauensvotum S. 34 / Ochsentour S. 34 / Namentliche Abstimmung S. 34 / Strafgelder S. 35.

Ein Tag im Leben des Abgeordneten 35

Er soll ihnen die Meinung sagen S. 35 / Was weiß der Kandidat von seinen Aufgaben S. 39 / Woher kommen die leeren Bänke S. 42 / Die

Kette der Ausschußsitzungen S. 43 / Pendelbetrieb S. 44 / Deputationen S. 45 / Besuch aus der Heimat S. 46 / Erfolgreiches Eingreifen S. 46 / Urteilsbildung S. 47 / Das Megaphon S. 48 / Nachtsitzungen S. 48 / Fülle der Probleme für eine Sitzung S. 49 / Wortführer der Fraktionen S. 50 / Zuschauertribünen S. 51 / Bechernde Abgeordnete und Joghurtmilch S. 51 / Arbeitspferde S. 52.

Wie eine Gesetzesvorlage entsteht 53
Erste Anregung S. 54 / Äußere Einflüsse S. 54 / Referentenentwurf S. 55 / Ministerien S. 55 / Regierungsentwurf S. 58 / Reichsrat S. 58 Reichswirtschaftsrat S. 58 / Initiativgesetze S. 59.

Wie aus der Vorlage ein Gesetz wird 60
Erste Lesung S. 60 / Ausschußbesetzung S. 63 / Ausschußvorsitzende S. 63 Außschußobleute S. 64 / Außschußberichterstatter S. 65 / Ausschußprotokollführer S. 65 / Unterausschüsse S. 65 / Sachverständige — Filmkinder im Reichstag S. 70 / Dauer und Hergang der Verhandlungen S. 71.

Außerparlamentarische Einflußnahme 75
Landwirtschaft S. 76 / Industrie S. 77 / Handwerker S. 78 / Gewerkschaften S. 78 / Frauen S. 79 / Berufsständische Macht und ihre Bedingtheiten S. 80 / Presse S. 85 / Petitionen S. 85 / Deputationen S. 85 / Weinproben S. 85 / Familieneinladungen S. 86 / Klubs und Salons S. 86 / Politische Verbände und Agitationszentralen S. 86.

Technische Hilfsmittel des Reichstags 87
Direktor beim Reichstag S. 87 / Büro des Reichstags S. 87 / Archiv S. 90 / Kalkulatur S. 90 / Kasse S. 90 / Botenmeisterei S. 90 / Hausdruckerei S. 91 / Petitionsarchiv S. 91 / Bibliothek S. 91 / Arbeitszimmer S. 91 / Fraktionsbüro S. 92 / Lesesaal S. 92 / Schreibzimmer S. 92 / Glockenzeichen S. 92 / Turnsaal, Baderaum, Unfallstation S. 92 Sekretärinnen S. 92 / Lebensschicksale im Wallotbau S. 93.

Zweite Lesung 95
Fraktionsberatungen S. 95 / Jungfernrede S. 96 / Abstimmungen S. 101 Hammelsprung S. 101 / Presseberichterstattung S. 101 / Redezeitbegrenzung S. 107 / Ältestenratssitzung S. 108.

Große Heiterkeit 110
Zahl der Sitzungen und Umfang der Reden S. 111 / Stilblüten S. 116 Folgen des Schweigens S. 117.

Gesetzesverkündigung 118
Parlamentarischer Abend S. 119.

Haushaltsberatung 122
Vorboten der Reichstagsauflösung S. 123 / Persönliche Bilanz über das erste Abgeordnetenjahr S. 123 / Die Familie des Abgeordneten S. 124 Seelische Kräfte S. 125.

Stürmische Sitzung 125
Reform des Parlamentarismus S. 131 / Reichstagsauflösung S. 133 / Vorbereitung der Neuwahlen S. 133.

Die Partei 133
Agitation S. 134 / Finanzierung S. 134 / Kandidatenauswahl S. 135 / Methoden der Mandatssicherung S. 135 / Wahlkreislisten S. 135 / Reichsliste S. 138 / Wahlkreisverbände S. 138 / Wahlkampf S. 140 / Widerhall der Reichstagsarbeit S. 146 / Bilanz des Parlamentarismus S. 148.
Ausblick 149
Parlamentarischer Kalender 156

Tabellarische Übersichten und Faksimiles

Seite

Verteilung der Fraktionen:
Sitzungssaal der Nationalversammlung zu Weimar 1919 ..... 8/9
Sitzungssaal des Reichstages 1920 I. Wahlperiode 24/25
Sitzungssaal des Reichstages Mai 1924 II. Wahlperiode 40/41
Sitzungssaal des Reichstages Dezember 1924 III. Wahlperiode 56/57

Verteilung der Berufsstände:
Sitzungssaal des Reichstages der III. Wahlperiode
a) mit den Sitzen landwirtschaftlicher Vertreter 72/73
b) mit den Sitzen von Abgeordneten des industriellen Unternehmertums 88/89
c) mit den Sitzen von Vertretern des Handwerks 104/105
d) mit den Sitzen von Vertretern der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung 120/121
Sitzungssaal des Reichstages der III. Wahlperiode mit den Sitzen weiblicher Abgeordneter 136/137

Faksimiles:
Tagesordnung für die 114. Sitzung des Reichstags 36/38
Gesetzentwurf 61/62
Einladung zu einer Sitzung des 16. Ausschusses mit Anträgen 66/67
Bericht des 6. Ausschusses 68/69
Sitzungsprotokoll (71. Sitzung) 97/98
Namentliche Abstimmung 99/100
Pressebericht 102/103

JN 3963 A 3 L 3
University of British Columbia Library
DUE DATE
NOV 10 1965
DEC 8 Rec'd
DEC 8 RECD
SEP 14 REC'D
DEC 20 1968
JAN 18 REC'D
APR 16 1973
REC'D APR 5 '73
FORM 310

002554

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 01276 5845